Donnerstag, 4. Oktober 1984 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1. – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 233 - 40.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 dkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 8,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Lehrstellen: Bundesfinanzminister Stoltenberg hat sich im Bundeskabinett einverstanden erklärt, die Mittel zur Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze aufzustocken. Er entsprach damit dem Wunsch des Bundeskanzlers. (S. 12)

Verschuldung: Baden-Württemberg will als einziges Bundesland 1986 keine neuen Schulden mehr machen. Dies versicherte die Landesregierung bei der Einbringung des Doppeletats 1985/86. (S. 4)

Importstopp: Mit dem Ziel, das Defizit in der Handelsbilanz zu verringern und den rapiden Rückgang der Devisenreserven zu bremsen, hat die israelische Regierung einen sechs Monate gültigen Importstopp für 50 Luxuswaren verfügt. (S. 13)

FBI: Erstmals in ihrer Geschichte mußte die US-Bundeskriminalpolizei FBI einen Verrat in den eigenen Reihen bekanntgeben. Ein FBI-Agent wurde unter dem Verdacht der Spionage für die UdSSR festgenommen.

Sowjetexperten: Militärfachleute aus der UdSSR werden in Kürze in Kuwait erwartet, nachdem der Golfstaat Waffen in der Sowjetunion gekauft hatte. Darunter sollen weitere Luftabwehrsysteme sein.

Unglück: Bei dem bisher schwersten Schiffsunglück nach dem Zweiten Weltkrieg im Hamburger Hafen sind offenbar 23 Menschen ums Leben gekommen, 24 wurden gerettet. Eine Barkasse mit den Gästen einer Geburtstagsfeier war mit einem Schleppzug kollidiert. (S. 26)

Protest: Vor der Ständigen Vertretung Ost-Berlins in Bonn wollen heute sechs aus der „DDR" geflohene Trainer und Sportärzte, die mit einem Hungerstreik die Zusammenführung ihrer Familien durchzusetzen versuchen, auf ihr Schicksal aufmerksam machen. Sie haben eine Petition für den „DDR"-Vertreter Moldt vorbereitet. (S. 5)

Südtirol: Österreichs Außenminister Gratz beklagt, daß die Autonomievereinbarungen für Südtirol vor allem im Hinblick auf die Benutzung der deutschen Sprache von Italien noch immer nicht voll erfüllt würden. Wien erwarte von Rom, daß es sich an die getroffenen Vereinbarungen halte. (S. 6)

Mocambique: Die Regierung von Mocambique und die sie bekämpfende antikommunistische Nationale Widerstandsbewegung MNR haben einen Waffenstillstand geschlossen. Das gab der als Vermittler tätige südafrikanische Präsident Pieter Botha bekannt.

ZITAT DES TAGES



» Die Unterwerfung von Teilen Europas unter die Sowjetunion kann keine endgültige Lösung darstellen. Das akzeptieren wir nicht. Auch nicht die Unterwerfung der DDR unter die Sowjetunion «

Simone Veil, Vorsitzende der Liberalen im Europa-Parlament

FOTO: VIOUJARD/STUDIO X

WIRTSCHAFT

Produktion: Das hohe Niveau vom Juli hat die Industrieproduktion im August nicht gehalten. Die Fertigung des produzierenden Gewerbes lag saisonbereinigt um zwei Prozent niedriger. (S. 13)

US-Arbeitsmarkt: Anpassungen an konjunkturelle Veränderungen vollziehen sich auf dem US-Arbeitsmarkt problemloser als in Europa. Vor allem Frauen werden künftig noch stärker als bisher wichtige Lücken füllen können. (S. 13)

Kuponsteuer: Das Bundeskabinett hat den Weg zur Abschaffung freigemacht. Bundesfinanzminister Stoltenberg ist beauftragt, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten. (S. 13)

Entwicklung: Mit einem Kostenaufwand von 50 Millionen Mark wird der Siemens-Konzern in den nächsten fünf Jahren ein Entwicklungszentrum der Mikro-Elektronik in Düsseldorf errichten.

Börse: Bei lebhaften Umsätzen an den Aktienmärkten erwiesen sich die Kurse der meisten Standardwerte als widerstandsfähig. Der Rentenmarkt war fest. WELT-Aktienindex 154,1 (154,7). Dollarmittelkurs 3,0195 (3,0423) Mark. Goldpreis pro Feinunze 348,50 (345,25) Dollar.

KULTUR

Aubrey Beardsley: Das intensive Schaffen in dem kurzen Leben des genialen englischen Grafikers dokumentiert eine bemerkenswerte Ausstellung in der Münchner Villa Stuck. 500 Stücke werden gezeigt – zum größten Teil erstmals auf dem europäischen Kontinent. (S. 25)

Historikertag: Berlin sollte zu einem zentralen Ort für umfassende Beschäftigung mit deutscher Geschichte werden, forderte der Regierende Bürgermeister Diepgen zur Eröffnung des 35. Deutschen Historikertags: „Ich will ein deutsches historisches Museum in Berlin." (S. 25)

SPORT

Olympia: Peter Ueberroth wurde für seine Arbeit als Präsident des Organisationskomitees für die Olympischen Spiele in Los Angeles mit 475 000 Dollar entlohnt. Die Sommerspiele hatten einen Überschuß von 150 Millionen Dollar ergeben.

Galopp: Der deutsche Hengst Abary startet am Sonntag mit dem französischen Jockey Maurice Philipperon in Pris beim Prix de l'Arc de Triomphe, dem wertvollsten Galopprennen der Welt. Philipperon hat fast 2000 Rennen gewonnen. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Nüsse: Einen zu hohen Gehalt an Radium, Strontium und auch an Barium sollen Paranüsse enthalten, warnt der Deutsche Verbraucherschutzverband. Die Ursache: Der Paranußbaum nimmt solche Substanzen bevorzugt auf. (S. 26)

Millionenschaden: Schäden in Millionenhöhe hat ein Brand im Münchner Rüstungsunternehmen Messerschmidt-Bölkow-Blohm angerichtet.

Wetter: Schauer. 15 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Politik mit Waldschraten – Leitartikel von Peter Gillies S. 2

Auto: Optimistisch erwartet der Pariser Salon die Ära der Katalysatoren S. 3

Medienpolitik: Wie verhält sich Hessen im Satelliten-Streit? – Kaum Chancen auf Einigung S. 4

Ägypten: Kairo fürchtet wieder Not und Muslimbrüder – Nur befristete Lösungen S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8 und 9

Sport: Interview mit Bernie Ecclestone, dem mächtigen Mann im Formel-1-Geschäft S. 10

Fernsehen: „Opium für den Sozialismus" – Krimis aus der UdSSR; Pioniere contra Rowdys S. 11

Kultur: Warschauer Herbst – Musik aus Ost und West, aber ohne Estlands „Fratres" S. 25

WELT-Report Auto-Leasing: Kundenfreundliche Geschäftsbedingungen gefordert S. 21 bis 23

Studienplatztauschbörse: 131 Tauschwünsche Medizin und Biologie, Erstsemester S. 24

Ausländerpolitik: Koalition wahrt Handlungsspielraum

Beim Streitpunkt „Nachzug" wird künftigen Regelungen nicht vorgegriffen

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Koalition geht mit einer Kompromißlinie in der Ausländerpolitik in die Bundestagsdebatte zu diesem Thema am morgigen Freitag: In den beiden zwischen FDP und Innenminister Zimmermann (CSU) strittigen Punkten des Nachzugsalters für Ausländerkinder und der Zuzugsbeschränkung für Ehegatten der zweiten Generation wird Handlungsbedarf „derzeit" verneint; künftigen Regelungen wird jedoch nicht vorgegriffen. Gestern morgen hatte eine Koalitionsrunde in einem als „arbeitsintensiv" bezeichneten Gespräch den Textentwurf für die Beantwortung der seit April vorliegenden großen Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion gebilligt. In den beiden wichtigsten Streitpunkten mit FDP-Chef Genscher hatte die CDU/CSU-Fraktion am Vorabend des Koalitionsgesprächs Innenminister Zimmermann einmütig ihre Unterstützung zugesichert. Ob das Nachzugsalter gesenkt und der Ehegattenzuzug beschränkt wird, das soll von den tatsächlichen Zuzugszahlen in nächster Zeit abhängen. Die von Innenminister Zimmermann vertretene Auffassung, man dürfe sich durch die Antwort auf die SPD-Anfrage nicht im politischen Handlungsspielraum für den Rest der Legislaturperiode festlegen, scheint sich damit durchgesetzt zu haben. Ganz eindeutig äußert sich die Regierung in ihrer Antwort gegen einen freien Zugang türkischer Arbeitsuchender zum deutschen Arbeitsmarkt nach dem Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens mit der EG nach 1986. In den Verhandlungen mit der Türkei müsse „sichergestellt" werden, daß sich „keine abträglichen Wirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland ergeben, das heißt, daß es nicht zu einem freien Arbeitsmarktzugang kommt".

Sowohl im Innenministerium als auch bei der FDP wurde der Kompromiß positiv gewertet. FDP-Chef Genscher sprach von einer „guten Lösung". In der Union verwiesen Anhänger der Politik des Innenministers, der sich für die Herabsetzung des Nachzugsalters für Kinder von derzeit 16 auf künftig sechs Jahre einsetzt, darauf, daß aufgrund der in dem Kompromißtext gewählten Formulierung bei verstärktem Zuzug beispielsweise von jungen Türken durchaus noch eine Beschränkung des Nachzugsalters eingeführt werden könnte.

In dem Text der Regierungsantwort, die nach dem Koalitionsgespräch des Kanzlers mit Zimmermann, Genscher und Sozialminister Blüm vom gesamten Kabinett gebilligt wurde und nun dem Bundestag zugeleitet wird, heißt es zum Nachzugsalter von in der alten Heimat lebenden Kindern hier arbeitender Ausländer: Aus „integrationspolitischer Sicht ist ein möglichst früher Nachzug von Kindern ausländischer Arbeitnehmer notwendig". Wenn diese Kinder zu spät nachgeholt würden, so hätten sie „ein Leben ohne Perspektive". Danach zitiert die Regierung Beschlüsse der früheren SPD-FDP-Regierung vom 14. Juli 1982. Damals hatte sich die Regierung Schmidt dafür ausgesprochen, zur Sicherung künftiger Integrationschancen die Ausländerkinder schon in einem Alter nachzuholen, „in dem diese noch eine deutsche Schulbildung

● Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Vertagt

MANFRED SCHELL

Will sich die Bundesrepublik Deutschland damit abfinden, Einwanderungsland zu sein oder nicht? Bevor diese Kernfrage nicht überzeugend beantwortet ist, macht die Detaildiskussion, mit der sich CDU/CSU und FDP seit Monaten quälen, wenig Sinn. Am Ende der Etappen stehen immer nur Kompromisse, die – wie gestern – weder mutig noch zukunftweisend sind, weil sie eben nichts präjudizieren.

Beim Ehegattennachzug, so ist die Gesprächslage, will die Koalition jetzt die weitere Entwicklung abwarten. „Derzeit" sieht sie keinen Handlungsbedarf. Verschwommen sind die Aussagen, wie das Nachzugsalter für Kinder in deren eigenem Interesse gestaltet werden soll. Die Eltern sollen Vernunft zeigen und ihre Kinder aus Anatolien in einem Alter nachholen, „in dem sie noch das deutsche Schulsystem durchlaufen können". Der Appell hat gesetzliche Festlegung ersetzt; wenn er nichts fruchtet, soll später mit Hilfe von Rechtsverordnungen der politische Handlungsspielraum genutzt werden. Klarheit schafft das nicht.

Dabei ist jedem bewußt, daß ein neues Ausländergesetz mit eindeutigen Kriterien überfällig ist. Das jetzt geltende Recht stammt aus dem Jahre 1962. Damals war die Situation völlig anders als heute: Die Gastarbeiter legten sich ins Zeug, um möglichst schnell zu bescheidenem Wohlstand zu kommen, um dann mit diesem Polster in ihre Heimat zurückzukehren. Die Bundesrepublik, das war klar, wollte kein Einwanderungsland sein. Aus einer einmaligen Anwerbung, so war die Auffassung, könne keine Verpflichtung über Generationen hinweg entstehen.

Die Entwicklung ging aber in eine andere Richtung. Die Ausländer – in Wahrheit gibt es ja nur ein Türkenproblem – haben sich bei uns eingerichtet, Ehegatten und Kinder nachgeholt. Häufig kommen die Kinder erst dann, wenn sie vom Alter her ins Arbeitsleben eintreten können. In der Regel sprechen sie weder unsere Sprache noch haben sie eine Ausbildung. Sie finden keinen Arbeitsplatz und fallen der Sozialhilfe anheim. Heute leben fast eine Million Türken bei uns, die jünger als 30 Jahre sind.

Ein besonderes Problem, das mitschwingt, ist das EG-Assoziierungsabkommen mit der Türkei, das 1987 in Kraft tritt und den Türken volle Freizügigkeit gewährt. Diplomatische Bemühungen, die Regierung in Ankara auf einen Verzicht auf diesen Rechtsanspruch zu bewegen, sind bisher ohne Erfolg geblieben. Bonn sollte hier behutsam, aber konsequent vorgehen und, wenn es sein muß, wirtschaftliches Entgegenkommen zeigen. Aber zuerst muß die Bundesregierung ihren Kurs weisen, ehe sich die Türkei bewegt.

NATO: Sorge über politisches Klima

Kritische Anmerkungen nach Störaktionen der deutschen „Friedensbewegung"

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

In der NATO bereiten die Störaktionen der sogenannten Friedensbewegung bei den jüngsten NATO-Manövern in der Bundesrepublik Deutschland sowie die ablehnende Haltung der hessischen Landesregierung gegenüber den Klagen amerikanischer Offiziere zunehmend Sorge. Es wurde sogar die Befürchtung geäußert, daß es eines Tages unmöglich werden könnte, Herbstmanöver des bisher bekannten Stils abzuhalten.

In Brüssel ist aufgefallen, daß es im Zuge der Manöverreihe „Autumn Forge" zu einer Anzahl von Sabotageakten gekommen ist, die sich zum Teil unter den Augen der hessischen Polizei vollzogen, ohne daß diese die Saboteure an ihrem Handeln hinderte. Gemeint ist das Zumauern von Sprengkammern an Main-Brücken in Frankfurt. Die Polizei begnügte sich nach den Brüsseler Informationen damit, hinterher die Identität einiger Beteiligter zu ermitteln. In der NATO wurde dazu die Frage gestellt, ob die Polizei sich auf Weisung der Landesregierung zurückgehalten habe.

Auch das Verhalten der hessischen Landesregierung, die in schroffer Form den kommandierenden General des V. US-Korps, Generalleutnant Robert Wetzel, zurückgewiesen hatte, als dieser im Zusammenhang mit Sabotageakten von „Anarchisten und Kriminellen" gesprochen hatte, bereitet der NATO Sorgen. Die Wiesbadener Regierung hatte Wetzel geantwortet, die Deutschen seien nicht die Vasallen der Amerikaner.

Derartiges Verhalten gehört aus Brüsseler Sicht in Zusammenhang mit einer spürbaren Veränderung der politischen Atmosphäre in der Bundesrepublik Deutschland. Darunter müsse notwendigerweise die Fähigkeit der deutschen Truppen und die ihrer Verbündeten zur konventionellen Verteidigung leiden.

Da die „Friedensbewegung" vorgebe, gegen nukleare Rüstung zu sein, sie jetzt aber gegen konventionelle Verteidigungsvorbereitungen Front mache, ergebe die Logik, daß diese Gruppierung in Wirklichkeit überhaupt keine westliche Verteidigung wolle. Hier sei ihr Vorgehen deckungsgleich mit der sowjetischen Politik.

In Brüssel neigt man dazu, die Situation in der Bundesrepublik nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Auch zeichne sich ab, daß zumindest von einigen maßgeblichen SPD-Politikern eine neue Kampagne gegen die chemischen Waffen der NATO vorbereitet werde. Damit würde eine weitere Front gegen die NATO-Sicherheitspolitik eröffnet. Die Allianz steckt bei den chemischen Waffen in einem Dilemma: Es gibt nur geringe und veraltete Vorräte an chemischer Munition im Bereich der NATO, die sich im Besitz der USA befinden. NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers ist tief besorgt, daß diese Mittel nicht ausreichen, um die chemisch wohlgerüstete Sowjetunion von der Benutzung chemischer Waffen abzuschrecken. Als Konsequenz muß die Allianz gegen ihre Überzeugung auf die abschreckende Wirkung von Atomwaffen bauen, um den Gegner vom Einsatz seines chemischen Potentials abzuhalten.

„Lichtblick" auf dem Arbeitsmarkt

DW. Nürnberg

Einen „Hoffnungsschimmer" und einen „leichten Lichtblick" am Arbeitsmarkt sieht der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, nachdem im September die Zahl der Arbeitslosen um 58 000 oder drei Prozent auf 2 143 500 zurückgegangen ist. Im September waren knapp 10 000 Menschen mehr arbeitslos als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote nahm von 8,9 Prozent im August auf 8,6 Prozent ab.

Nach Angaben Frankes prägte der für die Jahreszeit übliche Herbstaufschwung die Entwicklung im September. Neben saisonalen Gründen für die Abnahme nannte Franke auch zwei „Sonderfaktoren". Es habe sich in der Wirtschaft nach den Streiks im Frühjahr ein gewisser „Nachholeffekt" eingestellt. „Manche Einstellungen, die im Zusammenhang mit den Arbeitskämpfen um die Jahresmitte zunächst zurückgestellt worden waren, mögen jetzt nachgeholt werden", sagste Franke.

Als zweiten Sonderfaktor nannte der Präsident der Bundesanstalt die Rückkehrförderung, die zu einer Abnahme der Arbeitslosigkeit bei den Ausländern beigetragen habe. Die Zahl der ausländischen Arbeitslosen verminderte sich im September weiter um 4000 oder zwei Prozent auf 246 800 und unterschreitet jetzt den Vorjahresstand um zehn Prozent. Schließlich wies Franke auch noch darauf hin, daß die Reihe der saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen erstmals seit Februar 1984 im September wieder nach unten zeige.

US-Unternehmen wollen 1985 mehr investieren

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Auslandstöchter von US-Unternehmen wollen im kommenden Jahr ihre Investitionen um 8,9 Prozent auf 44 Milliarden Dollar (rund 134 Millarden Mark) erhöhen. 1984 steigen sie, verglichen mit 1983, um 12,2 Prozent auf 40,4 Milliarden Dollar. In den anderen Industriestaaten werden 31,5 (28,9), in den Entwicklungsländern 11,9 (11,1) Milliarden Dollar bereitgestellt. Auf die EG entfallen 17,2 (15,6) Milliarden Dollar mit einem traditionellen Schwergewicht auf Großbritannien, wo die betrieblichen Kapitalaufwendungen mit 7,5 (7) Milliarden Dollar zu Buch schlagen.

Wie aus einer Aufstellung des Handelsministeriums in Washington weiter hervorgeht, nimmt das Interesse der US-Firmen an einem größeren Engagement in der Bundesrepublik Deutschland wieder zu. Nach einem Rückgang der Investitionen in den Jahren 1981, 1982 und 1983 um 15,9 und vier Prozent sind sie bereits in diesem Jahr um 6,7 Prozent auf 3,2 Milliarden Dollar gewachsen. 1985 steigen sie um 9,4 Prozent auf 3,5 Milliarden Dollar. Die Aufstockung früherer Pläne unterstreicht das größere Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik.

Bescheiden bleiben die Kapitalspritzen der US-Unternehmen im pazifischen und asiatischen Raum, wo nur 4,5 (4,2) Milliarden Dollar eingeplant sind. In Lateinamerika fallen die Investitionen mit 4,6 (3,9) Milliarden Dollar wieder höher aus. Äußerst gering ist der Anteil Japans mit nur 0,9 (0,8) Milliarden Dollar.

EG schafft sich vorübergehend Luft

London rückt von Veto gegen Etat für 1985 ab / Bonn stellt 650 Millionen Mark bereit

WILHELM HADLER, Luxemburg

Für einen „bedeutsamen Schritt nach vorn" hält Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Einigung der EG-Regierungen über den Haushaltsentwurf der Gemeinschaft für 1985 und die Finanzierung der im laufenden Jahr anfallenden Mehrausgaben von rund 2,24 Milliarden DM. Sicher ist freilich nur, daß der Beschluß der EG vorübergehend wieder etwas mehr Luft verschafft.

In fast zwölfstündigen Verhandlungen war es den Außenministern gelungen, Großbritannien zur Lockerung seines Vetos gegen die beiden Budgetentwürfe zu bewegen. Damit ist aber vorerst nur ein Teil der Finanzprobleme vom Tisch, die seit Jahr und Tag die Handlungsfähigkeit des „Zehnerclubs" belasten.

Der Zusatzetat 1984, für den Bonn nach einem gestern getroffenen Kabinettsbeschluß 650 Millionen DM bereitstellt, kann jetzt ebenso wie der Entwurf für 1985 an das EG-Parlament gehen. London macht jedoch seine Beteiligung an der Finanzierung des Zusatzhaushaltes davon abhängig, daß die Straßburger Abgeordneten den Beitragsrabatt für 1983 (1,68 Milliarden DM), der den Briten zugesagt worden war, freigeben und daß sich der Ministerrat auf Regeln für eine Eindämmung der Agrarausgaben verständigt.

Ursache für die akute Finanznot der Gemeinschaft sind die immer stärker ausufernden Kosten für die

SEITE 3:
Nur Sieger

Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen. Über die Aufstockung des EG-Anteils an der Mehrwertsteuer von 1 auf 1,4 Prozent herrscht zwar grundsätzlich Einigkeit. Beim EG-Gipfel in Fontainebleau hatten die Regierungschefs jedoch im Juni diese Entscheidung mit der Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal sowie mit einer mehrjährigen Regelung für die britische Beitragsentlastung verknüpft.

Die drohende Zahlungsunfähigkeit der EG zwingt die Regierungen zu Zwischenfinanzierungen. Die Luxemburger Verhandlungen drehten sich deshalb wieder einmal um die Frage, wie diese „Blutzufuhr" für die Gemeinschaft geschehen kann, ohne das Gleichgewicht der im „Paket" von Fontainebleau enthaltenen Konzessionen zu erschüttern.

Die Briten drängten vergeblich auf eine Zusage der Bundesregierung, die Eigenmittel vorzeitig anzuheben. Die im Haushaltsentwurf für 1985 eingeplanten Mittel von 58,2 Milliarden DM reichen nämlich mit Sicherheit nicht aus, um die Beitragsentlastung für London zu finanzieren. Bonn weigerte sich jedoch erfolgreich, das Junktim zwischen der Aufstockung der EG-Finanzen und der Erweiterung der Gemeinschaft fallenzulassen. London gab sich schließlich mit einer Ratserklärung zufrieden, in der die früheren Zusagen über den Beitragsrabatt bekräftigt werden, ohne daß sich die Partner darauf festlegen, wie die benötigten Mittel dafür aufgebracht werden sollen.

Tempo-Limit nicht am grünen Tisch

gba/hor. Bonn/Paris

Nicht durch Berechnungen am grünen Tisch, sondern nur durch einen Großversuch mit konkreten Abgasmessungen läßt sich nach Meinung von Bundesinnenminister Zimmermann ermitteln, ob die Einführung einer allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen und die Herabsetzung des Tempolimits auf Landstraßen einen wesentlichen Beitrag zur Verminderung der Schadstoffemissionen von Automotoren leisten würde. In einem Brief an Verkehrsminister Dollinger fordert Zimmermann deshalb, in einem Großversuch mit konkreten Messungen verläßliche Werte zu ermitteln.

Die Studie des Umweltbundesamtes, in der bei Tempo 100 auf Autobahnen und Tempo 80 auf Landstraßen eine Reduzierung der Schadstoffmengen um mehrere hunderttausend Tonnen jährlich vorausgesagt wurde, beruht weitgehend auf der rechnerischen Auswertung fremder Studien und ausländischer Messungen. Offene Fragen sind die Auswirkung geringerer Geschwindigkeit auf Motoren unterschiedlicher Hubraumklassen und vor allem auf den Verkehrsfluß.

Im Innenministerium fürchtet man überdies, durch eine Verlagerung der Diskussion um die Abgasreduzierung auf die Frage des Tempolimits könnten jene Kräfte in der europäischen Automobilindustrie unterstützt werden, die die Einführung von abgasgereinigten (Katalysator-) Autos in der Bundesrepublik Deutschland verhindern wollen.

Während des Pariser Automobilsalons äußerte sich der Sprecher von Daimler Benz, Gottschalk, kritisch zum Gutachten des Umweltbundesamtes, das sich für ein Tempolimit ausspricht. Gottschalk sagte: „In Verbindung mit der Umweltdiskussion sehen interessierte Kreise erneut die Chance, ein Tempolimit durchzusetzen. Ansatzpunkt ist die Erkenntnis, daß mit zunehmender Geschwindigkeit auch die Stickoxidemission ansteigt. Aber eine Reduzierung durch ein Tempolimit geht auf Kosten einer stärkeren Emission von Kohlenwasserstoffen und Kohlenmonoxid. Diese Nachteile überwiegen in der Summe. Darum ist das ganze Gutachten eine rein theoretische Sache."

Die Untersuchung des Umweltbundesamtes kritisierte in Paris ebenfalls Hans-Wilhelm Gäb, Sprecher und Vorstandsmitglied von Opel. Hier sei außer acht gelassen worden, daß der sich stauende Verkehr ungleich höhere Schadstoffe verursache. „Ein Tempolimit erreicht genau das Gegenteil, auch wenn theoretisch bei gleichbleibenden Geschwindigkeiten, die es nie gibt, bessere Werte erzielt werden", sagte Gäb.

Seite 2: Grenzwert Null

Häftlingen in der Sowjetunion drohen zusätzliche Strafen

Die Folgen neuer Strafrechtsbestimmungen / Hartes Urteil

SAD, London

Zum ersten Mal ist im Westen die Anwendung einer neuen sowjetischen Strafrechtsbestimmung bekanntgeworden, nach der Häftlinge wegen „böswilligen Ungehorsams gegenüber den Erfordernissen des Verwaltungspersonals in Besserungsanstalten" zu zusätzlichen Strafen bis zu fünf Jahren verurteilt werden können.

Wie das britische Ostinstitut Keston College erfahren hat, ist gegen Wladimir Poresch (35), einen christlichen Bürgerrechtler aus Leningrad, Anklage unter Paragraph 188, Absatz drei, erhoben worden. Der Paragraph, der im Oktober vergangenen Jahres in Kraft trat, ermöglicht die „Wiederverhaftung" eines Sträflings in der Haftanstalt und seine Aburteilung lediglich auf Grund von Aussagen der Gefängnis- oder Lageraufseher. Als „böswilliger Ungehorsam" werden Verstöße gegen die Lagerdisziplin geahndet, die aus solchen Lappalien bestehen können wie unvorschriftsmäßig zugeknöpfter Sträflingskleidung, Nahrungsverweigerung oder der Benutzung des Bettes in der täglichen „Ruhezeit".

Poresch, der verheiratet ist und zwei kleine Töchter hat, wurde 1980 wegen „sowjetfeindlicher Agitation und Propaganda" zu fünf Jahren Zwangsarbeit, gefolgt von dreijähriger Verbannung, verurteilt. Welche Disziplinarverstöße ihm im einzelnen zur Last gelegt werden, ist nicht bekannt.

Ernste Sorge besteht im Westen über Alexander Ogorodnikow (34), einen Mitbegründer des „Christlichen Seminars". Er verbüßt seit 1980 eine sechsjährige Lagerhaft, an die sich fünf Jahre Verbannung anschließen sollen. Seinen Angehörigen wurde telegrafisch mitgeteilt, Ogorodnikow sei wegen Komplikationen nach einer Gallenoperation in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Als seine Frau das Arbeitslager aufsuchte, wurde ihr jedoch jede weitere Auskunft verweigert und mitgeteilt, sie könne ihren Mann erst nach Ablauf der Strafe sprechen. Außerdem dürfe er keine Post empfangen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Erregung im Aquarium

Von Herbert Kremp

Seit den Absagen Honeckers und Schiwkows, seit dem gehorsamen Einschwenken der SED auf die Aggressionslinie der sowjetischen Revanchismus-Kampagne besteht kein Zweifel mehr, daß Moskau die Sonder-Diplomatie einiger Ostblockführer gegenüber Bonn auf der ganzen Linie zu blockieren sucht. Dies erklärt auch gewisse Komplikationen im Vorfeld des Ceaucescu-Besuchs, an dem die Bundesrepublik Deutschland interessiert ist.

Diesmal stellt sich die Bundesregierung mit ruhigen Nerven auf jede Eventualität ein. Die bisherigen Absagen sind als sowjetische Politik der Disziplinierung und Autorität erkannt. Sie richtet sich gegen Versuche im strategischen Vorfeld, den Konsequenzen des Abbruchs von Genf und der Nachrüstungen zu entgehen und gegenüber der Bundesrepublik auf Normalkurs zu bleiben – politisch und wirtschaftlich. Gelegentlich laut gedachte Einwände Honeckers und Schiwkows gegen die Aufstellung neuer sowjetischer SS 22-Raketen in Osteuropa wurden in Moskau als Regelverstoß empfunden. Dort hält man jede Sub-Politik der Untergeordneten für eine gefährliche, weil ansteckende, Sache und reagiert mit klassischen Methoden der Reichsexekution. Die Hegemonialmacht stellt die Kleiderordnung wieder her.

Natürlich soll auch Bonn getroffen werden, das ins Finanzmakler-Geschäft eingestiegen ist. Die Bundesrepublik Deutschland gehört nicht zu den wenigen Frack-Trägern der Weltpolitik, läuft aber in einem ganz flotten Cut herum. Auf ihn zielen die faulen Eier der Revanchismus-Kampagne. Außerdem rechnet Moskau mit der ungewöhnlichen Befähigung vieler Deutschen, sowjetisches Poltern mit schrillen Selbstbezichtigungen zu beantworten – gemäß dem Aquarium-Syndrom: Man klopft gegen das Glas und schon spielen die Fische verrückt.

Um so mehr noch läge es im sowjetischen Interesse, Bonn auch den Ceaucescu-Besuch zu verhageln. Wenn der Staatspräsident kommt, dann kommt er jedenfalls trotz des Drucks von oben, was für die internationale und die nationale Stellung des Politikers von großer Bedeutung ist. Auf ein paar Sonderschnörkel auf dem Millimeterpapier des Protokolls kommt es daher nicht an.

Grenzwert Null

Von Günther Bading

Zum dritten Mal erlebt die autofahrende Bevölkerung unserer Republik eine Diskussion um Für und Wider einer allgemeinen Geschwindigkeitsbeschränkung für Personenkraftwagen. Stets wurden 100 Stundenkilometer auf Autobahnen und 80 auf Landstraßen gefordert. Da war zunächst die Begründung, man müsse etwas gegen die Unfallhäufigkeit tun, dann war es die angeblich große Energiespar-Möglichkeit, jetzt müssen Luftverschmutzung und Waldsterben dafür herhalten.

Für Einschränkungen hat sich jetzt auch das Umweltbundesamt zu Wort gemeldet. Seine jüngste Studie prophezeit bei einschlägiger Tempobegrenzung auf 100 und 80 Stundenkilometer eine gewaltige Verminderung der Schadstoffemissionen. Beim Studium des sicherlich über jeden Zweifel an mathematischen Fehlern erhabenen Werkes gewinnt der Leser den Eindruck, als würde die Zwangsblockade des Gaspedals in wenigen Tagen oder Wochen den Himmel wieder blau und den Wald wieder grün werden lassen.

Grün allerdings war nur der Tisch, an dem diese Prophezeiungen errechnet worden sind. Bundesinnenminister Zimmermann hat nach der Publikation der Studie das einzig Richtige getan. Er hat an den Verkehrsminister geschrieben und um empirische Erhebungen in einer Groß-Test-Reihe gebeten, um endlich verläßliche Daten zu bekommen.

Das Umweltbundesamt stützte seine Rechnung auf Messungen und Studien anderer. Offen muß bei solchen Rechen-Exempeln nicht nur die Auswirkung auf das konkrete Modell bleiben – ein Kleinwagen mag bei Tempo 100 Gift spucken, während ein Drei-Liter-Motor erst langsam warmläuft –, man muß vor allem die Auswirkung der Zwangsblockade des Gaspedals auf den Verkehrsfluß bei unserer hohen Verkehrsdichte ermitteln.

Denn Staus wie zur Ferienzeit, Stop-and-go-Verkehr mit seinen erhöhten Schadstoffemissionen können die Folgen sein. Das Umweltbundesamt hat dieses Problem zwar auch angegangen, aber nur rechnerisch. Um zu ermitteln, welche Lösung sinnvoll ist, sind praktische Tests unerläßlich.

Die arme ARD

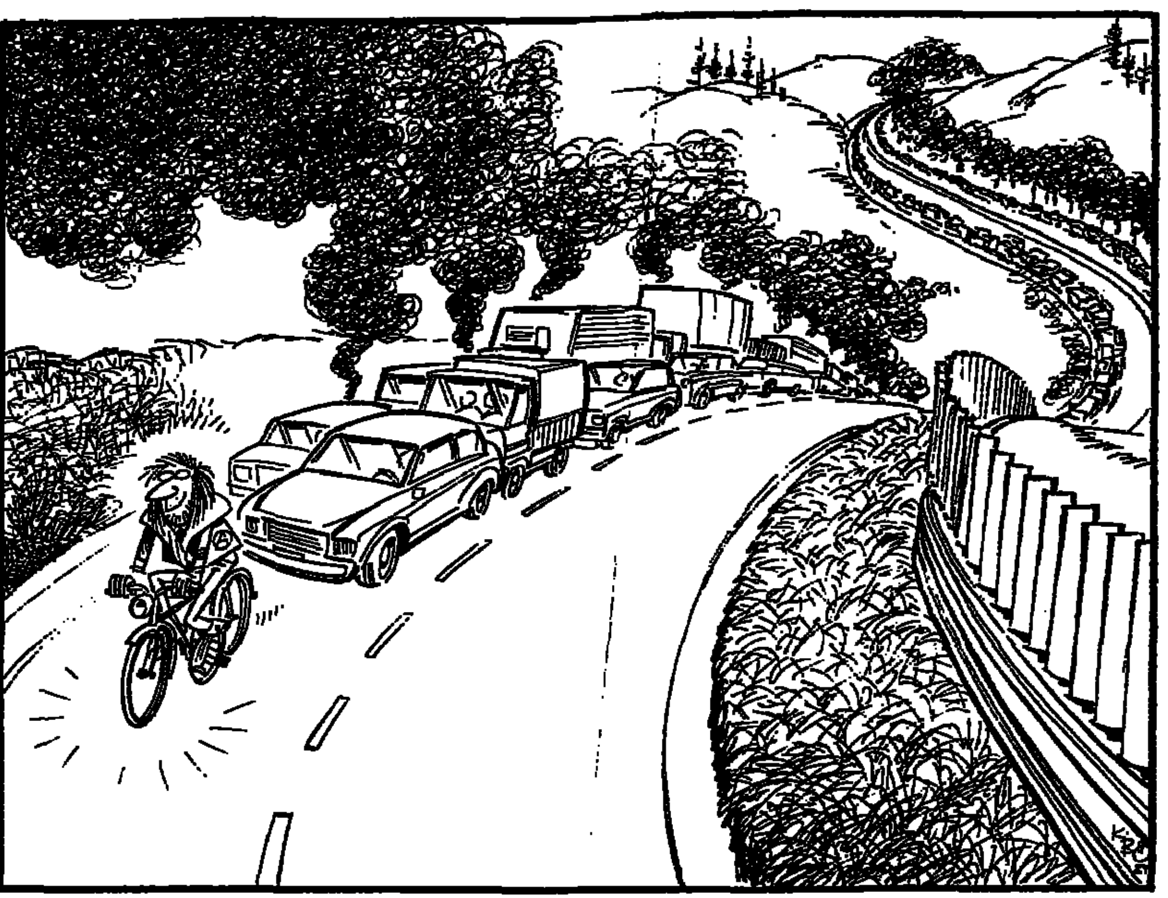
Von Joachim Neander

Erstaunlich viele sind auf das eindrucksvolle Bild von der armen, armen ARD hereingefallen, die sich – der Teufel hole den deutschen Föderalismus – nicht einmal auf eine neue Sendezeit für die Tagesschau einigen kann und nun hilf- und wehrlos der Übermacht der privaten Veranstalter ausgeliefert ist. Wem bricht da nicht das Herz, wer wollte sich da noch gegen eine Bestands- und Entwicklungsgarantie sperren?

In Wirklichkeit ist es ganz anders. Die von einigen ARD-Machern bewußt genährte Vorstellung, als hinge Wohl und Wehe der ARD nur von einer Reform und Vorverlegung der Tagesschau ab, hat mit den Tatsachen nur wenig zu tun. Ein Beispiel: In der Woche vom 3. bis 9. September hatte die 20-Uhr-Tagesschau an fünf von sieben Tagen unter sämtlichen Sendungen im Ersten ARD-Programm die höchste Einschaltquote. Übertroffen wurde die Tagesschau in diesem Zeitraum überhaupt *nur von drei Sendungen: „Tatort"*, *„Dallas"* und „Was bin ich?". Dem werten Publikum bleibt die Antwort auf die Frage überlassen, welche Bereiche des ARD-Programms denn hier wohl reformbedürftig sind und welche nicht.

Und auch mit der vorgeblichen Handlungs- und Entscheidungsunfähigkeit des ARD-Systems ist das so eine Sache. Die Herren können sicherlich endlos tagen. Doch wenn's drauf ankommt, können sie auch blitzschnell und geräuschlos handeln. Die Privaten hatten kaum ihre ersten Konzepte vorgelegt, da hob schon das öffentlich-rechtliche Klagen über Verflachung und Spielfilm-Inflation an. Doch wenn man hinschaut: In der Woche vom 6. bis 12. Oktober, zum Beispiel, werden die Sender der ARD im 1. und 3. Programm nicht weniger als 19 Spielfilme auf ihr Publikum loslassen.

Ganz ohne langes Palaver hat auch der Hessische Rundfunk mit Werbesendungen in seinem 3. Fernsehprogramm begonnen. *Es ist eine äußerst raffinierte*, für deutsche Verhältnisse neuartige Werbung – sie wurde nach außen wie ein redaktioneller Beitrag aufgemacht! Man stelle sich vor, die Privaten wären mit so etwas die ersten gewesen. Nein, die arme ARD weiß schon, wie sie sich noch reicher macht.


Bleibt sauber! KLAUS BÖHLE

Politik mit Waldschraten

Von Peter Gillies

Letzte Woche in Washington traf Wilfried Guth, Vorstandsmitglied der größten deutschen Bank, auf der Tagung des Internationalen Währungsfonds unter anderem mit Scheich Mohammed Abu al Khail, dem Finanzminister Saudi-Arabiens, *zusammen. Auf* alle *möglichen* Fragen war Deutsch-Bankier Guth gefaßt, nur nicht auf jene, die der Scheich gleich anfangs stellte: „Sagen Sie mal, wie hat man eigentlich die bevorstehenden nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen und das Abschneiden der Grünen zu bewerten?"

Ein Phänomen, *das man lange* Zeit auf der flüchtigen Durchreise durch die deutsche Nachkriegsgeschichte wähnte, nimmt Körpergestalt an. Nicht nur schwinden die Berührungsängste, neuerdings sehnt man sich danach, den Saum seines Gewandes zu erhaschen. Sozialdemokraten, Gewerkschaften, sogar bürgerliche Schichten erliegen dem Charme dieser Gruppen, die sich wie weiland üblich als „Bewegung" sehen.

Allein an einem Tag, dem gestrigen Dienstag, tauchte Grünes in Fülle auf: In Hessen schlossen SPD und Ökos ein Bündnis über eine dezentral-sanfte Energiepolitik; in Berlin formulierten SPD-Politiker mit den Alternativen einen neuen Strafvollzug, der letztlich auf die Abschaffung von Gefängnissen hinausläuft (was inzwischen von der SPD-Führung dementiert wurde); von der Dehler-Stiftung der FDP wurden die Grünen in die Nähe der Nazis gerückt (gestern sofort von Genscher dementiert); CDU-General Geißler nennt die Grünen kommunistisch unterwandert; der DGB robbt sich „pragmatisch" an sie heran; Niedersachsens SPD bietet ihnen „ehrliche Zusammenarbeit" an; Lafontaine und Glotz meißeln an „Prüfsteinen" für die Zusammenarbeit mit den grünen Wahlaufsteigern.

Die Blütenlese nur eines Tages zwingt zu dem Schluß: Mögen täten sie alle recht gern, aber dürfen haben sie sich bisher noch nicht getraut. Die Ausnahme ist Holger Börner. Er exzerziert vor, daß man die Dachlatte nicht absägen darf, auf der man sitzt. In der Ausländerpolitik fordert er die Bundestreue in die Schranken. Aus den Steuermillionen, die von profitablen Unternehmen erwirtschaftet wurden, finanziert er sogenannte Alternativbetriebe und Selbsthilfegruppen, die für alles mögliche sorgen, nur nicht für ihren ehrlichen Unterhalt.

Die Deutschen sind offenbar einem eher alternaiven als alternativen Faszinosum erlegen. Brandts *Maxime, die Mehrheit jenseits der* Union zu suchen, gerät zur Suche nach der Mehrheit jenseits von Vernunft und Realität. Die vorwiegend jungen, akademischen Ökos könnten so herrlich direkt und sperrig fragen, meint man entschuldigend. Diesen Spaß erlaubt sich fast jeder Zehnte an der Urne zu belohnen, *denn fragen – besser noch: hinter*fragen – ist einfach hübsch und macht den „faulen Säcken" der Etablierten Dampf.

Es mag sein, daß wir neue Fragen stellen müssen, aber noch dringender brauchen wir Antworten auf alte Fragen. Die achtziger Jahre haben die Versäumnisse der müden *Siebziger aufzuarbeiten. Die* Vision, man könne durch etwas anderes reich und sozial werden (oder es bleiben) als durch Arbeit und Leistung, hinterließ die Erblast von Schuldenberg und Millionenarbeitslosigkeit, von gefährlicher Unkalkulierbarkeit im Innern und nach außen. In den Grünen leben diese *Visionen weiter, diesmal* parlamentarisch unterfüttert, fast schon etabliert.

Hätte eine demokratische Partei vorgeschlagen, die Ford-Autofabriken stillzulegen und stattdessen Fahrräder zu montieren, hätte sie homerisches Gelächter kassiert, aber keine Stimmen. Mithin stellt sich die Frage nach der Lernfähigkeit, nach dem Unterschied zwischen dem Guten und dem Gutgemeinten, zwischen naiver Frage und mündiger Antwort. Die Zu*standsbeschreibung läßt keine* Zweifel zu: Den Grünen steht das Gewaltmonopol des Staates im Wege. Sie wollen darauf hinaus (und sind dabei), rechtsfreie Räume zu öffnen, die Gewalt gegen Sachen zu entschuldigen. Recht und Gesetz gelten ihnen wenig. Sie vermögen herzzerreißende Stories über *„die Isolation der Knackis"* zu erzählen; die Witwe des ermordeten Polizisten oder ein beraubter Händler aber kommt in der Soziologen-Suada nicht vor.


Da staunt der Scheich: Grüne (Fischer, Kleinert) in parlamentarischer Aktion FOTO: DPA

Innerhalb und außerhalb der Grün-Bewegung sind Rechtsverletzungen in eigener selbstgeschaffe*ner Hoheit unter dem deutungsfä*higen Ausdruck „Gewaltfreiheit" möglich. Das urdemokratische Mehrheitsprinzip gilt wenig, die Basis definiert die angeblich überlegene qualitative Minderheit gegenüber der quantitativen Mehrheit (Schily). Auch mit der Marktwirtschaft haben die Grünen nichts *im Sinn. Ihnen steht es nach* Öko-Sozialismus, nach Nullwachstum und Exportdrosselung, nach verinnerlichter Sanftheit statt internationaler Konkurrenz. Sie sind antiamerikanisch, auf Unterwerfung gegenüber der Sowjetunion getrimmt, auf Umweltpolitik zu Lasten aller anderen Ziele, wo es doch *in Wahrheit um die Versöhnung* zwischen Ökonomie und Ökologie geht.

Auf Dauer kann aber kein Land aus diesem Globus aussteigen. Daß die These von der Abschaffung der Industrie bei vollem Lohnausgleich mühelos die Fünf-Prozent-Hürde *nimmt, ist wunderlich*, vielleicht auch deutsch. Eigentlich ist es an der Zeit, einen politischen Weckruf auszugeben, es nicht bei rituellen und abstrakten Angstbeschwörungen von rot-grünen Bündnissen bewenden zu lassen, sondern – so niedrig deren Niveau auch sein mag – die Chlorophyllen zum Argument, zur Erörterung von Sachfragen zu zwingen. Da brauchen die Demokraten nicht furchtsam zu sein.

IM GESPRÄCH Elisabeth Kopp

Für Umwelt, für Atom

Von Irene Zücker

Sie repräsentiert den idealen Schweizer Frauentyp: Elisabeth Kopp wirkt eher sanft und heiter; sie stellt sich nie selber in den Mittelpunkt, sie geht jedoch konsequent ihren Weg. Ihr Gesicht hat Wärme, aber ihre Augen verraten, daß sie fest sein kann, wenn's drauf ankommt.

So sehen die Eidgenossen die freisinnige Politikerin Elisabeth Kopp, die diese Woche als erste Frau seit der Gründung des Schweizerischen Bundesstaates im Jahre 1848 und dreizehn Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts in die siebenköpfige Schweizer Regierung (Bundesrat) gewählt wurde. Die Juristin, seit zehn Jahren Gemeindepräsidentin (Bürgermeisterin) von Zumikon bei Zürich und seit fünf Jahren Parlamentarierin in Bern, gewann zur Überraschung aller die Kampfabstimmung gegen ihren Parteikollegen Hunziker, der von der Wirtschaft unterstützt wurde, bereits im ersten Wahlgang. *Mit großer Wahrscheinlichkeit* wird Elisabeth Kopp als Justizministerin amtieren.

Die Wahl von Frau Kopp zur ersten Bundesrätin der Schweiz hat im ganzen Land Freude ausgelöst. Die 48jährige bezeichnete ihre Wahl als „keinen persönlichen, sondern einen Erfolg aller Frauen des Landes". Er kam zustande trotz einer Schlammschlacht gegen den Ehemann Hans Kopp, einen bekannten Wirtschaftsanwalt und Medienrechtler, dem manches nachgesagt, aber nichts bewiesen wurde. Die Vereinigte Bundesversammlung hat wohl auch bei der Damenwahl bedacht, daß sie nach dem „Abschuß" der Sozialdemokratin Lilian Uchtenhagen vor zehn Monaten durch das bürgerliche Lager den allgemeinen Willen nicht ein zweites Mal übergehen konnte. Man will eine Frau in der Regierung haben, gerade angesichts der Konsequenz, daß sie in einigen Jahren turnusgemäß auch Schweizerische Bundespräsidentin wird.


Erste Frau in der Schweizer Regierung: Elisabeth Kopp FOTO DPA

Manche Kreise der Partei freilich fürchten, daß die Kollegin zu engagiert ins politische Grüne blicke; sie könnte darob die für eine freisinnige Politikerin unerläßlichen festen Bindungen zur Wirtschaft lockern. Befürchtungen, mit anderen Worten, die frühere Eiskunstläuferin laufe statt Pflicht ihre eigene Kür. Elisabeth Kopp politisiert unter den Freisinnigen über Umweltschutz gewiß auf einsamen Posten. Aber sie tut es moderiert. Denn für eine grün-rote Koalition wie in der Bundesrepublik hat sie keine Sympathie. Sie kritisiert jene, die meinen, es gelte zunächst die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu ändern, dann komme der Umweltschutz von selber. Umweltschutzpolitik ist ihrer Meinung nach nur in einer offenen Gesellschaft möglich. Die Umweltzerstörung in den Ostblockstaaten lieferten dafür Beweise.

Wie undogmatisch Frau Kopp ist, das zeigte sie als Vorstandsmitglied des Schweizerischen Bundes für Naturschutz (SBN). Der SBN hatte die Atom- und Energie-Initiative dem Volk zur Annahme empfohlen. Frau Kopp jedoch bekämpfte im Namen des Umweltschutzes und zum Entsetzen der Grünen die beiden Initiativen des 23. September.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Zum Tempolimit bemerkt die Bielefelder Zeitung:

Wenn ein Tempolimit auf Auto-Bahnen und Landstraßen die Geschwindigkeit des Waldsterbens nennenswert bremsen könnte – wer wollte sich dieser Forderung dann noch ernsthaft verschließen? Doch so einfach ist es eben nicht. Experten streiten noch immer über das Ausmaß der Schadstoffverringerung im Falle einer bundes- oder gar europaweiten Geschwindigkeitsbeschränkung ... Der Massenverkehr wird in den Großstädten abgewickelt. Hier ist der Schadstoffausstoß aus Auspuffrohren am stärksten. Möglicherweise ist die Diskussion im Ansatz falsch.

LE MATIN

In Hinblick auf den bevorstehenden Besuch des französischen Präsidenten in Algerien befindet die Pariser Zeitung:

Der algerische Präsident Chadli Bendjedid ist heute genauso unglücklich wie sein Amtskollege Hissen Habre in Tschad. Beide machen Frankreich denselben Vorwurf, nämlich, *von den größeren diplomatischen* Initiativen des Elysée ferngehalten worden zu sein, von denen sie selbst betroffen sind. In Paris hat man, wenn auch ziemlich spät, diese Fehler erkannt. Jetzt will man den Schaden wiedergutmachen.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Das Heidelberger Blatt meint zur sowjetischen Raumfahrt:

Die Vorstellung, daß dieses Langzeittraining der Vorbereitung einer sowjetischen Expedition zum Mars dient, liegt nahe ... Doch bis zur Bewältigung eines *interplanetaren* Fluges ist trotz allem noch ein gewaltiger Unterschied. Fazit der verrichteten Schwerarbeit, die nicht allein durch die langen Außenbordarbeiten zu erklären ist, war Verlust an Substanz. Abbauverbindungen im Gewebe. Schädigung des Gleichgewichtszustandes. Um wieviel größer müßte *die Beanspruchung sein, wenn dies* auf dem Weg zum Mars, einem bis zur günstigsten Rückschußmöglichkeit dauernden Aufenthalt auf dem roten Planeten und dem Rückflug durchzuhalten wäre.

Allgemeine Zeitung

Das Mainzer Blatt äußert zu den EG-Agrarverhandlungen:

Wenn es nach den Italienern ginge, müßten die deutschen Winzer ihre Rebstöcke aushauen und ihre Kunden an die Weinproduzenten südlicher Länder abgeben. Die Ungeheuerlichkeit dieses Ansinnens, bei den *Agrarverhandlungen in Luxemburg* allen Ernstes erhoben, verschlägt einem geradezu die Sprache. Da werden von den EG-Strategen die unrentabelsten Programme durchgesetzt, da schlägt man in Brüssel Kapriolen, um dem kleinsten Bäuerchen in den Abruzzen ein Einkommen zu sichern, aber für die noch nicht einmal 40 000 *deutschen* Weinbaubetriebe, die ganze sechs Prozent der europäischen Weine liefern, soll es kein Existenzrecht mehr geben.

Eine Invasions-Ente soll von der Wahlfarce ablenken

Wie die Comandantes alle Forderungen nach Demokratie abblocken / Von Thomas Kielinger

Für den 15. Oktober sagte Nicaraguas Junta-Führer Daniel Ortega am Dienstag vor der UNO die Invasion des Landes durch amerikanische Streitkräfte an.

Ein Zeichen für den Realitätsverlust, den marxistische Geistesverbiegungen mit sich bringen. Die Präsidentschaftswahlen stehen bevor. Das allein verbietet schon jede derartige Aktion.

Dennoch stünde Managua eine Dosis Sorge gut an. Die Comandantes können davon ausgehen, daß es zwar keine amerikanische Invasion, aber durchaus einen amerikanischen Luftangriff geben kann, wenn jener nördlich von Managua entstehende Flughafen Punta Huete 1985 solchen fortgeschrittenen Kampfflugzeugen wie MiG 21 als Basis dienen sollte.

Doch noch ist es nicht so weit. Im Vordergrund stehen keine militärischen Schritte, sondern das Ringen um den Contadora-Friedensentwurf, dem die Sandinisten vor zwei Wochen zugestimmt haben. Die Junta will Washington in Verlegenheit bringen.

Ein Teil des Plans geht kurzfristig auf. Die amerikanische Exekutive sieht sich in die Defensive gedrängt, muß erläutern, warum sie Managuas Ja-Wort zum letzten Contadora-Friedensentwurf für ungenügend hält.

Dabei ist Nicaraguas Täuschungsversuch mit Händen zu greifen. Man sprang in Managua förmlich auf eine Version des Contadora-Friedensentwurfs, die noch längst nicht abgeschlossen war, sondern nur gerade einen bestimmten Überlegungs- und Formulierungsstand erreicht hatte, der bis zum 15. Oktober noch den Isthmus-Staaten zur Begutachtung und möglichen Veränderung vorgelegt werden sollte. Jetzt sagen die Comandantes: An der Fassung, der wir zugestimmt haben, darf nichts mehr verändert werden. Wer jetzt noch neu formulieren will, ist ein Feind des Friedens und des Contadora-Prozesses.

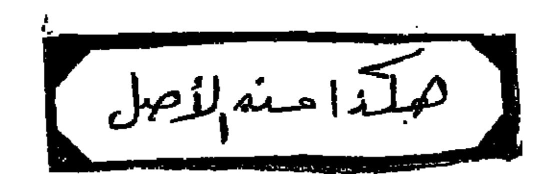
Verständlich, daß Managua den vorliegenden Entwurf einfrieren möchte. Er würde beispielsweise die USA verpflichten, die Militärhilfe für Honduras und El Salvador sofort einzustellen, für Nicaragua aber keine Verpflichtung festlegen, wie eine Beendigung von Managuas Hilfe für die Aufständischen in El Salvador überprüft werden könnte. In der zentralen Frage der Demilitarisierung der Region, Reduktion der Arsenale, Limitierung von Truppenstärken und Waffenkäufen sollen sogar erst nach Inkrafttreten des Friedensplans „Verhandlungen beginnen".

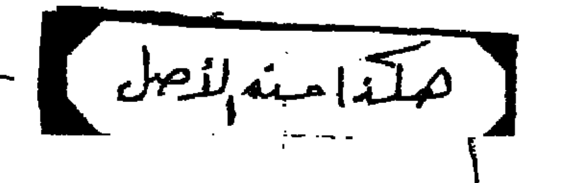
Und was die Demokratie betrifft: Ursprünglich hatte die Contadora-Textfassung nach „demokratischen, repräsentativen und pluralistischen Wahlen" gerufen. Dann aber wurde das abgemildert zu einer Verpflichtung, „politischen Parteien die Teilnahme an Wahlprozessen zu garantieren, wobei Zugang zu größeren Kommunikationsmedien und Freiheit der Versammlung und der Rede gesichert" sein sollen.

Ein Gummitext, wie Arturo Cruz, der Vorsitzende der oppositionellen Allianz, genannt „Coordinadora", in der Washington Post vom 28. September erläuterte. Cruz verlangte „gleichen Zugang" zu Medien, nicht allein „Zugang", und er legte dar, daß Freiheit der Versammlung nur bestehen könne, wo die „Angst vor physischer Verfolgung" den Genuß dieser Freiheit zulasse.

Arturo Cruz weiß, wovon er spricht – und warum er sich bisher weigert, den Wahltermin des 4. November, den die Sandinisten willkürlich gesetzt haben, zu akzeptieren. In vier Städten Nicaraguas – Chinandega, Matagalpa, Leon und Masaya – wurden er und seine Anhänger allein im vorigen Monat von amtlich aufgeputschten und herantransportierten Mob-Brigaden bedroht und bei Versammlungen gestört. Die „fairen Wahlen", die das Regime versprochen hatte, sehen in der Praxis eher nach dem Gegenteil aus. So mußten auch die Verhandlungen in Rio scheitern, wo die Junta der Opposition die Wahlverschiebung bis zum 13. Januar anbot, falls die Widerstandskämpfer sich zurückziehen. Erstens kommandiert Cruz den Widerstand sowieso nicht, da müßten die Comandantes mit Pastora und den anderen verhandeln; zweitens würden Cruz' Forderungen nach Chancengleichheit auch nicht für den 13. Januar erfüllt, und drittens könnte Nicaragua dann fröhlich und ungestört seine Rebellen gegen Salvador weitermachen lassen.

Invasion? In Nicaragua spielt sich eine tägliche Invasion gegen Menschenrechte und feierliche Reformversprechen ab. Die „Wahlen" sollen diese Lüge legitimieren, die sowjetischen MiGs sie schließlich zementieren. Langfristig *sieht* Daniel Ortega die Lage durchaus richtig: Mit einer solchen Entwicklung wird Washington nie seinen Frieden machen – glücklicherweise. Denn: warum eigentlich soll man nicht „demokratische, repräsentative und pluralistische Wahlen" verlangen dürfen? Sie allein garantieren zugleich auch den Frieden. Denn am guten Willen des Volkes von Nicaragua selber zweifelt niemand. Eben deshalb gönnen die Comandantes dem Volk ja auch die freien Wahlen nicht.





„Ich möchte so gerne bei Dir sein“, fleht Beate

Manches Familiendrama im geteilten Deutschland wird durch einen Freikauf gelöst. Im Falle der Familie Gallus jedoch gibt es besondere Komplikationen. Und die Opfer sind vor allem die Kinder.

Von WERNER KAHL

„Hoffentlich kann ich Dich mal am Telefon hören und Du uns auch. Ich möchte so gern bei Dir sein!!!!!! Wann wird es nun Wirklichkeit?“ Diese Zeilen ihrer Tochter Beate aus Dresden erreichten Jutta Gallus im Juli dieses Jahres in ihrem neuen Heim am Neckar. Die zwölf Jahre alte Beate ist die jüngste Tochter, ihre Schwester Claudia ist 13.

Jutta Gallus kam im April dieses Jahres mit einem Sammeltransport freigekaufter politischer Gefangener in das Notaufnahmelager Gießen. Im Autobus, der die Dresdenerin aus der Sammelhaftanstalt des Staatssicherheitsdienstes in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) in die Bundesrepublik Deutschland brachte, wurde sie von dem begleitenden „DDR“-Anwalt ermahnt, über ihre Erlebnisse in der Öffentlichkeit nicht zu sprechen.

Mit dieser Aufforderung, die seit Beginn der Freikaufaktionen vor zwei Jahrzehnten an jeden Häftling gerichtet wird, verband der Geheimdienst offenbar die Erwartung, daß sich Jutta Gallus in ihr Schicksal fügen werde. Denn als sie in Gießen ankam und nach ihren Kindern fragte, die während ihrer Haft zunächst in ein Heim gesteckt worden waren, aber fest zur Mutter hielten, der sie nahezu jeden Tag ins Zuchthaus Hoheneck schrieben, erlitt sie einen Schock. Ohne ihr Wissen war ihr durch ein Dresdener Gericht das Erziehungsrecht entzogen worden.

Mit der Entscheidung, die Mutter sei „obkjektiv nicht in der Lage“ das „Erziehungsrecht selbst auszuüben“, hob das Kreisgericht Dresden am 29. Februar dieses Jahres – während Jutta Gallus im Zuchthaus saß – sein eigenes Urteil aus dem Jahre 1981 auf. Am 11. September 1981 war ihr nach der Scheidung „das elterliche Erziehungsrecht für die Kinder Claudia und Beate Gallus übertragen“ worden. (Aktenzeichen F 143/81).

Diese Einstellung des Gerichts änderte sich, als der rumänische Geheimdienst den Ostberliner Genossen meldete, Jutta Gallus sei mit ihren beiden Kindern und ihrem Lebensgefährten bei dem Versuch, via Bukarest in die Bundesrepublik Deutschland zu gelangen, festgenommen worden. Die Quittung für die Absicht, die „DDR“ ohne staatliche Genehmigung zu verlassen, waren drei Jahre Freiheitsstrafe auf der mittelalterlichen Burg Hoheneck bei Stollberg im Erzgebirge; sie war in einer Zelle mit 24 Verurteilten.

Das Referat Jugendhilfe beim Rat des Stadtbezirks Dresden-West ließ am 29. Februar der Mutter gerichtlich das Erziehungsrecht entziehen und auf den geschiedenen Ehemann übertragen. Vergeblich monierte Ende März der Dresdener Anwalt Ralf Seiferth in seinem Berufungsantrag, daß die Mutter weder über den Termin informiert noch vom Gericht gehört worden war: „Mit seiner Entscheidung durchbricht das Kreisgericht eine Mehrzahl von allgemeinen Grundsätzen hinsichtlich der Wahrheitsfindung bei Erziehungsrechtsentscheidungen.“ So sei festzustellen, daß, „obwohl grundsätzlich praktiziert, die Kinder nicht einmal befragt worden sind“, hob der Anwalt hervor. Er zitierte in der Berufungsschrift aus einem Brief der älteren Tochter Claudia an in der „DDR“ lebende Verwandte: „Von Mutti haben wir lange nichts gehört. Bitte helft uns, denn wir wollen zur Mutti, egal, wo sie ist. Bitte, bitte, Beate ist noch krank . . .“



Warten auf ein Wiedersehen mit der Mutter: Beate und Claudia Gallus
FOTO: DIE WELT

Vierzehn Briefe der Kinder an ihre Mutter (der Awalt: „Hunderte dieser Briefe liegen vor“) legte der Dresdener Rechtsanwalt dem Obergericht vor. Es war umsonst. Wenige Tage vor der vorzeitigen Entlassung der Mutter durch Freikauf entschied der 5. Senat des Bezirksgerichtes Dresden am 3. April 1984 (AZ 5 BFB 119/84): „Dem Senat hat die Eheakte F 143/81 vorgelegen. Die Berufung ist zulässig, jedoch offensichtlich unbegründet.“

Eines macht den Fall Gallus zu einer Besonderheit: Denn außer dem Staatssicherheitsdienst dürfte auch das Ost-Fernsehen ein Interesse haben, daß zumindest Beate Gallus keine Genehmigung zur Rückkehr zur Mutter erhält. Denn die Schülerin ist die jüngste Darstellerin einer Familienserie. Mit dem „Blick über den Gartenzaun“ soll die heile sozialistische Welt bis ins letzte mitteldeutsche Dorf vermittelt werden. Nach sieben Folgen gab es jedoch einen Filmriß: Die TV-Mutter verließ im Frühjahr mit der ersten großen Ausreisewelle die „DDR“.

Ihr (Film-)Kind Beate wurde sogleich für eine Neuauflage der Serie verpflichtet, die 1985 ausgestrahlt werden soll. Die kommunistische Propaganda sieht möglicherweise die Glaubwürdigkeit der Serie gefährdet, wenn die zumeist jugendlichen Zuschauer zu allem Verdruß über den Alltag des realen Sozialismus auch noch erfahren müßten, daß ihr Liebling Beate ebenfalls aus dem Gartenlaubenidyll ausgestiegen und in den Westen „abgereist“ ist.

Optimistisch erwartet Paris die Ära der Katalysatoren

Selbstbewußt und stolz präsentiert sich auf dem 71. Automobil-Salon in Paris die französische Autoindustrie. Die Schlappe von 1982, als die Deutschen ihr die Show stahlen, scheint vergessen. Doch auch der Nachbar von der anderen Seite des Rheins muß sich nicht verstecken.

Von HEINZ HORRMANN

„Vive la France“ rief Pierre, der Hallenarbeiter, auf den Stufen des Renault-Standes und hielt dabei mit ausgestrecktem Arm die Crémant-Flasche wie einst Jeanne d'Arc das Schwert. Auf Frankreich und seine Automobilindustrie prosten viele, die in den Hallen am Porte de Versailles schrauben und bauen.

Am Vortag der heutigen Eröffnung des 71. Internationalen Automobil-Salons stand zwar – wie immer – noch nicht fest, ob alle Stände zur Feier auch tatsächlich fertig würden (nur Mercedes war dank eingeflogener Mitarbeiter längst so weit), wohl aber, und das war weit wichtiger: Frankreichs Automobilindustrie zeigt wieder lang entbehrtes Selbstbewußtsein und Stärke, trotz Streik und Exportproblemen.

Jovial und mit Stolz wurde verkündet, daß man es den Konkurrenten von der anderen Rheinseite diesmal zeigen wolle. Der Pariser Automobil-Salon '84, das ist wieder ein Heimspiel der Franzosen.

Tief saß der Stachel der Schlappe von 1982. Die deutschen Unternehmen hatten mit spektakulären Modellen und zukunftsweisenden Technologien die alle zwei Jahre stattfindende gallische PS-Schau zu ihrer eigenen umfunktioniert und eine gewaltige Exportwelle nach Westen ausgelöst. Gegen den aerodynamischen Audi beispielsweise, den futuristischen Sierra und den kompakten Corsa hatten die französischen Kollegen nur den Griff in die Modellpalette zu setzen. Heraus kamen einige neue Varianten bekannter Baureihen.

Verständlich ist darum die Freude über Beifall und Begeisterung schon zum Start der diesjährigen Zehntage-Veranstaltung. Allen voran marschiert Renault. Die elegante Karosserieform der zweiten R 5-Generation wird in einem gewaltigen neun Meter hohen Modell von den Ausmaßen eines Zweifamilienhauses präsentiert.

Manche Aussteller wurden beinahe versteckt

Zwar ist diese Größenordnung in der Halle eigentlich nicht erlaubt, und die Firmen dahinter – unter anderem Porsche – sind abgedrängt und für die Besucher so versteckt wie Schneewittchen hinter den sieben Bergen. Doch Proteste wurden an Ort und Stelle abgewiesen.

Nicht nur den gigantischen Blickfang, auch technisch hat der Staatskonzern diesmal etliches zu bieten. Zwei neue Flaggschiffe der R 25-Baureihe, zwei Turbodiesel-Versionen des Großraum-Pkw Espace, ein Alliance-Cabriolet, das vorerst für den US-Markt gebaut wird, ein Jeep mit Turbodiesel und eine Allrad-Version des kleineren Renault-Transporters Trafic dazu. Insgesamt besteht das Fahrzeugprogramm aus elf Pkw-Typen und drei Transporter-Baureihen. Nicht zu vergessen die komplett neu entwickelte R 5-Reihe, die allerdings verblüffende Ähnlichkeit mit dem beliebten Vorgänger hat, der die Kompaktwagen-Philosophie entscheidend prägte.

Peugeot Talbot setzt auf weitere Varianten der 205- und 305-Baureihe. Kleinere Unternehmen wie Charbonnaux bieten in der Zeit aerodynamischer Gleichmachereien Oldie-Ecken und schöne Buckelformen der dreißiger Jahre an – viel bestaunte Replikate.

Angesichts dieser breiten Palette und der neuen Stärke sieht man in Frankreich auch optimistisch der dämmernden Katalysatoren-Zeit entgegen. Nach anfänglichen heftigen Protesten und Wehklagen schwenkten die großen französischen Hersteller bereits ein. Renault, durch besondere Amerika-Erfahrung bevorteilt – R 9 und R 11 werden beim aufgekauften Unternehmen AMC produziert –, aber auch die Peugeot-Gruppe will bald von jeder Baureihe eine schadstoffarme Version für den wichtigen deutschen Markt anbieten.

Der kräftige Rückenwind hat erst einmal die schwarzen Wolken eines drohenden Handelskriegs vertrieben. Allerdings wurde ein Schwelbrand zwischen den Dachverbänden der europäischen Automobilhersteller neu entfacht. Es geht um den alten Streit, wem denn nun die Jubiläumsehre gebührt, das erste Auto wirklich in Gang gesetzt zu haben.

Auch wenn die Deutschen, unterstützt von Engländern und Italienern, beharrlich auf Carl Benz und Gottlieb Daimler setzen und für 1986 das 100jährige Jubiläum planen, die Franzosen funktionieren den diesjährigen Salon schon in eine gewaltige Geburtstagsparty um. Für sie ist entscheidend, daß schon 1884 ihr Landsmann Edouard Delamare-Deboutteville und sein Mechaniker Léon Malandin ein Patent auf einen vierrädrigen Kutschenwagen bekam. Wen kümmerts, daß es nie eine Serienfertigung gab . . .

Die deutschen Hersteller stehen zwar nicht so dominierend wie vor zwei Jahren da; aber ganz sicher auch nicht im zweiten Glied. Opels eigenwilliger pfiffiger Kadett wird ebenso erstmals auf einer Internationalen Automobil-Ausstellung gezeigt wie die neuen Sportversionen der M-Reihe von BMW. Ford hat auf seinem Stand die Ströme des Windkanals optisch deutlich gemacht und mit dem Probe IV das spektakulärste Forschungsauto ausgestellt. Eine schnelle Turbo-Version des Escort RS wurde rechtzeitig fertig, die neue Generation des Granada kommt erst im nächsten Jahr.

Im VW-Konzern setzt man auf den technischen Musterknaben Audi. Da Allrad-Versionen wegen ausschließlich versteckter Qualität nur geringen optischen Reiz bieten, ist nicht der vierradgetriebene Passat Syncro und die ebenso ausgestatteten Audi-200- und Avant-Typen der Blickfang, sondern das neue abgewandelte 90-Modell sowie der Rallye-Weltmeister, der kurze Supersport Quattro, der dreckbespritzt und mit Wettkampfaufklebern aussieht, als habe er sich in einer Sonderprüfung direkt in den Salon verirrt. VW feiert die Rekordzahl von 500 000 gebauten neuen Golfs.

Vorstandsvorsitzender Carl H. Hahn freut sich besonders, daß von diesem Modell bereits 700 000 Stück verkauft sind. Die Kunden müssen warten. Spätfolgen des Streiks. Hahn, der bestechend gekonnt ohne Versprecher wechselweise Fragen in englischer, französischer, italienischer und natürlich deutscher Sprache beantwortete, äußerte sich optimistisch zur Autozukunft: „Weltweit erreichte die Pkw-Nachfrage 1983 30,2 Millionen Wagen. Nach Expertengutachten (OECD) sollen es im Jahre 2000 mehr als 46 Millionen Wagen sein. Andere Prognosen gehen noch höher. Es wird auch in Zukunft ein stückmäßiges Ansteigen der Weltautomobilproduktion geben, das insgesamt gesehen und im Durchschnitt bei ca. zwei Prozent pro Jahr anzusetzen sein dürfte.“

Dazu komme – so Hahn – das qualitative Wachstum über steigende Anforderungen an Fahrkultur, Komfort, Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und natürlich Umweltverträglichkeit, die sich alle nur über ein Mehr an Technik, man könne sagen: ein Mehr an Auto pro Auto umsetzen lasse. Zum französischen Markt sagte Hahn: „Innerhalb der vergangenen zehn Jahre hat sich unser Absatz in Frankreich verdoppelt. 1980 erreichten wir zum erstenmal überhaupt in einem westeuropäischen Auslandsmarkt die Hunderttausend-Wagen-Schwelle.“

Die Verlierer sind die Italiener

Insgesamt werde der Absatz von Volkswagen- und Audi-Modellen in Frankreich auch in diesem Jahr deutlich über der Hunderttausend-Marke liegen. Für die Zukunft wolle man wieder führender Importeur in Frankreich werden.

Die Verlierer in Paris sind eindeutig die italienischen Autobauer. Fiat, ohne echte Modellneuheit, leidet am stärksten unter dem Katalysator-Beschluß in Deutschland. Da nicht ein serienmäßiges Modell nach Amerika exportiert wird, gibt es auch keine fertigen Fahrzeuge, die mit einem Schadstoffumwandler ausgerüstet sind. (Die Ausnahmen sind die von Bertone und Pininfarina gefertigten Spider.) Der Alfa 90 hat von der äußeren Attraktivität her nichts mehr mit der Faszination der Mailänder Modelle aus guter alter Alfa-Zeit gemein. So blieb Ferrari die Ehre, mit einer Weltneuheit die Fans zu wahren Jubelstürmen zu verleiten. Der Testarossa, ein neuer, fast 300 km/h schneller Zwölfzylinder, wurde erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Modell löst die alte erfolgreiche BB-Serie ab.

Auch das gehört zum Pariser Salon: Die Polizei gibt stets zu diesem Zeitpunkt eine „Rangliste“ heraus, welche Autos bei Pkw-Dieben die größte Beliebtheit haben. Hier führt der Golf, und zwar die sportliche Version des GTI („Dscheeh-teeh-ih“), das Statussymbol der betuchten französischen Twens, mit großem Abstand vor BMW und Mercedes.

Noch ein Qualitätsbeweis?

Zwar beanspruchen die Personenwagen das größte Interesse, doch den meisten Raum nehmen die Nutzfahrzeuge in drei Hallen ein. Daneben sind auch die Motorrad-Hersteller und Zubehörlieferanten in Paris vertreten. Die Zeiten, da Autoausstellungen nur so etwas wie gefällige Selbstdarstellungen der Hersteller waren, wobei auch Autos verkauft wurden, sind ein für allemal vorbei. Heute geht es vielmehr um Selbstbehauptung in schwierigen Zeiten. Entsprechend hat sich vieles verändert. Die schöne Welt des verchromten Scheins ist durchweg einer sachlichen aber auch sehr seriös wirkenden Präsentation gewichen.

Eine Schlacht, in der es nur Sieger gab

Drei Tage fochten in Luxemburg die Ministerräte der Ressorts Landwirtschaft, Finanzen und Auswärtiges um mehr europäische Harmonie. Obwohl dabei sich alle als Sieger sahen, traten die Hemmnisse deutlich zutage, die einer Integration im Wege stehen.

Von HORST STEIN

Es war eine Schlacht, als würde gegen die Heiden gefochten – mit Sturmangriffen, Zangenmanövern, Front- und Flügelwechseln. Doch gegen zehn Uhr am Dienstagabend, als die Bataille um den Agrarmarkt und die EG-Finanzen dem Ende entgegenging und sich der Pulverdampf verzog, da waren auf dem Luxemburger Schlachtfeld keine Opfer auszumachen.

Alle hatten sie – nach eigener Bekundung – in diesem Völkerringen gesiegt: Die Deutschen, weil es ihnen gelungen war, eine 1:9-Unterlegenheit in eine 9:1-Übermacht zu verwandeln; die Briten, die fürchten mußten, von ihrem Parlament sonst in Stücke gerissen zu werden, weil sie mit einer Rückerstattungszusage abziehen durften; und die Franzosen, weil sie wußten, es hätte alles noch viel schlimmer kommen können. Die Griechen und die übrigen schließlich begnügten sich mit dem EG-obligaten Zähneknirschen.

Für Kenner der Materie, die ministerialen und die professionellen EG-Beobachter, nichts Neues. Die 200 Korrespondenten und Fernsehleute in den Wandelgängen und der riesenhaften Lobby registrierten zunächst noch gelassen die Anstrengungen der zehn Landwirtschaftsminister, an der Schwelle des spanischen Beitritts rasch noch eine Weinmarktordnung unter Dach und Fach zu kriegen. Verfolgt von der begründeten Furcht, zum Butter-Himalaya bald auch einen europäischen Weinsee zu bekommen, der über die Ufer treten könnte, mühten diese sich den ganzen Montag über bis in die tiefe Nacht – ohne abschließendes Resultat. Ignaz Kiechle, der Vielgeplagte, schien nicht unglücklich; nach den Milchbauern nun die Winzer gegen sich aufzubringen, geschieht ihm immer noch früh genug.

Er ging so lautlos von der Luxemburger Bühne ab wie später Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, von dem es vor seinem Auftritt noch geheißen hatte, er sei zur Härte in Sachen Haushaltsdisziplin entschlossen. Als statt des Ministers dann ein Beamter eine Stunde vor Mitternacht zum Briefing bat, da wußte man, daß kein Durchbruch erzielt worden war.

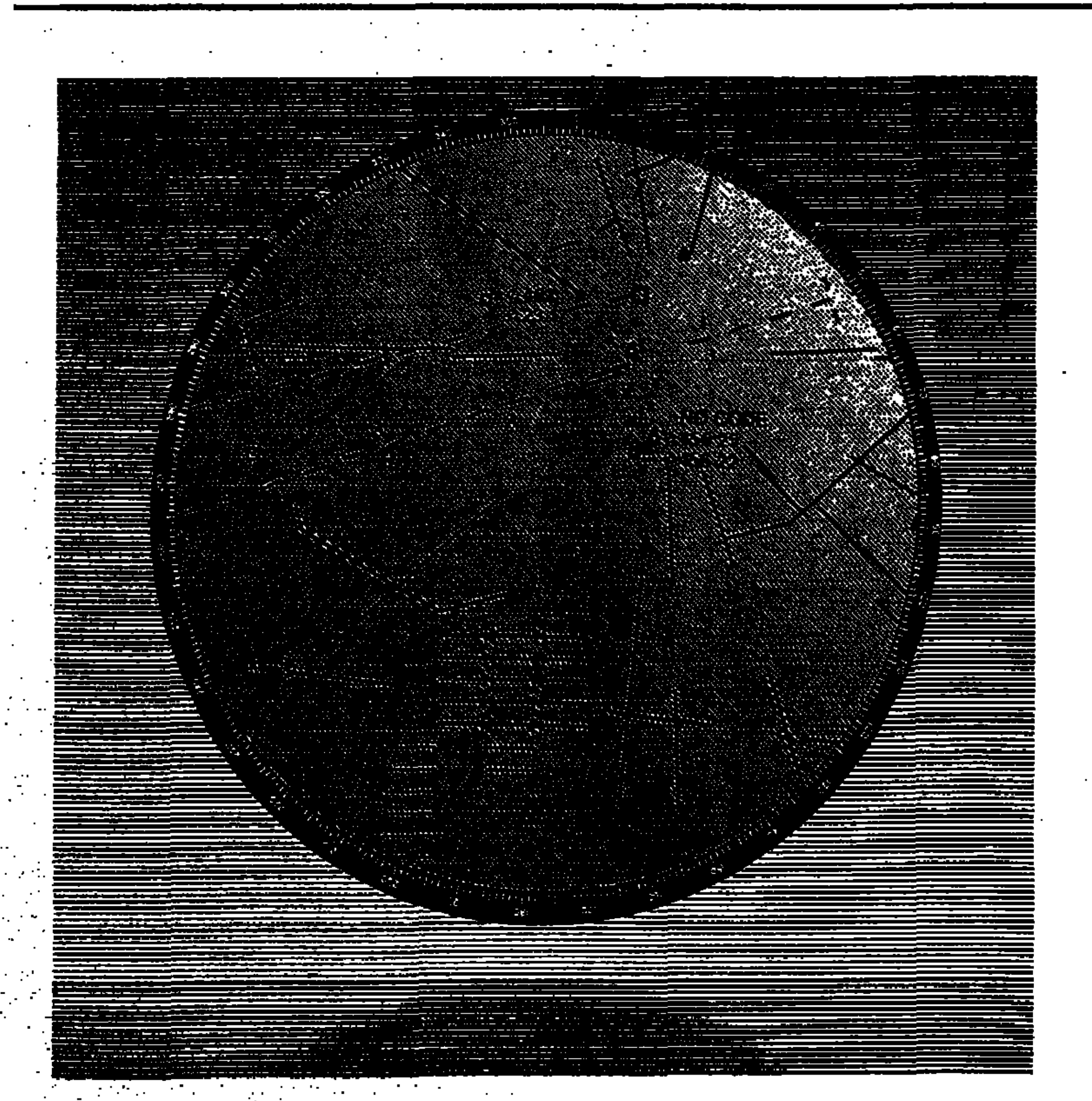
Die Präsentation einer Politik – das bestätigt sich auf solchen Mammut-Konferenzen – ist im Zeitalter der Medien bald so wichtig wie die Politik selbst: Je länger die Beratungen andauerten, um so hektischer wurde auch das Gedränge in der Lobby, wo die Sprecher der einzelnen Delegationen, von Pulks Notizen machender Journalisten umgeben, Information und Desinformation betrieben. Da wurden Meinungsumschwünge, Teilsiege und Vertagungsdrohungen kolportiert, bis am Ende niemand mehr wußte, welches Stück hier eigentlich gespielt werden sollte.

Als Meister in der Kunst, mit Windmaschine, Donnerblech und bengalischen Effekten den Eindruck eines aufziehenden Gewitters zu erzeugen, erwies sich – einmal mehr – Hans Dietrich Genscher. Noch am Morgen des Dienstag hieß es in seiner Umgebung, er wundere sich, wie weit sich Stoltenberg habe über den „Tisch ziehen lassen“. Der Minister werde das wohl nicht unterschreiben. Drinnen, im Konklave, führte er dann eine deutliche Sprache, „um die Erblast zu sprengen, die uns die Finanzminister hinterlassen haben“.

Am Abend endlich, nach vielen Klausuren (Minister plus ein oder zwei Berater) und Super-Klausuren (die Chefs unter sich), als die Briten endlich das Rückerstattungszugeständnis hatten, da war Genscher selbst von seiner Inszenierung mächtig angetan und verströmte Milde: „Meine Geräuschentfaltung heute morgen hat sich gelohnt . . . man muß Verständnis haben für die britischen Kollegen . . . die EG macht sich allmählich.“ Die Kanonen und Flinten – piff, paff, puff! – waren mit Konfetti geladen.

Geoffrey Howe, der mit Erfolg so auszusehen versucht wie der frühere Premier Wilson, schien so geplättet von der Front der Neun, die sich im Laufe des Tages gegen den Briten aufgebaut hatte, daß er vor seinem Abgang nur noch ein dürres Drei-Zeilen-Statement verlesen konnte. „Was der mit nach Hause bringt“, sagte ein hoher EG-Beamter, „das hätten die Briten schon vor einem Jahr haben können.“

Es war Mitternacht: das Bürohaus gegenüber dem Gebäude des Ministerrates lag da wie ein Musikdampfer, der gleich über die Toppen flaggt. Aber niemand zog die Wimpel auf. Die Helden waren müde.



Ihr Kurs auf dem Aktienmarkt sollte von Ihrem persönlichen Anlageziel gesteuert werden.

Die Aktie ist ein wesentlicher Bestandteil der qualifizierten Vermögensbildung. Denn sie bietet die Möglichkeit, sich – entsprechend Ihren persönlichen Bedürfnissen und Zielen – an ausgewählten Unternehmen zu beteiligen. Sei es auf dem Gebiet der Investitionsgüterindustrie, der Großchemie und der Banken sowie in anderen führenden Bereichen der deutschen Wirtschaft. Die richtige Einschätzung eines Unternehmens ist die entscheidende Basis für eine erfolgreiche Anlage in Aktien. Sie setzt detaillierte Markt- und Unternehmenskenntnisse voraus.

Sprechen Sie darüber mit unserem Anlageberater. Nutzen Sie die Kompetenz und Marktkenntnis der Deutschen Bank, einer der führenden Großbanken der Welt. Mit ihrem schnellen und sensiblen Informationsapparat. Und der Erfahrung aus vielen Jahren der erfolgreichen partnerschaftlichen Tätigkeit im Auftrag des Kunden.

Sprechen Sie mit uns. Denn unser Service ist es wert.



Der Bund gibt 70 Millionen für Berlin-Jubiläum

dpa, Berlin

Für die 750-Jahr-Feier Berlins stellt der Bund nach Angaben des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, Lothar Löffler (SPD), in den Jahren von 1985 bis 1987 insgesamt 70 Millionen Mark zur Verfügung. Anläßlich einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuß für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen des Abgeordnetenhauses im Reichstagsgebäude sagte Löffler, darüber hinaus seien die einzelnen Bundesministerien aufgefordert, eigene unmittelbare Beiträge zum Jahrestag zu leisten.

Wie es in einer Pressemitteilung weiter heißt, hat der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) einen Bericht über die Lage der Stadt und über die Vorbereitungen zur 750-Jahr-Feier Berlins abgegeben. Aus dem Bericht und der Aussprache sei deutlich geworden, daß Berlin voll in die Entspannungspolitik einbezogen bleiben müsse. Die verschiedenen Aktivitäten zum Jahrestag im Westteil der Stadt sollten nicht gegen den anderen Teil Berlins gerichtet sein. Eine Ergänzung der Aktivitäten in Ost und West werde angestrebt.

Anzeige

Bis zu 20%
Das freut den Autofahrer: Wir zahlen wieder Haftpflichtbeitrag zurück. Diesmal bis zu 20%! Es zahlt sich aus, Gothaer Kunde zu sein.
Unsere Autoversicherung PLUS hat noch mehr Pluspunkte. Fragen Sie den Gothaer Kundenberater.
Gothaer Versicherungsbank

Grünen-Fraktion gegen Koalitionen

rtr, Bonn

Nach dem Bundesvorstand hat auch die Bundestagsfraktion der Grünen Regierungsbeteiligungen ihrer Partei abgelehnt. Die Grünen im Bundestag beriefen sich bei einem gestern veröffentlichten Fraktionsbeschluß auf eine Entscheidung ihrer Bundesdelegiertenversammlung von November 1982, in der Regierungsbeteiligungen grundsätzlich abgelehnt worden waren. Auch der Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 und ihre Erfolge in Landtags- und Kommunalwahlen gaben keine Veranlassung, von diesem Beschluß abzugehen.

Für eine Partei, die sich im Widerstand gegen staatliche Repression und als Alternative zu einer staatsfixierten Parteipolitik herausgebildet habe, sei die Frage einer Regierungsbeteiligung von so fundamentaler Bedeutung, daß ihre falsche Beantwortung zu tiefgreifenden Brüchen in der Partei führen müsse, heißt es in dem Fraktionsbeschluß.

Grüne programmieren Börner und die SPD auf ihre Linie

Gemeinsamer Gesetzentwurf zur hessischen Energiepolitik vorgelegt

D. GURATZSCH, Frankfurt

Mit der Vorlage des ersten gemeinsamen Gesetzentwurfs von SPD und Grünen in Hessen bekommt das rotgrüne Bündnis in diesem Bundesland immer mehr Kontur. Der Gesetzentwurf über „sparsame, rationelle, sozial- und umweltverträgliche Energienutzung", der jetzt vorgestellt wurde und schon in der kommenden Woche im Landtag beraten werden soll, sieht in den nächsten vier Jahren Investitionen von 380 Millionen Mark für den Ausbau einer dezentralen Energieversorgung vor. Wie Karl Kerschgens, Energieexperte der Landtagsgrünen, erklärte, wertet die Umweltpartei das Gesetz als einen „konkreten Schritt aus der Abhängigkeit der Atomwirtschaft".

Das ist nicht nur propagandistischer Trommelwirbel, mit dem die grüne Landtagsfraktion das Gesetz auf der Landesmitgliederversammlung am kommenden Wochenende in Mainhausen als Erfolg grüner Parlamentsarbeit herausstreichen will. Gemeint ist vielmehr tatsächlich ein Angriff auf die Monopolstellung der großen Energieversorgungsunternehmen (EVUs, wie sie im Szenenjargon abgekürzt werden). In Hessen beträgt der Anteil der beiden Unternehmen RWE und PREAG an der Stromerzeugung des Landes 79 Prozent. Eine solche Machtstellung hat die Unternehmen nach grüner Lesart befähigt, dem Staat ihre Geschäftspolitik zu diktieren. Der „Marsch in den Atomstaat" sei eine Folge davon.

Mit dem neuen Gesetz soll nach Kerschgens nun „ein erster Baustein für eine neue Energiepolitik in Hessen gesetzt werden". Und zwar auf die folgende Weise: Das Land stellt Zuschüsse und Bürgschaften zur Verfügung, die es den Kommunen ermöglichen sollen, sich von der Energieversorgung der großen Konzerne abzukoppeln und eigene kleine Kraftwerke zu betreiben. Die Gewährung der Förderungsmittel ist an die Voraussetzung gebunden, daß es sich um „dezentrale Energienutzungsanlagen" handelt, „die eine sparsame, rationelle und umweltverträgliche Energienutzung gewährleisten".

Aufgeführt werden Verfahren der Kraft-Wärme-Kopplung und der Abwärmenutzung, der energetischen Verwertung von Biomasse (Biogaserzeugung, Holz- und Strohvergasung) und der Nutzung von Klär- und Deponiegas. Unter den förderungswürdigen Kraftwerkstypen werden neben Kohleheizkraftwerken und gas- oder dieselbetriebenen Blockheizkraftwerken auch Wasserkraftwerke sowie Biomasseverwertungsanlagen genannt. Die Kommunen sollen mit den Förderungsmitteln Leitungsnetze zurückkaufen können. Bei der Erarbeitung lokaler Energieversorgungskonzepte sollen die Bürger beteiligt werden.

Über den Umfang, in dem das Gesetz „greifen" wird, gehen die Meinungen der beiden Parteien freilich auseinander. „Der Erfolg hängt davon ab, ob die regional Verantwortlichen, ob die Kommunen das Programm aufnehmen", sagt SPD-Fraktionschef Ernst Welteke. Immerhin lägen bereits 80 Anträge vor, acht bis zehn Mühlenbesitzer mit Wasserrechten hätten bereits Zuschüsse erhalten. Die Hoffnungen von Kerschgens, das Gesetz könne sich letzten Endes bis zu einer Größenordung von 1000 Megawatt auswirken (das entspräche der Leistung eines der beiden Blöcke des Kernkraftwerks Biblis) und damit „die Anteile des Atomstroms schmälern", mag der Sozialdemokrat indessen nicht teilen. „Weniger als die Hälfte", ist sein trockener Kommentar.

Für die SPD, die sich nach den Worten ihres Fraktionschefs „einen Ausstieg aus der Atomenergie heute noch nicht vorstellen kann", ist das Gesetz laut Welteke Teil des Programms „Arbeit und Umwelt", durch das die Gegensätze zwischen Ökonomie und Ökologie versöhnt werden sollen. Es liege ganz auf der Linie alter SPD-Forderungen nach dezentraler Energieversorgung.

Immerhin wirft der Gesetzentwurf ein Schlaglicht auf die Strukturen rot-grüner Zusammenarbeit in Hessen: Die Grünen, unterstützt von Öko-Instituten und alternativen Wissenschaftlern, sind zu Meinungs- und Handlungsführern in der hessischen Umweltpolitik avanciert und programmieren die SPD auf einem von Ministerpräsident Holger Börner für zentral erklärten Feld sozialdemokratischer Politik auf die grüne Linie.

Noch deutlicher wird das bei der geplanten Änderung des hessischen Abfallgesetzes werden, mit der das Land Hessen nach den Worten von Umweltminister Clauss „vollkommen neue Wege" gehen will. Die Pflicht zur Getrenntsammlung und Wiederverwertung von Abfällen soll hier zum ersten Mal in einem Bundesland gesetzlich festgeschrieben werden. Umfassendste Neuregelung ist die Einführung gesetzlicher Abfallwirtschaftspläne, die neben der Vermeidung und Verwertung von Abfällen auch ihre Beseitigung einschließen.

Die Jubelstimmung bei der Öko-Partei wird um so größer sein, als sich damit ihr Konzept durchgesetzt zu haben scheint, daß eine Wende in der Abfallpolitik nur erzwungen werden könne, wenn der Müllnotstand vor der Türe steht. Daß es in Hessen dazu kommen konnte, geht einzig und allein auf die grüne Blockade der beiden geplanten Großdeponien in Mainhausen und Messel zurück.

Bundeskanzler Kohl: „Der Kampf um Worte gerät zum Machtkampf"

ms. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich in seiner Eröffnungsrede zur Frankfurter Buchmesse auch mit dem Medium der Sprache befaßt. Die WELT druckt diese Passagen im Wortlaut:

„Wir müssen fragen: Gehen wir sorgfältig genug mit unserer Sprache um? Diese Frage müssen sich nicht nur Literaten und Politiker stellen. Aber weil es unser Beruf ist ‚unser Wort zu sagen', tragen Autoren, Verleger und Politiker hier eine besondere Verantwortung. Nur eine Politik, die sich verständlich machen kann, wird überzeugen und Mehrheiten finden.

Die Sprache der Politik darf sich nicht in ein begriffliches Ghetto zurückziehen. Die politische Rede muß immer auch den Reichtum menschlichen Denkens, persönlicher Erfahrung und ebenso von Gefühlen zum Ausdruck bringen. Erst dann ist sie lebensnah, begreiflich, echt.

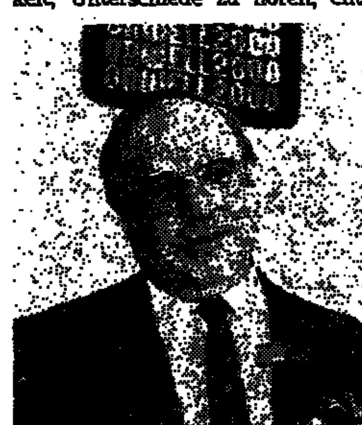
Technokraten, so sehr sie um Präzision der Sprache und Sicherheit des Ausdrucks bemüht sein mögen, verlieren leicht den Blick für's Ganze. Schon die Vielzahl von Fachsprachen mit eigener Begrifflichkeit zeigt, daß keine von ihnen die Wirklichkeit ganz abbildet.

Auch die Sprache der Politik kennt Fluchtbewegungen: Es gibt die Flucht in hektischen Wortreichtum, um nichts mitzuteilen. Es gibt die Flucht in politische Sprachspiele. Da werden Begriffe besetzt, umgedeutet, konstruiert, aufgebläht, demontiert. Der Kampf um Worte gerät zum Machtkampf.

‚Friedenskampf', ‚gewaltfreier Widerstand', ‚ziviler Ungehorsam' sind Beispiele absichtsvoll gewählter Mehrdeutigkeit. Aussage und Dementi sind bewußt miteinander verwoben. Die Ausuferung politischer Schlüsselbegriffe macht sie beliebig handhabbar, macht es möglich, mit ihnen sowohl prinzipiellen Widerspruch wie auch die Illusion von Übereinstimmung in Worte zu fassen. Auch unter dem Einfluß von Ideologien und im Bemühen, Ängsten drängend Ausdruck zu geben, wird unsere Sprache aus dem Lot gebracht. Laufen wir dabei nicht Gefahr, daß durch eine solche ‚Arbeit der Zuspitzung' die Angst schließlich wirklicher wird, als die Wirklichkeit beängstigend ist?

So könnten wir eines Tages sprachlos sein, wenn alle starken Worte unserer Sprache durch maßlosen Gebrauch abgewertet sind und wir zugleich erkennen müßten, daß wir keine Chance mehr haben, mit leisen Worten gehört und mit Zwischentönen verstanden zu werden.

Hannah Arendt hat in ihrem Buch ‚Macht und Gewalt' den Zusammenhang zwischen Sprache und Wirklichkeit beschrieben: ‚Der Unfähigkeit, Unterschiede zu hören, entspricht die Unfähigkeit, die Wirklichkeiten zu sehen.'



Bundeskanzler Helmut Kohl zur Buchmesse FOTO: DPA

Aber unsere Sprachkultur hat nicht nur an schlechtem Umgang mit der Sprache selbst zu leiden. Es gibt auch noch andere alarmierende Signale:

– Man kann es doch nur als ein Armutszeugnis bezeichnen, wenn Hochschulen Deutschkurse für Deutsche anbieten müssen, weil Studenten inzwischen selbst erkannt haben, daß ihnen die Fähigkeit fehlt, sich in ihrer eigenen Muttersprache schriftlich oder mündlich einwandfrei auszudrücken. Es darf keinen Analphabetismus in neuem Gewande bei uns geben.
– Oder: Bei den notwendigen finanziellen Einsparungen sind die Haushalte der öffentlichen Büchereien nur allzu oft nicht nur an erster Stelle, sondern bis hin zu Eingriffen in die Substanz zusammengestrichen worden.

Ein Volk, das mit Recht stolz ist auf seine großen Dichter und das auch mit Recht stolz ist auf das hohe Ansehen seiner Literatur im Ausland, darf seine eigenen Bibliotheken nicht veröden lassen.

– Verleger, Buchhändler und Autoren sind gegenwärtig in Sorge um den Bestand der privatwirtschaftlichen Preisbindung auf unserem Buchmarkt. Dieses Instrument hat sich bewährt. Würde ihm die Wirkung genommen, dann hätte das gute, das anspruchsvolle – auch das wissenschaftliche – Buch kaum eine Wettbewerbschance gegen Erzeugnisse, die ohne Preisbindung als Konsumware im Discount vertrieben werden könnten.

Die Bundesregierung ist deshalb daran interessiert, daß dieses kulturstaatliche Element unserer Wirtschaftsordnung unbeeinträchtigt bleibt."

DGB: Noch Distanz zu den Grünen

„So kann man nicht Gesamtpolitik machen" / Fragen zum Beschäftigungsproblem

DW. Düsseldorf

Der DGB in Nordrhein-Westfalen nimmt gegenüber den Grünen eine Haltung ein, die sich eng an die Position der SPD anlehnt. Dafür spricht die Ankündigung des DGB-Landeschefs Michael Geuenich, man sei „bereit, mit jeder im Parlament vertretenen Partei über anstehende Sachfragen zu diskutieren". Geuenich räumte dabei ein, daß mit der Kräfteverschiebung zu Gunsten der Grünen in den nordrhein-westfälischen Gemeinden und Kreisen „die Berechenbarkeit von Politik in vielen Fällen schwerer werden wird".

Gegenwärtig gebe es noch eine „erhebliche Distanz" zwischen Gewerkschaften und Grünen. Der DGB werde die Grünen – „wie die anderen Parteien auch – mit unseren Forderungen zur Beschäftigungs- und Gesellschaftspolitik konfrontieren". Von einer Politik der „Prüfsteine" hatte auch SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz gesprochen.

Der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende urteilte weiter, den Grünen fehle es zumindest vorläufig an der Einheitlichkeit von Positionen. Sie seien „konflikt-orientiert" und griffen das, was den Bürger gerade ärgere, als Thema auf. „So kann man nicht Gesamtpolitik machen." Die Grünen postulierten: „Atom geht nicht, Steinkohle verursacht zu viele Emissionen, Braunkohle verschandelt die Landschaft." Dabei bleibe die Frage unbeantwortet: „Womit aber machen wir Strom?"

Die Grünen, die sich in NRW derzeit als Dritte Kraft fest etabliert hätten, müßten im kommunalen Bereich bei konkreten Entscheidungen auch mal Ja sagen. Geuenich gab zu erkennen, daß der DGB keine Dramatik darin sieht, wenn sich Bürgermeister-Kandidaten auch mit den Stimmen von Grünen wählen lassen würden. Wenn aber in der konkreten Politik Positionen der Grünen durchgesetzt würden, die den Interessen der Arbeitnehmer zuwiderliefen, „werden wir uns sehr laut und deutlich zu Wort melden".

Vor allem in der Energiepolitik zeigt sich immer stärker, daß die Positionen von Gewerkschaftern und Grünen nicht miteinander in Einklang zu bringen sind. Dies betrifft in erster Linie das entschiedene Nein der Grünen zur Nutzung der Atomkraft zu friedlichen Zwecken. Deutlich auf Abgrenzung zu der neuen politischen Gruppierung ging beispielsweise der Oberbürgermeister von Datteln, Horst Niggemeier, ein führendes Mitglied der IG Bergbau und Energie. Niggemeier gewann bei der Kommunalwahl in seinem bisher von der CDU gehaltenen Wahlkreis sogar 9,6 Prozentpunkte hinzu.

Satelliten-Streit: Was macht Hessen?

Kaum noch Chancen auf Einigung über die Medienpolitik der Zukunft / Treffen in Bonn

fac. Bonn

Der hessische Regierungssprecher Thielemann gab sich zugeknöpft: „Wir greifen den Beratungen nicht vor." Unter den Ministerpräsidenten der Länder war gestern aber die Hoffnung auf Null gesunken, daß das rotgrüne Hessen in der heutigen Konferenz der Länderregierungschefs seine Aversion gegen eine Teilhabe Privater am Rundfunk und Fernsehen der Zukunft überwinden und somit ein abgestimmtes Vorgehen in der Medienpolitik ermöglichen wird.

Es geht in der baden-württembergischen Vertretung beim Bund vor allem um die Frage, wie der von 1986 an zur Verfügung stehende Direktsatellit TV-Sat genutzt werden soll. Bernhard Vogel (Mainz) hofft noch immer auf den Erfolg einer „mittleren Linie": Im Gegenzug zu einer Einigung über die umstrittene „Bestands- und Entwicklungsgarantie" zu Gunsten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollen zwei TV-Satellitenkanäle an private Gruppen abgegeben werden. Andernfalls, und auch in Mainz wird ein Scheitern des „gemeinsamen Konzepts" einkalkuliert, müßten sich Ländergruppen in eigener Regie Zugang zu den Kanälen verschaffen. Uwe Barschel, Vogels Kieler Amtskollege, hatte kürzlich in Eckernförde einen Stein ins Wasser geworfen: die unionsregierten Länder sollten, wenn alle Verständigungsbemühungen mit den SPD-Regierungen scheitern, den TV-Sat allein nutzen. Als „einigungswillige Länder" nannte Barschel neben Schleswig-Holstein Niedersachsen, Bayern und Rheinland-Pfalz. Das ebenfalls CDU-regierte Land Baden-Württemberg spielt bei diesen Überlegungen noch keine Rolle. Im Gegenteil, man ist enttäuscht, daß der Stuttgarter Ministerpräsident Lothar Späth bereit sei, „den öffentlich-rechtlichen Anstalten den Vorzug zu geben", wie gestern in Unionskreisen formuliert wurde.

Barschel hat übrigens bereits den Bau einer zentralen Satellitenantennenanlage in Norddeutschland sowie die Förderung eines – aus Kostengründen anzustrebenden – gemeinsamen privaten norddeutschen TV-Regionalprogramms durch Veranstalter aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen, möglicherweise auch aus Bremen und Berlin, angeregt. Die „Einheitlichkeit" könnte gerettet werden, wenn Hessen lediglich eine „Protokollnotiz" zu einer ansonsten einvernehmlichen Regelung abgibt. Kommt es allerdings zu einer Mehrheitsentscheidung unter den Ministerpräsidenten, dann werden die jeweiligen Länder eigene Wege gehen. Auch in diesem Fall gilt: wie verhält sich Späth?



Was ist Umweltschutz?
Zum Beispiel: Das neue Steinkohle-Kraftwerk Werne geht von vornherein mit einer Rauchgaswäsche und einer Verfahrenstechnik in Betrieb, die es zum saubersten Kraftwerk in der Bundesrepublik machen.
Seit langem wird in allen VEW-Kraftwerken Staub nahezu hundertprozentig ausgefiltert, werden Gewässer geschont und gepflegt.
Veraltete Kraftwerke mit hohem Schadstoff-Ausstoß legen wir vorzeitig still. Das VEW-Konzept der Zukunft lautet: Stromerzeugung aus Kohle und Kernenergie mit fortschrittlichen, wirtschaftlichen und umweltschonenden Energietechniken.
Bis zum Ende dieses Jahrzehnts werden wir alles in allem 1,8 Milliarden Mark aufwenden, damit unser Strom mit der Umwelt ins reine kommt.



Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG · Dortmund

„Wir sparen, um Politik machen zu können"

Landtag Stuttgart: Von 1986 an keine neuen Schulden

XING-HU KUO, Stuttgart

Der Stuttgarter Landtag hat gestern in erster Lesung den Entwurf des Doppelhaushalts 1985/86 Baden-Württemberg beraten, der bundesweit ohne Beispiel ist: Als erstes Bundesland will der Südwesten von 1986 an keine neuen Schulden mehr machen, erklärte Finanzminister Guntram Palm (CDU) in seiner Etatrede. Er unterstrich, daß der vorliegende Entwurf und der mittelfristige Finanzplan bis 1988 eine „Kontinuität" der Sparpolitik, eine weitere „Konsolidierung" und durch eine Konzentration des auch hier knapper werdenden Geldes auf „zukunftsträchtige Schwerpunktaufgaben" gewährleisten würden.

Für die kommenden zwei Jahre sind Ausgaben in Höhe von 36,2 (1985) und 37,4 Milliarden DM (1986) vorgesehen. Dies bedeutet eine jährliche Steigerungsrate von 2,4 Prozent, deutlich weniger unter der vom Finanzplanungsrat empfohlenen drei Prozent. Palm wies die SPD-Kritik zurück, das Land handle aus „Rekordsucht": „Wir machen keine Politik um zu sparen, wir sparen, um Politik machen zu können".

Schwerpunkte der Ausgaben sind künftig „wirtschaftsnahe Forschung, Innovation, Technologietransfer, neue Schwerpunkte innerhalb und außerhalb der Universitäten, Stadterneuerung, Dorfentwicklung" und nicht zuletzt der Umweltschutz, teilte Palm mit. Personalsektor, Straßen- und Wohnungsbau hingegen müssen mit Einschränkungen leben. Im sozialen Wohnungsbau sei eine Schrumpfung wegen der „Bedarfslage" („Käufer und Mieter werden gesucht") notwendig.

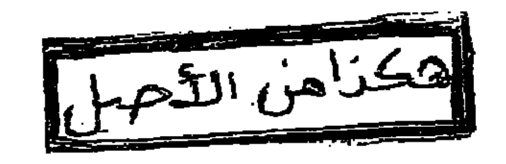
Der Stuttgarter Finanzminister verwies auf die insgesamt günstige wirtschaftliche Entwicklung im Südwesten seit dem Beginn des Sparkurses im Jahre 1980: So sei das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Bundesland zwischen 1980 und 1983 um 3,2 Prozent (Bundesdurchschnitt 1,7) gestiegen. In den vier SPD-regierten Bundesländern war die Steigerungsrate „bezeichnenderweise sogar nur 0,4 Prozent", kommentierte Palm.

Im Export hat Baden-Württemberg unter den Flächenländern erneut eine Spitzenstellung erobern können: pro Einwohner 7880 Mark, bundesweit 7040 Mark. Dieser positive Trend hat sich nach Angaben des Ministers auch in diesem Jahr fortgesetzt: Der Export des Landes nahm in den ersten fünf Monaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 16,8 Prozent zu gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 14,2 Prozent.

„Wichtigstes Indiz" für die gesunde Wirtschaft in Baden-Württemberg ist schließlich die Arbeitslosenquote. Ende August dieses Jahres betrug sie bundesweit 8,9, im Lande dagegen 5,5 Prozent. Damit bleibt Baden-Württemberg das Land mit den wenigsten Arbeitslosen.

Palm warnte jedoch vor der Annahme, daß der Gesundungsprozeß des Haushalts nunmehr abgeschlossen sei. Ein finanzpolitischer Handlungsspielraum zur Bewältigung der Zukunftsausgaben sei nur denkbar, wenn die Zinsleistungen des Landes zurückgeführt werden könnten. Auf Dauer könne er, so Palm weiter „keinen Sinn" darin sehen, „Zinsen in Milliardenhöhe" zu bezahlen, wofür fast der gesamte Einnahmenzuwachs geopfert werden müsse. Mit „Sorge" beobachtet der Finanzminister die nach wie vor hohe Personalkostenquote. Er forderte deshalb die Tarifparteien im öffentlichen Dienst auf, „vernünftige" Ergebnisse zu erzielen.

Die SPD kritisierte den zweijährigen Haushaltsrhythmus und möchte zum einjährigen Haushaltsplan zurückkehren, um die kontrollierende Funktion des Parlaments zu stärken. SPD und FDP monierten ferner die geplante Inanspruchnahme von „globalen Minderausgaben" von mehr als 500 Millionen durch die Regierung.



Berliner SPD auf Distanz zu AL-Papier

hrk. Berlin

Der SPD-Fraktionsvorstand im Berliner Abgeordnetenhaus hat sich nachdrücklich von einem Papier zur Reform des Strafvollzugs distanziert, das unter anderem der SPD-Abgeordnete und Rechtsanwalt Andreas Gerl gemeinsam mit Abgeordneten der Alternativen Liste formuliert hatte. Fraktionsgeschäftsführer Schneider erklärte, die Unterlage sei „weder vom Facharbeitskreis geschweige denn von der Fraktion jemals beraten oder gar gebilligt" worden.

Schneider wandte sich auch entschieden gegen Vorwürfe der Zusammenarbeit von SPD und AL, die Justizsenator Hermann Oxfort erhoben hatte. Oxfort hatte den SPD-Spitzenkandidaten Hans Apel in einem Brief zu einer Stellungnahme aufgefordert. Zu der Kritik des Justizsenators sagte Schneider, sie gehe „ins Leere" und müsse entschieden zurückgewiesen werden, weil sich die SPD keineswegs von ihrer bisherigen justizpolitischen Linie entfernt habe. Der Entwurf der Enquête-Kommission werde von der SPD lediglich als „Diskussionsgrundlage" betrachtet. Der zuständige Facharbeitskreis der SPD werde über das Papier beraten und eine Stellungnahme abgeben.

1500 politische Häftlinge abgeschoben

hrk. Berlin

Ost-Berlin hat seit Jahresbeginn etwa 1500 politische Häftlinge entweder vorzeitig oder nach Ende ihrer Haftzeit in den Westen abgeschoben. Die „Arbeitsgemeinschaft 13. August" teilte in einer Pressemeldung mit, es handele sich um eine Rekordzahl. In den vergangenen Jahren hatte sich die Zahl der Abgeschobenen zwischen 1200 und 1400 bewegt. Außerdem heißt es, mit dem Eintreffen weiterer ehemaliger Häftlinge sei bis zum Jahresende zu rechnen. Zur Zeit befänden sich rund 9500 „DDR"-Bewohner aus politischen Gründen in den Gefängnissen, darunter 1500 in Untersuchungshaft.

Westen vor „Atheismus des Gewissens" gewarnt

geo. Bonn

Vor verschiedenen Formen des Atheismus in Europa hat der Vorsitzende der jugoslawischen Bischofskonferenz und Erzbischof von Zagreb, Kardinal Franjo Kuharic, gewarnt. Beim traditionellen St.-Michael-Jahresempfang im Kommissariat der deutschen Bischöfe in Bonn sagte er mit Blick auf den Ostblock, hier werde der Atheismus zum System und zur Norm des Lebens erhoben. Aber auch im anderen Teil des Kontinents bestehe die Tendenz, Gott zwar nicht zu verleugnen, doch objektive moralische Prinzipien zu verneinen. Kuharic: „Das könnte man als Atheismus des Gewissens bezeichnen, der Gott das Recht abspricht, dem Menschen etwas anzuordnen oder zu verbieten." So entstehe der praktische Atheismus als Ergebnis des Subjektivismus und des Relativismus, die so sehr in der Mentalität Europas verbreitet seien. Der Kirchenführer gestand zu, daß der atheistische Humanismus eine bessere Welt wolle, aber ohne Gott oder sogar gegen Gott. Wenn Gott jedoch für tot erklärt würde, dann drohe dem Menschen der Tod.

Der Kardinal aus Jugoslawien forderte daher eine geistige Erneuerung Europas, die von der Kirche ausgehen müsse. Sie sei berufen, ihre Pflicht gegenüber dem Kontinent treu und klar zu erfüllen, „indem sie die volle Wahrheit des Evangeliums über Gott und Mensch verkündet".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Psycho-Terror gegen Familien geflüchteter „DDR"-Sportler

Von KLAUS BLUME

Aus einem Brief an Erich Honecker, geschrieben am 25. Oktober 1983 in Leipzig: „Durch das Negieren meiner bisherigen Hilferufe fühle ich mich als nicht existent und als Randfigur unserer Gesellschaft. Mein angegriffener Gesundheitszustand, der nur mit Medikamenten in einem erträglichen Maß gehalten wird, die dauernde Angst vor einer Operation, demoralisieren meine psychische Verfassung. Ich hatte Sie davon in Kenntnis gesetzt, daß ich durch die Heilmethode mit Ultraschall einem chirurgischen Eingriff entgehen kann." Geschrieben hat diesen Brief die 45jährige Karin Schulz, Mutter zweier Kinder, seit 1968 wegen Krankheit arbeitsunfähig und verheiratet mit dem Hochschullehrer und Volleyball-Trainer Arnold Schulz (44). Der Brief blieb ohne Antwort.

Ehemann Schulz, vor zwei Jahren bei der Volleyball-Weltmeisterschaft in Argentinien als internationaler Schiedsrichter tätig, floh damals auf der Rückreise in die „DDR" nach München. Seitdem kämpft er – bisher vergeblich – um die Ausreise seiner schwer nierenkranken Frau und um die seiner beiden Kinder Steffen (14) und Steffi (11).

Schulz, der 280mal in der Volleyball-Auswahlmannschaft der „DDR" spielte, der wegen seiner sportlichen Erfolge als leuchtendes Vorbild für die Jugend hingestellt wurde, war niemals Mitglied der Nationalen Volksarmee der „DDR" und nach eigenen Worten zu keiner Zeit in der „DDR" ein „Geheimnisträger". Denn ob der Ball nach links oder rechts gespielt wird – das ist weder eine sportwissenschaftliche noch eine ideologische Frage.

Der Fall Wecke

Der Fall Schulz ist kein Einzelschicksal. So wie dem ehemaligen Leipziger geht es drei anderen früheren „DDR"-Trainern und den beiden Ärzten Dr. Klaus Büttner und Dr. Gerhard Fechner, die einst für den „DDR"-Ringerverband tätig waren. Da ist zum Beispiel der Fall Richard Wecke (43), Bundestrainer an der Ruderakademie in Ratzeburg. Wecke lebt seit sieben Jahren in der Bundesrepublik, seine ebenfalls nierenkranke Frau Gunda und der 18jährige Sohn Immo dürfen die „DDR" nicht verlassen. Gunda Weckes tiefe Depressionen haben wohl auch die sich ständig wiederholenden nächtlichen anonymen Anrufe verursacht. Inhalt solcher Telefongespräche: Ihr Mann nächtigt zur Stunde im Hotel XY mit der Dame XY im Zimmer XY. Wir können Ihnen Anschrift und Telefonnummer in der BRD geben. Sie können das überprüfen. Wir raten Ihnen, die Scheidung einzureichen und Ihre Ausreiseanträge zurückzuziehen.

Ähnliches berichtete Arnold Schulz im Juni dieses Jahres in einer Petition an die Vereinten Nationen in Genf: „Fortlaufende anonyme Anrufe bei meiner Frau stellten und stellen eine besondere seelische Belastung dar. Die Anrufer geben sich nicht zu erkennen und quälen meine Frau psychisch. So kam einer dieser Anrufe angeblich aus München; ohne den Namen zu nennen, wollte er sich bei meiner Frau über mich dahingehend beschweren, daß ich seiner Tochter nachstellen würde."

„Von einem besonderen Fall von Sippenhaftung" berichtet der Wattenscheider Leichtathletik-Trainer Peter Hunold (44), der vor fünf Jahren von Deutschland nach Deutschland floh: Seiner 76jährigen Mutter, in Potsdam ansässig, wurde der Ausweis abgenommen, so daß sie nicht mehr verreisen kann. Kommentar und Erklärung des dafür zuständigen Sachbearbeiters in Potsdam: „Sorgen Sie dafür, daß Ihr Sohn in die DDR zurückkommt, dann erhalten Sie auch wieder normale Papiere." Hunolds Frau Gerlinde, eine Lehrerin, wurde nach der Flucht ihres Mannes „wegen pädagogischer Nichteignung" (so der offizielle Wortlaut der Potsdamer Schulbehörde) fristlos entlassen. Sie war danach Arbeiterin in einer Bohnerwachsfabrik, bis sie für 560 Mark im Monat ein Unterkommen als Telefonistin beim kirchlichen Krankenhaus in Potsdam-Babelsberg fand. Die beiden Töchter, 20 und 22 Jahre alt, haben weder einen Studien- noch einen Arbeitsplatz entsprechend ihrer schulischen Ausbildung (Abitur) erhalten. Sie arbeiten als Archiv-Hilfskraft und als Kellnerin.

Als Peter Hunold, einst ein hochtalentierter Mittelstreckenläufer, später ein überaus renommierter Trainer beim Armeesportklub in Potsdam, 1980 bei den Hallen-Europameisterschaften in Sindelfingen zufällig mit dem „DDR"-Dopingarzt Manfred Höppner zusammentraf, erklärte dieser ihm, vor 1984 sei mit einer Familienzusammenführung nicht zu rechnen. Höppner damals wörtlich: „Das haben wir eben so beschlossen." Höppners damalige Worte erinnern an einen Beschluß des Zentralkomitees der SED, im Falle Schulz, Wecke, Hunold, Pöhlitz, Büttner und Fechner ein abschreckendes Exempel zu statuieren, indem die Familienzusammenführung auf unerträgliche Weise hinausgezögert würde. Denn in all diesen Fällen handelt es sich um hochqualifizierte und renommierte ehemalige Mitglieder des aus Propagandazwecken ständig auf Hochtouren laufenden „DDR"-Sportapparates. Noch mehr dieser nützlichen Idole zu verlieren schadet nämlich nicht nur der Glorie, mit der sich der „DDR"-Sport umgibt.

So gleichen sich denn die Schicksale. Das, was Arnold Schulz und Peter Hunold „Sippenhaft" nennen, trifft auch auf die Familie Pöhlitz zu. Lothar Pöhlitz lebt seit fünf Jahren in Leverkusen als Leichtathletik-Trainer. Früher war er beim SC Chemie Halle tätig, für den einst auch seine Frau Waltraud als angesehene Weltklasse-Läuferin startete. Nach der Flucht ihres Mannes wurde die Lehrerin Waltraud Kaufmann-Pöhlitz fristlos entlassen. Heute arbeitet sie beim Kreiskirchenamt in Halle. Ihr Gehalt entspricht dem Existenzminimum eines „DDR"-Bürgers.

Verzweiflung und Angst

Damit muß sie sich und ihre Tochter durchbringen, der das Abitur verwehrt wurde und die auch keine Lehrstelle fand. In der „DDR", wo man sich rühmt, die Arbeitslosigkeit abgeschafft zu haben, ein Sonderfall. Was diesen Fall noch tragischer macht: Kaum einmal erreichen die Bewerbungsunterlagen der Pöhlitz-Tochter die Adressaten. Wenn sie dann telefonisch nachfragt, erhält sie die stereotypen Antworten, sie habe sich wohl bei der Beschriftung der Adressen geirrt, ihre Unterlagen seien deshalb nie eingetroffen.

Niemandsland – oder das, was Karin Schulz als „Außenseiter der Gesellschaft" bezeichnet, denen im Amtsdeutsch der „DDR" mitgeteilt wird, sie könnten „ruhig verrecken", so der Abteilungsleiter Münchow von der Abteilung Inneres des Stadtbezirkes Leipzig-Süd am 5. April 1983 im Gespräch mit Frau Schulz. Die Ehemänner dieser Frauen haben sich jahrelang in schweigender Geduld geübt, weil ihnen das von den hiesigen Stellen ebenso empfohlen wurde wie von den zuständigen UNO-Ausschüssen in Genf. Nur so könne eine Familienzusammenführung mit Erfolg betrieben werden.

Doch die Verzweiflung und die Angst in den getrennten Familien wachsen. Lothar Pöhlitz sagt: „Schweigen hilft nicht mehr." Und so trat die Schriftstellerin Brigitte Klump, sie hatte sich für diese Familien bei der UNO umgetan, bereits 21 Tage lang in den Hungerstreik. Ihr folgte Richard Wecke, und seit Sonntag ist Hunold der dritte in dieser Stafette. Am Donnerstag wollen sie in Bonn anläßlich der Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der „DDR" in der Ständigen Vertretung der DDR eine Petition überreichen – und die internationale Presse informieren.

Hoffmann und der tote Behrendt

PETER SCHMALZ, Nürnberg

„Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste", sagte gestern der Angeklagte in Saal 600 des Nürnberger Justizgebäudes und zeigte nach Ende seines gut fünfzig Stunden dauernden Monologs, daß er auch in der nun begonnenen Fragerunde gewillt ist, sich an dieser Volksweisheit zu orientieren. Karl-Heinz Hoffmann, einst der forsche Chef der inzwischen verbotenen Wehrsportgruppe, gibt sich bis zur Geschwätzigkeit auskunftsfreudig, wo ihm die Antwort ungefährlich erscheint oder die Beweislage keine Ausflüchte mehr erlaubt, präsentiert sich aber angeblich unwissend oder von Erinnerungslücken geplagt, wo Belastendes aufgeklärt werden könnte.

Mit dem gravierendsten Punkt der Anklage, dem Mord an dem jüdischen Verleger Shlomo Lewin und dessen Lebensgefährtin, will er so gut wie fast überhaupt nichts zu tun gehabt haben. Sagt die Anklage, Hoffmann, der damals mit 15 ehemaligen Mitgliedern der Wehrsportgruppe in einem Palästinenserlager im Libanon Quartier bezogen hatte, habe seinen Begleiter Uwe Behrendt bestimmt, Lewin als einen „der Repräsentanten der jüdischen Mitbürger" zu erschießen und sich damit gegenüber der PLO-Führung zu profilieren, so wirft der Angeklagte heute ein: Behrendt habe allein und ohne sein Wissen gehandelt und ihm erst nach der Tat gestanden: „Chef, ich habe ein Attentat verübt." Dieser habe sogar noch hinzugefügt: „Ich hab's ja auch für Sie getan." Angeblich aus Ärger darüber, daß Hoffmann mit dem Oktoberfestattentat in Verbindung gebracht worden war.

Sollte Hoffmann so tief in das Verbrechen verstrickt sein, wie Oberstaatsanwalt Horn ihm vorwirft, dann erweist es sich für ihn heute als besonderer Glücksfall, daß besagter Behrendt im Libanon angeblich durch Selbstmord ums Leben gekommen ist. So kann Hoffmann heute seine einstige rechte Hand, die im PLO-Lager während Hoffmanns Abwesenheit „Leithammel" der anderen war, als einen zwiespältigen Menschen voller Widersprüche hinstellen, den man gar öfter mal davon abhalten mußte, sich das Leben zu nehmen.

„Übertriebene Aktionsgeilheit" will Hoffmann bei dem „Rindvieh" Behrendt entdeckt haben, kein Wort habe ihm dieser aber von dem Mordplan gesagt. Und die Waffe? Die Maschinenpistole vom Typ Beretta gehörte zwar Hoffmann, dieser hatte auch wenige Tage vor der Tat einen Schalldämpfer darauf montiert, aber ansonsten habe stets Behrendt das Schießeisen bei sich gehabt. Und der Schalldämpfer sei nur das Probestück für eine geplante Ferienproduktion in einem „unterentwickelten arabischen Land" gewesen.

Da Wissen belastet, will Hoffmann gegenüber dem ihm geständigen Kumpel auch nicht neugierig gewesen sein. Wohl soll Behrendt ihm gesagt haben, die Waffe sei – bis heute unauffindbar – versteckt, nach dem Ort will Hoffmann aber ebensowenig gefragt haben wie danach, ob der Schütze Komplizen hatte und wie der des Autofahrens Unkundige zu dem vom Hoffmann-Schloß 20 Kilometer entfernten Tatort gekommen ist. Mit dem Bus oder mit dem Rad?

Auch gegen Lewin will Hoffmann nichts gehabt haben, dennoch wurde bei ihm ein Artikel des späteren Opfers in der italienischen Illustrierten „Occi" gefunden, in dem sich der Autor kritisch mit den neonazistischen Aktivitäten des Angeklagten beschäftigte. Hoffmann gibt sich gelassen: Dieser „Minibeitrag" sei nicht geeignet gewesen, ihn herauszufordern. Der Prozeß wird fortgesetzt.

Ost-Berlin und die Frage nach der Tradition des Zapfenstreiches

Honeckers Einladung an Lotte Ulbricht und die Staats-Senioren

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Von den guten alten Zeiten, als alles noch einfach und der Klassenfeind leicht erkennbar war, schwärmte am Dienstag eine ausgewählte Gruppe von Staats-Senioren im Ostberliner „Palais Unter den Linden". Erich Honecker hatte Veteranen aus der „DDR"-Gründerzeit eingeladen. „Neues Deutschland" druckte die Liste der 116 Ehrengäste. Darunter befanden sich auch enge Angehörige des SED-Generalsekretärs – seine Ehefrau Margot ebenso wie Schwiegervater Gotthard Feist.

Für Leser in der Bundesrepublik sind andere Namen noch bekannter: Lotte Ulbricht, die Witwe des „DDR"-Mitbegründers und zehn Jahre nach seinem Tod nun wieder gnädig erwähnten Walter Ulbricht. Auch die seinerzeit in Ost und West meistgefürchtete Figur der „DDR"-Geschichte saß mit an der Tafel – die „rote Hilde" Benjamin, die in den fünfziger Jahren Tausende in die Zuchthäuser und Gefängnisse werfen ließ.

Honecker steuerte seinen Teil zur Ulbricht-Renaissance bei, indem er ihn zu den Gründerpersönlichkeiten zählte, „die in den Herzen unserer Partei und unseres Volkes weiterleben". Dazu rechnete sein Nachfolger jedoch überraschend auch den ehemaligen Justizminister Max Fechner, der nach dem 17. Juni verhaftet und erst später rehabilitiert worden war.

In diesen Feier-Tagen der „DDR" wandelte die „Volksarmee", Organ des Verteidigungsministeriums, einst als Symbol preußischen Militärs und Aggressionsgeistes Geschmähtes in einen idyllischen Abendgruß um: „Welche Tradition hat der Zapfenstreich?" fragte nämlich Unteroffizier Klaus-Dieter Link. Major Manfred Vogt sang daraufhin das Lob dieser altrussischen Tradition. „Heute stellt unser 'Großer Zapfenstreich' eine Einheit von militärischer Exaktheit und musikalischer Meisterschaft dar, der den Sinn des Soldatseins in der ersten sozialistischen Armee auf deutschem Boden symbolisiert." Früher, räumt der Major ein, sei das allerdings alles einmal anders gewesen: „Von der herrschenden reaktionären Klasse wurde der Zapfenstreich mißbraucht, um die Massen chauvinistisch zu manipulieren." Was in der Politik und Publizistik der Bundesrepublik mit „Besetzen von Begriffen" beschrieben wird, versucht nun auch die SED-Führung.

Aus der Presse von drüben

Das kirchliche Motto „Frieden schaffen ohne Waffen" wurde umgeschmiedet zu „Frieden schaffen gegen NATO-Waffen". Nun nimmt man sich auch des Ende der siebziger Jahre von den evangelischen Kirchen geprägten Wortes von der „Erziehung zum Frieden" an. In der „Deutschen Lehrer-Zeitung" aus dem Hause von Margot Honecker heißt es zu diesem Thema:

„Friedenserziehung ist im tagtäglichen Leben und für jeden Schülerjahrgang ein immer wieder neu erfolgreich verwirklichter Verfassungsauftrag." Christliche Oberschüler, die von ihrer Verfassung – sprich dem Recht auf Bausoldaten-Dienst – Gebrauch machen wollen, vermissen eine derartige Friedenserziehung sehr. Die Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit sind in der „DDR" noch immer das einzige, was man politischen Freiraum nennen könnte.

Dem eigentlichen Denken der Landsleute sind nach wie vor die SED-Parteisekretäre in den Betrieben am nächsten. Eine Funktionärin schrieb kürzlich in „Neuer Weg", Organ des SED-Zentralkomitees, was außerordentlich typisch für die „DDR" ist: „Man kann sich wohlfühlen bei uns, nicht aber etwa ausruhen. Noch gibt es ungeklärte Fragen, noch sind Reserven zu erschließen." Das ermüdende ständige „In-Atem-Halten" an der Drehbank oder im Hörsaal, auf dem Mähdrescher oder in der Kaserne zermürbt viele.

Die jüngste Blüte des pausenlosen Aktionismus lautet: „Arbeitszeit ist Leistungszeit". Offenbar eine verblüffende Erkenntnis – was aber, fragt sich der Leser, taten die Werktätigen denn vor dieser Kampagne am Arbeitsplatz?

In welchem Maße die „DDR" darin geübt ist, gleichsam aus allem Kapital zu schlagen, erweist sich beispielsweise auch an ihrer Briefmarken-Politik. Die Wertzeichen von drüben sind wegen ihrer ausgezeichneten grafischen Qualität und ihrer Super-Größen begehrte Sammelstücke auch im Westen.

Umgekehrt veröffentlichte jetzt der „Morgen", Zeitung der Liberal-Demokraten, eine originelle Liste von West-Marken, die „DDR"-Sammler umgehend, falls vorhanden, an den „VEB Philatelie Wermsdorf" schikken sollen.

Man kauft die Stücke für Ost-Mark an und verkauft sie für D-Mark nach Westen. Die Liste liest sich wie eine Geschichte der Bundesrepublik: Konrad Adenauer, Heinrich Lübke, Theodor Heuss gehören da zu den begehrten Namen. Sie natürlich, ebenso wie die Ausgabe „Menschenrechte", nur im philatelistischen Kleinformat. Aber viele „DDR"-Leser werden die Aufstellung amüsiert als Blick in eine andere Welt studiert haben.

Rumänien fehlt es nicht nur am Öl

Gromykos Versuch, Bukarest auf den Kurs von Moskau zu bringen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Nicht mit Zuckerbrot, sondern mit Öl hat der sowjetische Außenminister Andrej Groymko schon zu Jahresbeginn versucht, die Rumänen zumindest in der Sicherheitspolitik auf Moskauer Kurs zu bringen. Bei seinem Besuch im Januar in Bukarest bot er dem rumänischen Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu 1,5 Millionen Tonnen Erdöl für dieses Jahr sowie Kohle und Gas zu günstigen Bedingungen an, also nicht gegen harte Devisen, was bisher üblich war.

Rumänien kann das Öl gebrauchen. Denn in den frühen siebziger Jahren wurde eine gewaltige Raffineriekapazität von rund 33 Millionen Tonnen aufgebaut, die eigene Ölförderung kann die Anlagen gerade zu einem Drittel auslasten. Dieses Mißverhältnis ist jedoch nur ein Grund für die wirtschaftlichen Probleme, mit denen das Land in den vergangenen Jahren fertig werden mußte.

Bukarest muß also in anderen Ländern Öl zukaufen. Nach dem zweiten Ölpreisschock wurden wegen der günstigeren Preise auch aus der Sowjetunion wieder 1,4 Millionen Tonnen, 1981 sogar 3,0 Millionen Tonnen bezogen. Allerdings wurden diese Bezüge bereits 1982 auf 0,3 Millionen Tonnen reduziert und dürften auch im vergangenen Jahr kaum eine nennenswerte Rolle gespielt haben.

„Trotzdem ist Rumänien heute stärker auf die Partner im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angewiesen als in den siebziger Jahren", betont Petra Pissulla vom Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung (HWWA). Allerdings ist Rumänien nicht so stark in den Comecon eingebunden wie die anderen kleinen sozialistischen Staaten.

Dies geht bereits auf Ceausescus Vorgänger, Gheorghe Gheorghiu-Dej, zurück, der sich bereits Anfang der sechziger Jahre der von Moskau verordneten Arbeitsteilung im Comecon widersetzte. Danach sollte Rumänien zusammen mit Bulgarien die Rolle des Lebensmittel- und Rohstofflieferanten im Comecon übernehmen. Damit gab sich Bukarest jedoch nicht zufrieden, sondern setzte auf eigenständige Industrialisierung.

Ölkrisen, weltweite Rezession und vor allem die Systemschwäche führten dazu, daß die Rechnung nicht aufging. Zu Beginn der achtziger Jahre war die Verschuldung so stark angestiegen, daß Bukarest um ein Moratorium nachsuchen mußte. Verschlimmert wurde die Situation noch durch den Schlendrian im Bankenbereich. Der Internationale Währungsfonds (IWF) sprang 1981 mit Krediten ein. Durch einen ungewöhnlichen Kraftakt wurde die Lage stabilisiert, vor allem wurden die Importe aus Hartwährungsländern drastisch allein zwischen 1980 und 1982 von acht auf 4,7 Milliarden Dollar reduziert.

Einher ging damit jedoch eine stärkere Anlehnung an die Partnerstaaten im Comecon, wo nicht in harten Devisen gerechnet wird. Ihr Anteil am rumänischen Außenhandel erhöhte sich von 33 auf 44 Prozent. Eine immer noch vergleichsweise niedrige Quote. Nur fünf Prozent der Ausfuhren und drei Prozent der Einfuhren Rumäniens stammten 1981 aus Gemeinschaftsproduktionen mit anderen Comecon-Staaten: Zum Vergleich: Vom HWWA werden die Anteile für die „DDR" mit neun und 26 Prozent angegeben.

Prozeß gegen Schaff verschoben

AFP, Warschau

Der Prozeß gegen den 71jährigen polnischen Philosophen Adam Schaff ist von einem Gericht in Warschau wegen Abwesenheit des Angeklagten auf Anfang November verschoben worden. Wie aus Gerichtskreisen in Warschau verlautete, wird Schaff im nächsten Monat wieder in Polen zurückerwartet. Er hält gegenwärtig Vorlesungen in Wien. Der marxistische Philosoph war von der regimetreuen nationalistischen Vereinigung Grunwald verklagt worden, die sich und die „polnische Nation" in zwei im Westen veröffentlichten Büchern verleumdet sah. Schaff wurde aus der Partei ausgeschlossen.

Persönliche Daten im Müll gelandet

dpa, Frankfurt

Zahlreiche Unterlagen mit persönlichen Daten sind in Müllcontainern mehrerer Frankfurter Behörden gelandet. Ein Fernsehteam des Hessischen Rundfunks hatte mehrere Tage lang „stichprobenartig" in die Abfallcontainer geschaut und dabei unter anderem Mahnbescheide und Anträge gefunden, die zahlreiche persönliche Daten von Bürgern enthielten.

Den betroffenen Behörden warf Eckhard Hohmann vom Büro des Datenschutzbeauftragten in Wiesbaden „schlampigen Umgang" mit geschützten Daten vor. Es sei zu befürchten, daß die Frankfurter Vorfälle kein Einzelfall seien.

Neue Informationen über Mengele

dpa, Jerusalem

Der israelische Premier Peres will bei seinem bevorstehenden USA-Besuch Informationen überprüfen lassen, wonach der seit Jahren gesuchte ehemalige KZ-Arzt Josef Mengele in Florida leben soll. Der Leiter der Dokumentationsstelle für Nazi-Verbrechen in Haifa, Friedmann, sagte, daß er von einem Staatsanwalt in Miami und von einem Besucher aus Paraguay neue schriftliche Informationen sowie Fotos von Mengele aus dem Jahre 1969 erhalten habe. Dieses Material hat er an Peres mit der Forderung weitergeleitet, dieser möge die US-Regierung „für eine Auslieferung des Kriegsverbrechers" gewinnen.

Hamburg, Stadt des Wassersports, zeigt Flagge.



Der Bootsmarkt Hamburg setzt Akzente, zeigt den Trend der kommenden Saison. Wenn Sie ein neues Boot oder eine Ausrüstung suchen, Bootspremieren miterleben möchten, dann kommen Sie dorthin, wohin die Boote kommen – nach Hamburg. Übrigens: Luxusjachten ankern standesgemäß an der Elbe.

Besucherservice

Computer-Info: Das komplette Ausstellungs-Bootsangebot – Selektion nach Ihren Wünschen

Gebrauchtbootmarkt: Computergespeichert

Fachinformationen: Spitzenverbände des Bootsbaus und des Wassersports, Bundes-Institutionen und Organisationen

Beratung beim Bootskauf: Individuell und kostenlos durch unabhängige Jachtberater

Sicherheitsaktionszentrum: Täglich praktische Vorführungen.

Fachseminar Jachtentwurf: 26.–27. Oktober

25.

Deutsche Boots-Ausstellung International Hamburg

20.-28. Oktober 1984

täglich 10–18 Uhr, Mittwoch, 24.10., 10–20 Uhr

Veranstalter: Deutscher Boots- und Schiffbauerverband gemeinsam mit Hamburg Messe und Congress GmbH Postfach 30 24 80, Tel. (0 40) 35 69-1, Telex 212 609

Die Südtirol-Frage wird für Rom zur Belastung

Pertini und die „Dolomiten" kreuzen die Klingen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die „Pangermanismus"-Äußerung, die der italienische Außenminister Giulio Andreotti im Zusammenhang mit seinen umstrittenen Aussagen zur deutschen Wiedervereinigung gemacht und nachträglich als auf Südtirol gemünzt hingestellt hatte, belastet vor dem Hintergrund einer seit Wochen praktizierten vorwiegend negativen italienischen Medienberichterstattung über das Südtirol-Problem das Verhältnis zwischen Rom und der deutschen Volksgruppe in der Provinz Bozen.

Der Südtiroler Landeshauptmann Silvius Magnago, seit Jahren Hauptverfechter einer einvernehmlichen Lösung auf der Grundlage der vertraglich vereinbarten, aber noch nicht voll verwirklichten Südtiroler Autonomie, will in der kommenden Woche in einem Gespräch mit Ministerpräsident Craxi versuchen, die festgefahrenen Verhandlungen über die noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut – vor allem über den Gebrauch der deutschen Sprache im Amtsverkehr und vor Gericht – wieder in Gang zu bringen und damit die Gefahr einer Eskalierung zu bannen.

Am Anfang standen Andreottis Worte

Andreottis Äußerung hat indirekt auch eine öffentliche Kontroverse zwischen Staatspräsident Sandro Pertini und der Südtiroler Tageszeitung „Dolomiten" provoziert. Andreotti hatte zur Rechtfertigung seiner „Warnung" vor dem „Pangermanismus" auf einen Andreas-Hofer-Festzug in Innsbruck verwiesen, auf dem – ohne Wissen und Zustimmung der offiziellen Veranstalter – eine Dornenkrone als Symbol des nach dem Ersten Weltkrieg von Italien annektierten Südtirols mitgeführt worden war. Zu diesem Festzug war auch Magnago nach Innsbruck gefahren, was Pertini zu der öffentlichen Bemerkung veranlaßt hatte, er hätte dies besser nicht tun sollen.

Die „Dolomiten" antworteten darauf mit einem redaktionellen Kommentar, in dem sie den Präsidenten, einen Urlaubsstammgast im Südtiroler Grödnertal, fragten, ob er das Problem Tirol wirklich so schlecht kenne, „daß er im Ernst meinen kann, der Landeshauptmann des Südteils des Landes habe an der Seite des Nordtiroler Landeshauptmannes bei einem für Tirol überaus wichtigen Gedenkfest nichts zu suchen".

Das Blatt warf dann den „führenden Köpfen" Italiens generell vor, in der Südtirol-Frage „durch völlige Unkenntnis der Verhältnisse (zu) brillieren". Und es attackierte Pertini persönlich: „Staatspräsident Pertini ist ein alter Mann, und da mag ihn zuweilen sein Gedächtnis im Stich lassen. Das muß wohl so sein, denn sonst hätte er bei seinen zahlreichen Ausflügen wohl einmal auch den Weg in den Bozener Soldatenfriedhof in Sankt Jakob finden können, zum Gedenkstein, der an jene Südtiroler erinnert, die durch den hinterhältigen Anschlag in der (römischen) Via Rasella getötet worden sind – durch den Anschlag, an dem Pertini in führender Position beteiligt war."

Der Anschlag war 1944 von der italienischen Widerstandsbewegung, in der Pertini eine führende Position innehatte, gegen ein Südtiroler Polizeibataillon verübt worden. 33 Südtiroler waren dabei ums Leben gekommen. Auf Anweisung Hitlers waren daraufhin in einer Repressalaktion 335 italienische Geiseln in den Ardeatinischen Höhlen vor Rom erschossen worden.

Pertini beantwortete den Angriff der „Dolomiten" mit einem an den Chefredakteur des Blattes gerichteten Brief, den die Zeitung mit der Bemerkung veröffentlichte, sie wolle „auf Einzelheiten und Ungenauigkeiten" nicht eingehen.

Der Präsident betonte, daß er im Blick auf die Innsbrucker Demonstration lediglich habe jede Gewaltanwendung verurteilen wollen. Zum Thema Partisanenanschlag und Vergeltung schrieb er, an den Chefredakteur gerichtet: „Und Sie? Sind Sie bei ihren Besuchen in Rom jemals zu den Ardeatinischen Höhlen gegangen, wo die Leichen der von den Deutschen als Vergeltung für das Attentat in der Via Rasella getöteten 335 unschuldigen Mordopfern ruhen? Außerdem: Warum teilen Sie ihren Lesern nicht mit, daß mein Staatsbesuch in Deutschland (im Herbst 1979) ein herzliches Echo fand? Meine Reden in Bonn und München weckten bei allen Deutschen Wertschätzung und Sympathie für meine Person." Pertini erinnerte auch an seinen Besuch im ehemaligen Konzentrationslager Flossenbürg, wo sein Bruder umgekommen ist. Bei diesem Besuch hatte ihn der bayerische Ministerpräsident Strauß begleitet. Er schloß:

„Als wir im ehemaligen Verbrennungsofen standen, bat ich Strauß, mich vor dem Gedenkstein für meinen Bruder allein zu lassen. Da trat ein junger deutscher General ein, um seinen in diesem Vernichtungslager Hitlers ermordeten Vater zu ehren. Wir sahen uns an, ohne ein Wort zu sagen, und fielen uns in die Arme. So muß einer traurigen Vergangenheit gedenken, wer sich von wirklicher menschlicher Solidarität leiten läßt."

„Bürgerkriegsähnliche Zustände vorgegaukelt"

Über die italienische Medienberichterstattung zum Thema Südtirol hatten die „Dolomiten" vor einiger Zeit in einem Leitartikel das Südtiroler Parlamentsabgeordneten Michl Edner Klage geführt. Darin hieß es: „Nach den seit Monaten in italienischen Medien erscheinenden Artikeln über den angeblichen Rassenhaß gegen die Italiener in unserem Land, über das ‚Scheitern des Autonomiestatuts' und die angebliche Ausbootung der italienischen Volksgruppe aus bald allen Schaltstellen des Landes ist in Altitalien der Eindruck entstanden, als ob in Südtirol fast bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten."

Durch diese Berichterstattung ist nach Ansicht Ebners in Italien ein Klima geschaffen worden, das die italienische Regierung gegenüber den Südtirolern „immer zurückhaltender" mache. Es komme „eine sehr gefährliche Entwicklung" in Gang.

Die Labour Party manövriert sich auf ein politisches Abstellgleis

„Wir müssen die Grünen Großbritanniens werden" / Kinnocks vergebliches Mühen

WILHELM FURLER, London

Im nordenglischen Seebad Blackpool stellt sich in diesem Jahr eine Labour-Partei vor, die nach der verheerenden Wahlniederlage von 1983 immer noch vergeblich nach einer neuen Identität sucht. Am deutlichsten zeigt sich das an der Tatsache, daß der diesjährige Labour-Parteikongreß nahezu vollständig vom Thema Bergarbeiterstreik beherrscht wird. Und wieder einmal ist es der linke Parteiflügel, der dem ohnehin stark angeschlagenen Image der Oppositions-Partei beinahe schon selbstzerstörerisch weiteren schweren Schaden zufügt.

Bereits am ersten Tag des Parteitages wurde mit Hilfe der Blockstimmen einiger mächtiger, linker Gewerkschaften, so der der Transportarbeiter, eine Resolution verabschiedet, in welcher die Polizei in ihren zahllosen Einsätzen gegen randalierende Bergleute-Streikposten „gesetzeswidriger Aktionen und organisierter Gewalttätigkeit" beschuldigt wird. Allein eine solch unqualifizierte Verurteilung durch eine traditionsreiche Partei ist an sich schamlos genug. Doch vollends hat sich Labour bei der übergroßen Mehrheit der Briten dadurch ins Abseits gestellt, indem die Bergleute als unschuldig, die Polizisten dagegen als prügelnde Vasallen einer totalitären Thatcher-Regierung hingestellt wurden.

Labour-Führer Neil Kinnock, der sich nach der Übernahme dieses Amtes von Michael Foot deutlich profilieren konnte, in den jüngsten Meinungsbefragungen aber erhebliche Popularitätseinbußen hinnehmen mußte, hat einen schweren Stand. Ausdrücklich verurteilte er Gewalttätigkeiten auf beiden Seiten, insbesondere die unter den Streikposten. Gleichzeitig beschuldigte er allerdings Premierministerin Thatcher, die Bedingungen geschaffen zu haben, unter denen diese Gewalttätigkeiten erst gedeihen würden. In der wichtigsten Passage seiner Rede, die mit großem Applaus bedacht wurde, erinnerte er seine Partei daran, daß sie innerhalb von Demokratie und Legalität zu stehen habe. Der rote Faden des Ausgleichs lief durch seine gesamte Rede, indem er extrem linken wie gemäßigten Gruppierungen innerhalb der Labour-Bewegung gleichermaßen rhetorische Bonbons zuwarf – stets unter Hinweis auf das eigentliche Ziel, als demokratische Partei die nächsten Parlamentswahlen zu gewinnen.

Der Parteiführer hatte sich für eine Demokratisierung des Wahlsystems von Labour-Abgeordneten in den einzelnen Wahlkreisen stark gemacht. Bislang werden die Abgeordneten vom jeweiligen Ortsvorstand der Partei, den Aktivisten, aufgestellt. Kinnock wollte diese Auswahl auf eine breitere Basis unter dem Motto „one member, one vote" (ein Parteimitglied, eine Stimme) gestellt sehen. Doch die linken Parteiaktivisten konnten sich wieder gegen den Parteiführer durchsetzen.

Trotz aller Bemühungen Kinnocks, Labour als einheitliche Partei darzustellen, ist unverändert der tiefe Bruch zwischen extremen linken und dem eher gemäßigten Flügel der meist älteren Abgeordneten wie James Callaghan, Denis Healey oder Peter Shore unübersehbar. Auch in der gestrigen Abrüstungsdiskussion gab es die alten unüberbrückbaren Gegensätze. Während das Nationale Exekutiv-Komitee der Partei in einer Resolution die „einseitige, bedingungslose nukleare Abrüstung" fordert, wobei alle Cruise Missiles von britischem Boden entfernt, das britische Trident-Programm gestoppt und alle britischen und amerikanischen Nuklear-Stützpunkte in Großbritannien abgeschafft werde sollen, warnten Healey und der ehemalige Premier Callaghan vor den Problemen, die eine solche Aktion für Großbritannien in seinem Verhältnis zur NATO-Allianz schaffen würde. Großbritannien sei schließlich nicht Holland, Belgien oder Dänemark.

Doch die antiamerikanische Resolution des Exekutiv-Komitees zur einseitigen nuklearen Abrüstung wurde vom Kongress mit überwältigender Mehrheit verabschiedet. Die Labour-Partei gibt sich der Illusion hin, aus Europa eine atomwaffenfreie Zone machen zu können. Fehlen durfte natürlich auch diesmal nicht die Forderung nach einem Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft.

Die Ohnmacht einer funktionslosen Labour-Opposition unter dem unverändert dominierenden Einfluß mächtiger Gewerkschaften wurde in ihrem ganzen Ausmaß sichtbar an der Flucht-nach-vorn-Bewegung. Sie gipfelte in der in Blackpool mit großem Beifall bedachten Forderung: „Wir müssen die grüne Partei Großbritanniens werden." Dies sei der einzige Weg, wieder an die Macht zu gelangen.

Vorbei an sowjetischen Panzern...

Die Schwierigkeiten des deutschen Arztes Viktor Freigang in Afghanistan

WALTER H. RUEB, Bonn

Zum zweitenmal innerhalb weniger Monate mußte der erste deutsche Arzt in Afghanistan in die Heimat zurückkehren: Im Juni wurde Karl Viktor Freigangs kleiner medizinischer Stützpunkt hundert Kilometer nordwestlich von Kabul von sowjetischen Bomben zerstört, im September zwang ihn die pakistanische Bürokratie, in die Heimat zu fliegen. Der Arzt aus dem niederrheinischen Moers mußte sich in Bonn bei der pakistanischen Botschaft (!!) ein neues Visum besorgen. Mit der Nummer 1323 ziert der wertvolle Visum-Stempel jetzt den Paß des Doktors.

Freigangs Afghanistan-Karte ist schon nach wenigen Monaten des Wirkens im Lande mit farbigen Punkten übersät: Schwarze Punkte markieren die medizinischen Stationen des deutschen Arztes, rote die Zentren der sowjetischen Militärmacht in seinem Einsatzgebiet. Freigang ist inzwischen vorsichtiger geworden: Er enthüllt die Lage seiner Wirkungsstätten nicht mehr – „die Sowjets lesen nämlich auch Zeitung, und die Nachrichten-Übermittlung zwischen Bundesrepublik und Roter Armee in Afghanistan dauert nur wenige Stunden".

Immerhin verriet er der WELT, daß das Afghanistan-Komitee des Bonner Friedensforums, in dessen Auftrag Freigang in Afghanistan tätig ist, inzwischen auch im Kunartal im Nordosten des Landes mit medizinischen Hilfsstationen vertreten ist. Von dem Marsch über 3000 Meter hohe Berge, der Überquerung des reißenden Kunar-Rivers auf Flößen aus Kuhfellen und der gefährlichen Passage durch das von sowjetischen Panzern kontrollierte Tal konnte er sich während des kurzen Aufenthalts in der Heimat etwas erholen. „In den dortigen Bergen können weder Pferde noch Maultiere zum Transport von Lasten eingesetzt werden", erzählt Freigang. „Und unten im Tal unterhalten Sowjets und Karmal-Armee viele Militärposten. Nahrung, Medikamente und andere Hilfsgüter müssen von Menschen getragen werden. Für die 250 Kilometer von Peschawar ins Kunartal und zurück brauchten wir 14 Tage. Dabei waren wir täglich 12 bis 14 Stunden unterwegs..."

Im Kunartal seien sämtliche Dörfer durch Bombenangriffe völlig zerstört, berichtet Freigang weiter. „Ningalam zum Beispiel, das früher 5000 Familien zählte, wurde dreimal angegriffen und dem Erdboden gleichgemacht. Jetzt fristen die Überlebenden in den Bergen in Behelfsdörfern ihr Dasein. Die Bäume im Tal sind zerschossen und durch chemische Waffen verheert. Immerhin leiden die Menschen keinen Hunger. Die medizinische Versorgung der rund 200 000 Bewohner versuchen wir jetzt sicherzustellen."

Die Aufgabe wird nicht leicht sein. Sie wird durch die neuen Maßnahmen der Sowjets sogar äußerst schwierig: Die Russen haben in jüngster Zeit entlang der Grenze zu Pakistan viele neue Militärposten eingerichtet und ihre Truppenstärke erhöht. Freigang aber ist guten Mutes: „Wenn uns die Mitbürger nicht im Stich lassen, werden wir es schaffen. Wer uns unterstützen will, möge auf das Konto 90 19 bei der Sparkasse Bonn Geld spenden."

Ehe der Arzt in Pakistan abflog, konnte er noch an der Einweihung einer Ausbildungsstätte für medizinisches Hilfspersonal teilnehmen, das mit Hilfe von Care Deutschland und dem Auswärtigen Amt in Peschawar errichtet worden war. In dem neuen Zentrum werden jetzt afghanische Medizinstudenten zu Hilfsärzten für den Einsatz in Flüchtlingslagern und im Innern ihrer sowjetisch besetzten Heimat ausgebildet.

Die von Freigang in Tala und Barfak nordwestlich von Kabul eingerichteten medizinischen Stationen sind inzwischen mit afghanischen Ärzten und Pflegern besetzt. Um deren Arbeit zu erleichtern, wird jetzt mit Spendengeldern ein Geländewagen gekauft.

Kairo fürchtet wieder Not und Muslimbrüder

Nur befristete Lösungen für Ägyptens moderne Plagen

PETER M. RANKE, Kairo

Noch immer stehen schwerbewaffnete Polizeiposten in den Straßen von Kafr el Dauwar. Die bei den Unruhen vom Sonntag geplünderten Geschäfte sind geschlossen. Die Textilfabrik, von der die Demonstrationen gegen die erhöhten Brot- und Zigarettenpreise ausgingen, hat am Mittwoch wieder zu arbeiten begonnen. Aber noch immer verweigern Arbeiter die Annahme der Löhne von der Vorwoche, weil die Abgaben für die *Sozialversicherung heraufgesetzt* wurden.

Die Industriestadt im Delta, nur 30 Kilometer vor Alexandrien, gilt als eine Hochburg der „progressiven Unionspartei" von Khaled Mohieddin, wie die Parlamentswahlen im Mai zeigten. Die Partei, ein Sammelbecken von Kommunisten und Nasseristen, errang wegen der Sperrklausel zwar keinen Sitz, aber mit ihrer vielgelesenen und kritischen Zeitung „Al Ahali" verfügt sie im Lager der Opposition über beträchtlichen Einfluß.

Unter den rund zweihundert Festgenommenen in Kafr el Dauwar befinden sich nach Polizeiangaben etwa fünfzig Angehörige dieser Partei, die als Aufwiegler und Anführer hervortraten. Ihre Beteiligung ist auch der Grund für das sofortige Eingreifen von Präsident Mubarak gewesen, der schon am Montag die Rücknahme aller Preiserhöhungen verfügte. Der Präsident und sein Regierungschef Hassan Kamal Ali befürchteten, daß die Unruhen auf die Drei-Millionen-Stadt Alexandrien übergreifen könnten und dann nur durch den Einsatz der Armee niederzuschlagen gewesen wären. Der Regierung sitzen die tagelangen Straßenschlachten des Brotaufstandes vom Januar 1977 noch in den Knochen.

Vorteile einer dosierten Unruhe

Andererseits kommt der Regierung dosierte Unruhe nicht ungelegen, denn damit kann sie die nun schon seit Jahren erhobenen Forderungen der Weltbank und des Weltwährungsfonds abblocken, endlich die Subventionen zu kürzen und dann abzuschaffen. Kafr el Dauwar hat wieder gezeigt, daß dies politisch nicht durchzusetzen ist. Dabei war Regierungschef Ali zum ersten Mal seit 1977 fest entschlossen, das Problem jetzt anzupacken. Denn die hohen Ausgaben belasten den Haushalt in zunehmend steigendem Umfang, da ja auch die Bevölkerung rapide wächst (jetzt 48 Millionen).

Seit den fünfziger Jahren werden die Preise für Brot, Mehl, Zucker, Tee, Reis und Speiseöl vom Staat subventioniert, und zwar für alle Ägypter. Dazu gibt es in den Staatsläden verbilligtes Fleisch, Seife, Gemüse und Obst für bestimmte Bevölkerungsschichten. Zu billig sind auch die einheimischen Zigarettenmarken, da Tabak importiert werden muß. Auch die Preise für Öl und Benzin (ein Liter Super 17 Pfennig) aus dem heimischen Erdöl werden vom Staat nicht den Weltmarktpreisen angepaßt. Daher nimmt der Eigenverbrauch um jährlich 16 Prozent zu, immer weniger Rohöl bleibt für den Export gegen Devisen übrig, da die Produktion nur langsam auf täglich 800 000 Barrel steigt.

In diesem Jahr gibt die Regierung für die ganze „Subventionslatte" umgerechnet 4,5 Milliarden Mark aus, im nächsten Jahr sind es schon über sechs Milliarden – entsprechend dem Bevölkerungszuwachs und den Einfuhrpreisen. Die Brotsubventionen kosten allein rund zwei Milliarden Mark. 1984 müssen sechs Millionen Tonnen Weizen und Mehl importiert werden, *allerdings gegen billige amerikanische Kredite*. Gäbe es die amerikanische Hilfe nicht, müßte Ägypten hungern.

Die Ausgaben für die Subventionen erhalten erst dann ihre richtigen ägyptischen Relationen, wenn man sie mit den Staatseinnahmen vergleicht. Aus dem Tourismus nimmt der Staat jährlich 1,8 Milliarden Mark ein, aus den Suezkanal-Gebühren rund drei Milliarden Mark. Beide Einnahmen zusammen gehen also für die diesjährigen Subventionen drauf, auch wenn die Deviseneinkünfte für Deviseneinkäufe im Ausland verwendet und die Subventionen mit frisch gedrucktem ägyptischen Geld bestritten werden.

Hauptproblem bleibt Bevölkerungszuwachs

Die Tatsache, daß sich Ägypten *nur noch zu 40 Prozent aus selbsterzeugten* Nahrungsmitteln ernähren kann und daß überhöhte Subventionen den Haushalt belasten, ist aber nur eine der ägyptischen Plagen. Die wichtigste Ursache ist der rasante Bevölkerungszuwachs, alle acht Monate eine Million Menschen mehr. Kafr el Dauwar hat gezeigt, daß jede Regierung und ihre Haushaltspolitik nunmehr vor der Alternative stehen: Bevölkerungseindämmung oder Hungersnot.

In dieser Lage empfehlen sich die Moslembrüder und fanatische Sekten: Vertraut auf Allah. Bessere Rezepte haben sie nicht. Je düsterer die Zukunftsnöte für die Ägypter werden, je hoffnungsloser die Aussichten auf Beruf und lebensnotwendiges Einkommen, um so mehr wächst der Einfluß der islamischen Geheimbünde und der Linksradikalen. Mubarak muß schon heute auf sie Rücksicht nehmen, wie die milden Urteile und Freisprüche im Mammutprozeß gegen die Verschwörer von 1981 zeigten.

Von den 302 Angeklagten hatte der Richter des obersten Gerichts die Mehrzahl entlassen, nur 16 erhielten lebenslänglich, unter ihnen der Anführer Scheich Abdur Rahman. Knapp 80 bekammen kurze Gefängnisstrafen zudiktiert. Und das für einen Aufstand in Assiut nach der Ermordung Präsident Sadats, bei dem immerhin 120 Polizisten ums Leben gekommen waren. Noch im Gerichtssaal feierten sich die Verurteilten als „Märtyrer des Islam" und flehten Allahs Hilfe an.

Noch hungert niemand in Ägypten, dank der westlichen Lieferungen und der staatlichen Subventionen. Aber dieser Zustand währt, wenn überhaupt, wohl nur noch einige wenige Jahre. (SAD)

DER KOALA-KOMMENTAR:

"Ihr macht ja große Sprünge mit Eurem Känguruh-Tarif, Qantas!"



"Tausende von Flug-Kilometern zusätzlich, Qantas."
"Verbindungen innerhalb Australiens ohne Zusatzkosten."
"Rundflüge zu den acht wichtigsten Städten Australiens mit beliebiger Unterbrechung."
"Und das zu dem Sensationspreis ab Frankfurt von DM 3.699 von Februar bis August und von DM 4.199 in der Hauptsaison von September bis Januar."
"Für Gruppen ab acht Personen gibt es sogar noch preiswertere Pauschalreisen."
"Das ist doch eine glatte Herausforderung an deutsche Touristen, wie Känguruhs auf unserem riesigen Kontinent herumzuhopsen: von Perth nach Adelaide, von Melbourne nach Sydney, Brisbane und Cairns oder von Perth nach Sydney und Cairns, von Townsville nach Darwin."
"Und dazu auch noch mit beliebigen Zwischenaufenthalten in Singapur oder Hong Kong beim Hin- und Rückflug."
"Zum Glück für uns Koalas nennt Ihr das Känguruh-Tarif, als könnten die Grashüpfer so große Sprünge machen wie Ihr, Qantas."

Nähere Einzelheiten erfahren Sie bei Ihrem IATA-Reisebüro oder direkt bei QANTAS:
Düsseldorf 02 11/32 60 76, Frankfurt 069/23 00 41
Hamburg 040/33 01 56, München 089/29 20 71
Wien 02 22/57 77 71, Zürich 01/2 11 44 11, Btx* 21577 #



Tarif nur anwendbar mit Qantas/Lufthansa

Die Zeit hat ein neues Gesicht.

Rado DiaStar «Anatom».
Die integrale Uhr,
die den Linien des Handgelenks folgt.
Die Rado DiaStar «Anatom» – die erste Uhr mit dem anatomisch geformten Glas aus kratzfestem Saphir – ist eine einzigartige Synthese zwischen ästhetischer Formgebung, revolutionärer Konstruktion und sinnvoller Funktion.

Revolutionär ist das formvollendete Design, dem Stilempfinden unserer Zeit entsprechend: auf alle überflüssigen Schnörkel und Kanten hat Rado verzichtet. Kratzfestes Hartmetall und kratzfestes Saphirglas in perfekter Harmonie.

Die revolutionäre, tragende Idee dieses neuen Rado-Modells ist das konvexe Saphirglas. Beidseitig diamantgeschliffen. Nur dadurch wurde es möglich, die Quartzpräzision in ein Design einzubetten, das sich formvollendet um das Handgelenk schmiegt und seinen anatomischen natürlichen Rundungen folgt.

Revolutionär ist die Konstruktion, das Resultat aufwendiger, jahrelanger Forschungs- und Entwicklungsarbeit. Kein Selbstzweck, sondern echte Innovation. Eine überzeugende Verbindung modernster Kratzfest-Technologie mit anatomisch-funktionalem Design.

Band, Glas, Gehäuse, Quartzpräzision – die wasserdichte Rado DiaStar «Anatom» bietet in jeder Hinsicht zukunftsweisende Perfektion. Warum sollten Sie nicht ein Stück technischer Revolution an Ihrem Handgelenk tragen?

RADO
DiaStar «Anatom»

Vom Erfinder der kratzfesten Uhr.

Mod. dép. Swiss Made
Herren von DM 3100.– bis DM 4360.–*
Damen von DM 2680.– bis DM 4450.–*
*unverbindliche Preisempfehlung

RADO Uhren GmbH, Postfach 1552, D-6702 Bad Dürkheim, Tel. (06322) 8721/22
A. Stutz GesmbH & Co. KG, Postfach 366, A-4010 Linz, Tel. (0732) 272886-97
GWC General Watch (marché suisse) S.A., CH-2540 Grenchen, Tel. (065) 512181

FÜHRENDE JUWELIERE FÜHREN RADO-UHREN.

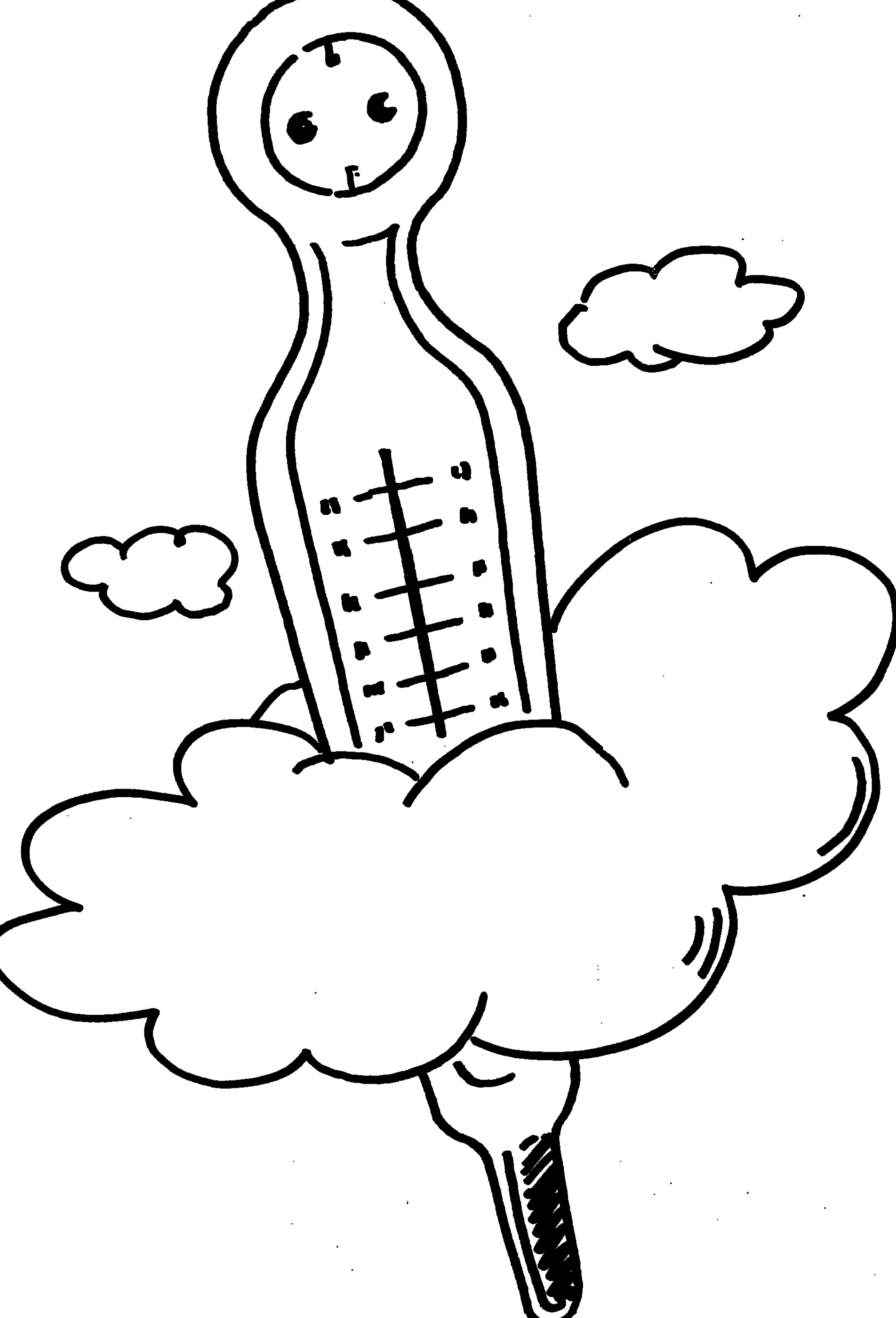
Wer sich für eine Rado-Uhr entscheidet, der entscheidet sich auch für eine fundierte Fachberatung und einen zuverlässigen Service.

PLZ 1-3
Berlin, C.W. Alt Inh. von Bauzenheim, Kurfürstendamm 26 a
Berlin, Goleman, Karl-Marx-Straße 112
Berlin, Goleman, Schloßstraße 115
Berlin, Kappauf & Gross, Reichsstraße 82
Berlin, H. Lorenz, Inh. Potschke, Rheinstraße 59
Berlin, L. Preuss, Kurfürstendamm 206
Berlin, Heinz Straßenburg, Müllerstraße 132
Berlin, R. Tiedge KG, Turmstraße 39
Berlin, Paul Wagner, Charlottenstraße 22
Braunschweig, H.-W. Bungenstock, Schuhstraße 21
Braunschweig, Pudiger, Sack 3
Bremen, Brinckmann & Lange KG, Sögestraße 1
Bremen, Helmut A. Haase, Inh. Gerlach, Hutfilterstraße 15
Cuxhaven, Otto Stucker, Alter Deichweg 16
Delmenhorst, H. Grundmann, Inh. Harjehusen, Bahnhofstraße 41
Elmshorn, Werner Hans Deutz, OCE-Alter Markt
Göttingen, Reinhard Wuschowsky, Groner Straße 24
Hamburg, H. Bolhorn, Sand 14
Hamburg, W. Becker & Co., Inh. Giercke, Gerhard-Hauptmann-Platz
Hamburg, Hans Georg Berndt, Osterstraße 129
Hamburg, Heinz Köster, Mühlenkamp 22
Hamburg, Peter Mohr, Mönckebergstr. 7
Hamburg, Juwelen Schwen, Inh. W. Monz, Sachsentor 54
Hamburg, Rudolf GMBH, Inh. Strunck, Poststr. 4
Hamburg, Uhren Spey, Bramfelder Chaussee 356
Hamburg, Ernst Wüsthoff, Eppendorfer Landstr. 112
Hamburg, Knut Ziegler, Rahlstedt-Center, Schweriner Str.
Hannover, Liebelt & Co. GmbH, Inh. Quandt, Georgstr. 42
Hannover, Gunter Kamper, Königstr. 30
Hannover, Uhren Kramer, Hildesheimer Str. 377
Hannover, Zurmühle GmbH, Brabeckstraße 9
Heide, E. Backen, Friedrichstr. 4
Helgoland, Henry Kaufmann, Siemensstraße 162
Hude, Otto Bock, Parkstraße 17
Husum, H. Wesemann, Norderstr. 9
Itzehoe, Uhrenhaus Peters, Kirchenstraße 12
Kassel, Meister Hardt, Obere Königsstraße 15
Kassel, Theo Schulze, Friedrich-Ebert-Str. 113
Kiel, Uhren Bark, Holstenstraße 75
Korbach, Friedrich Neile, Prof.-Kümmell-Str. 6
Lübeck, Paul Behrens, Holstenstraße 17
Lübeck, O. von Ostrowski, Mühlenstraße 35
Lübeck, H.H. Sack KG, Breite Straße 60 a
Lüneburg, Hans Supke, Gr. Bäckerstraße 1
Mölln, Hermann Wehmer OHG, Hauptstraße 19
Norderstedt, Hans Georg Berndt, Berliner Allee 72
Oldenburg, Friedrich Renfordt KG, Lange Straße 89
Rendsburg, Karl Herzau OHG, Inh. Herzau-Hantz, Hohe Straße 17
Rinteln, Günter Bruhhofner, Klosterstr. 16
Stade, Jürgen H. Umland, Inh. Sedlatzek, Hökerstraße 1
Stadthagen, F. Hilgenfeld KG, Obernstraße 55
Uelzen, Fritz Grotkass, Bahnhofstraße 41
Verden, Walter Schmitz, Große Straße 98
Walsrode, Richard Kappe, Moorstr. 39
Westerland/Sylt, Gold-Becker, Friedrichstr. 8
Wilhelmshaven, Friedo Frier, Parkstr. 1
Wolfenbüttel, Günter Kaune KG, Holzmarkt 18

PLZ 4-6
Aachen, W. Uttermann, Trierer Straße 754
Aachen, W. Uttermann, Dahmengraben 1
Attendorn, Christoph Hoberg GmbH, Niederste-Straße 14
Bad Breisig, Fritz Kuppers, Bachstr. 8
Bad Dürkheim, Klink KG, Kurgartenstr. 17
Bad Kreuznach, Eckhard Gietzler, Mannheimer Str. 120
Bad Salzuflen, Wilhelm Regel, Lange Straße 59
Bad Vilbel, Karl Eickhoff, Frankfurter Str. 147
Bergisch Gladbach, Gustav Wichert, Schloßstraße 14
Bielefeld, Bockelmann, Inh. Oberwelland, Alter Markt 5
Bochum, Quarz & Platin Studio, obere Kortumstr. 37
Bonn, Gunther Blatzheim, Theaterplatz 8
Bonn, Hugo Schumann KG, Inh. Jammes, Alte Bahnhofstr. 12
Bonn, Wilfried Toussaint, Sternstraße 68
Coesfeld, Gunther Kloster GmbH, Letter Straße 31
Darmstadt, Trautmann, An der Stadtkirche 15
Dinslaken, Otto George, Neustraße 27
Dortmund, Joh. Bolland GmbH, Westenhellweg 100
Dortmund, Gerw. Inh. Ruschenbeck, Kampstraße 30
Dortmund, W. Ruschenbeck KG, Westenhellweg 45
Duisburg, W. Ruschenbeck KG, Königstraße 6
Düsseldorf, H.D. Blome KG, Königsallee 30
Düsseldorf, Dieter Krever, Bonner Straße 7, D.-Holthausen
Eberbach, Anton Schwandl, Friedrichstraße 13
Essen, Joachim A. Wiehmeyer, Inh. Klein, Theaterplatz 4
Frankfurt, Juwelier Christ, Rhein Main Flughafen, Terminal B, PB 157
Frankfurt, Fr. Pletzsch & Sohn KG, Zeil 61
Frankfurt, R & D Clock-Center, Inh. Sziomowicz, Am Hauptbahnhof 16
Frankfurt, Wittmann & Co. KG, Mainzer Landstr. 167
Frankfurt-Höchst, Paul Buchwald, Königsteiner Str. 28 und Main Taunus-Zentrum
Friedberg, J. Burck, Inh. van Bommel, Kaiserstraße 50
Fulda, Fitze, Inh. Kraeusel, Universitätsstr. 5
Gelsenkirchen-Buer, Helmuth Weber, Blindestr. 1
Gevelsberg, A. Haarhaus KG, Mittelstraße 21
Giessen, Carl Schmidt OHG, Seltersweg 85
Gummersbach, Zapp OHG, Hindenburgstr. 22
Gütersloh, Heinrich Laumann, Berliner Straße 42
Hagen, Paul Sander, Kampstr. 15
Hamm, Heinrich Backwinkel GmbH, Inh. Schutz, Weststr. 50
Heidelberg, Hans Faulhaber, Hauptstr. 56
Homburg, Ernst Bonkhoff, Marktplatz 11
Hückeswagen, Dietrich Mucher, Islandstraße 43
Ibbenbüren, Josef Niemann, Poststraße 1
Iserlohn, W. Springer, Mendener Straße 5
Jülich, H. Woltz GmbH, Kölnstraße 34
Kaiserslautern, Caroline Riede, Eisenbahnstraße 4
Koblenz, Otto Kaster, Löhrstraße 123
Köln, Carl Jos. Linnartz, Komödienstraße 9
Krefeld, Carl Kammen, GmbH & Co. KG, Hochstraße 68
Landau, Karl Barth, Kleiner Platz 15
Langenfeld, K. Kopp, Hauptstraße 118
Leverkusen, Kaidenbach, Inh. Zapp, Wiesdorfer Platz 31
Limburg, P. Scharping, Werner-Senger-Str. 9
Lippstadt, Rainer Werb, Lange Straße 23
Lüdenscheid, Stephan, Inh. Gebauer, Wilhelmstraße 49
Mainz, R. Willenberg, Schillerstraße 24 a
Mannheim, Friedo Frier, Planken P 6, 26
Mannheim, Friedo Frier, P 2 (Dresdner Bank)
Moers, Schmuckkästchen, Lokan GmbH, Steinstraße 7
Mönchengladbach 2 – Rheydt, Krebber, Atlantishaus
Münster, Gerw. Inh. Ruschenbeck, Prinzipalmarkt 47
Neuss, Klaus Badort, Oberstraße 99
Neustadt/WSTR., Klink GmbH, Hauptstraße 75
Neuwied, Knobloch, Marktstr. 36
Oberhausen, M. Bock, Lothringer Str. 123
Oberursel, Joh. Hch. Windecker KG, Oberhochstadter Str. 3
Offenbach, A. Hunder, Frankfurter Straße 8
Remscheid, Heinrich Eiken, Hindenburgstraße 21
Russelsheim, Uhren Weiss OHG, Friedensplatz 7
Saarbrücken, Hermann Muhlke KG, Bahnhofstraße 78
Saarlouis, Uhren-Schmuck Wagner GmbH, Am Kleinen Markt
St. Ingbert, Franz Huber, Kaiserstraße 68
Siegburg, Carl Rothe, Inh. Vetter, Kaiserstraße 7
Siegen, Friedrich Müller, Bahnhofstraße 16
Solingen, Gerhard Beier KG, Hauptstraße 12/16
Speyer, Kunze, Wormser Straße 9
Speyer, Günter Lais, Maximilianstraße 68
Stolberg, W. Uttermann, Rathausstraße 76
Sundern, Alois Busche & Sohn, Hauptstraße 102
Trier, Perrot, Fleischstraße 18
Unna, Firma Brinkmann KG, Bahnhofstr. 44
Viernheim, Friedo Frier, Rhein-Neckar-Zentrum
Viersen, U. Weidenfeld KG, Hauptstraße 54
Wertheim, Friedrich Jan, Inh. Hartmann, Marktplatz 16
Wetzlar, F. Spieker, Bahnhofstr. 21
Wiehl, Meister Schmidt, Bielsteiner Str. 39
Wiesbaden, H. Hembd, Bleichstraße 27
Wiesloch, L. Ritzhaupt, Hauptstr. 99
Worms, Uhren Hartmann, Obermarkt 18
Wuppertal, G. Abeler KG, Poststraße 11
Wuppertal, Uhren Paul, Inh. Schröder, Werth 4
Wuppertal, Meckenstock & Sohn GMBH, Werth 100
Würselen, Goldschmiede Wernerenschneider, Markt 7
Zülpich, J. Blumenthal, Kölnstraße 51
Zweibrücken, Friedrich Rohrbacher, Inh. Horz, Hauptstraße 54

PLZ 7-8
Achern, A. Eiermann, Hauptstraße 72
Amberg, Uhren Bergmann, Bahnhofstraße 1
Aschaffenburg, H.J. Schwind GmbH, Inh. Franz, Weißenburger Str. 2
Augsburg, Heinrich GmbH, Viktoriapassage
Augsburg, Uhren Kirschfink, Inh. Häußler, Am Rathausplatz
Augsburg, Herbert Mayer, Annastraße 35
Baden-Baden, H. Steiert, Lange Straße 30
Bad Kissingen, Martin Neubert, Münchner Str. 4
Bad Säckingen, Erwin Trolzger, Inh. Blattmann, Steinbrückstr. 2
Bad Schussenried, Hugo Hammer, Wilhelm-Schussen-Str. 3
Bad Tölz, S. Schmeller, Marktstr. 1
Bad Wörishofen, Hans Hummel OHG, Kneippstraße 4 a
Bamberg, Uhren Bauer, Inh. Schreiber, Luitpoldstraße 18
Bamberg, Uhren Bauer, Inh. Schreiber, Lange Straße 3
Bayreuth, H. Kolanus, Ladenpassage-Markt
Berchtesgaden, Karl Stumvoll, Inh. Stumvoll/Ritter, Schloßplatz 11/2
Biberach, F. Rach, Waaghausstraße 5
Bietigheim-Bissingen, Uhren Grimm, Am Marktplatz
Blumberg, G. Mardorf, Espenstraße 5
Böblingen, H. Früh, Am Elbenplatz 6
Bruchsal, Goldschmiede Wuchsa, Bahnhofstr. 10
Burghausen, Fritz Reichardt, Marktler Straße 24
Coburg, H. Bauschatz, Mohrenstraße 36
Deggendorf, Berthold E. Langer GmbH, Pfleggasse 28
Dingolfing, Wolf, Bruckstraße 24
Dinkelsbühl, Wiese, Inh. Wächter, Im Wörnitztor
Donaueschingen, G. Mardorf, Zeppelinstraße 6
Ellwangen, Heinz Stille, Pfarrgasse 9
Erlangen, Fritz Sauer, Ecke Ob. Karl-/Fahrstr.
Erlangen, Winnebeck, Universitätsstraße 1
Esslingen, Hans Brandt, Innere Brücke 8
Esslingen, Uhren Lepple, Pliensaustraße 30
Forchheim, Alfred Bauer, Hauptstraße 25
Freiburg, Nittel, Kaiser-Jos.-Str. 228
Freiburg, Karl Stahl, Kaiser-Jos.-Str. 189
Freiburg, Günter Wiedemann, Friedrichring 40
Freilassing, Hartmann GmbH, Hauptstraße 4
Freudenstadt, Josef Schwenk, Marktplatz 27
Friedrichshafen, Bauhuis, Karlstr. 34
Fürstenfeldbruck, A. Wachter, Inh. Hirn, Hauptstraße 27
Fürth, Juwelen Vogel, Schwabacher Str. 26
Füssen, Rolf Leimbach, Reichenstraße 33
Garmisch-Partenkirchen, J. Stockerl, Bahnhofstr. 93
Geislingen, Esther Trautmann, Bahnhofstr. 17a
Germering, Heinz Loser, Otto-Wagner-Str. 12
Göppingen, Haussmann, Inh. Waigel, Freihofstr. 33
Göppingen, Alfred Kopp OHG, Marktstr. 20
Günzburg, Karl Schlosser, Inh. Wijan, Marktplatz 38
Heidenheim, J. Scheuble & Söhne OHG, Eugen-Jaekle-Platz 30
Heilbronn, Jenssen, Am Wollhaus 1
Heilbronn, H. Leuthle, Deutschhofstraße 2
Hersbruck, H. Wilfart, Hindenburgplatz 9
Hof, Robert Hohenberger, Inh. Flessa, Altstadt 22
Ingolstadt, Johannes Hettinger, Theresienstraße 29
Ingolstadt, Carl Pauscher am Stern, Am Stern 1
Karlsruhe, Karl Jock KG, Kaiserstraße 179
Karlsruhe, Walter Küster, Kaiserallee 57
Karlsruhe, Stephan, Kaiserstraße 76
Kaufbeuren, Hans Hummel OHG, Sedanstraße 6
Kempten, Hans Müller KG, Schlößle-Passage
Konstanz, Ernst Grundmann, Marktstätte, am Kaiserbrunnen
Kronach, Georg Müller GmbH, Inh. Reitberger, Schwedenstraße 9-10
Krumbach, Helmut Ganz, Bahnhofstraße 24
Kulmbach, Kolanus, Am Holzmarkt 4
Landsberg, Uwe Jacubowski, Vorder Anger 288
Landshut, Anton Huber, Unter den Bögen
Lörrach, K. Kuntermann, Tumringer Str. 194
Müllheim, K.F. Gremper, Inh. Albrecht, Am Lindle 2
München, J.B. Fridrich, Sendlinger Str. 14
München, Uhren Hauser, Marienplatz 28
München, Uhren Huber, Neuhauser Straße 53
München, Johann Nußstein GmbH, Inh. Baumeister, Tegernseer Landstr. 45
München, Juwelier Sandler, Schützenstraße 8
München, Uhren-Schmuck Sandler, Bayerstraße 43
Nagold, Uhren Kalmbach, Turmstraße 32
Neustadt/Aisch, F. Schulein, Wilhelmstraße 15
Nürnberg, Uhren Gebhardt, Allersberger Str. 95
Nürnberg, Uhren Stamm, Inh. Berndt, Fünferplatz 8
Nürnberg, J. Wallner, Hefnersplatz 4
Nürtingen, O. Gaiing + Co., Kirchstraße 35
Oberstdorf, Hans Müller KG, Inh. Lupfer, Weststr. 7/9
Offenburg, Karl Bürkle, Hauptstraße 50
Pfaffenhofen, Johannes Hettinger, Hauptplatz 31
Pfarrkirchen, Dr. Wilhelm Pohl KG, Schmuck-Gewölbe, Stadtplatz 19-21
Pforzheim, Uhren-Schmuck Mezger, Bahnhofstraße 12
Planegg, E. Wickhoff, Bahnhofstr. 42
Regensburg, P. Kappelmeier, Inh. Lachler, Neupfarrplatz
Reutlingen, Schmuckstudio Wolfgang Piel, Kanzleistr. 23
Reutlingen, Gerhard Mock, Wilhelmstraße 44
Rosenheim, Hans Schuster, Münchener Straße 5
Schopfheim, A. Ellgring, Hauptstraße 49
Schorndorf, Kurt Greiner, Joh.-Phil.-Palm-Str. 2
Schweinfurt, Berwick, Spitalstraße 22
Singen/HTWL., Limbrock-Darpe, Inh. Hauk, Scheffelstr. 16
Sonthofen, Georg Waibl KG, Promenadestraße 3
Starnberg, Wickhoff, Hauptstraße 5
Stuttgart, Friedo Frier, Königstraße 21
Stuttgart, Juw. Kurtz, Inh. Koch, Eberhardstraße 69-71, Königstraße 20
Stuttgart, G. Pfister, Inh. Weiss, Königstraße 78
Traunstein, Eugen Gaigl, Maxplatz 10
Tübingen, C. Seeger, Kirchgasse 8
Tuttlingen, M. Aberle, Bahnhofstraße 6
Ulm, Uhren Roth, Inh. Hoffmann, Münsterplatz 46
Ulm, Julius Kerner, Münsterplatz 17
Villingen-Schwenningen, R. Müller GmbH, Rietstraße 35
Waiblingen, Vollrath GMBH, Inh. Koch, Bahnhofstr. 15
Waldshut, Rudolf Sperl, Kaiserstr. 96
Weilheim, Helmut Lutz, Rathausplatz 16
Würzburg, Kaspar Endres, Inh. Valentin, Domstraße 36

RWE
Umwelt-Bilanz 1984
TEIL 10



LUFTKONTROLLE

oder: Wie das RWE sich selbst kontrolliert

Nicht nur die ausströmenden Rauchgase (Emissionen) aus eigenen Kraftwerken werden vom RWE seit Jahren gemessen, sondern auch die Schadstoff-Belastungen (Immissionen) jeglicher Herkunft in der näheren und weiteren Umgebung unserer Kraftwerke.

Es war von Anfang an unser Anliegen, nicht nur die Emissionen zu erfassen, sondern auch deren Einflüsse auf die Umwelt zu untersuchen und so klein wie möglich zu halten.

Freiwillige Selbstkontrolle

Das RWE hat in der Vergangenheit eine Vielzahl umweltschützender Maßnahmen mit Erfolg verwirklicht. Sie wurden auf Basis der von uns durchgeführten stationären Immissionsmessung geplant. Seit kurzem werden diese Daten auch durch eine mobile Messung ergänzt.

Eine komplette, aufwendige Technik auf Rädern gibt an Ort und Stelle Auskunft über Art und Konzentration nahezu aller Schadstoffe: Einen Meter vom Schornstein eines Kraftwerks entfernt oder 100 Kilometer, das spielt keine Rolle. Diese Erkenntnisse helfen uns, noch mehr für unsere Umwelt zu tun.

Wenn Sie an zusätzlichen Informationen zum Thema umweltfreundliche Stromerzeugung interessiert sind, so schreiben Sie uns bitte. Wir halten umfangreiches Informationsmaterial für Sie bereit.

RWE
Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
4300 Essen, Kruppstraße 5

Personalien

ERNENNUNGEN

Hartmut Gülzow, Generalmajor und bisher Chef des Stabes im Führungsstab der Luftwaffe in Bonn, hat in München die Leitung der NATO-Management-Organisation (NAMMA) für Entwicklung und Produktion des Mehrzweckkampfflugzeuges „Tornado" übernommen. Als neuer Generalmanager der NAMMA löst Gülzow den früheren Ministerialdirigenten **Hans Ambos** ab, der die trinationale Organisation mit Deutschen, Briten und Italienern seit 1. April 1983 leitete und jetzt in den Vorstand der Münchener Luft- und Raumfahrtfirma Dornier GmbH wechselte. Die Management-Organisation vertritt als Auftraggeber die drei Verteidigungsministerien in Bonn, London und Rom gegenüber der Industrie. Gülzow, geboren 1932 in Greifswald, ging nach dem Studium der Theologie 1956 zur Luftwaffe. Dort erhielt er eine Ausbildung zum Flugsicherungsoffizier. Vor seiner Verwendung im Führungssstab der Luftwaffe war Gülzow im Militärhauptquartier der NATO SHAPE im belgischen Mons tätig.

*

Professor **Bernhard Grzimek**, Präsident der „Zoologischen Gesellschaft Frankfurt von 1858", wurde in London zum Vizepräsidenten der „Fauna und Flora Preservation Society" gewählt. Er gehört damit zur ältesten und angesehensten Naturschutzvereinigung Großbritanniens. Grzimek, immer noch einer der beliebtesten Fernsehstars, wenn es um die Rettung bedrohter Tiere geht, hat es übrigens mit seiner Spendensammlung „Hilfe für die bedrohte Tierwelt" auf 37 Millionen DM gebracht. Auch die Sowjetunion hat das Verdienst des Professors gewürdigt und ihm vor einiger Zeit einen Professorentitel ehrenhalber verliehen.

*

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat die Schirmherrschaft über die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) mit Sitz in Bremen übernommen. Das gab der Vorsitzende der Rettungsgesellschaft, **Ernst Meier-Hedde**, bei einem Besuch in Bonn bekannt. Der Bundespräsident folgte damit dem Beispiel seiner Amtsvorgänger. Die Gesellschaft unterhält Seenotkreuzer und Boote in der Nord- und in der Ostsee. Rund 1400 Einsätze wurden im vergangenen Jahr gefahren. 247 Menschen wurde das Leben gerettet. Von Weizsäcker hob hervor, daß die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger eine private Organisation ist, die sich ohne staatliche Zuwendungen trägt. Die Gesellschaft lebt von Mitgliedsbeiträgen und Spenden. 1983 betrug ihr Haushalt 17,2 Millionen Mark.

*

Dr. **Ursula Engelen-Kefer** wurde jetzt in ihr neues Amt als Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit eingeführt. Sie ist Nachfolgerin von **Helmut Minta**, der im Februar starb. Ursula Engelen-Kefer hat 14 Jahre lang in verschiedenen Aufgabenbereichen beim Deutschen Gewerkschaftsbund gearbeitet. Seit 1980 war sie dort Leiterin der Abteilung Arbeitsmarktpolitik. Dem Vorstand der Bundesanstalt gehörte sie seit 1978 an. Sie war unter anderem als Vorsitzende im Planungs-, Rechts- und Verwaltungsausschuß tätig sowie Mitglied im Haushaltsausschuß. Der Deutsche Bundestag hatte sie als Mitglied in die Enquête-Kommission „Frau und Gesellschaft" berufen. Frau Dr. Engelen-Kefer, die in Köln Volkswirtschaft studierte, zwei Kinder hat, bewies sich auch in zahlreichen Publikationen als sachkundige Arbeitsmarktpolitikerin.

*

Die Bundesdelegiertenversammlung der Schlesischen Jugend, der Nachwuchsorganisation der Landsmannschaft Schlesien, bestätigte den 25jährigen Bonner Studenten **Hartmut Koschyk** für weitere zwei Jahre im Amt des Bundesvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind **Ernestine Drescher**, Grünsfeld, **Harald Bennefeld**, Münster und **Peter Oprzondek**, Köln.

*

Professor Dr. **Helmut Coing**, 72, Frankfurt, wurde zum Kanzler des Ordens Pour le Merite für Wissenschaften und Künste gewählt. Coing ist langjähriger Leiter des Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte und Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft. Neuer Vizepräsident wurde der Atomphysiker **Wolfgang Paul**, 71. An der Tagung des Ordens Pour le Merite in Aachen nahmen 23 deutsche und zehn ausländische Mitglieder teil. Mitglieder können nur Männer und Frauen werden, die sich durch weltweite Anerkennung ihrer Verdienste einen Namen erworben haben. Der unter dem Protektorat des Bundespräsidenten stehende Orden war in der nationalsozialistischen Zeit „liquidiert" worden. Nach dem Krieg hat ihn der erste Bundespräsident, **Theodor Heuss**, wiedergegründet. Zu seinen Mitgliedern heute zählen unter anderem Nobelpreisträger **Adolf Butenandt** und der Philosoph und Physiker **Carl-Friedrich von Weizsäcker**, der Historiker **Golo Mann** und die Schaupielerin **Maria Wimmer**.

EHRUNG

Professor Dr. **Walter Kreienberg** wurde mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet. Er ist Präsident der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz. Ministerpräsident Dr. **Bernhard Vogel** überreichte den Orden. In seiner Laudatio erklärte Vogel, in der 25jährigen Amtsführung von Kreienberg als Präsident der Landesärztekammer habe er in hervorragender Weise Erfordernisse von Gesetzgebung und Verwaltung mit den Anliegen ärztlicher Berufs- und Standespolitik verbunden. Die Landesärztekammer sei ein kooperativer Ansprechpartner der Landesregierung. Professor Kreienberg ist Schriftleiter des „Ärzteblattes Rheinland-Pfalz". Er ist außerdem Vorsitzender des Vorstandes und des Kuratoriums der Akademie für Ärztliche Fortbildung in Rheinland-Pfalz.



VERANSTALTUNG

„Sicherheitsstufe I" brauchte nicht verordnet zu werden. Alle kannten sich. **Ulrich K. Wegener**, Kommandeur des Grenzschutzkommandos West, hatte wieder einmal Bonns Journalisten nach Hangelar eingeladen. Im „Erlengrund" in einer vom Grenzschutz in Eigenbau errichteten Holzhütte, traf man sich. Leitender Regierungsdirektor **Alfred Kranz**: „Die Hütte ist zwar schon dreimal abgebrannt, aber wie eine bayerische Scheune danach immer schöner geworden". „Was für die hohe Politik gilt, muß gleichermaßen für uns gelten: Man muß ins Gespräch kommen und untereinander im Gespräch bleiben", so Wegener. Der Bundesgrenzschutz befaßt sich speziell im Bonner Raum mit sehr sensiblen Sicherheitsfragen. Wegener erklärte, daß mit der GSG 9 auch heute noch immer eine Spezialtruppe „abrufbereit zur Verfügung steht, um jeder Zeit zur operativen Bekämpfung organisierter schwerer Gewaltkriminalität einen wirkungsvollen Beitrag zu leisten". Der Kommandeur trat mit großer Mannschaft an. An dem Treff nahmen unter anderem sein Stellvertreter **Gunter Thonfeld** teil, sein juristischer Berater **Raimond Fechler**, **Alfred Kranz**, er ist Chef der Grenzschutzverwaltung West, **Friedhelm Wollust**, Kommandeur der Grenzschutzfernmeldeabteilung, **Manfred Braschwitz**, Leiter der Aus- und Fortbildung, sein Sprecher **Rainer Ohlsen**, der Kommandeur der Grenzschutz-Fliegergruppe **Hans-Joachim Mummenbrauer**, der Kommandeur der GSG 9 **Uwe Dee** und der Leiter der Grenzschutzdienste Bonn **Werner Schumm**. Von links: Alfred Kranz, Jörg Baron von Holzschuher, Besitzer von Schloß Gymnich, Bonns Regierungsgästehaus, Ulrich Wegener und der Fernsehjournalist Gerhard Löwenthal. FOTO: [illegible]

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Sportlärm als Ärgernis

„18,5 Millionen Deutsche treiben organisierten Sport"; WELT vom 18. September

Wenn auf der einen Seite für Verständnis für Lärm beim Sport geworben wird, so muß auf der anderen Seite auch darauf hingewiesen werden, daß oft diejenigen, die ihre sportlichen Aktivitäten ohne Rücksichtnahme auf die Gesamtbevölkerung verbreiten, es sich selber zuzuschreiben haben, wenn ihnen, notfalls mit Behörden und Gerichten, begegnet wird.

Sicherlich sollte man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und auch die Berechtigung, Sport zu treiben, anerkennen. Jedoch ist Rücksichtnahme und Vermeidung von unnötigem Lärm auf jeden Fall von jedem zu verlangen. Um nur einige Beispiele aufzuführen:

● Motorsportveranstaltungen, bei denen bewußt auf aggressive und laute umweltfeindliche Fahrweise abgestellt wird, sollten nicht in ausgesprochenen Naherholungsgebieten, in denen Tausende in freier Natur Ruhe und Erholung suchen, genehmigt werden.

● Die Unsitte, die Besucher von Sportstadien mit laut aufgedrehten Lautsprecheranlagen mit Musik und mit Werbesprüchlein zu berieseln, hat mit Betreiben von Sport ja wohl nichts zu tun. Hierdurch wird nur die Anliegerschaft von solchen Sportanlagen verärgert, ohne daß bei Verzicht auf solche Berieselung die Ausübung des Sportes selber beeinträchtigt würde.

● Ein besonderes Ärgernis stellt der gerade zu Freizeiten der übrigen Bevölkerung und meist bei schönem Wetter ausgeführte Privatsportflug dar, der neben dem Mißbrauch von Mofas/Mopeds und Motorrädern als Störfaktor Nr. 1 zu gelten hat. Das gilt insbesondere auch für den erfahrungsgemäß sehr unangenehmen Lärm von Modellflugzeugen. Hier sollten die Modellflieger selber zur Verbesserung ihres Rufes dadurch beitragen, daß ihre Mitglieder ihre Modelle von Benzinmotoren auf wesentlich leisere Elektromotoren umstellen.

● Ein weiteres erhebliches Ärgernis ist der Motorbootlärm, insbesondere wenn er in Erholungsgebieten (wie im idyllischen Moseltal) besonders lärmintensiv im Zusammenhang mit Wasserski ausgeübt wird. Mit Recht ist daher dieser Betrieb auf den meisten Seen und Stauseen verboten und muß auch verboten bleiben.

Mit freundlichen Grüßen
G. Heydt,
Eschweiler

Namensteil

„Leserbrief: Kein Namensbestandteil"; WELT vom 11. September

Im Bundesanzeiger Nr. 168 vom 1. 9. 1961, Paragraph 5, Abs. 1, Ziff. 9 heißt es: „Allgemeine Vorschriften des Bundesinnenministers zur Ausführung des Gesetzes über das Paßwesen: Bei Paßbewerbern, die den akademischen Grad des Doktors führen, ist der Doktortitel vor dem Namen in der Abkürzung „Dr." ohne weiteren Zusatz einzutragen."

Der akademische Grad eines Doktors der ... ist eben ein Grad und kein Titel wie Direktor, Studienrat (Dienstbezeichnung!) u. v. a. m. Quintessenz: Der Dr.-Grad gehört für den Träger zum eigentlichen Namen!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. J. Reimer,
Bad Bramstedt

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Wort des Tages

„Wer einen Menschen verachtet, wird niemals etwas aus ihm machen können. Nichts von dem, was wir im anderen verachten, ist uns selbst ganz fremd. Wie oft erwarten wir von anderen mehr, als wir selbst zu leisten willig sind."

Dietrich Bonhoeffer; deutscher Theologe (1906–1945)

Lieblingskind

Sehr geehrte Damen und Herren,

alle Jahre wieder wird von linken Ideologen das Lieblingskind „Tempolimit" auf Autobahnen aus der ideologischen Mottenkiste hervorgeholt; jedes Jahr mit neuen vorgeschobenen Begründungen, die keiner Kritik standhalten, und immer mit dem gleichen Ziel auch auf den Autobahnen – dem letzten Hort unglaublicher Individualität im Verkehr – Gleichheit und kollektives Fahren sicherzustellen.

Ob nun Energieeinsparung als Grund herhalten mußte – die durch Tempolimit nachweisbar nie erreichbar war – oder die Unfallzahlen, die tatsächlich ständig rückläufig und auf den Autobahnen ohnehin gegenüber den Stadtstraßen vernachlässigbar sind oder nunmehr neuerdings die Umweltschädigung: Keines dieser Fakten kann durch Tempolimit verändert werden, auch das der Umweltschädigung nicht, denn: Bei nur 4000 km Autobahnen, die heute noch ohne Tempolimit in der Bundesrepublik Deutschland befahrbar sind, und den wenigen Prozenten an Kraftfahrzeugen, die über 120 km/h fahren, ferner angesichts der Tatsache, daß geringeres Tempo allenfalls eine minimale Verringerung der Stickoxydemissionen, aber eine Erhöhung der HC- und CO-Emissionen bewirkt und letztlich Geschwindigkeitsbeschränkungen den Verkehrsfluß verschlechtern und zu Stauungen und Mehr-Emissionen führen, bricht das Umwelt-Argument zur Begründung des Tempolimits kläglich zusammen.

Übrig bleibt nur Ideologie, die obendrein der Spitzenposition der deutschen Automobilindustrie in der Welt schweren Schaden zufügen würde.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dieter Hauke,
Mitglied der Hamburger Bürgerschaft

Kaffeefahrten

„Direktvertrieb / Bald auch hier Widerruf möglich?"; WELT vom 20. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie außerordentlich beliebt „Kaffeefahrten" sind, sieht man daran, daß 1983 nach vorsichtigen Schätzungen rund 3 Mio. Personen teilgenommen haben. Davon sind 70–80 Prozent Stammkunden, und zwar zufriedene! Insoweit sind die von Ihnen genannten Zahlen überholt. Insbesondere also ist es falsch, irgendwelche Zahlen zum eigentlichen Haustürverkauf (fälschlicherweise werden Omnibusfahrten mit Verkaufsveranstaltungen hier oft in einem Atemzug genannt) ohne Differenzierung auf unsere Branche zu übernehmen. Ferner ist die in dem Artikel erwähnte Zahl angeblicher Gerichtsverfahren völlig aus der Luft gegriffen. Dieser Unfug geistert mit schöner Regelmäßigkeit durch die Presse.

Die in dem Artikel von der bayerischen Landesregierung und der SPD-BT-Fraktion (sowie in einer entsprechenden EG-Initiative zu Haustürgeschäften) aufgestellte Forderung nach einer Widerrufsmöglichkeit von bei Kaffeefahrten abgeschlossenen Kaufverträgen ist sachlich nicht berechtigt und juristisch nicht haltbar.

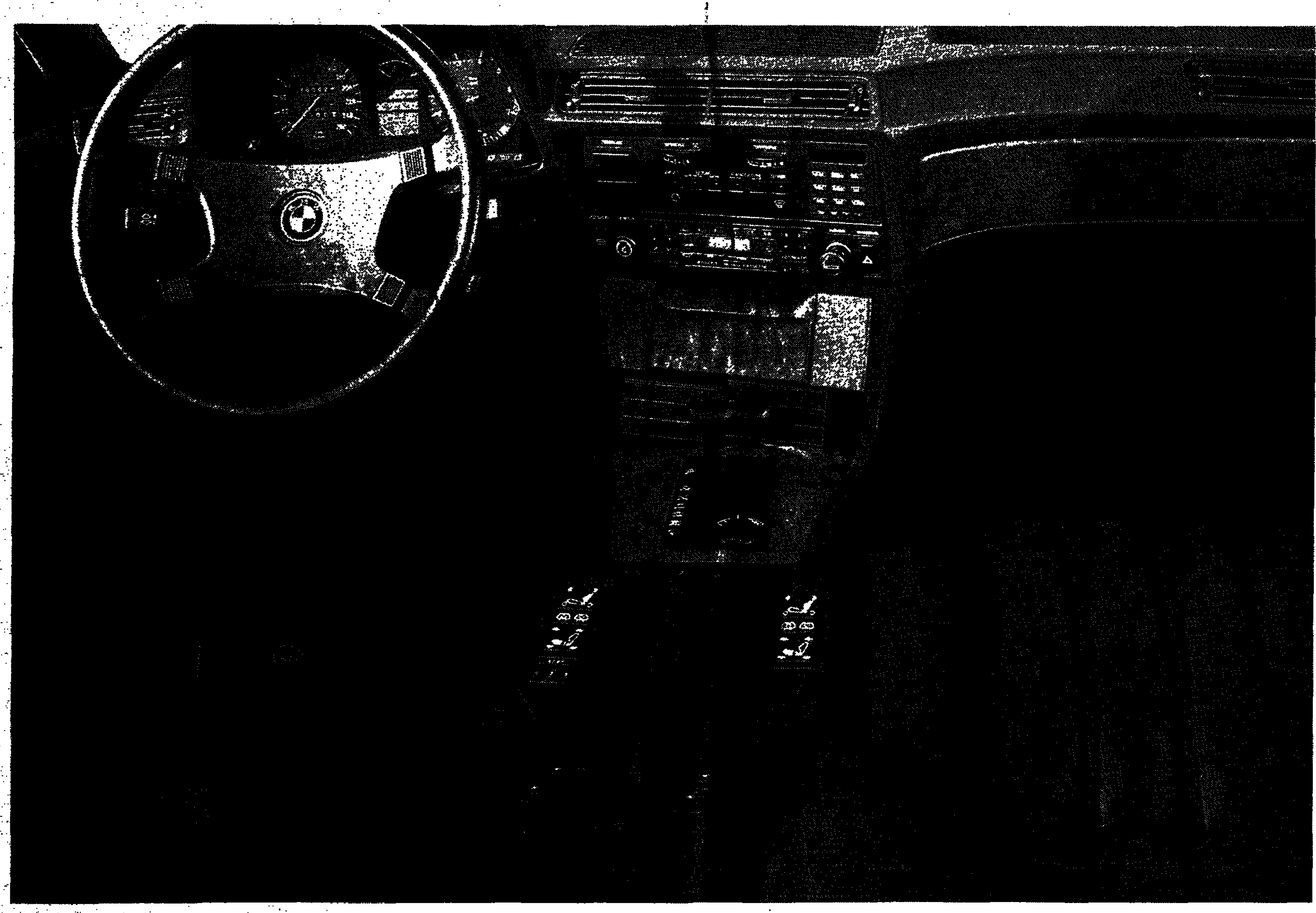
Alle dem Bundesverband Deutscher Vertriebsfirmen e. V. angeschlossenen Unternehmen gewähren nämlich bereits seit Jahren ein uneingeschränktes Widerrufsrecht von zwei Wochen für alle Käufe, also sowohl für Raten- als auch für Barkäufe. Unsere Mitglieder tun dies im Vertrauen auf die Qualität und Preiswürdigkeit ihrer Angebote und räumen den Käufern auch noch besonders lange und für den übrigen Handel beispielgebende Garantiefristen bis zu 5 Jahren ein.

Das Gesetz stellt keinen verbraucherpolitischen Fortschritt dar, sondern einen Rückschritt. Ein Sondergesetz in der geplanten Form für einen Bruchteil des Handels wäre nichts als „verbraucherpolitische Augenwischerei", weil der größte Teil des Direktvertriebs, wie auch der Begründung der Entwürfe zu entnehmen ist, bereits freiwillig ein Widerrufsrecht auch für Barkäufe einräumt. Die wenigen Ausnahmen, so bedauerlich sie sind, rechtfertigen keine sondergesetzliche Regelung, insbesondere würden durch ein solches Gesetz einzelne Handelszweige und Firmen in gröbster Weise diskriminiert. Dieses Gesetz müßte als eklatanter Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 GG angesehen werden.

Für einen besonderen Schutz angeblich „sozial schwacher Schichten" gibt es in bezug auf Kaffeefahrten absolut keinen Anlaß. Im übrigen hat die Bundesregierung auf die von Ihnen erwähnte Parlamentarische Anfrage der SPD geantwortet, die große Mehrheit der Verbraucher verhalte sich qualitäts- und preisbewußt, trete selbstbewußt auf und wisse ihre Rechte zu wahren. Die Bundesregierung habe daher keinen Anlaß, einzelnen Konsumentengruppen (z. B. Jugendlichen, Senioren, geschäftlich ungewandten Personen) pauschal die Fähigkeit abzusprechen, die Seriosität von Angeboten selbst zu überprüfen und widerstehen zu können.

Dagegen würden wir es vorbehaltlos unterstützen, wenn sich die SPD, die Bundesregierung bei der EG (und auch die bayerische Staatsregierung mit ihrem gleichlautenden Entwurf) endlich für eine „große Lösung", ein auf den gesamten Handel ausgedehntes Widerrufsrecht für Bar- und Ratengeschäfte, einsetzten. Aufgrund unserer ausnahmslos positiven Erfahrungen mit dem generellen Widerrufsrecht können wir feststellen, daß dies im Sinne eines echten und umfassenden Verbraucherschutzes wäre.

Mit freundlichen Grüßen
Kaiser, Vorsitzender
Bundesverband Deutscher Vertriebsfirmen e. V., München 19



Sein statt Haben.

BMW zu wählen, zeigt das Selbstbewußtsein, im exklusiven Bereich progressiv zu sein.

In Europa beginnt die automobile Neuzeit – und das nicht nur technisch gesehen.
Viele Menschen orientieren sich in zunehmendem Maße neu, richten sich immer weniger nach überkommenen Status- und Prestigeansprüchen, sondern fragen kritisch danach, was hinter der Fassade eines Angebotes steckt.
Und welchen Nutzen nicht nur sie selbst, sondern auch andere und die Umwelt davon haben.
Während herkömmliche Vorstellungen zum Beispiel davon ausgehen, daß schon der Besitz eines teuren Wagens Prestige bringt, ist es für den informierten heute die intelligentere Nutzung des technisch hervorragenden, qualitativ hochwertigen Automobils, die zu einer neuen Form von Exklusivität führt.
Für einen Automobilhersteller wie BMW, der schon immer den bewußteren und engagierten Fahrern verpflichtet war, ist das eine Herausforderung zu selbstkritischer Prüfung – aber auch eine Bestätigung für seit längerer Zeit verfolgte Konzepte.
Das betrifft den Charakter unserer Automobile ebenso wie z.B. den konsequenten Einsatz modernster Technik, die nicht nur zu überlegener Leistung und höchster Sicherheit, sondern auch zu gesteigerter Umweltfreundlichkeit geführt hat.
Denken Sie etwa an die Entwicklung zum immer kompakteren Automobil mit immer anspruchsvollerer Technik, an den Erfolg der BMW 3er Reihe zum Beispiel.
Und auch der 5er gehorcht der BMW typischen Gesetzmäßigkeit: kompakter als vergleichbare Automobile, aber technologisch auf dem Niveau der großen Klasse.
Diese Verbindung von äußerer Zurückhaltung und technischer Unbescheidenheit zeigt sich bei BMW in vielen Bereichen.
Während sonst z.B. selbst anspruchsvolle Automobile der gehobenen Mittelklasse noch mit herkömmlichen Vergasern angeboten werden, sind bereits die 318 i und 518 i mit erstklassiger Einspritz-Technologie ausgerüstet.
Kenner zu sein, das bedeutet weiterhin, nicht nur auf fortschrittlicher Gemischaufbereitungs-Technik zu bestehen, sondern auch auf exklusiver Fahrkultur.
So kompakt etwa ein 3er oder 5er auch sein mögen – ab 2 l Hubraum ist bei BMW die Erste-Klasse-Laufkultur eines Reihen-6-Zylinders selbstverständlich.
Innere Qualitäten, die mehr Kennerschaft voraussetzen und eine deutliche Abkehr vom alten Besitzprestige signalisieren, kennzeichnen auch die großen BMW.
BMW hat 1979 z.B. bei den 7ern als erster Hersteller überhaupt computergesteuerte Triebwerke vorgestellt.
Ein bedeutender Fortschritt im Sinne einer gesteigerten Effektivität und vor allen Dingen größeren Umweltfreundlichkeit – und die Voraussetzung dafür, daß in absehbarer Zeit immer mehr Automobilen immer intelligentere Technik zur Verfügung stehen kann.
So bieten heute schon neben den BMW 6ern und 7ern auch Automobile der BMW 5er Reihe diese zukunftweisende Form der Triebwerkssteuerung.
Eine technologische Exklusivität, die in mehr als einem Sinn unkonventionell ist.
Aber wie gesagt: BMW fahren immer mehr Menschen, die nicht zeigen wollen, was sie haben.
Sondern klarstellen können, was sie sind.



GALOPP

Ein französischer Jockey für den Hengst Abary

KLAUS GÖNTZSCHE, Bonn

Als elfter deutscher Galopper seit 1928 startet am Sonntag der vierjährige Hengst Abary aus dem Gestüt Fährhof im wertvollsten Galopprennen der Welt, dem Prix de l'Arc de Triomphe (1,4 Millionen Mark, 2400 m) in Paris-Longchamp. Im Sattel von Abary sitzt der französische Jokkey Maurice Philipperon (38), der bislang fast 2000 Rennen gewonnen hat, den „Arc" allerdings noch nie. Erst einmal gab es in diesem Rennen einen deutschen Erfolg, im Jahre 1975 durch Star Appeal. Im Vorjahr kam der hoch eingeschätzte Orofino unter 26 Startern als 15. ins Ziel des wertvollen Rennens auf der Prunkbahn im Bois de Boulogne.

Auch die Chancen von Abary, der in seiner Laufbahn insgesamt 650 100 Mark an Preisgeldern zusammengaloppiert hat, sind nicht wesentlich besser als die von Orofino im Vorjahr. Eine Plazierung unter den ersten zehn im großen Feld der internationalen Spitzenpferde wäre als gute Leistung zu werten. Abarys Trainer Heinz Jentzsch (64) aus Köln sattelt den Hengst ohnehin nur deshalb, weil der Besitzer des Pferdes, der Bremer Kaffee-Großhändler Walther Jacobs (76), auf den Start drängte. Jacobs hat Philipperon als Jockey verpflichtet, weil er kein Vertrauen in die Reitkünste von Abarys ständigem Jockey Georg Bocskai besaß.

Favorit des 64. Rennens, das erstmals im Jahre 1920 ausgetragen wurde, ist der vierjährige Hengst Teenoso mit dem englischen Star-Jockey Lester Piggott (48), der in Paris bereits dreimal gewann. Teenoso ist der englische Derbysieger von 1983. Ebenfalls am Start ist die Vorjahressiegerin All Along mit Walter Swienburn, die zuletzt in den USA lief. Zum erweiterten Favoritenkreis zählt der australische Hengst Strawberry Road mit Greville Starkey, am 2. September dieses Jahres Sieger des Großen Preises von Baden in Iffezheim. Seit 1972 haben acht Stuten das Rennen gewonnen, durch Northern Trick kann das auch 1984 wieder gelingen.

Die bisherigen deutschen Starter im Arc: 1928: Oleander (5.); 1929: Oleander (3.); 1937: Sturmvogel (5.); 1968: Luciano (11.); 1973: Star Appeal (13.); 1975: Star Appeal (1.); 1977: Vivi (14.); 1978: Lido (10.); 1979: Pawiment (9.); 1980: Nebos (5.); 1983: Orofino (15.).

MOTORSPORT / Ein Interview mit Bernie Ecclestone, dem mächtigen Mann im Formel-1-Geschäft

Der neue Nürburgring „ist mit viel zu wenig Rücksicht auf die Zuschauer gebaut worden"

Erstmals seit acht Jahren gibt es am Sonntag wieder ein Rennen zur Formel-1-Weltmeisterschaft auf dem Nürburgring. Rund fünf Millionen Mark kostet die Veranstaltung auf dem neuen 4,5 Kilometer langen Rundkurs in der Eifel. Mindestens 70 000 Zuschauer müßten Eintritt bezahlen, um die Bilanz des veranstaltenden Automobilclubs von Deutschland (AvD) auszugleichen. 20 Fernsehstationen wollen das Rennen direkt übertragen, etwa 95 Millionen Menschen werden vor ihren Geräten sitzen. Über die Strecke und die Zukunft der Formel 1 sprach der Schweizer Motorsport-Journalist Roger Benoit für die Kölner „Sport-Illustrierte" mit dem Engländer Bernie Ecclestone, als Boß der Konstrukteurs-Vereinigung FOCA der mächtige Mann des Formel-1-Geschäfts.



Bernie Ecclestone (Foto) managt seit 1971 die Formel 1. Er studierte Chemie, handelte mit gebrauchten Autos und ist ein passionierter Glücksspieler. Als Chef des Brabham-Teams, im letzten Jahr mit Nelson Piquet und Motoren von BMW Weltmeister, und Boß der FOCA hält er alle Fäden fest in der Hand.

FOTO: LUBEIPRINTS

Frage: Der Unfall von Niki Lauda 1976 bedeutete das Todesurteil für den alten Nürburgring. War das, aus der Sicht von heute, eine richtige Entscheidung?

Ecclestone: Ja. Die Strecke war mit 22,8 Kilometern einfach zu lang für ausreichende Sicherheitsmaßnahmen. Wir können die Piloten nicht einfach in die Hölle schicken und hoffen, daß nichts passiert. Wir sind ja kein verantwortungsloses Unternehmen. Wir betreiben in der Formel 1 schließlich seriösen Sport.

Frage: Wie gefällt Ihnen denn der neue Ring?

Ecclestone: Einige Dinge gefallen mir gar nicht. Die Strecke ist mit viel zu wenig Rücksicht auf die Zuschauer gebaut worden. Das war falsch. Die Fans sind doch unser Lebensnerv. Wer will schon einen Grand Prix durch den Feldstecher beobachten müssen.

Frage: Kürzlich hieß es, daß nur noch die Hälfte der Formel-1-Saison auf europäischen Rennstrekken stattfinden soll. Einst träumten Sie von einem Grand Prix in Moskau. Wo startet die Formel 1 in Zukunft?

Ecclestone: Die Verhandlungen mit Moskau waren schon ziemlich fortgeschritten, aber das dortige System verhindert vorerst einen Grand-Prix-Lauf. Wir gehen aber sicher bald nach Budapest. Und das könnte die Russen wieder anstacheln. Außerdem ist Peking eines meiner Ziele, und kürzlich war ich auch in Istanbul. Bewerber gibt es auf allen Kontinenten.

Frage: Aber in Amerika konkurrieren Sie mit der amerikanischen Formel 1, der CART-Serie mit den Indy-Autos. Ist das kein Handicap?

Ecclestone: Ja, die wollten uns in die Geschäfte pfuschen. Das können wir nicht zulassen. Aber was regen wir uns auf. Was die machen, ist zu hundert Prozent Show. Da werden gelbe Flaggen gezeigt, nur damit die Autos wieder näher zusammenrücken. Die Formel 1 bietet Sport – wie jetzt zu achtzig Prozent. Dazu sind zwanzig Prozent Show. Damit sind die Zuschauer zufrieden.

Frage: Was wäre die Formel 1 heute ohne Ecclestone?

Ecclestone: Vielleicht wäre sie besser. Ich bemühe mich jeden Tag mit aller Kraft um Verbesserungen. Ich bin ein Mann, der die Details liebt. Bevor es die FOCA gab, war die Formel 1 ein Klub vieler guter Freunde, die an einigen Wochenenden auf Reisen gingen.

Frage: Und da kamen Sie und brachten die Millionen zum Rollen ...

Ecclestone: Ohne Geld läuft doch heute gar nichts. Also mußten wir es für die Rennen auftreiben. Wir sind noch mit jedem Veranstalter klargekommen. Und wenn nicht, übernehmen wir die Organisation selbst.

Frage: Wie wird das Geld eigentlich verteilt? Was bekommt ein Grand-Prix-Sieger?

Ecclestone: Es gibt einen Verteilerschlüssel, der ist geheim und gilt nur für die Teams. Sie bekommen zwei Tage nach dem Rennen einen Scheck. Was die Teams den Piloten zahlen, weiß ich nicht. Im Gegensatz zu Profisportarten wie Tennis oder Golf steht bei uns nicht der einzelne, sondern das Team im Vordergrund.

Frage: Warum ist der Verteilerschlüssel denn geheim?

Ecclestone: Geld ist nicht das Busineß der Öffentlichkeit. Zudem ist die Sache sehr kompliziert. Es spielen viele Faktoren eine Rolle. Die WM-Punkte der letzten Saison, der ersten Saisonhälfte, das Training und die Plazierungen bei gewissen Rundenzahlen im Rennen. Aber es hat sich noch nie ein Team beschwert.

Frage: So ein Grand-Prix-Paket soll 850 000 Dollar kosten. Davon ziehen Sie für sich vor der Abrechnung Prozente ab. Sind es vier Prozent?

Ecclestone: Für vier Prozent arbeitet doch niemand. Ich bin aber auch nicht „Mister Zehn-Prozent". Ich verrate nur, daß unser Auftritt 1985 etwas teurer wird.

Frage: Wer ist denn zur Zeit der beste Fahrer in der Formel 1?

Ecclestone: Nelson Piquet. Dann kommt Niki Lauda, und dann wird es schwierig. Die Vergleiche mit gleichwertigem Material fehlen.

Frage: Wer wird Weltmeister?

Ecclestone: Das ist kaum noch eine Frage: Niki Lauda. Vor Monza hätte ich gefühlsmäßig sogar noch Alain Prost gesagt.

Frage: Ihr Gefühl hat sie schon einmal getäuscht. Das war, als die Turbos kamen.

Ecclestone: Da lag ich falsch. Damals habe ich behauptet, die Turbos würden die Formel 1 killen. Zum Glück habe ich mich geirrt. Wir werden die Turbos überleben.

Frage: Ihr Team fährt mit einem BMW-Turbo und wurde mit ihm 1983 Weltmeister. Wie geht es weiter?

Ecclestone: Wir haben noch für 1985 einen Vertrag mit BMW.

Frage: Und dann? Dann kommt doch der Ford-Turbo, dem alle hinterherrennen, weil sie glauben, daß er so erfolgreich sein wird wie der Ford-Saugmotor von Cosworth.

Ecclestone: Es reden viele mit Ford. Und Ford redet mit vielen Teams.

Frage: Sechs Monate im Jahr verbringen Sie nach eigenen Aussagen auf Flughäfen oder in der Luft. Für so viel Hektik und Streß sehen sie noch ziemlich jung aus. Wie alt sind Sie eigentlich?

Ecclestone: Also: Meine Schwester sagt immer, sie sei 32 Jahre alt. Und ich bin acht Jahre älter als sie. Aber vielleicht lügt meine Schwester auch und ist schon 36 ...

ITALIEN / Fußball-Skandal weitet sich aus

Kameruns Trainer und ein „Berg Banknoten"

KLAUS RÜHLE, Rom

Italiens Fußballfreunde halten es weiter für einen üblen Landesverrat: Der Weltmeister von 1982, der stolze Sieger über Brasilien, Argentinien und Deutschland, soll ausgerechnet das Vorrunden-Spiel gegen Kamerun (1:1) gekauft haben? Der Sturm des Protestes gegen diesen Verdacht wird größer, die Menge der Indizien und Beweise für einen Bestechungsskandal aber auch. In den beiden großen italienischen Wochenzeitungen „Espresso" und „Panorama" veröffentlichten jetzt die Reporter Oliviero Beha und Roberto Chiodi neue Einzelheiten, die den Verdacht verstärken, damals, am 23. Juni, sei im letzten Spiel der WM-Gruppe 1 manipuliert worden.

Die beiden Journalisten berichten über die einzelnen Etappen ihrer zweijährigen Recherchen in Kamerun und Korsika. Sie zitieren Zeugenaussagen, zum Beispiel von den Nationalspielern Kameruns, N'Kono (Torwart), Milla und Lokoto. Sie berichten von gewundenen Eingeständnissen des kamerunischen Geheimdienst-Agenten Philippe Koutou und des italienischen Mittelsmannes der Absprache, Orlando Moscatelli. Alle Aussagen sind registriert und gefilmt, demnächst sollen die Ergebnisse in einem Buch veröffentlicht werden, das in Anspielung auf „Watergate" den Titel „Mundialgate" haben wird. Das Filmmaterial soll zu einem Dokumentarbericht zusammengestellt werden. Er hätte eine Länge von sechs Stunden ...

Aus diesem Material ergibt sich, daß die Teams von Italien und Kamerun ein großes Interesse daran hatten, unentschieden zu spielen. Eigentlich, so die beiden Journalisten, sei ein 0:0 abgesprochen worden. Die einzelnen Entwicklungsstufen:

● 1. Die Prämien der ohnehin unterbezahlten Spieler aus Kamerun wurden vor der Begegnung mit Italien halbiert.

● 2. Für die Regierung Kameruns war der Fußball Staatsaktion und politische Prestige-Angelegenheit. Für sie war es wichtig, daß die Mannschaft unbesiegt in die Heimat zurückkehrte.

● 3. Italien reichte ein Unentschieden, um hinter Polen die nächste Runde zu erreichen, Kamerun hatte bereits gegen Peru und Polen unentschieden gespielt, wäre also tatsächlich unbesiegt in die Heimat gefahren.

● 4. Die Spieler beider Mannschaften hatten vor der Begegnung Kontakt miteinander. Nach dem Schlußpfiff bestätigten einige Spieler Kameruns, daß das Ergebnis abgesprochen worden sei. Lokoto soll einem Vertreter einer Sponsorfirma gesagt haben: „Wir warten auf die Italiener, die wollen uns kaufen."

● 5. Geheimagent Koutou sagt wörtlich: „Man weiß, daß die Funktionäre und Vincent sich abgesprochen haben." (Jean Vincent war der Trainer des Teams aus Kamerun).

● 6. Vermittler Moscatelli vermutet, daß die Bestechungsgelder an Vincent ausgezahlt wurden. Er habe nach dem Spiel einen „Berg Banknoten" in der Brieftasche gehabt.

Die Journalisten Beha und Chiodi lassen sich von der allgemeinen italienischen Empörung über ihren „Vaterlandsverrat" nicht beirren. Ihre Zweifel an der Sauberkeit und Ehrlichkeit des italienischen Titelgewinns bei der Weltmeisterschaft in Spanien werden als eine Art Majestätsbeleidigung gewertet. Schon direkt nach der WM tauchten Gerüchte auf, die italienischen Spieler seien gedopt gewesen. In Kamerun aber gilt das, was 1982 geschah – so geht es aus der Darstellung der Journalisten hervor – als eine echte Staatsaffäre. Auch deshalb wurde der Geheimdienst des Landes eingeschaltet.

Als Torwart N'Kono beim 1:0 ausrutschte

Das stand am 24. Juni 1982 im Spielbericht der WELT:

„Und dann fielen doch noch Tore. Aber sie kamen auf merkwürdige Weise zustande. Beim 1:0 durch Graziani war Torwart N'Kono ausgerutscht, so daß er den Kopfball aus fünf Metern Entfernung nicht erreichen konnte. Schon eine Minute später glich Kamerun aus. Als M'Bida den Ball aus kurzer Entfernung an Dino Zoff vorbei ins italienische Tor drückte, stand er eindeutig im Abseits."

TRAINERAKADEMIE

Geburtstag gefeiert

dpa, Köln

Dem Geburtstagskind galten viele gute Wünsche. Mehr als 100 hochkarätige Ehrengäste aus Sport und Politik feierten gestern in Köln das zehnjährige Bestehen der Trainer-Akademie des deutschen Sports. Die von 31 Sportfachverbänden und zehn Landessportbünden getragene und vor mehr als zwölf Jahren vom Deutschen Sportbund (DSB) initiierte Einrichtung bekam für ihre bisherige Tätigkeit viel Lob, aber auch nachdenkliche Worte gewidmet.

Die Tatsache, daß von bislang 144 Absolventen der Akademie ein großer Teil keine Anstellung entsprechend seiner Qualifikation finden konnte oder als arbeitslos registriert ist, verdeutlicht die Problematik. Die Hoffnung auf den steigenden Stellenwert des Diplomtrainers und eine langfristige Aufstockung der vom Bund finanzierten 111 Bundestrainer-Stellen nannte Akademieleiter Dr. Hugo Budinger dann auch als wichtige Voraussetzung für den weiteren Erfolg der Institution. „Nur durch viel Arbeit und ständige Gespräche sind Verbesserungen erreichbar."

Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt vom Bundesinnenministerium wies mit besonderem Nachdruck auf die 24 Diplomtrainer hin, deren Schützlinge in Los Angeles fünf Gold-, eine Silber- und drei Bronze-Medaillen gewannen.

Für den DSB-Präsidenten Willi Weyer ist die Akademie ein gelungenes, aber nicht problemfreies Experiment. Alle Möglichkeiten müßten ausgeschöpft werden, um die enge räumliche Nachbarschaft zur Deutschen Sporthochschule und dem Institut für Sportwissenschaft optimal zu nutzen.

SPORT-NACHRICHTEN

Niki Lauda bleibt

Paris (dpa) – Niki Lauda und Alain Prost bleiben im Formel-1-Team von McLaren. Lauda entschloß sich zur Vertragsverlängerung, nachdem Renault erklärt hatte, seine Verpflichtung sei zu teuer. Renault verlängerte die Verträge mit Patrick Tambay und Derek Warwick.

Neun Tore

Karlsruhe (sid) – Der Karlsruher SC unterlag im Abschiedsspiel für seinen Torwart Rudi Wimmer (40) 3:6 gegen eine Prominenten-Auswahl, in der unter anderem Wolfgang Overath (zwei Tore), Sepp Maier, Jürgen Grabowski, Klaus Fichtel und Bernd Nickel spielten. Wimmer verwandelte einen Elfmeter gegen Sepp Maier.

Billige Eintrittskarten

Mexico City (dpa) – Das mexikanische Organisationskomitee der Fußball-Weltmeisterschaft von 1986 hat den Vorschlag des Weltverbandes zurückgewiesen, Eintrittskarten zum Preis zwischen 30 und 50 Dollar zu verkaufen. Das Komitee bietet jetzt Karten zwischen drei und zehn Dollar an.

Six zu Aston Villa

Mülhausen (dpa) – Der französische Fußball-Nationalspieler Didier Six, der bereits für den VfB Stuttgart gespielt hat, unterschrieb einen Vertrag beim englischen Erstliga-Klub Aston Villa.

Ende einer Sperre

Zürich (sid) – Ab 3. November sind Falko Götz (22) und Dirk Schlegel (23) für Bayer Leverkusen spielberechtigt. Das gab eine Kommission des Internationalen Fußball-Verbandes gestern bekannt. Götz und Schlegel, frühere Auswahlspieler der „DDR", hatten vor einem Jahr ein Europapokalspiel des Klubs Dynamo Ost-Berlin in Belgrad zur Flucht in die Bundesrepublik genutzt.

Neuer Arbeitgeber

Paris (dpa) – Der Dortmunder Radprofi Ralf Hofeditz hat nach dem Rückzug des französischen „System U"-Teams einen neuen Arbeitgeber gefunden. Er erhielt einen Vertrag von der Rennmannschaft „Skil", die Sean Kelly (Irland) zum Kapitän hat.

ZAHLEN

FUSSBALL

Europapokal, 1. Runde Rückspiele. Pokalsieger: FC Everton – University College Dublin 1:0 (1. Spiel 0:0, Everton in der 2. Runde). – UEFA-Cup: Queens Park Rangers – FC Reykjavik 4:0 (1. Spiel 3:0, Queens Park in der 2. Runde). Dukla Prag – Videoton/Ungarn 0:0 (1. Spiel 0:1, Videoton in der 2. Runde). – **Deutscher Pokal**, Wiederholungsspiel: MSV Duisburg – Fortuna Köln 2:2 (1:1, 0:0), 3:5 *nach Elfmeterschießen*.

TISCHTENNIS

Deutscher Pokal, 1. Runde: TTBG Bayreuth – ATSV Saarbrücken 1:5, TTC Hamm – Borussia Düsseldorf 1:5.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Barcelona, 1. Runde: Arias (USA) – Maurer (Deutschland) 6:3, 7:5, Castellan (USA) – Keretic (Deutschland) 6:2, 6:3, Wilander (Schweden) – de Miguel (Spanien) 6:2, 6:3, Nystroem (Schweden) – Ganzabal (Argentinien) 7:5, 6:3, Sundstroem (Schweden) – Brown (USA) 3:6, 6:2, 6:4, Schwaier (Deutschland) – Smid (CSSR) 4:6, 6:1, 6:4. – **Damen-Turnier** in Manhattan Beach, 1. Runde: Pfaff (Deutschland) – Crowe (USA) 6:0, 6:3, Hanika (Deutschland) – Leo (Australien) 6:0, 6:1.

MOTORSPORT

Rallye San Remo, Stand nach drei von fünf Etappen: 1. Vatanen/Harryman (Finnland/England) Peugeot 205 Turbo 5:19:48 Stunden, 2. Röhrl/Geistdörfer (Deutschland) Audi Sport Quattro 4:22 Minuten, 3. Biasion/Siviero (Italien) Lancia Rally 9:07, 4. Bettega/-Perissinot (Italien) Lancia Rally 12:20 5. Tabaton/Tadeschini (Italien) Lancia Rally 18:45 Minuten zurück. Ausgeschieden ist der in der Weltmeisterschaft führende Schwede Stig Blomqvist (Audi Sport Quattro).

STAND●PUNKT / *Der langsame Walter Röhrl*

Walter Röhrl ist mit seinem starken Audi Sport Quattro ein sehr schneller Mann. Und ein sehr besonnener. Bei der Rallye San Remo kann er den führenden Ari Vatanen (Peugeot) wohl nicht mehr überholen. Das ist weder schuld des Autos noch liegt es daran, daß Röhrl vielleicht nicht in Form ist. Der ehemalige Weltmeister ist mit Zuschauern kollidiert, die in einer Sperrzone standen. Dort stehen jetzt immer mehr herum, die Organisatoren der Rennen freuen sich über den großen Zuschauer-Zuspruch.

Ein Mann, der Röhrl ins Auto lief, erlitt einen Oberschenkelbruch. Danach wurde Röhrl langsamer. Kopilot Geistdörfer: „Den Vatanen hätte Walter normalerweise im Griff. Doch immer, wenn sich besonders viele Zuschauer an und auf der Strecke knubbelten, ging Walter instinktiv vom Gas. Er hatte Angst vor einem neuerlichen Unfall."

Wer sollte und könnte das verdammen? Antwort: ein italienischer Sportkommissar. Einmal lassen die Fans die Rallye-Autos kaum durch. Röhrl fährt vorsichtig – und kommt zwei Minuten zu spät. Der Funktionär drängt auf zwei Strafminuten, Röhrl („Den Unfall kann ich aus meinem Hirn so leicht nicht mehr auslöschen") packt den Kommissar am Kragen. Was nichts ändert, es gibt zwei Strafminuten für zu langsames Fahren. Oder muß man sagen: für nicht genug menschenverachtendes Fahren? R. N.

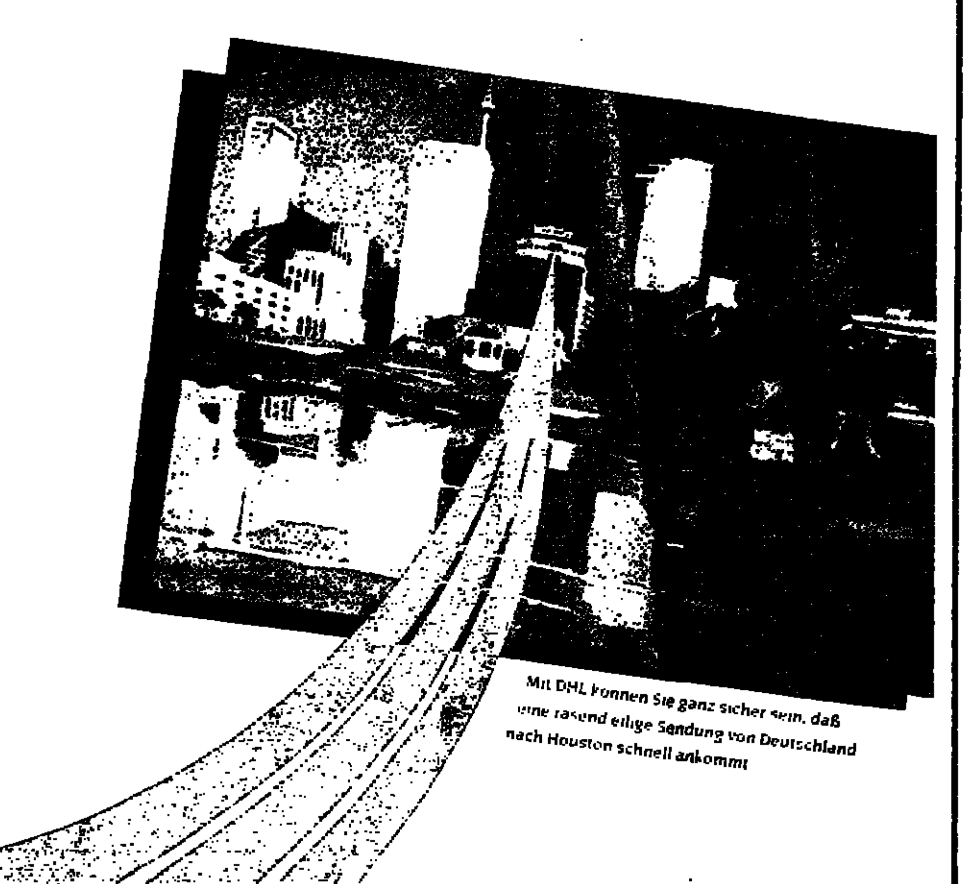
DHL läßt in 5 Kontinenten 10.000 Fachleute für Sie rennen.

Wer hat das schon, was DHL hat?

Uber 10 000 internationale Experten, die sich auf schnellstem Weg um alles kümmern: um alles, was schnell und sicher von Schreibtisch zu Schreibtisch muß. Rund um die Welt.

DHL hat ein Weltnetz von über 550 Niederlassungen in 128 Ländern der Erde. DHL hat alle 5 Kontinente als Aktionsfeld. Und DHL hat eine weltweit gültige Philosophie, die beispielhaft ist. Was wir tun, tun wir persönlich. Wir holen persönlich. Wir liefern persönlich. Wir geben erst am Ziel aus der Hand, was uns persönlich anvertraut ist.

Wen wundert's da, daß DHL so oft gerufen wird, wie kein anderer Flugkurier in Deutschland.



DHL WORLDWIDE EXPRESS

Wir fliegen von Schreibtisch zu Schreibtisch.

Rufen Sie DHL: z.B. Düsseldorf 02102/474081, Hamburg 040/55410, Frankfurt 06107/754222, München 089/909058, Wien 222/846538.

Krimis aus der UdSSR

Pioniere contra Rowdys

Er habe, so erzählt der ehemalige sowjetische Regisseur K., einen Krimi drehen dürfen, eine Geschichte, in der das Problem der straffälligen (oder auch nur gegen die sowjetischen Lebensformen revoltierenden) Jugendlichen behandelt werden sollte. Er habe die Erlaubnis von der Zensur bekommen, doch mit der Auflage, zu den „bösen" Jungen und Mädchen auch die „guten" Jugendlichen vorzuführen, im entsprechenden Mengenverhältnis.

Als er dann eine Gruppe von leger gekleideten Jungen filmte, die in einem Park Karten spielen, mußte er im Hintergrund adrett gekleidete Pioniere im Gleichschritt vorbeimarschieren lassen. In welcher Mengenrelation, sagte er nicht. Es gab jedenfalls, wir würden sagen, die erhoffte Ausgewogenheit, und das Bild der Sowjetunion blieb sauber. Diese Episode aus Nathan Jarivs Film sagt eigentlich alles über die Grenzen des sowjetischen Krimifilms.

Opium für den Sozialismus – ZDF, 23.20 Uhr

Der Hamburger Produzent Jariv hatte die ganze Welt bereist, um ehemalige sowjetische Filmregisseure zu befragen, solche, die die UdSSR verließen. Mit den im Lande verbliebenen Filmemachern wäre die Diskussion wohl nicht so ergiebig geworden. Denn wenn es auch seit mehr als einem Jahrzehnt Krimis in den sowjetischen Kinos gibt, so dürften sie unter den gleichen „Produktionswehen" gedreht werden, von denen die Zeugen im Film berichten.

Ursprünglich war der Krimi als dekadente Erscheinung des Kapitalismus verpönt: Wo es kein Verbrechen gibt, gibt es auch keinen Krimi! Erst unter Chruschtschow hieß es plötzlich, das Land sei nun reif genug, auch Krimis zu betrachten.

Doch irrt, wer Krimi gleich Krimi setzen wollte. Im sowjetischen Krimi, der meist ein Agentenfilm ist, geht es nicht um Hintergründe, um die Spannung menschlicher Verstrickungen, um die Anfälligkeit und noch weniger um die Hintergründe von Verbrechen und Verbrechern – im Sowjetkrimi ist der Held ein Held, sauber und in den schwierigsten Situationen adrett gekleidet, siegesgewiß und dem Sowjetvaterland treu ergeben, ein Genosse Saubermann, gewissermaßen. Wie schön!

Nathan Jariv sagt, er hätte zu gern einige Ausschnitte aus sowjetischen „Detektiv-Geschichten" in seinen Film eingeblendet. Aber die sowjetische Ausfuhrpolitik hat ihre eigenen Gesetze. Es gibt Filme, die werden in Export-Angeboten aufgeführt, und es gibt solche, deren Titel ungenannt bleiben in den Offerten. Man darf sie nicht ausführen oder daraus zitieren.

Der Grund liegt wahrscheinlich in der Befürchtung, der westliche Betrachter könnte aus der penetranten „Ausgewogenheit" im Film auf die wahren Verhältnisse schließen und aus der Strahlemann-Ausstrahlung der Krimihelden etwas anderes ableiten. Denn, so die ehemalige sowjetische Dramaturgin Lidia Zukowa: „Der Sowjetfilm spiegelt ein künstliches Leben. Es ist das System und nicht das Leben." V. P.



„Der rote Schneeballbaum" – ein bemerkenswerter Kriminalfilm des verstorbenen sowjetischen Regisseurs Wassili Schukschin FOTO: DIE WELT

KRITIK

Verständlich auch bei Tonausfall

Die Siegfried-Lenz-Verfilmung des ZDF brachte eine künstlerische Überraschung. Da es sich bei dem 1981 erschienenen Roman „Der Verlust" auch nach Meinung vieler Lenz-Fans um ein schwächeres Buch handelt, sah man der Verfilmung mit Skepsis entgegen.

An sich ist das Werk von Siegfried Lenz ausgesprochen filmnah, weil er einer der wenigen Romanciers ist, die über eine natürlich strömende Erzählbegabung verfügen. Ausgerechnet im „Verlust" jedoch wollte er zeigen, daß er auch anders kann. Lenz griff tief ins Arsenal von Joyce und Virginia Woolf, um mit innerem Monolog und Verfremdungen aller Art zu zeigen, wie sehr für einen der Sprache Beraubten die Welt sich verengt und erstarrt. In der zweiten Hälfte des Romans beginnt Lenz dann jedoch wieder zu erzählen, und alles wird doch noch anschaulich. Aber zu retten vermag das den zwitterhaften Band nicht.

Für die Drehbuchverfasserin Ann Ladiges und die hochbegabte Regisseurin Claudia Holldack war das offensichtlich der Anreiz, aus der verunglückten Vorlage einen äußerst geglückten Fernsehfilm zu machen. Sie erkannten in der Story das zugrunde liegende Gleichnis: Ein Mann kommt mit seiner Sterblichkeit nicht zurecht; er flüchtet zuerst in den Wortschwall und dann in das Gegenteil, den „Sprachausfall".

Die künstlerische Konsequenz aus dieser Einsicht war, von den zu vielen Worten des Romans den größten Teil ins Optische zu transferieren: in Mimik, Pantomime und vor allem in eine hinreißend intensive Kameraführung. Auch bei Tonausfall wäre der Film voll verständlich geblieben.

Interessanter noch die inhaltliche Konsequenz, die Frau Holldack aus dem Gleichnischarakter der Vorlage zog. Sie holte aus den weiblichen Darstellern (Ulli Philipp und Rosemarie Fendel, die „deutsche Annie Girardot") Dinge heraus, die männlichen Regisseuren meist gar nicht zugänglich sind.

Alle weiblichen Figuren des Films waren, „von drüben" gesehen, so wahr und differenziert, daß sie die Männer, den Hauptdarsteller eingeschlossen, glatt an die Wand spielten. In dieser Vollendung lassen wir uns Feminismus gerne gefallen.

ARMIN MOHLER

Es ist schwer zu helfen

Das ZDF-Wirtschaftsmagazin – früher „Bilanz" heute „WISO" – stand dringend zur Revitalisierung an. Sie als voll gelungen zu bezeichnen wäre verfrüht, denn man ist weiter auf der Suche. Gleichwohl ist es frischer und informativer geworden. Aber noch immer geraten Beiträge recht spröde, Kommentare hölzern. Die Zusammenhänge von Wirtschaft und Sozialem unter die Leute zu bringen gehört zu den schwierigsten journalistischen Herausforderungen. Immerhin denkt die Mannschaft marktwirtschaftlich – bekanntlich derzeit keineswegs die öffentlich-rechtliche Regel.

Amerika, ein Kohl-Interview, Tips für den Gebrauchtwagenkauf und die Lehrstellen waren Schwerpunkte der letzten Sendung. Aber der wirtschaftliche Aufbruch in den Vereinigten Staaten kam nicht über den Schirm. Von der Faszination, wie die mächtigste Wirtschaftsmacht der Welt wieder die eigenen Muskeln entdeckt und sie kräftig spielen läßt, war wenig zu spüren. Vielleicht lag es weniger an Friedhelm Ost als an seinem Interview-Partner Helmut Kohl, daß die wirtschaftliche Bilanz von zwei Jahren Bundesregierung keine Funken schlug, obwohl die Erfolge dieser Koalition beachtlich sind. Dennoch kommt nur schwer Begeisterung auf. Der Zuschauer entnahm dem teilweise gestanzten Interview, daß die Regierung an der Maxime „Tue Gutes und schweige darüber" festhält.

Nach einem etwas kurzen Tip für den Gebrauchtwagenkauf berichtete WISO in eigener Sache: Die Redaktion hatte aus einem ihr verliehenen Preis einen Zuschuß für eine Lehrstelle gestiftet. Aus den vielen geeigneten Bewerbern bei einer Volksbank den glücklichen Azubi herauszufischen war schwierig. Schließlich zog Arbeitsminister Blüm das Los. Das brachte den gutwilligen WISO-Helfern den Vorwurf des zynischen Umgangs mit Menschenschicksalen ein. In Wirklichkeit wollten die Kritiker, allesamt aus einer Ecke, Herrn Blüm und sonstigen Werbern um Lehrstellen nur am politischen Zeuge flicken. Auf die Idee, den guten Willen für die Tat zu nehmen und den unglücklichen Loswurf nachzusehen, kam leider niemand. Wer informiert werden wollte, konnte es, aber WISO macht es nicht immer leicht.

PETER GILLIES





III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Fußball-Europapokal
11.25 Frach mich net . . . !
Rock aus Hessen
12.10 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 . . . scheibnerweise
In dieser Ausgabe seiner Sendereihe mit Liedern, Gedichten und Szenen beschäftigt sich der Hamburger Satiriker, Liedermacher und Poet Hans Scheibner unter anderem mit den Autofahrern, den Alternativen und der Lieblings-Sommerbeschäftigung seiner Nachbarn, dem Grillen.
16.55 Alpha 5
Eine Computer-Spiel-Show
17.20 Computerzeit
Die Welt der Elektronenrechner
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schlag auf Schlag
Zu Gast: Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler
Moderation: Claus-Hinrich Casdorff
21.15 Video des Jahres
Video-Clips für die Endauswahl zur „Goldenen Europa '84"
Moderation: Manfred Sexauer
21.45 Hollywood '84 (1)
Im Mittelpunkt dieser ersten Folge einer dreiteiligen Sendereihe über Amerikas Filmmetropole steht das Hollywood von einst und dessen Stars. So erinnert Tony Curtis an die Dreharbeiten zu dem legendären Marilyn-Monroe-Film „Manche mögen's heiß".
22.30 Tagesthemen
23.00 Mosch
Fernsehspiel von Tankred Dorst, Ursula Ehler
Mit Marius Müller-Westernhagen, Valter Taub, Katharina Thalbach u. a.
Regie: Tankred Dorst
0.45 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Die Dritte Welt beginnt bei uns
Daß sich die Dritte-Welt-Initiativen von Schülern weniger in spektakulären Aktionen als in vielfältigen Ausstellungen, Seminaren, Basaren und Informationszirkeln äußern, will der fünfte Beitrag dieser Serie verdeutlichen.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kleine Abenteuer
Zu Beginn der Sommerferien prahlt Sylvain vor seinen Freunden damit, daß er im Schwimmbad arbeiten werde. Doch wie bereits im letzten Jahr hat Sylvain auch diesmal kein Glück.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Ingrid Peters
17.50 Zwei schwarze Schafe
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Show & Co. mit Carlo
In der neuen Ausgabe seiner Unterhaltungs-Sendung präsentiert Carlo v. Tiedemann unter anderen Andrea Jürgens, Roland Kaiser, Hiroko Murata, Udo Jürgens samt Tochter Jenny und die Pepe-Lienhard-Band.
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Krebs – Schlüssel zur Heilung
2. Teil: Auf der Suche nach neuen Verfahren
Dokumentation von Marlene Linke
21.45 heute-journal
22.05 Bürger fragen Johannes Rau
Live aus einer Fabrik im Bergischen Land
Gesprächsleitung: Reinhard Appel
23.20 Opium für den Sozialismus
Der Kriminalfilm in der Sowjetunion
Von Nathan Jariv
0.05 heute

Arno (Marius Müller-Westernhagen) findet Herrn Mosch (Valter Taub) tot in seinem Bett – Um 23.00 Uhr im 1. Programm FOTO: URSULA RÖHNERT

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Und immer lockt das Weib
Französischer Spielfilm (1956)
Mit Brigitte Bardot u. a.
Regie: Roger Vadim
21.45 Hier ist Münster auf Welle 407
22.15 Kulturszene
23.00 Ein Deutscher auf Widerruf
Hans Meyer im Gespräch mit Fritz J. Raddatz
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Musikinstrumente und ihre Geschichte
19.00 Bewegung macht Spaß (2)
19.15 El Peru – Peruaner beschreiben ihr Land (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Bitterer Reis
Italienischer Spielfilm (1949)
Regie: Giuseppe de Santis
22.00 In meinem Herzen trage ich Berge und Meer
23.00 171. NDR-Jazzworkshop
0.00 Nachrichten

HESSEN
18.30 Streifzüge durch die Natur
18.55 Die Hexe Lakritze (2)
19.00 Tonelli
Deutscher Spielfilm (1943)
Regie: Viktor Tourjansky
20.30 Kultur International
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
22.30 Die Schrecken des Krieges (5)
23.30 Schach-WM '84 in Moskau

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Rückkehr
Von Friedrich Kappeler
20.30 Frauen sehen ihre Zeit
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Zu Gast
Wollt ihr Politiker denn nicht endlich etwas tun?
Waldsterben im Schwarzwald
22.30 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 blanco
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club-Saar 3

BAYERN
18.15 Die Tier-Sprechstunde
18.45 Rundschau
19.00 Eiger (2)
20.20 Mickey McGuire
Mickey Rooney als Kinderstar
20.40 Z. E. N.
20.45 Gespräche mit Christen
21.30 Rundschau
21.45 Der Marathon-Mann
Amerikanischer Spielfilm (1976)
Regie: John Schlesinger
23.45 Rundschau
23.50 Actualités

提携

Auf den Märkten der Welt zu Hause.

Diese japanischen Schriftzeichen bedeuten „Kooperation". Sie beschreiben wichtige Ziele für Bayer im Reiche der aufgehenden Sonne: Partnerschaft und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ziele, die für Bayer in der ganzen Welt gelten.

Seit einem Jahrhundert ist Bayer durch wachsende Beziehungen mit Japan verbunden. Zwölf Handels- und Produktionsgesellschaften beliefern den japanischen Markt mit Produkten für nahezu alle Bereiche der Wirtschaft.

Bayer trifft seine Partner überall: Auf dem Reisfeld, z. B. wenn es um den Schutz der Ernte geht. In der ärztlichen Praxis ebenso wie in der Automobilindustrie, die ohne Chemiewerkstoffe nicht mehr denkbar wäre.

Die Bayer-Gruppe in Japan erzielte 1983 einen Umsatz von 1,5 Milliarden DM und wird auch in Zukunft einen wachsenden Anteil an diesem – nach den USA – zweitgrößten Chemiemarkt der Welt haben. Neben Europa und bedeutenden Schwerpunkt-Regionen von Bayer in Übersee – z. B. USA und Brasilien – hat sich Japan zu einem Zentrum der Aktivitäten des Unternehmens im ostasiatischen Wirtschaftsraum entwickelt.

Bayer zählt zu den führenden Chemieunternehmen mit weltweit 175.000 Mitarbeitern, etwa 400 Beteiligungsgesellschaften und Vertretungen im In- und Ausland, davon mehr als 100 Produktionsstätten in allen Erdteilen.

Als zukunftsorientiertes Unternehmen investiert Bayer hohe Beträge in die Forschung. 1983 waren es weltweit rund 1,7 Milliarden DM. 12.850 Mitarbeiter sind in diesem Bereich tätig.

Rund 10.000 Produkte werden unter dem Bayerkreuz vertrieben. Arzneimittel und Pflanzenschutzpräparate helfen, Leben und Gesundheit zu schützen, Schmerz und Hunger zu lindern. Ob Kunststoffe oder Kautschuke, Textilfasern oder Farben, Filme oder Magnetbänder: Produkte von Bayer gehören zu den unverzichtbaren Bestandteilen unseres Alltags.

DATEN ZUM GESCHÄFT

1984 In den ersten 6 Monaten stieg der Umsatz um 18,4 Prozent auf 21,9 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern lag mit + 72,9 Prozent bei 1487 Millionen DM. Der Bayer-Weltumsatz wird 1984 die 40-Milliarden-DM-Marke überschreiten.

Der Umsatz der Bayer AG erhöhte sich um 15,5 Prozent auf 8,64 Milliarden DM. Der Gewinn vor Steuern erreichte mit einem Zuwachs von 30,2 Prozent 660 Millionen DM.

1983 Umsatz Bayer-Welt 37,336 Milliarden DM, Anteil der Produktion der Auslandsgesellschaften und Export 76,8 Prozent.

Umsatz Bayer AG 14,647 Milliarden DM, Exportquote 63,4 Prozent.

Investitionen in Sachanlagen Bayer-Welt 1,872 Milliarden DM, davon 966 Millionen DM in der Bundesrepublik Deutschland.

Gewinn nach Steuern Bayer-Welt 754 Millionen DM, Bayer AG 504 Millionen DM.

Dividende für 1983 7,– DM je Aktie im Nennwert von 50,– DM.

Ausschüttungssumme 354 Millionen DM auf ein Grundkapital von 2,53 Milliarden DM für rund 350.000 Aktionäre.

Sollten Sie weitere Informationen über Bayer wünschen, wenden Sie sich bitte an Bayer AG, Konzernverwaltung Öffentlichkeitsarbeit, D-5090 Leverkusen.

KW 3436



Bayer
Aktiengesellschaft
Leverkusen

Ausländer: Koalition wahrt Spielraum

O Fortsetzung von Seite 1

erhalten können". Im Text der Antwort an die SPD-Fraktion heißt es dann: „Die heutige Bundesregierung teilt diese Auffassung." Sie „geht davon aus, daß die Eltern sowie alle anderen am Integrationsprozeß Beteiligten mit Vernunft und Verantwortungsbewußtsein zu derselben Einsicht gelangen". Ihre Ablehnung, schon jetzt eine gesetzliche Regelung zu treffen, verbindet die Bundesregierung ausdrücklich mit dem Hinweis auf die Wirksamkeit des Appells an die Eltern: „Unter diesen Umständen" sehe die Regierung „keinen Anlaß für ein gesetzliches Verbot des Nachzugs von Kindern über sechs Jahren". Der Bundesinnenminister hatte in dem Koalitionsgespräch, das schon um 7.30 Uhr begonnen hatte, versucht, die Formulierung durchzusetzen, daß die Regierung unter diesen Umständen „derzeit" keinen Anlaß für eine gesetzliche Beschränkung sehe. Er hatte sich allerdings gegen den Widerstand der übrigen Gesprächspartner damit nicht durchsetzen können.

Zum Zuzug von im Ausland lebenden Ehegatten der zweiten Generation heißt es in der Regierungsantwort, es gehe darum, einen gerechten Ausgleich zwischen den integrationspolitischen Notwendigkeiten und den schützenswerten Belangen der Betroffenen zu finden. „Derzeit" sei an keine Verschärfung der Bestimmungen gedacht. Ob der Nachzug weiter beschränkt werden solle, hänge „von der zukünftigen Entwicklung des tatsächlichen Zuzugs" ab. Sollte sich eine „erhebliche" Ausweitung der Zuwanderung ergeben, so behalte sich die Regierung weitere Schritte vor. Minister Zimmermann hat sich dafür eingesetzt, im Rahmen des Ausländerrechts diese Frage durch Rechtsverordnungen zu regeln. Indirekt übt die Regierung Kritik am Alleingang der hessischen, von der SPD gestellten und von den Grünen unterstützten Landesregierung in Fragen des Ausländernachzugs. Sie bekräftigt, daß es zu einer „bundeseinheitlichen Praxis auf klarer rechtlicher Grundlage" kommen müsse.

Benda mahnt Grüne: Mandat gilt für ganze Legislaturperiode

Niedersächsischer Landtag will Entscheidungsgründe für fünf Mandatsniederlegungen prüfen

dpa/DW. **Hannover**

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda (CDU), hat darauf hingewiesen, daß der Auftrag des gewählten Abgeordneten grundsätzlich für die Dauer der ganzen Legislaturperiode gilt. In einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa) sagte Benda in Hannover, dies resultiere aus dem Auftrag des Wählers. So dürfe es nicht im Verantwortungsbereich einer Partei (die Grünen, die Red.) liegen, ihre Mandatsträger zu verpflichten, vorzeitig ihren Parlamentssitz niederzulegen.

Zur Absicht von fünf niedersächsischen Landtagsabgeordneten der Grünen, aufgrund eines Parteitagsbeschlusses auf ihr Mandat vor Ablauf der Legislaturperiode zu verzichten, sagte Benda, der Parteibeschluß lege die Vermutung ziemlich nahe, daß die Abgeordneten unter Einfluß von außen handelten. Sollten die Parlamentarier keine anderen Gründe für ihren Verzicht anführen, erklärten sie damit, unter Druck gehandelt zu haben.

Der Staats- und Verfassungsrechtler Professor Hans Peter Schneider wies darauf hin, daß der Abgeordnete nach dem Prinzip des freien Mandats nur seinem Gewissen verantwortlich sei. Wenn sich das Verfahren am Prinzip des freien Mandats messen lasse, sei es solange verfassungsrechtlich unbedenklich, wie die Parlamentarier freiwillig auf ihren Sitz verzichteten. Ein Parteitagsbeschluß könne nicht als bindend für das Verhalten der Abgeordneten angesehen werden. Probleme ergäben sich erst dann, wenn sie unter Druck gesetzt worden seien. Aufgabe des Landtagspräsidenten sei es zu überprüfen, ob ein solcher unzulässiger Punkt vorliege. Solange jedoch keine ernsthaften Zweifel bestünden und vor allem keine Indizien wie Blankoverzichtserklärungen vorlägen, bestünden keine rechtlichen Bedenken, sagte Schneider.

Der Wahlprüfungsausschuß des Niedersächsischen Landtags will am kommenden Dienstag in einer öffentlichen Anhörung der fünf Grünen-Abgeordneten Aufschluß darüber erhalten, ob diese in freier Entscheidung ihr Mandat niederlegen wollen. Wie Ausschußvorsitzender Winfried Hartmann (CDU) mitteilte, soll vor allem geklärt werden, ob die Abgeordneten frei und ungezwungen, ohne unzulässigen Druck von außen auf ihren Parlamentssitz verzichten wollen. Hartmann wies Vorwürfe, wonach die Mandatsverzichte zu unrecht verhindert werden sollten, zurück. Zur Vorbereitung einer Entscheidung für den Landtag hatte der Landtagspräsident auf Grundlage des Wahlprüfungsgesetzes den Ausschuß einberufen.

Bischöfe warnen die Bundesregierung

fac. **Bonn**

Die katholischen Bischöfe haben im Zusammenhang mit dem Streit um die Ausländerpolitik den Konflikt mit der Bundesregierung nicht gescheut. Für sie ist es eine „unverzichtbare Forderung", daß das Nachzugsalter für Kinder von Ausländern nicht begrenzt wird.

„Wenn der Vater einer ausländischen Familie seit Jahren in der Bundesrepublik lebt und arbeitet, hat er auch ein Recht darauf, daß seine Familie bei ihm ist." Dieser Satz stammt vom früheren Ausländerreferenten der Bischofskonferenz, Helmut Hermann Wittler (Osnabrück), und wurde 1982 geschrieben. Er hat heute noch uneingeschränkt Gültigkeit. Das Prinzip der „Familieneinheit in der Ausländerpolitik" wird nicht aufgegeben. Als unter Bundeskanzler Schmidt Pläne zur Begrenzung des Familiennachzugs diskutiert wurden, las Wittler dem damaligen Regierungschef die Leviten: „Diese Maßnahmen verstoßen gegen grundlegende Rechte der Familie, gegen die Menschenwürde, gegen das Recht auf Heirat und Familiengründung sowie gegen das Recht der Eltern, ihre Kinderzahl zu bestimmen. Sie zerstören das in die Zusagen von Integration gesetzte Vertrauen der Ausländer." Und der Bischof äußerte die Befürchtung, daß Grundrechte der Verfassung verletzt würden, Grundrechte auch der KSZE-Schlußakte, welche die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel bei der Familienzusammenführung von Deutschen gegenüber östlichen Staaten geltend mache.

Vor allem der Caritas-Verband hat gravierende Einwände. Wie, so fragt er, würden sich deutsche Behörden verhalten, wenn ein sieben- oder zehnjähriges Kind bei einem Besuch bei seinen Eltern in Deutschland erkläre, es wolle bei ihnen bleiben. Bestimmungen, die das Zusammenleben von minderjährigen Kindern mit ihren Eltern verhindern, verstießen gegen den im Grundgesetz festgelegten besonderen Schutz von Ehe und Familie, gibt der Verband immer wieder zu bedenken. Im übrigen argumentiert man auch bei dem Thema „Partnernachzug aus der Türkei" mit Zahlen, die beruhigend auf die politische Diskussion wirken sollen. Das „Nachzugspotential" wird pro Jahr auf 4000 Personen geschätzt. Und noch eine andere Zahl wird angeführt: 65 000 Deutsche wanderten pro Jahr aus der Bundesrepublik Deutschland aus. Die angeblich durch den „Nachzug" drohende Gefahr, heißt es deshalb in kirchlichen Kreisen, werde dramatisiert. „Mit Dramatisierung aber lassen sich menschliche Probleme nicht lösen", hören die Politiker von CDU und CSU in diesen Tagen von Repräsentanten der Kirche.

Die Deutschen sind mit der Demokratie zufrieden

Umfrage: Keinerlei Anzeichen von Staatsverdrossenheit

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Die Bürger unseres Landes haben mit Systemveränderung nicht viel im Sinn. Die oft zitierte Abkehr von den Grundwerten unserer Parteien-Demokratie, Parteien- oder Staatsverdrossenheit ist nicht im weithin vermuteten Ausmaß vorhanden, wenn man den Ergebnissen einer jetzt vom Bundesinnenministerium vorgelegten Studie des Mannheimer Instituts für praxisorienterite Sozialforschung (Ipos) glauben darf. Die Studie basiert auf der Befragung von 2087 repräsentativ ausgewählten wahlmündigen Bürgern im Fürhjahr. Sie befasst sich mit der Einstellung der Bevölkerung zu aktuellen innenpolitischen Fragen, erfasst aber auch die Grundvorstellungen der Bürger.

So hat das Institut herausgefunden, daß es „keinerlei Anzeichen von alarmierender Unzufriedenheit mit dem System unserer Demokratie gibt". Knapp drei Viertel – genau 72,2 Prozent – aller Befragten gaben an, mit der „Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, den politischen Parteien und dem ganzen politischen System" zufrieden zu sein. Nach Altersgruppen aufgeschlüsselt zeigen sich die meisten Unzufriedenen (38,4 Prozent) in der Altersgruppe bis zu 24 Jahren. Bei den bis 29jährigen sinkt die Zahl auf 32,9 Prozent, erreicht 30 Prozent bei den Befragten unter 40 und geht auf 24,6 bis 23,3 bei den unter 50 bis zu den 60jährigen und älteren zurück.

Deutliche Unterschiede sind auch bei der Auffächerung des Befragungsergebnisses nach den von den Befragten selber angegebenen Parteipräferenzen erkennbar. So sind nur 10,4 Prozent der CDU/CSU-Wähler unzufrieden mit dem System; 89,4 sind zufrieden. Bei den FDP-Wählern wollen sogar 89,9 Prozent keine Veränderung, wöhrend bei den SPD-Anhängern 64,7 Prozent mit der Demokratie unseres Zuschnitts zufrieden und 35,1 Prozent unzufrieden sind. Bei den Grünen kehren sich die SPD-Zahlen um: 37,6 Prozent äusserten sich zufrieden, 62,4 Prozent unzufrieden mit unserem System.

Die Autoren der Ipos-Studie machen bei der Bewertung der Befragungsergebnisse darauf aufmerksam, daß viele der Befragten den Begriff Zufriedenheit mit dem System nicht abstrahiert hätten, sondern parteipolitisch interpretiert hätten. Daraus erkläre sich auch, daß trotz mehrheitlicher Zufriedneheit mit unserer Demokratie in den Reihen der SPD-Wähler die Höhe der Zufriedenheit geringer sei als bei den Anhängern der Regierungskoalition. Zu Zeiten der sozialliberalen Koalition seien mehr SPD-Anhänger mit der „Demokratie" zufrieden gewesen als Unions-Wähler. Dies habe sich nach dem Regierungswechsel im Herbst 1982 ins Gegenteil verkehrt.

Unabhängig von den teilweise durch enge Parteibindung beeinflußten Angaben zur Systemzufriedenheit zeigt sich bei der Betrachtung der Ergebnisse im Zeitverlauf eine starke Abhängigkeit von Wahlterminen. Die zur Zeit der Bundestagswahltermine im Oktober 1980 und im März 1983 hohe Zufriedenheit nahm nach den Wahlen wieder ab, die Unzufriedenheit „mit dem System" nahm zu. Diese Beobachtung könne auch für die Legislaturperiode von 1976 bis 1980 bestätigt werden, heißt es in der Ipos-Studie. Die Veränderung der Zufriedensheitswerte unterliegt demnach zyklischen Bewegungen, deren Höhepunkte jeweils an den Bundestagswahlterminen auszumachen sind – ein leichter „Gipfel" ist auch bei den Europawahlterminen erkennbar. Die Frage nach der Systemzufriedenheit wird also mit zunehmender Hinwendung der politischen Parteien an den Bürger – etwa in Wahlkämpfen – zunehmend positiv beurteilt. Auch dieses Ergebnis widerspricht der oft geäußerten Meinung, daß Wahlkämpfe heute eigentlich „nichts bringen" würden.

Bei der Frage nach der Wichtigkeit von Aufgaben und Zielen in der Innenpolitik nannten 86,3 Prozent an erster Stelle die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, gefolgt von der Bekämpfung des Waldsterbens (75,9 Prozent) und wirksamem Umweltschutz (70,9). An dritter Stelle steht die Sicherung der Renten.

Warschau droht der Kirche und Walesa

„Isolierungspolitik der USA gegenüber Polen gescheitert"

DW. **Warschau**

Die polnische Regierung hat die katholische Kirche des Landes und den früheren Vorsitzenden der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" Lech Walesa aufgefordert, religiöse Veranstaltungen nicht zu „politischen Zwecken zu mißbrauchen". Regierungssprecher Urban bezog sich bei seiner Warnung ausdrücklich auf die Wallfahrt polnischer Arbeiter nach Tschenstochau am vergangenen Sonntag. „Sollte sich herausstellen, daß die Wallfahrt, an der der Bürger Lech Walesa teilgenommen hat, illegale Aspekte politischer Natur hatte, werden wir angemessene Maßnahmen ergreifen", sagte Urban.

Gleichzeitig kündigte der Sprecher ein Treffen zwischen Partei- und Regierungschef Jaruzelski und Primas Kardinal Glemp „für die nächste Zukunft" an. Ein solches Treffen, so Urban, werde erfolgreicher sein, wenn „dem Mißbrauch religiöser Veranstaltungen und Kirchen für Aktivitäten, die nichts mit der Religion zu tun haben, ein Ende gemacht wird". In einem Kommentar des polnischen Fernsehens hatte Warschau am Dienstag den deutschen Bischöfen, die einen Seelsorgedienst in deutscher Sprache im heutigen polnischen Machtbereich gefordert hatten, vorgeworfen, die „revisionistische offizielle These der Bundesregierung über das Bestehen einer angeblich millionenstarken deutschen Minderheit in Polen" zu unterstützen.

Mit Hinweis auf eine Reihe bevorstehender Besuche ranghoher westlicher Politiker in Warschau erklärte der Regierungssprecher die „Politik der Isolierung Polens" sei gescheitert und selbst in die Isolierung geraten. Eine Verbesserung der polnisch-amerikanischen Beziehungen sei abhängig von der vollständigen Aufhebung aller seitens der USA gegen Polen noch bestehenden Sanktionen. Polen erwartet am 22. Oktober den griechischen Ministerpräsidenten Papandreou und im Dezember den italienischen Außenminister Andreotti. Im Gespräch sind außerdem Besuche von Bundesaußenminister Genscher und des Staatsministers im britischen Außenministerium, Rifkind, für November.

Liberale gegen Andreotti

„Schockiert und überrascht" / Europäische Konferenz in Bonn

BERNT CONRAD, **Bonn**

Die liberale Fraktion im Europäischen Parlament hat auf einer Tagung in Bonn scharfe Kritik an den Äußerungen des italienischen Außenministers Giulio Andreotti gegen die Wiedervereinigung Deutschlands geübt. „Was Andreotti erklärt hat, lehnen wir ab. Wir sind darüber sehr schockiert und überrascht gewesen", sagte die Fraktionsvorsitzende Simone Veil (Frankreich) gestern vor der Presse.

Frau Veil hob hervor, die Bemerkungen Andreottis stünden im Widerspruch zu der von allen westlichen Ländern vertretenen Auffassung, „daß die Teilung Europas für uns nicht akzeptabel ist". Die französische Politikerin fuhr fort: „Die Unterwerfung von Teilen Europas unter die Sowjetunion kann keine endgültige Lösung darstellen. Das akzeptieren wir nicht. Auch nicht die Unterwerfung der DDR unter die Sowjetunion. Wir gehen davon aus, daß eines Tages ganz Europa wieder frei sein wird."

Während der Beratungen der Liberalen Fraktion haben der FDP-Vorsitzende Genscher, der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Wolfgang Mischnick und der Leiter der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin, Hans Otto Bräutigam, über den Stand der deutsch-deutschen Beziehungen berichtet. Dabei haben sie nach Angaben von Frau Veil Befürchtungen einiger Abgeordneter zerstreut, daß es der Sowjetunion gelingen könnte, unter Zustimmung der Bevölkerung der Bundesrepublik eine Neutralisierung beider Teile Deutschlands herbeizuführen.

Ein weiteres Diskussionsthema bildete die Umweltschutzpolitik. Generell wurde der Standpunkt vertreten, daß Maßnahmen zum Schutz der Umwelt nur wirksam sein könnten, wenn sie auf europäischer Ebene ergriffen würden. Das gelte auch für die Einführung abgasarmer Autos. Frau Veil bewertete die Bonner Beschlüsse zu diesem Thema als eine „Warnung an die EG-Kommission". Die Gemeinschaft sollte hier sehr rasch nachziehen. Auseinanderklaffende Zeitpunkte sollten einander angenähert werden.

Frau Veil betonte, in Frankreich sei die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen schwerer zu vermitteln, weil dort die Schäden nicht so offensichtlich seien wie in Deutschland. Mischnick bezeichnete es als eine wichtige Aufgabe der Bonner Politiker, ihren europäischen Kollegen die Dringlichkeit des Problems darzulegen.

Die Liberale Fraktion wollte mit ihrer Bonner Tagung nach den Worten von Frau Veil die Zusammenarbeit mit der FDP pflegen und die Arbeit des früheren Fraktionsvorsitzenden Martin Bangemann würdigen.

US-Botschafter: Kreml in sich zerstritten

DW. **Washington/Moskau**

Der kommunistische Parteiapparat der Sowjetunion steht nach Meinung des amerikanischen Botschafters in Moskau, Arthur Hartman, nicht geschlossen hinter Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko. Verantwortlich dafür sei neben dem Wettstreit einzelner Persönlichkeiten eine Diskussion über das sowjetische System, das ein kollektives Führungsgremium sei, in dem keiner ausschließlich das Sagen habe.

Vor allem geht es nach Einschätzung des US-Botschafters um eine Auseinandersetzung zwischen orthodoxen KPdSU-Vertretern, die an den Strukturen nichts ändern wollten, und einer Gruppe, die das System reformieren wollten. Diese interne ideologische Debatte und das Fehlen einer Autorität verhinderten Moskauer Entscheidungen, erklärte Hartman. Weder sei man sich über die Nachfolge Tschernenkos einig noch über die Beziehungen zu den osteuropäischen Partnern und eine Reform der sowjetischen Wirtschaft und Landwirtschaft. Auch die Schwierigkeiten bei der Wiederaufnahme eines Dialogs zwischen seinem Land und der UdSSR begründete der Botschafter mit „Debatten, Verwirrung und fehlender Autorität" im Kreml.

Späth: Grüner hielt Agitationsrede

dpa, **Stuttgart**

Eine Welle des Protests löste gestern die scharfe Kritik der Grünen an den NATO-Streitkräften im Stuttgarter Landtag aus. Auf die Vorwürfe des grünen Abgeordneten Weichert, der die befreundeten NATO-Streitkräfte als „Besatzer" bezeichnet und die Behörden der „Kollaboration" mit den „Bedrohungs-Vernichtungsmächten" bezichtigt hatte, antwortete Ministerpräsident Lothar Späth, eine derartige „Agitationsrede" sei in „diesem Parlament noch nicht gehalten worden". Den Grünen hielt er vor, eine andere Republik als den demokratischen Rechtsstaat zu wollen.

SPD-Chef Ulrich Lang meinte, Weichert habe sich einer Sprache „der Unmenschlichkeit und Demokratiefeindlichkeit" bedient. Und für die FDP sagte Fraktionschef Jürgen Morlok, die Grünen hätten sich mit ihrer Diffamierung der Streitkräfte „in das Stammbuch der phonetischen Umweltverschmutzer" eingetragen.

Stoltenberg lenkt bei Lehrstellen ein

J.R. **Bonn**

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat gestern im Bundeskabinett eingelenkt: Aus eingestandener Sorge, für ein größeres Defizit auf dem Lehrstellenmarkt am Ende mitverantwortlich gemacht zu werden, hat er den Vorstellungen von Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms zugestimmt, die Mittel für das „Benachteiligtenprogramm" aufzustocken. Aus diesem Fonds sollen zusätzliche Ausbildungsplätze finanziert werden, um die Größenordnung fehlender Lehrstellen für dieses Jahr möglichst gering zu halten. Für die Aufstockung gegenüber dem bisherigen Haushalts-Ansatz für 1985 sollen nach dem Beschluß des Kabinetts dem Haushaltsausschuß des Bundestages gleichgroße Einsparungen an anderen Stellen des Bundeshaushalts vorgeschlagen werden. Wie die WELT gestern berichtete, wollte Stoltenberg ursprünglich seine Ministerkollegin Wilms diese Last alleine tragen und entsprechende Einsparungen aus ihrem ohnehin knappen Etat selbst finanzieren lassen.

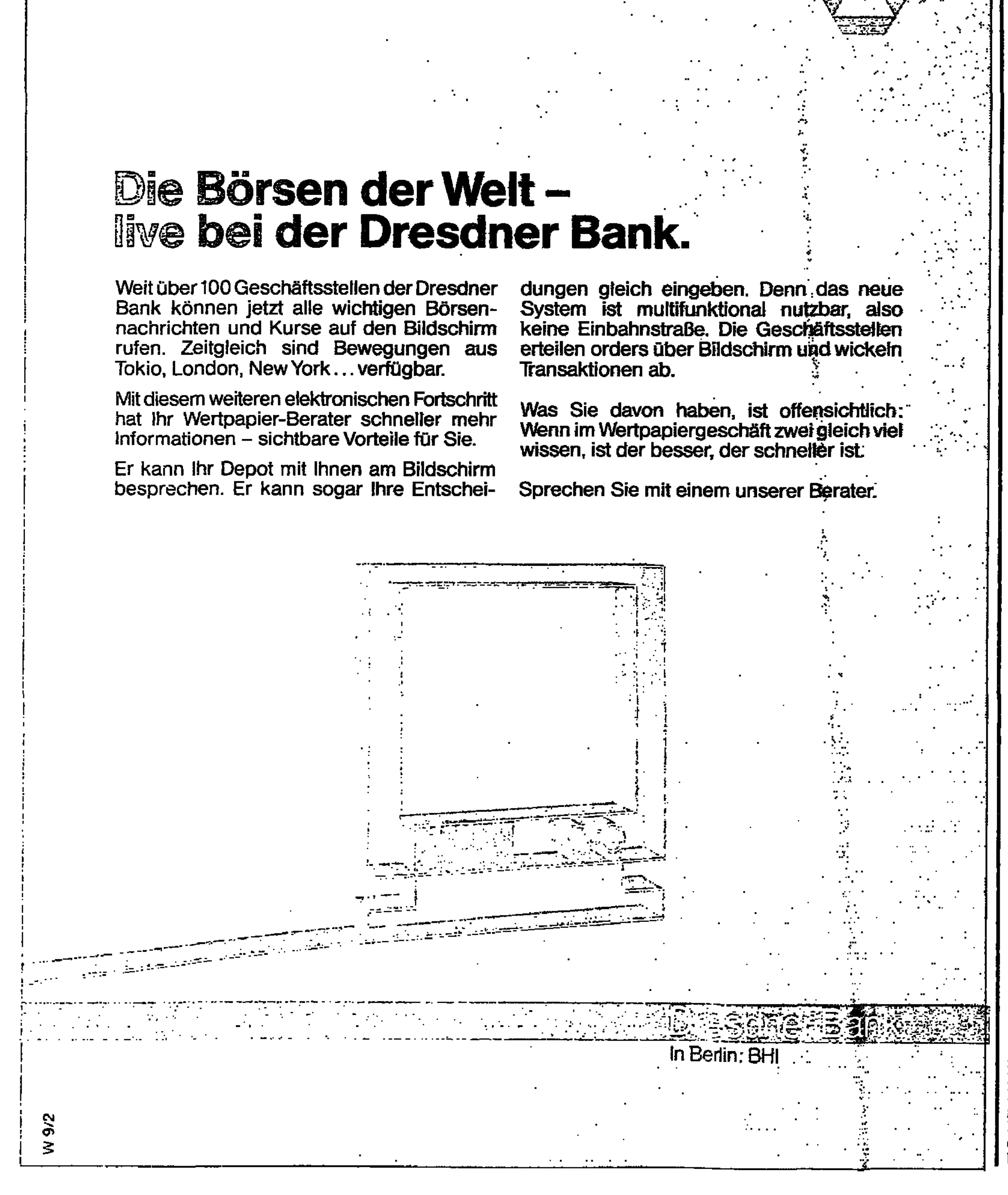
Bonn bemüht sich um „DDR"-Flüchtlinge

Co. **Bonn**

Die Bundesregierung bemüht sich derzeit darum, bei den „DDR"-Behörden Zusicherungen für die rund 40 „DDR"-Bewohner zu erhalten, die in die Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland geflüchtet sind, hieß es gestern in unterrichteten Kreisen. Offiziell dementierte Regierungssprecher Peter Boenisch nicht, daß sich in der Botschaft in Prag wiederum eine Gruppe von Mitteldeutschen befindet, die in der Bundesrepublik Aufnahme finden wollen. Weitere Einzelheiten teilte Boenisch „im Interesse der Sache" nicht mit.

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, sagte in einem Rundfunk-Interview, ohne die Berichte aus Prag amtlich zu bestätigen: „Wir bemühen uns für die Menschen, die in eine schwierige Situation gekommen sind, in der sie sich allein nicht helfen können." Nach den Erfahrungen der Vergangenheit geschehe das am besten nicht durch öffentliche Aktionen.

Die „DDR" hatte schon im April erklärt, sie werde künftig Ausreisen über erzwungene Aufenthalte in diplomatischen Missionen und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin nicht mehr zulassen.



W 9/2



Donnerstag, 4. Oktober 1984
Nr. 233

WELT DER WIRTSCHAFT

Teures Sozialmodell

J. Sch. (Paris) – Renault soll wieder einmal ein soziales Exempel statuieren. Nachdem der staatliche Automobilkonzern bereits bei der Arbeitszeitverkürzung und Urlaubsverlängerung für die übrige Industrie vorbildlich gewesen war, schlägt seine Verwaltung jetzt den Gewerkschaften vor, auf Entlassungen vollständig zu verzichten, falls sich die Belegschaft mit einer weitgehenden beruflichen wie geographischen Mobilität einverstanden erklärt.

Die positive Seite dieses spektakulären Angebots besteht darin, daß die Arbeitsqualität wesentlich verbessert werden könnte. Die Umschulung auf neue Tätigkeiten, insbesondere auf die Roboter-Beherrschung, soll immerhin bis zu zwei Jahren dauern. Auch wäre es gut, wenn die Mitarbeiter in den Werken eingesetzt werden würden, wo man sie braucht.

Aber gerade die Franzosen wechseln nicht gerne ihren Wohnsitz. Und in der französischen Automobil-Industrie ist die Zahl der nicht umschulungsfähigen Gastarbeiter besonders groß. Hier will Renault allerdings mit Rückführungsprämien freiwillige Abgänge herbeiführen. Auch sollen die älteren Mitarbeiter verstärkt vorzeitig pensioniert werden. Andererseits garantiert Renault den nicht benötigten Umgeschulten einen Arbeitsplatz in anderen Unternehmen.

Das alles kann sehr teuer werden. Der tief in den roten Zahlen steckende Konzern glaubt aber, gerade auf diese Weise wieder auf einen grünen Zweig zu kommen. Immerhin kann er jetzt wohl einen großen Streik vermeiden, der ihm zusätzliche Verluste gebracht hätte. So gesehen, grenzt die Initiative an einen Akt der Verzweiflung.

Renaissance

ot. – Mode geht mit der Zeit. Insofern war es nur konsequent, daß Berlin vor zwei Jahren den Anspruch aufgegeben hat, unbedingt neben München und Düsseldorf die dritte deutsche Modemesse zu veranstalten. Mit dem Aderlaß der Bekleidungsindustrie in Berlin, die einmal 20 000 Beschäftigte zählte und heute noch gerade einmal 5000, ging auch die Ordertätigkeit des Handels zurück. Die Geschäfte wurden in Düsseldorf und München gemacht. Zudem war die Berliner Modemesse immer ein Zwitter. Selbst namhafte Berliner Häuser verzichteten auf die Teilnahme und stellten lieber in eigenen Räumen aus. Das bleibt auch in Zukunft erhalten. Auswärtige Aussteller zeigen Mode in einem internationalen Hotel. Vielleicht ist das der richtige Rahmen, um erstklassige Modehäuser anzulocken. So könnte die Modestadt Berlin eine Renaissance erleben.

INTERNATIONALE WÄHRUNGSPOLITIK / Große Debatte im Bundestag

Stoltenberg erläutert der Opposition die Möglichkeiten der Weltbank

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat gestern im Bundestag den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank gegen den Vorwurf des „finanzpolitischen Kolonialismus" verteidigt. Der Währungsfonds habe entscheidenden Anteil daran gehabt, das Verschuldungsproblem unter Kontrolle zu halten. Im Gegensatz zur Bundesregierung forderte die Opposition erneut eine internationale Schuldenkonferenz.

In der verbundenen Debatte über die Regierungserklärung von Bundesfinanzminister Stoltenberg zur jüngsten Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank sowie zu entsprechenden Anfragen der Grünen prallten die Gegensätze zwischen den Regierungsparteien und der Opposition gestern im Bundestag auch in diesem Bereich aufeinander. Dabei ging es vor allem um die Anpassungspolitik des IWF, um die Zinspolitik der USA und die Verschuldung der Entwicklungsländer.

Gerhard Stoltenberg wies darauf hin, daß der Währungsfonds im Interesse seiner Mitglieder darauf achten müsse, daß „seine Hilfen nicht in ein Faß ohne Boden fließen, sondern in angemessener Frist auch wieder zurückgezahlt werden". Denn die Rolle des Fonds bestehe darin, kurzfristig Übergangshilfen zu leisten, um so normale Kapitalflüsse wieder zu ermöglichen. Er könne dagegen nicht den längerfristigen Kapitalbedarf seiner Mitglieder decken. So habe der Fonds von jeher Kredite davon abhängig gemacht, daß der betreffende Staat ausreichende Maßnahmen zur Überwindung seiner Zahlungsbilanzschwierigkeiten ergreife.

Eine solche Politik, die als Anpassungspolitik bezeichnet wird, sei nicht etwas, was einem Land vom Währungsfonds einseitig „auferlegt" werde. „Anpassung wird vereinbart und letzten Endes durch die Umstände erzwungen", sagte Stoltenberg. Je früher die Maßnahmen ergriffen würden, desto weniger einschneidend könnten sie ausfallen. Immerhin habe der Fonds allein in den beiden letzten Jahren 20 Milliarden Dollar und die Weltbank mit ihrer Tochter IDA, die Kredite zu besonders günstigen Zinsen vergibt, noch einmal 20,5 Milliarden Dollar an die Entwicklungsländer ausgezahlt.

Die Sprecher der SPD kritisierten die Politik des IWF, weil die Anpassungslasten fast überall den Schultern der Schwächsten aufgebürdet würden. Sie forderten erneut eine internationale Schuldenkonferenz, die Behandlung auf der Frühjahrstagung des IWF sei nicht ausreichend. Überdies müßte die Regelung der privaten und der öffentlichen Schulden zusammengeführt werden. „Die Aufnahme teurer Kredite zur Tilgung aufgelaufener Zinsen und allenfalls zum etwas fristengünstigeren Rollover der Hauptschuld löst doch keine Probleme, verhärtet sie vielmehr – und dies nach Maßgabe der Regeln der Zinseszinsrechnung", erklärte Heinz Rapp (SPD). Schon auf mittlere Sicht würden die Entwicklungsländer durch den hohen Zins um die Früchte all ihrer Anpassungsanstrengungen gebracht. Ingrid Matthäus-Maier forderte den Kanzler auf, sich für eine Änderung der US-Haushaltspolitik einzusetzen.

Die Grünen verlangten eine globale Entschuldung der Dritten Welt nach einheitlichen Kriterien, damit die Länder nicht weiter auseinanderdividiert werden könnten. Die Rückzahlungen sollten in regionale Fonds fließen, über die allein die Entwicklungsländer befinden sollten.

Der Unionsabgeordnete Ludolf von Wartenberg setzte sich mit dem Vorwurf auseinander, der IWF unterlasse es festzulegen, wen Haushaltskürzungen treffen sollten, ob zum Beispiel die Militärausgaben oder die Nahrungsmittelsubventionen gekürzt werden sollten. Mit einer solchen Art von Auflagenpolitik würde der Fonds in die Nähe einer „neokolonialistischen Attitüde" geraten. Der Fonds müsse es den Regierungen überlassen, innerhalb der ausgehandelten makroökonomischen Grenzen politische und soziale Prioritäten zu setzen. Andernfalls wäre er rasch am Ende seiner Tätigkeit. Vehement verteidigte auch Entwicklungsminister Jürgen Warnke die Weltbank vor den Vorwürfen vor allem der Grünen.

STEUERREFORM

Sozialausschüsse loben und tadeln die Bonner Pläne

HEINZ HECK, Bonn

Lob und Kritik hat Finanzminister Gerhard Stoltenberg für die Steuerreformpläne beim Arbeitnehmerflügel der Union geerntet. Positiv wertet Heinz Soénius, finanzpolitischer Sprecher der CDA-Sozialausschüsse, den hohen Anteil der familienbezogenen Entlastungen am Gesamtvolumen der Steuerreform von rund 20,2 Milliarden Mark. Auch der Verzicht auf die – zunächst vorgeschlagene – Anhebung der Mehrwertsteuer sei eine wesentliche Voraussetzung dafür, „daß die Entlastungswirkungen auch bei Arbeitnehmern mit kleinen Einkommen ankommen". Ebenso positiv sei schließlich die Absicht der Bundesregierung zu bewerten, im ersten Schritt der Tarifentlastung 1986 vor allem Bezieher kleinerer Einkommen zu entlasten, „die in den beiden ersten Jahren der christlich-liberalen Regierung in Bonn die Hauptlast der Sparpolitik zu tragen hatten".

Wichtigster Korrekturvorschlag der Sozialausschüsse an Stoltenbergs Tarifmodell ist, den Grundfreibetrag nicht nur um 324/648 Mark (Ledige/Verheiratete), sondern um das Doppelte, also 648/1296 Mark zu erhöhen. Der Grundfreibetrag würde danach 1986 auf 4860/9720 Mark erhöht – ein Vorschlag, der von der Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion (etwa 60 Mitglieder) voll unterstützt wird, wie ihr stellvertretender Vorsitzender Horst Günther dazu erklärte.

Die Kosten dieser Verdoppelung werden auf rund 2,3 Milliarden Mark geschätzt. Zur Finanzierung wird vorgeschlagen, den Einkommensteuertarif in der oberen Progressionszone, also etwa ab 60 000/120 000 Mark Jahreseinkommen (Ledige/Verheiratete), so zu lassen wie bisher, also hier auf eine Tarifsenkung zu verzichten. Damit soll zugleich vermieden werden, daß die relativen Entlastungen bei Beziehern hoher Einkommen größer sind als bei Empfängern kleiner oder durchschnittlicher Bezüge, zumal da letztere auch relativ stärker durch die Sozialabgaben belastet wären. An Stoltenbergs Entwurf wird kritisiert, daß der Entlastungsbetrag bei Spitzeneinkommen 50mal so hoch sei wie bei niedrigen Einkommen.

Mit Nachdruck erinnert der Arbeitnehmerflügel an die Koalitionsvereinbarung vom März 1983, wonach in Zukunft „niemand mehr die Möglichkeit haben soll, sich durch Beteiligung an Abschreibungsgesellschaften seiner Steuerpflicht ganz oder überwiegend zu entziehen". Soénius und Günther beharren auf der Forderung, die Steuerersparnis in diesen Fällen auf maximal 50 Prozent zu begrenzen. Der dazu vom Finanzminister vorgelegte Bericht sei „völlig unbefriedigend", betonte Günther. Stoltenberg sei den Nachweis für die Behauptung schuldig geblieben, daß eine solche Begrenzung technisch nicht möglich sei. Den Sozialausschüssen gehe es nicht um die Abschaffung, sondern die Beschränkung solcher Steuersparmodelle.

Schwieriges Sparen

Von EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die zweite Phase des israelischen Sparprogramms begann gestern mit einer sechsmonatigen Einfuhrsperre für 50 als Luxusgüter klassifizierte Waren, zusätzlichen Abgaben auf Einfuhren und einer Beschränkung der Devisenzuteilung für Auslandsreisende auf je 1000 Dollar, anstatt wie bisher 2000 Dollar.

Die gesperrten Einfuhrgüter umfassen Personenkraftwagen und Lkw bis 2,2 Tonnen, Farbfernseher, Rundfunkempfänger, Videogeräte, Küchenherde, Kühlschränke, Geschirrspüler, Wäschetrockner, Staubsauger, Klimaanlagen. Ebenfalls gesperrt sind zunächst Schokolade, Fruchtsäfte, Mineralwasser, Bier, Whisky und andere Branntweine, Marmor, Bodenbeläge, Kosmetika, Möbel und Pelze. Die meisten dieser Waren (außer Autos und Videogeräten) werden auch in Israel hergestellt. Um eine Verteuerung zu verhindern, wurden alle israelischen Ersatzwaren unter sofortige Preiskontrolle gestellt.

Mit diesen Einschränkungen hofft die Regierung, in den nächsten sechs Monaten rund 700 Millionen Dollar einzusparen. Die Staatsbank hatte Alarm geschlagen. Nachdem der Devisenschwund der vergangenen Monate auch im September angehalten und die Reserven des Staates auf rund 2,1 Milliarden Dollar gesenkt hatte – weit unter der „roten Linie", die von Experten auf drei Milliarden Dollar veranschlagt wird.

Die Meinungen über die Wirksamkeit der neuen Verfügungen sind geteilt. Das Kabinett hatte sie nur mit einer Mehrheit von einer Stimme beschlossen. Vor allem wurde darauf hingewiesen, daß gerade viele der betroffenen Waren steuerintensiv sind. Bei Personenwagen z. B. betragen Zoll und andere Abgaben insgesamt 215 Prozent. Auch auf viele andere Einfuhrgüter stehen hohe Zölle, so daß die staatlichen Einnahmen durch die Einfuhrsperre stark sinken werden.

Dazu kommen die wachsenden Schwierigkeiten bei der Durchführung des Regierungsbeschlusses, die Ausgaben der öffentlichen Hand um anderthalb Milliarden zu beschneiden. Diese Summe ist mittlerweile auf das laufende und das kommende Fiskaljahr verteilt worden. Und die auf dieses Jahr entfallende Milliarde ist auf 920 Millionen geschrumpft. Die Komplikationen liegen in der Struktur des israelischen Haushaltes, der bei Verabschiedung im Frühjahr rund dreißig Milliarden Dollar betrug. Ein Drittel davon dient dem Schuldendienst und ist daher unantastbar. Das zweite Drittel ist für die Verteidigung vorgesehen und kann nur mit größter Anstrengung gekürzt werden. Die Hauptlast liegt daher auf dem für zivile Zwecke bestimmten Drittel.

Eine grundlegende Reform ließe sich nur durch ein „Sozialpaket" erreichen – das erklärte und ersehnte Ziel der neuen Regierung. Angestrebt wird ein Abkommen mit dem allgemeinen Gewerkschaftsverband „Histadrut" über einen totalen Preisstopp als Gegenleistung für einen Bruch mit der bisherigen Praxis der Indexierung der Löhne und Gehälter. Die Industrie findet es ständig schwieriger, die steigenden Löhne zu zahlen und gleichzeitig solvent zu bleiben. Der Regierung ist es klar, daß sie die Lage nur meistern kann, wenn es ihr gelingt, den Teufelskreis von Indexierung und Preissteigerung zu brechen. Die Histadrut jedoch verhält sich in dieser Frage nach wie vor ablehnend.

Zahlreiche Wirtschaftsexperten warnen bereits, daß sich die Probleme von selbst lösen können – allerdings mit der brutalen Methode der Arbeitslosigkeit, die Israel vermeiden möchte. Besorgniserregende Symptome zeigen sich schon jetzt. Die Metallfirma „Vulkan", einst der Stolz der israelilschen Industrie, hat 400 Arbeiter entlassen, um sich über Wasser zu halten. Der große Textilkonzern „Ata" mit 3500 Arbeitern, hat 21 Millionen Dollar Schulden und macht eine Million Dollar Verlust im Monat. Die israelischen Baumwollpflanzer haben die Lieferung abgebrochen, weil ihnen „Ata" 1,5 Millionen Dollar schuldet.

Die hochmoderne Textilfabrik „Polgat", steht trotz voller Bestellbücher mit Exportaufträgen vor der Schließung, weil sie die Herstellungskosten nicht mehr erwirtschaften kann. Es wird jetzt befürchtet, daß das „Polgat-Syndrom" sich ausbreiten wird. Die „Histadrut", die ja zum Schutz des Arbeiters berufen ist, mag durch ihre Politik das Gegenteil bewirken.

AUF EIN WORT

» Wir müssen weg von der Mentalität der siebziger Jahre, wonach nur dann etwas erfunden werden darf, wenn der Staat durch einen Scheck seinen Segen dazu gibt. «

Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie
FOTO: SVEN SIMON

INDUSTRIEPRODUKTION

Trotz Einbruchs am Bau insgesamt weiter nach oben

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Industrieproduktion hat im August das hohe Niveau vom Juli, dem ersten Monat nach Ende der Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie, nicht gehalten. Nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes lag die Fertigung des Produzierenden Gewerbes saisonbereinigt um zwei Prozent niedriger als im Juli. Während die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes trotz eines Rückgangs um ein Prozent noch höher lag als zum Jahresbeginn, sackten die Aktivitäten im Bauhauptgewerbe um 12,5 Prozent ab.

Auch der Zweimonats-Vergleich Juli/August gegenüber den Streikmonaten Mai/Juni ist durch die Arbeitskämpfe verzerrt. Er weist für das Produzierende Gewerbe ein Plus von sieben Prozent aus. Das Verarbeitende Gewerbe meldet sogar eine Zunahme von 8,5 Prozent, zu der vor allem der Investitionsgüterbereich mit einer Zunahme um 17,5 Prozent beigetragen hat. Die Bautätigkeit nahm um 1,5 Prozent zu.

Die konjunkturelle Wirkung der Zahlen wird nicht nur durch die Arbeitskämpfe erschwert, sondern auch dadurch, daß die Saisonbereinigung unter den wechselden Ferienterminen in den Bundesländern leidet. Hinzu kommt, daß von den Streiks betroffene Unternehmen ihre Betriebsferien vorgezogen haben.

Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist der Ausstoß im Produzierenden Gewerbe im Juli und August um immerhin 5,5 Prozent und im Verarbeitenden Gewerbe sogar um sieben Prozent gestiegen. Die Investitionsgüterproduzenten melden ein Plus von zehn Prozent.

Höhere Exporte der Bürotechnik

dpa/VWD, Köln

Die Exporte der deutschen Büro- und Informationstechnik steigen kräftig, die Außenhandelsbilanz bei Büromaschinen und Informationstechnik bleibt allerdings defizitär. Wie das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln mitteilte, stieg der Ausfuhrwert deutscher Büromaschinen, Informationsverarbeitungsgeräte und -einrichtungen zwischen 1980 und 1983 mit durchschnittlich 14,6 Prozent im Jahr doppelt so schnell wie der Wert aller deutschen Ausfuhren. Insgesamt allerdings ist nach Angaben des IW die Außenhandelsbilanz mit Büromaschinen und Informationstechnik seit 1979 negativ geblieben: 1983 standen deutschen Exporten in Höhe von 9,3 Milliarden Mark Einfuhren von 10,6 Milliarden Mark gegenüber.

WERBUNG

Im Jahre 1984 wurden die Etats kräftig aufgestockt

dpa, Hamburg

Die Hersteller von Waren und Dienstleistungen in der Bundesrepublik leisten 1984 mit kräftig aufgestockten Werbeetats Konjunkturhilfe. Nach Schätzung des Zentralausschusses der Deutschen Werbewirtschaft (ZAW), Bonn, wächst die Werbung in diesem Jahr gegenüber 1983 zwischen sechs und sieben Prozent. Die Nettowerbeumsätze würden damit 15 Milliarden DM überschreiten.

Nicht mehr der Wirtschaftsverlauf fungiere für die Werbeausgaben als Richtgröße, sondern die Marktziele der Firmen, schreibt der ZAW. Bereits 1983 war ein Zuwachs der Werbeausgaben um 6,4 Prozent auf 14,27 Milliarden DM verzeichnet worden. Den größten Posten der Werbeausgaben zogen wieder die Tageszeitungen mit 5,74 Milliarden DM (plus acht Prozent) auf sich.

Geringeres Wachstum gab es bei den Publikumszeitschriften mit 4,1 Prozent auf 2,48 Milliarden DM. Wegen der gesetzlich beschränkten Werbezeit konnten die Werbeerlöse der Fernsehanstalten nur aufgrund von Preiserhöhungen steigen, sie nahmen um drei Prozent auf 1,29 Milliarden DM zu. Auch Fachzeitschriften profitierten mit zwei Prozent Zuwachs auf 1,18 Milliarden DM nur unterdurchschnittlich. Im Hörfunk wurde für 511,6 Millionen DM (plus 3,5 Prozent) Werbezeit geschaltet. Für Adressbuchwerbung wurde mit 653,5 Millionen DM 6,3 Prozent mehr und für Außenwerbung mit 439,5 Millionen DM zehn Prozent mehr ausgegeben. Die Schlußlichter bei den Werbeausgaben, Wochen- und Sonntagszeitungen und die Filmtheater, verloren mit minus 15,9 Prozent und minus 4,9 Prozent an Bedeutung.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kapazitätsauslastung stetig gestiegen

Berlin (dpa/VWD) – Das verarbeitende Gewerbe in der Bundesrepublik konnte seit dem 4. Quartal 1982 die Produktionskapazitäten wieder verstärkt nutzen. Die saisonbereinigte Auslastung stieg von knapp 82 Prozent im letzten Quartal 1982 auf 88 Prozent im 1. Quartal 1984. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem jüngsten Wochenbericht weiter schreibt, sank die Auslastung im 2. Vierteljahr 1984 als Folge der streikbedingt erheblich reduzierten Produktion auf knapp 84 Prozent. Dabei war im Invesititionsgüter produzierenden Gewerbe mit 77 Prozent die niedrigste saisonbereinigte Auslastung zu beobachten.

Umsatzrekord in Frankfurt

Frankfurt (cd.) – Die Umsätze an der Frankfurter Wertpapierbörse waren im September so hoch wie nie zuvor: 12,9 Mrd. Mark. Dazu trug der Rekordumsatz am Rentenmarkt gut 8,3 Mrd. Mark bei. Der Aktienumsatz war mit knapp 4,6 Mrd. Mark nur der dritthöchste dieses Jahres mit den Spitzenreitern Siemens, Deutsche Bank, Mannesmann, Daimler und Allianz-Versicherung. Für die ersten drei Quartale summieren sich die Gesamtumsätze auf 83,2 Mrd. Mark gegenüber 72,5 Mrd. Mark in der gleichen Vorjahreszeit.

Mehr Gründungskredite

Düsseldorf (Py.) – Eine zunehmende Tendenz, sich selbständig zu machen, sieht die Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank (WGZ), Düsseldorf, anhand der gestiegenen Nachfrage nach Existenzgründungskrediten bei ihren angeschlossenen 670 Instituten. Im ersten Halbjahr 1984 waren es 2508 Anträge (plus 22 Prozent) auf öffentlich geförderte Kredite über 124 Mill. DM (plus 23 Prozent). Der Schwerpunkt der Gründungen liegt im Einzelhandel (29 Prozent), vor Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, dem Bauhaupt- und Gastgewerbe (jeweils neun Prozent).

Geld für arme Regionen

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG hat im vergangenen Jahr 4,75 Milliarden DM für die armen Regionen der zehn Mitgliedsländer ausgegeben. Davon gingen gut 90 Prozent an Italien, Großbritannien, Griechenland und Frankreich. Die Bundesrepublik Deutschland hatte einen Anteil von 2,06 Prozent. Nach Angaben der EG-Kommission gab die Gemeinschaft zwölf Prozent mehr für Regionalentwicklung aus als 1982.

Frist verlängert

Bonn (Mk.) – Die Verlängerung der Verlustzuweisungsmöglichkeiten in der Seeschiffahrt um fünf Jahre hat gestern das Bundeskabinett beschlossen. Der Höchstsatz für die Verlustzuweisung wurde dabei auf 150 Prozent festgesetzt. Gleichzeitig wurde beschlossen, das Instrument der Partnerreederei zu erhalten.

Auslandsaktiva gesunken

Frankfurt (cd.) – Die Netto-Auslandsaktiva der Bundesbank sind im September im Zusammenhang mit den Interventionen zur Dämpfung der Dollarkurssprünge um vier Mrd. Mark gesunken.

Auto-Export nahm zu

Paris (J.Sch.) – Die Lage der französischen Automobilindustrie hat sich in den Ferienmonaten Juli/August etwas verbessert. Das lag vor allem daran, daß der Export wieder zunahm. Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit erhöhte er sich um 3,1 Prozent. Trotz des schwachen Inlandsabsatzes – die Gesamtzulassungen schrumpften um 1,9 Prozent – wurde die Pkw-Produktion um 3,0 Prozent gesteigert. In den ersten acht Monaten war der Export um 2,4 Prozent und die Produktion um 8,4 Prozent zurückgegangen. Der Ausfuhranteil daran erreichte 57 Prozent.

ZAHLUNGSBILANZ

Kapitalabflüsse haben im August aufgehört

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Nettokapitalabflüsse aus der Bundesrepublik, die im Juli bereits von 4,9 auf drei Milliarden Mark zurückgegangen waren, haben im August ganz aufgehört. Die Bundesbank registriert sogar einen Minikapitalimport von neun Millionen Mark. Dazu trug einmal bei, daß der öffentliche Nettokapitalexport von 1,44 Mrd. DM auf Null geschrumpft ist, nachdem im September mit 2,8 Mrd. DM wieder deutlich mehr staatliche Schuldscheine angesetzt wurden und gleichzeitig die Tilgungen weniger umfangreich waren. Ausgeglichen schloß auch der private Kapitalverkehr, in dem im Juli noch 1,6 Mrd. DM langfristiger Mittel abgeflossen waren, nach sogar 4,6 Mrd. DM im Juni. Zwar kauften Inländer für zwei Mrd. DM Fremdwährungsanleihen und damit fast ebensoviel wie im Juli (2,1 Mrd. DM); doch trennten sie sich gleichzeitig von 0,7 Mrd. DM ausländischen Aktien und DM-Auslandsanleihen. Außerdem engagierten sich Ausländer mit 1,2 Mrd. DM wieder etwas stärker am deutschen Wertpapiermarkt.

Das wieder lebhaftere Auslandsinteresse an deutschen Rentenwerten war auf die Erwartung einer Abschaffung der Kuponsteuer zurückzuführen. Im September hat sich die Auslandsnachfrage besonders nach Bundesanleihen noch weiter verstärkt, wird aus Bankkreisen berichtet. Im Vorgriff auf die gestern erst nach Börsenschluß bekanntgewordene Abschaffung der Kuponsteuer tendierte der Rentenmarkt gestern ausgesprochen fest. Trotzdem rechnet die Bundesbank damit, daß es im August wieder zu hohen Abflüssen im langfristigen Kapitalverkehr gekommen ist.

US-ARBEITSMARKT / 53 Prozent der Frauen haben einen Job

Klagen über Gleichberechtigung

H.-A. SIEBERT, Washington

Amerikas Arbeitsmarkt unterscheidet sich vom europäischen nicht nur darin, daß es kaum gesetzliche Rigiditäten gibt, die bei konjunkturellen Veränderungen das Gesetz von Angebot und Nachfrage blockieren. Anders ist auch die Struktur der Beschäftigung, indem viel mehr Frauen als auf dem alten Kontinent am Arbeitsprozeß teilnehmen. Auch das erleichtert die Anpassung, weil sie in der Rezession ihren Job leichter aufgeben können und im Aufschwung an ihren Arbeitsplatz zurückkehren.

In den USA sind es die Frauen, die künftig wichtige Lücken füllen, nachdem die Generation des legendären Baby-Booms in Amt und Würden ist und weniger männliche Arbeitssuchende auf den Markt drängen. Nach einer Untersuchung des Conference Board in New York entfallen auf sie in dieser Dekade zwei Drittel des Beschäftigungswachstums, was sowohl die US-Wirtschaft als auch den Lebensstil der amerikanischen Familien verändern wird.

Schon heute arbeiten in den USA nahezu 53 Prozent der Frauen, verglichen mit 43 Prozent 1970 und 38 Prozent 1960. Etwa 55 Prozent dieser Frauen sind verheiratet, ein Viertel ist ledig und ein Fünftel lebt entweder getrennt oder ist geschieden oder verwitwet. Mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Frauen hat Kinder; vor zwei Jahrzehnten waren es nur 30 Prozent. Der Anteil arbeitender Mütter mit Kindern unter sechs Jahren ist von 20 auf nahezu 50 Prozent in die Höhe geschnellt.

Frauen tragen in den USA erheblich zur Verbesserung der Familieneinkommen bei. Am weitesten verbreitet ist ihre Erwerbstätigkeit in der oberen Mittelklasse: In Familien mit einem Jahreseinkommen von 30 000 bis 35 000 Dollar haben zwei Drittel der Ehefrauen einen Job; wo der Jahresverdienst 40 000 bis 50 000 Dollar beträgt, sind es sogar über 70 Prozent.

Auffällig ist, wie stark die amerikanischen Frauen in der Ausbildung mit den Männern konkurrieren. So sind heute mehr als 50 Prozent der College- und Universitätsstudenten weiblichen Geschlechts, verglichen mit 40 Prozent 1970. Von denen, die Rechtsanwälte oder Ärzte werden, sind mehr als 30 und 23 Prozent Frauen, gegenüber nur fünf und neun Prozent vor 14 Jahren.

Dennoch wird Gleichberechtigung am Arbeitsplatz, wie es in der Studie heißt, in den USA immer noch kleingeschrieben: Nur zehn Prozent der Frauen mit Universitätsausbildung sind Manager; sie verdienen halb soviel wie ihre männlichen Kollegen.

Anzeige

Unsere Angebote leasen sich gut!

Nachdem wir Ihnen in den letzten Wochen viel über die Vorteile von Leasing (mit uns!) erzählt haben, wollen wir Sie nicht länger auf die Folter spannen. Kann ja sein, daß Sie Zahlen lesen möchten. Darum veröffentlichen wir hier einige klar bezifferte, beispielhafte Leasing-Angebote. Vorab noch eins: Unserer monatlichen Ratenkalkulation liegt jeweils eine Mietvorauszahlung von DM 3.000,–– und eine Vertrags-Laufzeit von 48 Monaten/60.000 km zugrunde. In allen Preisen ist die Mehrwertsteuer enthalten. So:

Fiesta Holiday	DM 163,–	Sierra Laser	DM 247,–
VW Golf	DM 199,–	Passat Variant	DM 279,–
Escort Laser	DM 196,–	BMW 316	DM 313,–

Überzeugt? Dann rufen Sie uns ganz schnell an. Unsere ausführliche Info-Broschüre gibts gratis.

Hansa Automobil Leasing GmbH
Wir machen Ihr Unternehmen automobil.

Hansa Automobil Leasing GmbH
Beerenweg 5 · 2000 Hamburg 50
Telefon 040/8530602 · Telex 02/12138

BERLIN

Die Modebranche ist zuversichtlich

ot, Berlin

Die Modestadt Berlin sei wieder im Aufwind, erlebe eine Renaissance. Das sagt Senatsdirektor Günter Rexrodt von der Berliner Wirtschaftsverwaltung vor Journalisten anläßlich der Berliner Durchreise mit diesmal 152 Ausstellern (vom 13. bis 16. Oktober). Bruno Matull, Vorsitzender des Verbandes der Berliner Bekleidungsindustrie, zeigte gleichzeitig Zuversicht für die Branche. Mit guter Hoffnung sei in diesem Jahr eine Milliarde DM Umsatz (1983: 890 Mill. DM) möglich.

Nach Auffassung von Rexrodt kann Berlin auf die Durchreise als Ersatz für die Streichung der Modemesse Interchic nicht verzic hten. Die hiesige Bekleidungsindustrie brauche diese Darstellung der Mode, die vor allem im Hotel Intercontinental und in den Modehäusern rings um den Kurfürstendamm stattfindet, zur Beobachtung und Beeinflussung der Trends. Dabei sei selbstverständlich, daß der Handel auch ordern können müsse.

Matull berichtete über eine insgesamt positive Entwicklung der Modeindustrie in Berlin, sieht man vom Zusmmenbruch des Hauses Heinze ab. Nur deshalb ist in der Berliner Bekleidungsindustrie die Zahl der Beschäftigten von Jahresende 1983 bis Jahresmitte 1984 von 3995 auf 3734 zurückgegangen. Rechne man auch die kleinen Betriebe unter 20 Beschäftigten dazu, komme die Branche in Berlin auf rund 5000 Mitarbeiter. Im übrigen zeige seit Jahresmitte der Trend stärker nach oben.

Dies gelte für die Beschäftigtenzahl und auch für den Umsatz. Habe er bis Jahresmitte um acht Prozent über Vorjahr gelegen, seien dies einschließlich Juli inzwischen 9,6 Prozent (516 Mill. DM). Besonders expansiv ist der Export mit einem Zuwachs von 31,7 Prozent. Doch weiß Matull beredt Klage über Handelshemmnisse selbst in der EG zu führen. Das betrifft vor allem die passive Veredlung im Ausland, etwa Nähen in Polen oder Singapur. Deshalb verlangen die EG-Partnerländer zunehmend Ursprungszeugnisse. Matull fordert vehement Unterstützung von Bundesregierung und Senat. Rexrodt macht ihm aber wenig Hoffnung.

TAIWAN / Die Regierung möchte die Inselrepublik zum internationalen Handels- und Finanzzentrum ausbauen

Das hohe Wachstum hat sich weiter beschleunigt

FRED de LA TROBE, Tokio

Das chinesisch-britische Abkommen über die Rückgabe Hongkongs an China in 13 Jahren hat in Taiwan, *der anderen marktwirtschaftlichen* Enklave, die Peking zurückfordert, ein kühles Echo gefunden. Die Regierung in Taipeh hat das Angebot, unter einem ähnlichen Ausnahme-Status wie Hongkong in den Schoß der chinesischen Volksrepublik zurückzukehren, als absurd zurückgewiesen. Auf der Inselrepublik hält man nach dem Tod von Deng Xiaoping einen neuen Kurswechsel Pekings für wahrscheinlich, bei dem Hongkong sein marktwirtschaftliches System einbüßen würde. In der Folge dieser Entwicklung werde Taiwan, so hofft man, die Rolle der Kronkolonie als ostasiatisches Handels- und Finanzzentrum übernehmen.

Angesichts der wirtschaftlichen Erfolge der Inselrepublik erscheint diese Aussage nicht allzu wirklichkeitsfremd. Die reale wirtschaftliche Wachstumsrate, die 1983 mit 7,1 Prozent schon beachtlich war, wird nach den Ergebnissen der ersten acht Monate in diesem Jahr etwa elf Prozent erreichen.

Die noch sehr exportorientierte Wirtschaft Taiwans erzielte in den ersten acht Monaten 1984 ein Aktivsaldo der Handelsbilanz in Höhe von 17,4 Mrd. DM, 76 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Der Ausfuhrwert von 61,8 Mrd. DM, den die 19 Millionen-Inselnation in dieser Periode erreichte, übertraf die Exporte der Volksrepublik China mit ihrer Bevölkerung von einer Milliarde. Der massive Ausfuhrüberschuß Taiwans von 20,4 Mrd. DM in den ersten acht Monaten 1984 im Warenverkehr mit dem größten Handelspartner USA hat scharfe amerikanische Forderungen nach weiterer Marktöffnung und größeren Importen ausgelöst.

Das hohe Außenhandelsplus ließ die Devisenreserven seit Ende letzten Jahres bis Ende August um sechs Mrd. auf 47 Mrd. Mark steigen. Damit erhöhte sich der inflatorische Druck, da die Geldversorgung beträchtlich anschwoll. Die Teuerungsrate, die 1983 nur 1,4 Prozent ausmachte, könnte im kommenden Jahr auf fünf Prozent kommen.

Das Vertrauen in die Wirtschaftsentwicklung Taiwans spiegelt sich in den zunehmenden Kapitalanlagen in der Inselrepublik wider. Die Direktinvestitionen aus dem Ausland erreichten in den ersten acht Monaten dieses Jahres einen Wert von 974 Mill. DM, acht Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. 40 Prozent der Beträge kamen aus den USA, 31 Prozent aus Japan, elf Prozent aus Hongkong und sechs Prozent aus Europa. Die inländischen Investitionen stiegen in dieser Periode dagegen nur um fünf Prozent.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung in Taipeh ist darauf ausgerichtet, eine industrielle Strukturveränderung von arbeitsintensiven Branchen zu hochtechnologischen Bereichen zu beschleunigen. Gleichzeitig sollen die Importbarrieren abgebaut und Investitionen zur Erschließung von Rohstoffvorkommen im Ausland gefördert werden.

Das Schwergewicht der Industrieproduktion hat sich schon von den leichtindustriellen Bereichen zum Elektromaschinenbau, zur Elektronik, Stahl-, Schiffbau- und Chemieindustrie sowie zum Automobilbau verlagert. Die Importhemmnisse und Zölle sind noch für Agrarprodukte, Konsum- und Luxusgüter besonders hoch. Kürzlich wurde aber die Vorschrift über Einfuhrgenehmigungen für 3000 Produkte abgeschafft. Für November ist eine Zollsenkung von bisher durchschnittlich 31 Prozent auf 27 Prozent und eine Lockerung der Devisenkontrollen ins Auge gefaßt.

Um Taiwan zum internationalen Finanzplatz aufrücken zu lassen, wurde kürzlich das Off-shore-banking eingerichtet. Als erste Bank wurde dazu die International Commercial Bank of China zugelassen. (SAD)

SCHWEIZER UHRENINDUSTRIE / Eidgenössische Wertarbeit wieder gefragt

Verband blickt optimistisch in die Zukunft

GERD BRÜGGEMANN, Biel

Die Schweizer Uhrenindustrie, ein Markenzeichen der Wirtschaft des Alpenlandes, tickt wieder richtig. Die schweren Zeiten, in denen billige Massenware ostasiatischer Produktion die Schweizer Wertarbeit wegzuspülen drohte, scheinen überwunden zu sein. Daniel Kellerhals, Generalsekretär des Schweizer Uhrenverbandes teilte vor deutschen Journalisten in La Chaux de Fonds jetzt mit, daß die Produktion sich in diesem Jahr wohl bei 35 Millionen Stück stabilisieren werde. Der für die Eidgenossen mit ihrem kleinen Binnenmarkt so wichtige Export werde sich um etwa zehn Prozent auf 3,8 Milliarden Franken erholen.

Wie sehr die Schweizer unter dem fernöstlichen Einbruch in ihre Domäne gelitten haben, zeigt die Entwicklung der Beschäftigung in dieser Branche. Waren im Jahre 1970 noch etwa 90 000 Menschen mit der Herstellung von Uhren befaßt, sackte die Zahl auf 60 000 im Jahre 1975, um sich bis heute noch einmal zu halbieren. Kellerhals, der alles in allem optimistisch in die Zukunft sieht, glaubt freilich nicht daran, daß sich die Beschäftigung im Zuge von Absatzverbesserungen wieder erhöhen könnte. Der Rationalisierungsdruck bleibe hoch und eine Stabilisierung wäre schon viel, meint er.

Sorge bereitet den Schweizern immer noch die zersplitterte Struktur der Branche. Aber auch die Zusammensetzung des Absatzes gilt als problematisch. So gelang es eidgenössischen Uhrmachern vor einiger Zeit erfolgreich eine preiswerte Plastikuhr auf den Markt zu bringen, die sich im Export einen Mengenanteil von 15 Prozent sichern konnte. Dies entspricht aber nur einem Wertanteil von 1,8 Prozent. Auf der anderen Seite bestreiten die besonders hochwertigen Edelmetall-Uhren einen Exportwert von 40 Prozent, was aber nur drei Prozent der Exportmenge ausmacht. Eine Konzentration auf diese beiden Marktsegmente wäre, so Kellerhals, verfehlt. Als Industrie könne die Uhrenbranche nur überleben, wenn sie alle Marktbereiche konkurrenzfähig abdecke. Das wichtige mittlere Marktsegment, das wertmäßig 57 und mengenmäßig 70 Prozent der Schweizer Exporte umfaßt, ist besonders stark umkämpft, denn hier bieten auch die Hersteller aus Japan und anderen ostasiatischen Ländern große Sortimente an. Die Japaner haben allerdings in diesem Segment sehr große Kapazitäten aufgebaut, die erheblich auf die Preise für japanische Uhren drückten. Die Schweizer seien davon nicht so sehr betroffen, sagte Kellerhals.

In der Exportstrategie wollen die Schweizer zwar künftig auf allen Märkten präsent sein, besondere Schwerpunkte sollen aber in den OECD-Ländern gesetzt werden. Von der Schweizer Produktion entfallen jetzt zwei Drittel auf elektronische Uhren, die praktisch vollständig als Analog-Uhren hergestellt werden und ein Drittel auf mechanische Werke. Die gesamte Produktionskapazität der westlichen Welt bezifferte Kellerhals auf rund 360 Millionen Stück pro Jahr. Nach seinen Angaben liegen auf dem Weltmarkt gegenwärtig etwa 50 bis 100 Millionen Uhren unverkauft herum.

Beirut kämpft gegen die Spekulation

dpa/VWD, Beirut

Nach hektischen Börsentagen, in denen das libanesische Pfund nie zuvor gesehene Tiefen erreichte, haben Regierung und Zentralbank weiteren Baisse-Spekulationen vorerst einen Riegel vorgeschoben. Die Banken dürfen künftig Devisen nur bis zur Höhe von 15 (bisher 50) Prozent ihres Grundkapitals halten. Außerdem müssen Devisentransaktionen täglich gemeldet werden. Parallel dazu intervenierte die Zentralbank mit größeren Dollarverkäufen. Bankkreise erwarten, daß vor allem durch die erste Maßnahme in den nächsten Tagen Devisen im Gegenwert bis zu 100 Mill. Dollar auf den Markt kommen und zu einem merklichen Kursrückgang der ausländischen Währungen führen.

Die Pfundschwäche hat aber auch handfeste wirtschaftliche Gründe. Die Zahlungsbilanz des Landes ist erstmals seit Jahren stark defizitär. Die Staatseinnahmen sanken stark, nachdem die zahlreichen illegalen Häfen die Zolleinnahmen um 90 Prozent zurückgehen ließen. Diese Einnahmen sind jedoch die wichtigste Finanzquelle des Landes.

RENAULT / Umschulungen statt Entlassungen

Rekord-Verlust in Sicht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Ertragslage des staatlichen französischen Automobilkonzerns Renault hat sich noch stärker als befürchtet verschlechtert. Nach Gewinnen von einer Mrd. Franc 1979 und 0,64 Mrd. Franc 1980 stiegen die Verluste von 0,69 Mrd. Franc 1981 auf 1,82 Mrd. Franc 1982 und 1,58 Mrd. Franc 1983. Allein in der ersten Hälfte dieses Jahres erreichten sie 3,6 Mrd. Franc, wie jetzt Konzernpräsident Bernard Hanon enthüllte. Aber bis Ende 1985 würde der Personenwagensektor und bis Ende 1986 der Gesamtkonzern wieder ins finanzielle Gleichgewicht gebracht werden.

Für dieses Jahr beziffert Hanon den Absatzrückgang allein in Frankreich auf 200 000 Pkw gegenüber 1983. Allerdings habe sich die Marktposition in den letzten Monaten wieder etwas verbessert. Vor allem aber setzt Renault auf den Super Cinq (R 5), der auf dem heute beginnenden Pariser Automobilsalon eingeführt wird.

Nach der Analyse Hanons rutschte Renault vor allem deshalb so tief in die roten Zahlen, weil nicht rechtzeitig neue Modelle auf den Markt gebracht werden konnten. Dies werde sich jetzt ändern. Dafür würden jährlich etwa 10 Mrd. Franc investiert.

Gleichzeitig will Renault seine Produktivität in der Pkw-Herstellung jährlich um sieben Prozent steigern. Produktivitätsgewinne verspricht sich Hanon nicht zuletzt von einer größeren Mobilität der Belegschaft.

Zu diesem Zweck und zur Entspannung des sozialen Klimas hat die Renault-Verwaltung den Gewerkschaften einen neuen „Sozialvertrag" vorgeschlagen, der eine großangelegte innerbetriebliche Umschulung auf gefragte Arbeitsplätze bei Renault selbst oder bei anderen Unternehmen (vorzugsweise Zulieferer) vorsieht. Renault will dabei eine Wiedereinstellungsgarantie übernehmen, allerdings unter der Voraussetzung, daß der umgeschulte Arbeiter gegebenenfalls seinen Wohnsitz verlegt.

Im Unterschied zum privaten Peugeot-Konzern (Talbot und Citroën) wird auf Entlassungen verzichtet. Die Belegschaft soll allerdings weiter durch vorzeitige Pensionierungen (ab 55 Jahre) und freiwillige Gastarbeiterrückführungen abgebaut werden. Bisher war der Entlassungsbedarf bei Renault auf etwa 15 000 Personen veranschlagt worden. Der Konzern beschäftigte Ende letzten Jahres 102 528 Personen. Die Gewerkschaften haben auf diese Vorschläge grundsätzlich positiv reagiert. Die Streikbewegungen schwächten sich gestern ab.

SIEMENS / Bauelemente-Umsatz kräftig gesteigert

Aus den roten Zahlen heraus

dpa/VWD, München

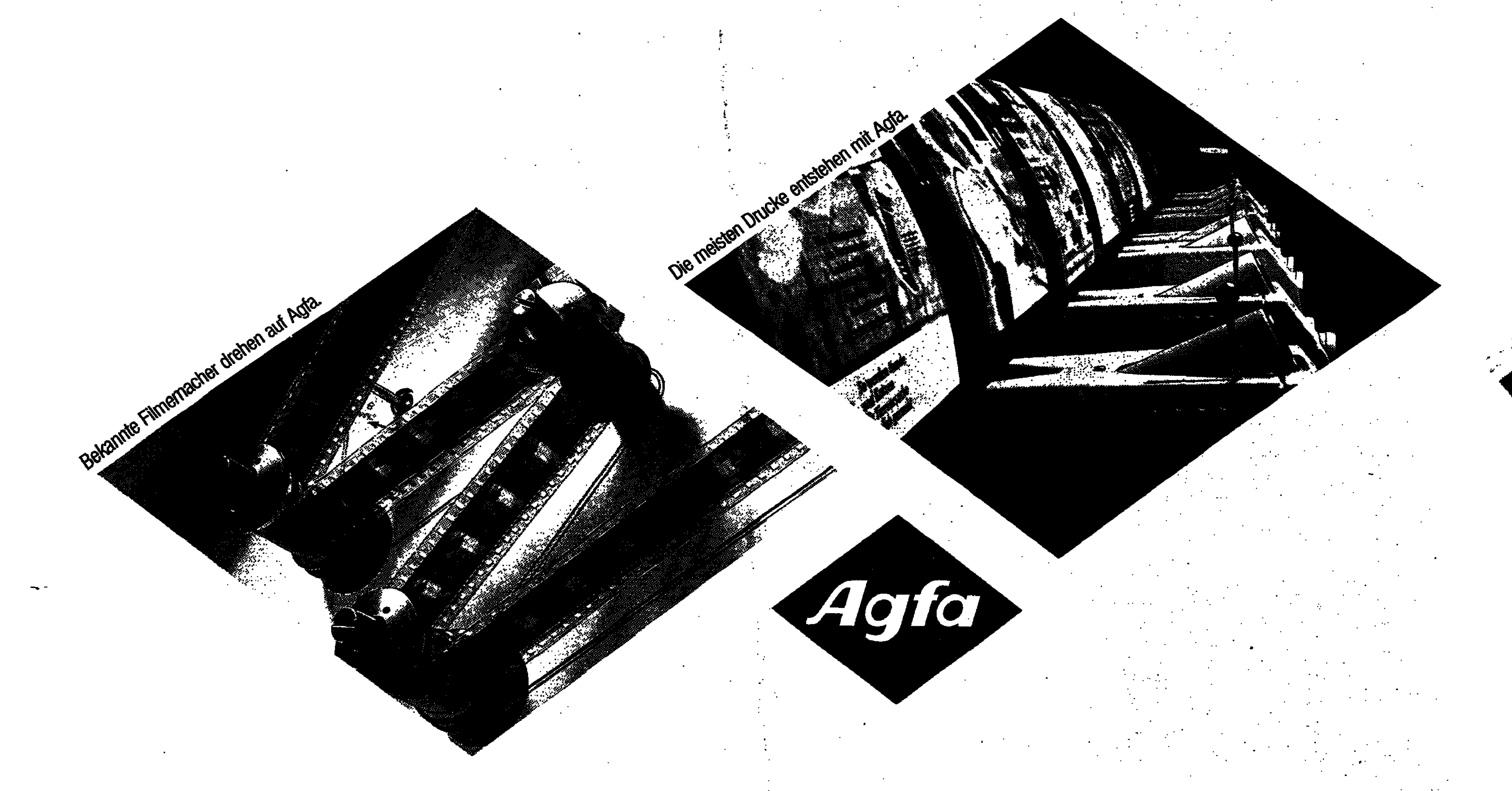
Die Siemens AG, München, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (30. September) nach vorläufigen Zahlen im Unternehmensbereich elektronische Bauelemente den Umsatz um 26 Prozent auf 2,4 Mrd. DM gesteigert. Wie Vorstandsmitglied Hermann R. Franz in München mitteilte, stiegen die Aufträge um 52 Prozent auf 3,2 Mrd. DM. Das Ergebnis sei positiv gewesen, nachdem bis 1982 rote Zahlen geschrieben wurden. Das Umsatzwachstum sei vorwiegend auf Halbleiter zurückzuführen, die bereits 58 Prozent des Geschäftes ausmachten.

Der Schwerpunkt der Geschäftsentwicklung soll bei integrierten Schaltungen, Halbleitern und Produktinnovationen liegen. Die Zahl der Mitarbeiter in diesem Geschäftsbereich erhöhte sich um 1750 auf über 17 000. Bis 1989 sollen 1,4 Mrd. DM in das Entwicklungszentrum München-Perlach und die Fertigung in Regensburg investiert werden. Weitere 50 Mill. DM fließen nach den Angaben von Franz in den nächsten fünf Jahren in das Entwicklungszentrum für Mikroelektronik Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

Der Markt für elektronische Bauelemente in der westlichen Welt wird sich bis 1989 nach Schätzungen des Konzerns auf 56 Mrd. Dollar nahezu verdoppeln. Dabei rechne man mit einer Zunahme des Marktanteils der USA von 39 Prozent 1983 auf 44 Prozent, während Japans Anteil von 31 auf 29 Prozent zurückgehen werde. Für die Bundesrepublik sei mit einem Rückgang von sechs auf fünf Prozent zu rechnen.

Agfa. Wir machen

Fotografiert von Werner Bokelberg und Reinhart Wolf auf den neuen Agfachrome-Filmen.



MILCH-KONTOR / Handelsumsatz geschrumpft

Gestiegene Intervention

DOMINIK SCHMIDT, Hamburg

Bei der Deutschen Milch-Kontor GmbH (DMK), Hamburg, der Bundeszentrale der genossenschaftlichen Molkereiwirtschaft, hat sich im Geschäftsjahr 1983 der bereits 1982 beobachtete starke Anstieg der Interventionslieferungen in beängstigendem Maße fortgesetzt. Von dem auf 2,96 (1,69) Mrd. DM gestiegenen Gesamtumsatz entfielen 82 (55) Prozent auf Interventionsverkäufe. Fritz Thiel, Vorsitzender der DMK-Geschäftsführung, läßt denn auch keinen Zweifel daran, daß trotz des Umsatzsprungs um 75 Prozent „uns dieses Ergebnis nicht glücklich macht".

Maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hat die Butter, deren Interventionsumsatz auf 1,8 (0,6) Mrd. DM zunahm. Nahezu verdoppelt auf 660 (356) Mill. DM haben sich aber auch die Investitionsumsätze mit Magermilchpulver. Thiel begründet den exorbitanten Anstieg mit der um 12,8 Prozent gewachsenen Buttererzeugung in der Bundesrepublik, der rückläufige Exporte und eine geringere Inlandsnachfrage gegenüberstanden.

Als „nicht zufriedenstellend" bezeichnet Thiel den Handelsumsatz. Er verringerte sich im Berichtsjahr auf 536 (763) Mill. DM und erreichte am Gesamtumsatz nur noch einen Anteil von 18 (45) Prozent. Der Export ging auf 243 (420) Mill. DM zurück. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Jahresüberschuß von 0,94 (0,59) Mill. DM aus. Darin enthalten sind allerdings 0,55 Mill. DM Investitionszuschüsse für den Neubau in Altona. Das Betriebsergebnis, so Thiel, liegt unter dem des Vorjahres. Nach Einstellung von 0,55 Mill. DM in die offenen Rücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von 0,4 (0,61) Mill. DM, aus dem eine Dividende von sechs Prozent auf fünf Mill. DM Stammkapital ausgeschüttet wird; der Rest wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 1984 haben die Interventionsverkäufe bei Butter weiter leicht zugenommen. Für die nächsten Monate rechnet Thiel aber mit einer deutlichen Abschwächung. In den ersten acht Monaten verzeichnete das Milch-Kontor einen Gesamtumsatz von 1,94 Mrd. DM. Das entspricht einem Rückgang um 13,5 Prozent oder 300 Mill. DM. Während der Handelsumsatz mit rund 260 Mill. DM praktisch unverändert blieb, verringerten sich die Interventionsumsätze auf 1,68 (1,97) Mrd. DM. Wegen der erforderlichen Vorlaufzeit spricht sich Thiel für eine rasche politische Entscheidung im Zusammenhang mit der Weihnachtsbutter-Aktion aus.

BIERBRAUER + NAGEL / Wachstumsschübe

Aktionsradius ausgedehnt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Statt der ursprünglich eingeplanten Phase der Konsolidierung erlebt die Firmengruppe Bierbrauer + Nagel, Stuttgart, einer der führenden Bürovollsortimenter, derzeit Wachstumsschübe. In den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1984/85 lag der Umsatzzuwachs bei fast 20 Prozent. Man steuert damit auf einen Umsatz von mindestens 140 bis 150 Mill. DM zu. Demgegenüber kam der gesamte deutsche bürowirtschaftliche Fachhandel in den ersten acht Monaten dieses Jahres lediglich auf ein Umsatzplus von 5 Prozent.

Günther Bierbrauer, geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens und zugleich auch Vorsitzender des Bundesverbandes Bürowirtschaft, zählt zu den wesentlichen Gründen für diese Firmenkonjunktur die effektive Struktur der Gruppe mit klar abgegrenzten Verantwortlichkeiten: „Hier greift alles ineinander."

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1983/84 hatte die Firma den Umsatz um 17,5 Prozent gesteigert. Einschließlich Beteiligungsgesellschaften wurden rund 120 Mill. DM umgesetzt. Neu dazugekommen ist eine 60prozentige Beteiligung an der in der Zeichen-, Grafik- und Vermessungstechnik tätigen Martz-Gruppe, Stuttgart/Ulm. Dadurch wurde der Aktionsradius auf ganz Württemberg ausgedehnt. Als Hauptwachstumsträger erweise sich zur Zeit die Büroelektronik. Der Cash-flow (steuerpflichtiger Gewinn plus Abschreibungen) von 3,9 (3,7) Prozent des Umsatzes kann sich sehen lassen. Die Eigenkapitalquote liegt bei 33 Prozent.

DEUTSCHE PHILIPS / Zuversicht für dieses Jahr – In allen Bereichen überdurchschnittliches Wachstum

Mit dem Ergebnis an beste Zeiten angeknüpft

DOMINIK SCHMIDT, Hamburg

Die Allgemeine Deutsche Philips Industrie GmbH (Alldephi), Hamburg, die als Holding für die deutschen Philips-Unternehmen fungiert, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 4.) an die guten Ergebnisse der frühen 70er Jahre wieder angeknüpft. Dies gilt nach Angaben des Vorstands nicht nur für den Umsatz, der erstmals seit zehn Jahren wieder zweistellige Zuwachsraten erreichte, sondern mehr noch für die Ertragsentwicklung. Alldephi-Geschäftsführer Karl-Heinz Busacker weist allerdings darauf hin, daß der ausgewiesene Jahresüberschuß von 276 Mill. DM positiv beeinflußt wurde durch die Möglichkeit, den Verlustvortrag aus dem Vorjahr (65,9 Mill. DM) steuerlich geltend zu machen.

Lediglich die Gewinne der Philips Kommunikations Industrie AG (PKI), die zuletzt ein Ergebnis von 78 Mill. DM erzielte, mußten versteuert werden. Dennoch ist die positive Entwicklung unverkennbar, wie der auf 327 (104) Mill. DM gestiegene Jahresüberschuß vor Steuern beweist. Die Gegenüberstellung der ergebniswirksamen Faktoren zeigt, daß die Ergebnisverbesserung vor allem auf Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Daraus resultieren auf der Haben-Seite 256 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Hinzu kamen 32 Mill. DM weniger Zinsen und 57 Mill. DM niedrigere außerordentliche Aufwendungen.

Die Verrechnung mit dem Verlustvortrag ließ die Umsatzrendite nach Steuern auf 3,7 (1,1) Prozent steigen. Bei „normaler" Betrachtung, so Busacker, errechne sich allerdings nur eine Rendite von 1,8 Prozent. Die Verwendung des Jahresüberschusses ist in starkem Maße auf die Verbesserung der Eigenkapitalstruktur zugeschnitten. Nach der Tilgung des Verlustvortrags sowie der Ausschüttung auf Genußscheine (16 Mill. DM) und der Gewinnanteile für Drittaktionäre der PKI (4 Mill. DM) wird ein Teilkonzerngewinn von 159,6 Mill. DM ausgewiesen, der voll bei der Alldephi verbleibt. Dadurch erhöht sich die Eigenkapitalquote weiter auf 34 (30) Prozent.

Zufrieden ist Philips mit der Umsatzentwicklung. Einschließlich der erstmals konsolidierten Bauknecht Hausgeräte GmbH (Umsatz knapp 600 Mill. DM) stiegen die Erlöse um 20 Prozent auf 7,49 (6,26) Mill. DM. Ohne Bauknecht errechnet sich immerhin noch ein Plus von 10 Prozent. Damit liege Philips deutlich über dem Wachstum der deutschen Elektroindustrie.

Bei diesem Ergebnis, so der neue Vorstandsvorsitzende, Cornelius Bossers, müsse berücksichtigt werden, daß die wertmäßige Umsatzsteigerung um 1 Prozent niedriger als der Mengenumsatz lag. Der Rückgang der Preise für Konsumgüter und elektronische Bauelemente sei durch Preisanhebungen im professionellen Bereich nicht voll kompensiert worden. Vom Gesamtumsatz entfallen 44 (50) Prozent auf Investitionsgüter, 20 (19) Prozent auf Bauelemente und 36 (31) Prozent auf Konsumgüter. Die wachsende Bedeutung des Investitionsgüterbereichs wird bei diesen Anteilen durch die Hereinnahme von Bauknecht etwas verfälscht. Bossers geht davon aus, daß Philips bei Farbfernsehgeräten den Marktanteil etwas erhöhen konnte. Nach wie vor unbefriedigend sei die Entwicklung bei Videorecordern.

Trotz der Tarifauseinandersetzungen in der Metallindustrie beurteilen Bossers und Busacker die Aussichten im laufenden Jahr zuversichtlich. In den ersten vier Monaten (von Mai bis August) verzeichnen die deutschen Philips-Unternehmen erneut eine Umsatzzunahme um 7 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit. Dieses Ergebnis ist um so bemerkenswerter, weil der Konsumgüterbereich zu diesem Wachstum kaum beigetragen hat. Der dort entstandene Nachholbedarf dürfte in den nächsten Monaten zu höheren Umsätzen führen, so daß für das gesamte Jahr „mindestens" mit einem Umsatzplus von 7 Prozent zu rechnen ist.

Busacker geht davon aus, daß wiederum ein gutes Ergebnis erwirtschaftet wird. Die Investitionen, die im Berichtsjahr 306 (252) Mill. DM erreichten, sollen im laufenden Jahr erneut aufgestockt werden und wieder über den Abschreibungen (283 nach 244 Mill. DM) liegen.

H.J. Langmann wird 60 Jahre

FOTO: WERNER SCHÜRING

Dr. Hans Joachim Langmann, der Vorsitzende der Geschäftsleitung des Pharma- und Chemie-Unternehmens E. Merck, Darmstadt, und designierte Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) wird am 5. Oktober 60 Jahre alt. Der geborene Mecklenburger ist bei Merck seit 1964 persönlich haftender Gesellschafter und Vorsitzender des Gesellschafterrates. Was ihn auszeichnet, ist der ausgezeichnete Sinn für das „Machbare", für die Fakten, für die Realität. Bei Merck hat der promovierte Physiker deutliche Akzente gesetzt, aus dem Pharma-Spezialisten wurde mittlerweile ein breit angelegtes Chemie-Imperium. Langmann, der seit 1980 Vizepräsident des Spitzenverbands der Deutschen Industrie ist, wird 1985 Nachfolger von BDI-Präsident Prof. Rolf Rodenstock. (DW.)

Stahlindustrie will notfalls klagen

dpa, Düsseldorf

Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie hat wegen der geplanten italienischen Schrottsubventionen unter Rückgriff auf den Artikel 35 des Montanunionsvertrags jetzt die Voraussetzungen für eine Untätigkeitsklage gegen die Europäische Kommission geschaffen. Wie der Branchenverband mitteilt, sei ein Befassungsantrag an die Kommission gegangen, der den Weg zu einer Klage eröffnet. Der Zorn der deutschen Stahlindustrie richtet sich gegen eine geplante Schrottbeihilfe von 50 000 Lire (etwa 80 DM) je Tonne, in der eine vertragswidrige Vergünstigung für italienische Stahlunternehmen gesehen wird. Die Subvention werde zu einer wesentlichen Verzerrung des Wettbewerbs in der EG-Stahlindustrie führen. Auf den Artikel 35 dürfen sich gleichermaßen Regierungen, Unternehmen oder Verbände berufen, wenn sie der Ansicht sind, daß die Kommission ihren Verpflichtungen nicht nachkommt und Entscheidungen unterläßt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Großauftrag für PWH

Düsseldorf (J. G.) – Als Konsortialführerin erhielt die PHB Weserhütte AG (PWH), Köln, von Spaniens staatlicher Elektrizitätsgesellschaft Endesa einen 65-Mill.-DM-Auftrag über zwei Großabsetzsysteme für den Ausbau des nordspanischen Tagebaubetriebes Puentes. PWH liefert dafür von Deutschland aus das Engineering und Spezialkomponenten; produziert dagegen wird bei der spanischen PWH-Tochter sowie beim spanischen Konsortialpartner Astano.

Auf Wachstums-Kurs

Düsseldorf (Py.) – Trotz schwieriger Situation auf dem deutschen Schuhmarkt glaubt die Rosenheimer Gabor Schuhmode GmbH & Co. KG, das für 1984 angestrebte Umsatzziel von 290 (254) Mill. DM zu erreichen. Der Europa-Umsatz wird vom Unternehmen bis Ende August mit 150 Mill. DM angegeben und soll bis zum Jahresende auf 265 Mill. DM steigen. Die US-Handelskette werde erneut einen bedeutenden Teil (Vorjahr 22 Mill. DM) zum Gesamtumsatz beitragen. Als ausschlaggebend für das Wachstum führt das auf Damenschuhe spezialisierte Familienunternehmen den Mengenabsatz an. Die Mitarbeiterzahl ist seit Jahresanfang um 250 auf 2900 aufgestockt worden.

Ausfuhren steigen

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Unternehmen der Meß-, Steuerungs- und Regelungstechnik konnten ihre Produktion im ersten Halbjahr 1984 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 12,7 Prozent auf 4,7 Mrd. DM steigern. Die Ausfuhren stiegen um 19,5 Prozent auf 2,4 Mrd. DM. Im Gesamtjahr erwartet der zuständige Fachverband eine Produktionssteigerung um mehr als 10 Prozent.

Auftrag für SEL

Stuttgart (nl.) – Die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, hat aus Thailand den Auftrag für ein integriertes Kommunikationsnetz erhalten. Die Lieferungen im Gesamtvolumen von 25 Mill. DM umfassen acht Telefon-Vermittlungsstellen für insgesamt 10 500 Teilnehmer.

Hieber zu Kriegbaum

Stuttgart (nl.) – Die Hieber GmbH & Co. Handelsgesellschaft, Gerlingen, ein Handelsunternehmen der Lebensmittelbranche in der baden-württembergischen Kernregion, ist von der Kriegbaum-Gruppe, Böblingen, übernommen worden. Hieber (rund 150 Beschäftigte) kommt auf einen Umsatz von schätzungsweise 50 Mill. DM, über die Handelskette Kriegbaum sind keine Umsatzzahlen bekannt.

Sanierung möglich

Paris (J. Sch.) – Die Sanierung des im Konkurs stehenden französischen Creusot-Loire-Konzerns sei bei einer Belegschaftskürzung um 1350 Personen möglich. Zu diesem Ergebnis kommt eine Expertise des staatlichen Stahlkonzerns Usinor und des staatlich kontrollierten Atomkraftwerksherstellers Framatome.

NAMEN

Gert Andernach, geschäftsführender Gesellschafter der Dachbaustoffwerke A. W. Andernach KG (awa), Bonn-Beuel, feiert am 5. Oktober den 65. Geburtstag.

Wolfgang Dornseifer (45), Vorstandsmitglied der Stadtsparkasse Wuppertal, ist zum Vorstandsmitglied der Stadtsparkasse Düsseldorf berufen worden.

Dr. **Walter Blum**, Direktor der Deutschen Bank AG, Wuppertal, ist als Nachfolger von Dr. **Harry Leibener** zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Ewald Dörken AG, Herdecke/Ruhr, gewählt worden.

mehr als Bilder.

Zum Glück kein Bruch. Agfa-Röntgen.

Röntgenfilm-Systeme für medizinische und technische Anwendungen, grafische und reprografische Systeme, DTR-Systeme, Bürokopier- und Mikrofilm-Systeme, Audio- und Video-Cassetten, Studiobänder für Video und Audio, Kine-Film, Foto-Finishing-Produkte – und natürlich Filme zum Fotografieren.

AGFA


ERDGAS / Internationales Kolloquium in Brighton

Warum so wenig Gas-Autos?

HANS BAUMANN, Essen

Auf dem Kongreß „Marketing IV", einem internationalen Erdgas-Kolloquium am 3. und 4. Oktober in Brighton, stellte J. Judd Buchanan, Chairman der Fuel Systems Ltd. aus Kanada, die provozierende Frage, warum Erdgas sich auf den Wärmemarkt konzentriere und den riesigen Markt des Antriebs von Automobilen vornehmlich in den Industrienationen völlig vernachlässige.

Buchanan hielt fest, daß die Erdkruste viel mehr Gas als Öl birgt. Hinzu komme, daß viele Länder, insbesondere die der Dritten Welt, über große Gasreserven, jedoch über nur kleine oder gar keine Ölreserven verfügten. Zudem könne man Methan oder Gas aus Abfällen oder anderen organischen Produkten herstellen. In Kanada, so erläuterte Buchanan, sei der Ansporn, Erdgas für den Antrieb von Autos zu nutzen, aus der Erkenntnis gespeist worden, daß alle Fahrzeuge seines Landes, die sich in Gebieten befänden, in denen Erdgasverteilersysteme vorhanden seien, mit weniger als einem Drittel des Überschusses betrieben werden könnten, die Kanada jährlich seinen Reserven hinzufüge.

„Die Technologie existiert", sagt Buchanan. Schätzungen besagten, daß auf der ganzen Welt bisher rund 100 Milliarden Kilometer mit Erdgas gefahren worden seien. Erdgas als Kraftstoff beseitige für die industriellen Ballungsgebiete die Sorgen um die Luftverschmutzung durch die Verbrennung von Diesel und Benzin.

In einer Vielzahl von Ländern, hauptsächlich in der industrialisierten Welt, gebe es große Erdgasverteilernetze. Sie ermöglichten es, das Erdgas dort, wo es getankt werden müßte, zu komprimieren. „Das System ist sicher und wohlerprobt und räumlich weit gestreckt", sagt Buchanan wörtlich.

Die Wirtschaftlichkeit des Erdgaseinsatzes als Vergaserkraftstoff beurteilte Buchanan nur aus kanadischer Sicht. Es sei aber sicher, daß möglicherweise eine noch größere Wirtschaftlichkeit oder aber die gleiche wie in Kanada in anderen Ländern erzielt werden könnte. In Kanada sei es gelungen, Erdgas im Einzelhandel für 50 bis 60 Prozent des Benzin-Einzelhandelspreises zu verkaufen.

Welche Chancen der Erdgasindustrie am Kraftfahrzeugmarkt winken, zeigt Buchanan am kanadischen Beispiel. Der Haushalt dort habe im Durchschnitt 1,5 Fahrzeuge. Wenn sie mit Erdgas führen, verbrauchten sie im Jahr rund 4250 Kubikmeter Gas. Eine solche Menge bedeute aber, daß die Verkaufsmöglichkeiten für Erdgas an Kraftfahrzeuge größer seien als der Erdgasabsatz für die Heizung der Häuser.

Im Mittelpunkt der übrigen Vorträge und Diskussionen in Brighton stehen die Wachstumschancen für das Erdgas. Fachleute aus allen Ländern berichten von Bemühungen, die inzwischen veralteten Ölverbrennungsanlagen von vor 15 bis 20 Jahren durch hocheffiziente Erdgasheizanlagen zu ersetzen. Der deutsche Vertreter schätzte allein dieses Umrüstungspotential für die Bundesrepublik auf 5 Millionen Heizungsanlagen.

Anzeige



KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergheim: Omland Abkantprofile GmbH, Kerpen-Sindorf; **Bersenbrück:** Nachl. d. Johann Hobers, Herzen; **Bielefeld:** Bryszel Interior, Vertrieb v. Einrichtungen GmbH & Co. KG; **Braunschweig:** KG i. HT Holztechnik; **Hamm:** Nachl. d. Margarete Maletzki geb. Lodde; **Krefeld:** Katinka Haushaltspapier u. Folien GmbH u. Co. KG, Brüggen; **Ludwigsburg:** Werner Conrad, Kornwestheim; Dietmar F. Otto, Kornwestheim; **Stuttgart:** DKG Industrie- u. Haustechnik GmbH, Sindelfingen; **Wesel:** Bödeker Jeans-Sport- u. Freizeit-Moden-Vertriebsges. mbH, Dinslaken.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Emmendingen: Franz Josef Maier Bauunternehmung oHG, Waldkirch-Kollnau.

Vergleich beantragt: Bielefeld: Fenotherm Willi Hover; **Braunschweig:** Rolf Jürgensen, Kaufmann, Inh. d. Rolf Jürgensen Auto-Caravan-Reisemobil Vertrieb, Isernhagen.

ALUMINIUM-HÜTTENINDUSTRIE / Preisausschläge stören Wachstumschancen

Sehnsucht nach ruhigem Fahrwasser

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Es riecht ein bißchen nach Glaubenskrieg, was VAW-Vorstandsvorsitzender Rudolf Escherich als Festredner zum 50jährigen Jubiläum der Düsseldorfer „Aluminium-Zentrale e. V." an Perspektiven der nationalen und internationalen Aluminiumindustrie ausmachte: Eine „Phase der Irritation" über den richtigen Weg in die Zukunft, in der sich zumal die Hüttenaluminiumproduzenten in zwei Lager gespalten haben.

Ein Lager sieht das Aluminium künftig als Börsenmetall mit der Konsequenz, daß sich die Aluminiumindustrie der Struktur anderer und mit ihrem Primärmetall gleichfalls börsennotierter NE-Metallindustrien angleichen wird, sich mithin auf einzelne Produktionsstufen „desintegrieren" wird. Das zweite Lager (mit VAW) sieht Einfluß und Potenz der großen, vom Primärmetall bis zur Verarbeitung integrierten Unternehmensgruppen stark genug für noch größere Integration zu noch mehr anspruchsvollen Verarbeitungsprodukten, auch zu entsprechenden Vereinbarungen mit konzernfreien Verarbeitern, um unabhängig von der Börsennotiz zu „kostenorientierten", also relativ stabilen und damit wachstumsfördernden Metalleinsatz-Preisen zurückzukehren.

Aktuelle Bedeutung dieses Schismas: Der Hüttenaluminiumpreis an der Londoner Metallbörse hat sich nach der letzten Rezession 1983 in nur einem halben Jahr glatt verdoppelt und ist 1984 von diesem „Vor-Rezessions-Niveau" abgerutscht. Er nimmt dem (für die Verarbeiter bisher noch wichtigsten) „börsenfreien" Produzentenpreis mehr und mehr seine Marktbedeutung weg. Er dezimiert zugleich die Wachstumschancen dieses „jungen Metalls" bei Verarbeitern, die bei anderen Werkstoffen von Stahl bis Kunststoff verläßlichere Kalkulationsgrundlagen ihres Materialeinsatzes finden (und im Zweifel bevorzugen).

Ursache dieses Schismas: Vor ein bis zwei Jahrzehnten teilten sich in der freien Welt nur sechs Konzerne 85 Prozent der Hüttenaluminiumproduktion; heute tummeln sich da 85 Konkurrenten auch ohne die regen Lieferanten aus dem Ostblock. Denn in dieser extrem energie- und kapitalintensiven Produktion haben die enormen Energieverteuerungen aus den Ölschocks von 1973/74 und 1978/79 junge Hüttenaluminiumproduzenten (beispielsweise in der Golfregion Bahrain/Dubai oder in Venezuela) auf den Plan gerufen, die Überflußenergie in die Verarbeitung des weltweit reichlichen Rohstoffs Bauxit zu Aluminium zu lenken und mangels heimischen Aluminiumverbrauchs die Londoner Metallbörse zufüttern. Auch deshalb füttern, weil bei ihnen viel billiges Staatskapital und auch „Beschäftigungspolitik" das reichliche Produktangbot bestimmt.

Escherichs Resumee daraus: Mit solchen Leuten und ergo mit der Metallbörse müssen die Etablierten der Branche zwar leben. Aber „100 Jahre lehren uns", daß noch niemand mit eigener Intervention eine „Commodity-Börse" aus den Angeln heben konnte. Ruhiges Preis-Fahrwasser für wachsenden Absatz könne die Branche nur durch verstärkte Integration in die Verarbeitungsstufe gewinnen.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Gestern hat in Frankfurt die Buchmesse begonnen, die noch bis zum 8. Oktober geöffnet ist. Die WELT stellt in loser Folge Neuerscheinungen des Themenkomplexes Wirtschaft vor.

Nelles/Beywl: Selbstorganisation! Alternativen für Verbraucher, Campus Verlag, Frankfurt 1984, 285 S., 49 Mark.

Neben den bekannten Verbraucherorganisationen wie den Verbraucherzentralen, der Stiftung Warentest oder der Stiftung Verbraucherinstitut entstanden seit Mitte der siebziger Jahre eine Fülle von Bürgerinitiativen, Mieterorganisationen und Selbsthilfegruppen, die durch ein neues, kritisches Konsumentenbewußtsein die Leistungen der Verbraucherorganisationen nicht nur in Anspruch nehmen, sondern sie selbst mitbestimmen wollten. In jahrelanger Forschungsarbeit, gefördert vom Bundesministerium für Forschung und Technologie, entstand diese Bestandsaufnahme der Selbstorganisation auf dem Gebiet der Verbraucherbewegung, wobei der Begriff der Verbraucherorganisation bewußt weit gefaßt wurde und Mieter- sowie Umweltorganisationen einschließt. Das Buch untersucht aus soziologisch-politologischem Blickwinkel Arbeitsweise und Motivation der Zusammenschlüsse, ihre Auswirkungen und die Schranken ihrer Effektivität.

Klaus Walter Herterich: Praxis des Frankreichgeschäfts; Gabler Verlag, Wiesbaden 1984, 352 S., 86 Mark.

Fachleuten und Unternehmen, die in geschäftlichen Beziehungen zu Frankreich stehen, oder wirtschaftliche Kontakte in Zukunft knüpfen wollen, sei dieses umfassende Anleitungsbuch über die Praxis der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen empfohlen. Neben vielen praxisnahen Hinweisen für die Gründung und Führung von Tochterunternehmen und Niederlassungen (Umgang mit Behörden, arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften, Verkehrsmittel, Rechnungswesen, Verwaltungsvorschriften etc.) gibt der Autor, der in Paris eine deutsch-französische Unternehmensberatung unterhält, wertvolle Hinweise zur Mentalität, zu Umgangsformen und zur Verhandlungstaktik der französischen Geschäftspartner, die den deutschen Handelspartnern oft Schwierigkeiten bereiten. K. W. Herterich hat ein Buch vorgelegt, das durch eine Vielzahl von Tabellen, wichtigen Adressen und Informationsstellen zum nützlichen Nachschlagewerk und durch die Leichtigkeit der Schreibweise zur anregenden Lektüre wird.

Volker Prittwitz: Umweltaußenpolitik, Campus Verlag, Frankfurt 1984, 211 S., 39 Mark.

Die Luftverschmutzung und das ausgedehnte Waldsterben in Mittel- und Osteuropa machen nicht vor innereuropäischen Schlagbäumen halt. Gesamteuropäische Anstrengungen sind notwendig, um dieses drängende Problem lösen zu können. Wie sieht die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luftreinhaltung aus; welche Zielvorstellungen, Interessen und Strategien vertreten die einzelnen europäischen Staaten? Die vorliegende Darstellung liefert neben vielen vergleichenden Tabellen und Schaubildern, z. B. zu den Schwefeldioxid- und Stickstoffemissionen, eine aktuelle Übersicht über Zuständigkeiten, organisatorische Probleme und nationale Hemmnisse auf dem Gebiet der Umweltpolitik. Bestehende internationale Empfehlungen und Übereinkommen sowie Beispiele gelungener praktischer Zusammenarbeit runden diese detaillierte Darstellung ab.

Rudolf Sachs: Leitfaden Außenhandel, Gabler-Verlag 1984, 196 S., 29,80 Mark.

Der Außenhandel ist für die Bundesrepublik lebensnotwendig: Die zweitgrößte Handelsnation der Welt erwirtschaftet rund ein Drittel ihres Sozialprodukts im Außenhandel. Eine Betätigung auf Auslandsmärkten ist allerdings mit erhöhten Risiken verbunden und erfordert spezielle Kenntnisse. Kleine und mittlere Betriebe zeigen dabei oft ein starkes Informationsdefizit. Die vorliegende Ausarbeitung will hierbei Abhilfe schaffen. Der Leitfaden enthält eine umfassende Darstellung aller wesentlichen Aspekte des Außenhandelsgeschäfts. Darüber hinaus behandelt er auch das Speditionswesen und die Transportversicherung, das Außenwirtschafts- und Zollrecht sowie die internationalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen.

VAW / Hüttenproduktion wird jetzt gedrosselt

Umsatz noch auf Höhenflug

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wegen der mal wieder zu hoch gewordenen Bestände am Welt-Aluminiummarkt wird auch der größte deutsche Produzent, die Vereinigte Aluminium Werke AG (VAW), Bonn/Berlin, seine Hüttenaluminiumerzeugung ab Oktober/November um gut ein Zehntel drosseln. Folgen aus dem derzeitigen Abflauen der Aluminium-Hochkonjunktur kündigt VAW auch mit dem Hinweis an, daß für das dritte Quartal 1984 mit fallender Tendenz der eigenen Erlöse für Hüttenaluminium zu rechnen sei.

Noch voll im Glanz des Gegenteils meldete VAW für das erste Halbjahr 1984 hohe Wachstumsraten von 12,3 Prozent auf 200 700 t Hüttenerzeugung (nebst Beteiligungsanteil an der neuen Hütte in Newcastle/Australien), von 19,5 Prozent auf 284 200 t Hüttenaluminiumabsatz und dank besserer Preise sogar von 39 Prozent auf 1,81 Mrd. DM Umsatz (ohne Töchter). Trotz weiteren Anstiegs der Rohstoff- und Energiekosten habe sich denn auch das wirtschaftliche Ergebnis, das 1983 nach mehrjähriger Verlustperiode erstmals wieder ins Positive umschwang, weiter verbessert.

Im Gegensatz zu der gegen Jahresmitte schon flauen Preistendenz für das Primärmetall nahmen die Durchschnittserlöse für Walzprodukte auch gegen Ende der Berichtszeit noch „deutlich" zu. Insgesamt freilich war die Lage im VAW-Verarbeitungsbereich differenziert. Bei leicht verbesserten Erlösen war die Ertragslage der drei Halbzeugwerke Bonn, Hannover und Neumünster immer noch unbefriedigend, wobei das Werk Hannover (Preß- und Schmiedeteile) bereits 8 Prozent Minus im Auftragseingang des ersten Halbjahres hatte. Nur beim Werk Grevenbroich (Folien und dünne Bänder), das nochmals 8 Prozent Auftragsplus erzielte, konnte die Primärmetallverteuerung bereits voll im Produktpreis weitergereicht werden.

Die Produktion aller deutschen Aluminiumhütten, an der VAW zur Hälfte beteiligt ist, nahm im ersten Halbjahr bei voller Kapazitätsauslastung noch um 8,6 Prozent auf 386 500 t zu.

Mehr Ausgaben für weniger Kinder

HARALD POSNY, Düsseldorf

Für die rund 11,5 Millionen Kinder und Jugendlichen bis zu 16 Jahren werden in diesem Jahr voraussichtlich 4,5 Mrd. DM an Bekleidung aller Art ausgegeben. Mit der Tatsache, daß etwa 22 Prozent der Gesamtbevölkerung etwa sechs Prozent des gesamten Textil- und Bekleidungsumsatzes bestreiten, sind Hersteller und Einzelhandel durchaus zufrieden.

Die Umsatzschwäche während der Sommermonate wird nach einhelliger Meinung des Handels in den Monaten September bis Dezember, vor allem im immer wichtigeren Weihnachtsgeschäft, mehr als ausgeglichen. Die letzten vier Monate bringen etwa 40 Prozent des Jahresumsatzes. Abgesehen von diesen längerfristigen Tendenzen haben einige Artikelbereiche der Kleidung für Kinder und Jugendliche durchaus aktuelle Bezüge zur Kleidung der Erwachsenen: So tun sich auch hier die „klassischen Artikel", also Kleider und Anzüge, schwer, während Kombinationen deutlich besser verkauft werden.

Für den Handel ist die Mode ein besonders stark belebender Faktor. Dies natürlich wesentlich stärker bei Mädchen als bei Jungen. Dazu kommt, daß Mädchen über erhebliche Beträge verfügen, die sie – mit zunehmendem Alter – auch in Bekleidung „umsetzen". Langfristig ist für die Industrie ein „Trost", daß die Gesamtzahl der Kinder in den nächsten Jahren nicht in dem Tempo früherer Jahre abnimmt. Dabei gilt weiterhin, daß die Eltern noch stärker als in der Vergangenheit bereit sind, mehr Geld in Kinderbekleidung zu investieren.

Katz: Gesundung macht Fortschritte

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Katz Werke AG, Gernsbach, führender Hersteller von Bierdeckeln und darüber hinaus mit einer Reihe von Holz- und Betonprodukten am Markt, plant für das laufende Geschäftsjahr 1984/85 (31. 5.) einen Umsatzzuwachs von 5 Prozent. Im Geschäftsjahr 1983/84 hatte das Unternehmen 50,1 Mill. DM umgesetzt.

Katz ist nach Auskunft von Vorstandsmitglied Friedrich Liegert in allen Sparten gut beschäftigt und schreibe schwarze Zahlen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hatte die Firma, die insbesondere durch ihr inzwischen abgestoßenes US-Engagement in tiefrote Zahlen geraten war und einen Kapitalschnitt vornehmen mußte, einen Jahresüberschuß von 2,2 Mill. DM ausgewiesen, durch den sich der Verlustvortrag auf 6,4 Mill. DM reduzierte.

Liegert hofft, daß die Verluste bis 1987 getilgt sind und daß danach eine Dividendenzahlung wieder aufgenommen werden kann. Zuletzt war für 1980 eine Dividende von 12 Prozent gezahlt worden. Am Grundkapital von 9,1 Mill. DM ist die oberpfälzische Pfleiderer-Gruppe mehrheitlich beteiligt.

Die Bierdeckel-Sparte macht allein zwei Fünftel des Katz-Umsatzes aus. Hier habe der Umsatz über den Planzahlen gelegen. Investiert hat Katz im Berichtsjahr 2,1 Mill. DM bei 1,6 Mill. DM Abschreibungen. Im laufenden Jahr bewegen sich die Investitionen in Höhe der Abschreibungen. Die Eigenmittelquote von Katz beträgt gut 23 Prozent. Beschäftigt werden rund 450 Mitarbeiter.

Ted Bates

WENN SIE IM EXPORT NEUE WEGE GEHEN, KOMMEN SIE AN EINER ERFAHRENEN BANK NICHT VORBEI.

Erfolg im Auslandsgeschäft ist eine Frage von Kapazität, Kompetenz und kurzen Wegen. Der geeignete Partner für Sie muß schnell entscheiden und handeln können und alle Arten und Details der Exportfinanzierung beherrschen.

Mit unserem Emissionsrecht sichern wir Ihnen den Zugang zum heimischen Kapitalmarkt und damit zur Festzinsfinanzierung. Als Spitzeninstitut des genossenschaftlichen Bankenverbundes sind wir, die DG BANK, auf den nationalen und internationalen Geldmärkten zu Hause und können Ihnen zinsvariable Finanzierungen in Inlands- und in den wesentlichen Eurowährungen anbieten.

An den wichtigsten internationalen Plätzen sind wir vertreten, können Sie vor Ort aktuell informieren und mit bedarfsgerechten Finanzierungspaketen unterstützen – nicht zuletzt durch einen Auslandspool, den wir gemeinsam mit den genossenschaftlichen Zentralbanken gegründet haben.

Auch bei Finanzierungen in erheblichen Größenordnungen sprechen Sie mit nur einem Partner – ohne lange Instanzenwege. Die Finanzierungskonzeption erarbeiten wir *im direkten* Gespräch, zu dem unsere Fachleute auch gern zu Ihnen kommen. Überzeugen Sie sich selbst von dem Wert, den Erfahrung gerade heute hat.

DG BANK, Postfach 26 28, Wiesenhüttenstraße 10, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (069) 26 80-1, Telex 412 291.

Im Verbund der Volksbanken und Raiffeisenbanken



Computenz.

25.–30. Oktober
ORGATECHNIK KÖLN '84
5. INTERNATIONALE BÜROMESSE
Wir stellen aus
Halle 10 OG, Stand F/G E/F 69/70

Computererfahrung
durch mehr als 50 000 Installationen –
das ist die Kompetenz von Triumph-Adler.

Mit den erfolgreichen alphatronic Mikrocomputern
stellen wir sie täglich unter Beweis.

Ob für die kaufmännische Verwaltung,
Kalkulation, Textverarbeitung
oder Grafikdarstellung –
mit einem alphatronic Mikro
liegen Sie vorn.

alphaTronic



Die deutsche Leistung –
dahinter steht der qualifizierte Fachhandel.

Wieder Nachfrage nach Stahlaktien

Aber Autowerte unter Druck – sonst nur kleine Schwankungen

DW. – Bei lebhaften Kursen zu Umsätzen, die nur wenig von den Schlußnotizen des Vortags abwichen, erwies sich die Mehrzahl der Standardaktien als bemerkenswert widerstandsfähig. Hier dürften Kaufaufträge aus dem Ausland vorgelegen haben. Die jüngsten Dollar-Schwankungen haben die Meinung gefestigt, daß der Dollar nun in etwa seinen Gipfelpunkt erreicht hat, so daß Käufe deutscher Aktien von der Währung her nicht länger hinausgezögert zu werden brauchen. Inländische Anleger widmeten sich erneut den Stahlaktien.

Im Mittelpunkt der Nachfrage stand bei den Stahlaktien Hoesch, wo eine Wiederaufnahme der Dividendenzahlungen als möglich gilt. Mit nach oben gezogen wurden Klöckner und zu einem kleinen Teil auch Thyssen. Unter Druck lagen dagegen Autoaktien, eine Reaktion auf die Diskussionen über die Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung. Der Porsche-Kurs wurde um fast 20 DM zurückgenommen. VW-Aktien konnten sich demgegenüber besser behaupten. Man geht davon aus, daß ein Tempolimit auf Autobahnen für den Absatz des Volkswagenwerks weniger nachteilig sein wird als bei Daimler, BMW und Porsche. Bankaktien wurden weitgehend auf Vortagsbasis gehandelt.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt gaben um 7 DM und Scheidemandel um 6 DM nach. Audi NSU erhöhten um 14 DM und Balcke Dürr um 5 DM. Gerresheimer Glas verbesserten sich um 2,50 DM. Ver. Rumpus stockten um 10 DM und Kochs Adler um 4 DM auf. Bei den Versicherungen verloren Colonia 5 DM und Nordstern 10 DM. Allianz Leben verbesserten sich um 10 DM auf 4210 DM.

Frankfurt: Deutsche Steinzeug erhöhten um 3 DM auf 194 DM und Dywidag um 7,50 DM auf 162,50 DM. Gestra verloren 3 DM, Grünzweig und Hartmann 6 DM, Lahmeyer 15 DM und Mercedes 7 DM. Pfaff verminderten um 4,60 DM und Porsche um 18 DM. Rheinische Hypo stockten um 10 dM auf.

Hamburg: Beiersdorf waren erholt und schlossen mit 378 DM und Reicelt mit 107 DM. Haller Meurer gaben um 6 DM auf 154 DM nach. HEW gingen zu 82 bis 80,90 DM aus dem Markt und NWK-Vz. schlossen mit 184 DM. Phoenix Gummi waren mit 125,50 um 1,50 DM leichter veranlagt.

München: Nachgeben haben Etienne Aigner um 2 DM, Agrob St. um 4 DM und Deckel Ag um 3,50 DM. Esterer Maschinen verloren 10 DM und Leonische Draht 5 DM. Audi NSU erhöhten um 4 DM und Dywidagum 10 DM. Electronic 2000 stockten um 3 DM und Zahnräder Renk um 5 DM auf.

Berlin: Engelhardt und Schering konnten sich um 4 DM verbessern, DUB-Schultheiss um 2 DM und Herlitz St. um 1,50 DM. Kempinski wurden um 13 DM niedriger taxiert. Berthold schwächten sich um 6 DM ab und Berliner Kindl um 3 DM.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 154,1 (154,7)
Welt-Umsatzindex: 2490 (2540)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 3. 10. 84: 932 Optionen = 52 500 (77 200) Aktien, davon 197 Verkaufsoptionen = 11 150 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-100/10, 1-110/5, 4-120/16,6, 4-120/6,5, BASF 1-150/1,9, 1-160/6,5, 1-170/4,1, 4-150/12, 4-160/11,4, 4-170/6,8, 4-180/3,9, 7-180/6,5, Bayer 1-160/16,9, 1-180/5,8, 1-190/2,9, 4-170/15,6, 4-180/8,5, 4-190/5,9, 4-200/3,4, 7-200/8, Bekula 1-95/6,5, BMW 1-410/7, 4-410/12, Bay. Vereinsbk. 4-340/16,5, Commerzbank 1-150/19, 1-160/10,4, 1-170/5, 4-160/14,4, Conti 4-120/16,7, 4-140/3,4, 7-150/2, Daimler 4-650/11, Deutsche Bank 1-380/11,4, 1-410/5,9, 4-340/50, 4-360/33, 4-390/20,8, 4-410/9, 7-430/10,75, Dresdner Bank 1-170/6,5, 4-170/12, GHH ST 1-160/6, 4-130/22, 4-160/13,4, 4-170/6,5, Hoechst 4-180/8,85, 4-190/5,55, Hoesch 1-90/15, 1-100/7,6, 1-110/3,9, 4-100/10,5, 4-110/5,7, Karstadt 1-250/7,3, Klöckner 1-60/8, 1-65/4,2, 1-70/3, 4-65/7, 4-70/5, 7-65/9, 7-75/3, Lufthansa ST 4-170/5,4, Mercedes 4-550/13, Mannesmann 1-140/18, 1-140/10,6, 1-150/9,6, 1-160/6,2, 1-170/2,5, 4-160/10,4, 4-170/6,4, Preussag 4-270/15, RWE VZ 1-180/5,7, 4-170/7, Schering 4-410/15, Siemens 1-400/38, 1-420/27,8, 1-430/17,5, 1-450/12,8, 1-490/12, 1-70/6,8, 4-390/55, 4-400/50, 4-420/37,5, 4-440/27, 4-470/12, 7-480/12, 7-500/7,5, Thyssen 1-80/3,5, 1-85/2, 4-80/6, 4-85/3,6, Veba 1-170/5,4, 4-190/2,9, 7-180/7,5, VW 1-170/16,5, 1-180/9,1, 1-190/7, 1-200/3,7, 4-190/12, 4-210/5, Alcan 4-85/7,5, 4-90/5,1, Chrysler 1-90/8, 1-95/5, 1-100/3,4, IBM 4-410/9, 7-410/15, Litton 1-210/6,4, Norsk Hydro 1-200/28,2, 1-220/10,6, 4-230/9,4, 4-240/7, Philips 1-40/6,6, 1-45/4,9, 4-50/3, Sony 1-55/3,4, 4-50/9,4, 4-55/4, Sperry 4-130/3, Xerox 1-120/6,5. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-100/1,9, 1-110/4,9, 4-100/4, 4-110/7,2, BASF 1-160/3,4, Bayer 1-170/1,8, 4-170/2,5, BBC 1-200/4, BHF 1-250/4,05, Bay. Hypo 4-380/5, BMW 1-380/3,2, 4-370/7, 4-380/13, Commerzbank 1-160/3, 1-170/8, 4-160/3,6, 7-160/5,4, Conti 1-130/5, 4-130/6,7, 7-130/8, Daimler 1-560/6,4, 1-580/10, Deutsche Bank 4-340/4,7, 4-360/9,4, Degussa 4-360/7,6, 4-370/10, Dresdner Bank 1-160/1,5, 1-164/2,5, 4-160/4, Hoechst 4-170/2,9, Kaufhaus 1-230/6,5, Klöckner 1-60/1,4, 1-70/6, 4-65/3, Lufthansa ST 4-150/4,1, Mannesmann 1-150/2,2, 4-150/2,6, Schering 1-390/4,4, Kali + Salz 1-240/0,5, 4-230/3,35, Siemens 1-410/2,8, 4-400/5, 4-420/8, VW 1-180/5, 4-160/1,5, Alcan 4-80/3,6, Chrysler 1-85/2,3, 1-90/4, General Motors 4-200/5,6, IBM 1-340/3, 1-360/10, 4-380/20, Philips 4-45/2,4, Royal Dutch 4-150/5. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11 –11⅛	5⅜–5⅝	4⅝–4⅞
3 Monate	11¼–11½	5¾–6	5 –5¼
6 Monate	11⅜–11⅝	5⅞–6⅛	5 –5¼
12 Monate	12 –12¼	6 –6¼	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 3. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1505,00	1863,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1245,00	1508,70
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	649,80
1 £ Sovereign alt	237,00	292,98
1 £ Sovereign Elizabeth II.	234,00	289,56
20 belgische Franken	182,00	234,84
10 Rubel Tscherwonez	248,00	310,08
2 südafrikanische Rand	236,00	290,70
Krüger Rand, neu	1065,00	1254,00
Maple Leaf	1065,00	1254,00
Platin Noble Man	1010,00	1191,30

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	246,00	307,80
20 schweiz. Franken „Vreneli"	186,00	235,98
20 franz. Franken „Napoléon"	185,00	234,84
100 österr. Kronen (Neuprägung)	984,00	1185,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	245,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	103,00	134,52
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	448,00	550,62
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

3. 10. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York2)	3,0155	3,0235	2,9965	2,95	3,05
London1)	3,763	3,777	3,723	3,70	3,85
Dublin1)	3,093	3,107	3,042	3,76	3,91
Montreal3)	2,2955	2,3035	2,2578	2,24	2,34
Amsterd.	88,545	88,765	88,605	87,25	89,75
Zürich	120,950	121,150	120,91	119,50	122,25
Brüssel	4,918	4,938	4,862	4,80	5,00
Paris	32,495	32,655	32,10	31,75	33,50
Kopenh.	27,580	27,700	27,255	26,50	28,25
Oslo	34,440	34,560	33,805	33,50	35,25
Stockh.**)	35,050	35,210	34,455	34,00	35,75
Mailand2) **)	1,657	1,617	1,57	1,57	1,67
Wien	14,212	14,252	14,17	14,15	14,35
Madrid**)	1,774	1,784	1,734	1,70	1,82
Lissabon**)	1,850	1,870	1,742	1,55	2,35
Tokio	1,2265	1,2295	–	1,19	1,25
Helsinki	47,890	48,090	46,915	47,00	48,75
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,05	0,20
Athen*) **)	2,3900	2,4440	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5090	2,5280	–	2,46	2,56
Johannesbg.*)	1,8085	1,8275	–	1,80	1,85

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die Umsätze in Dollar/D-Mark verlagerten sich auf ein niedriges Niveau, man handelte zwischen 3,0195 und 2,9920, wobei 3,0195 auch der amtlich notierte Kurs war. Die Bundesbank griff in den Handel nicht ein. Insgesamt gesehen mangelte es weiterhin an neuen Faktoren, doch dürfte das Gerede um Schwierigkeiten einer amerikanischen Großbank und die Aufhebung der Kuponsteuer in Deutschland den Dollar geschadet haben. Bei den anderen amtlich notierten Währungen überwogen die Minus-Korrekturen, die jedoch nur im Falle des Escudos, des Yen und des Canadischen Dollars bemerkenswert waren. US-Dollar in: Amsterdam 3,4035; Brüssel 61,25; Paris 9,2560; Mailand 1871,75; Wien 21,1830; Zürich 2,4944; Ir. Pfund/DM 3,100; Pfund/Dollar 1,2486; Pfund/DM 3,770.

Ostmarkkurs am 3. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,50; Verkauf 23,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Für die Dollar-Deports wurden am 3. Oktober geringere Abschläge genannt aufgrund eines minimalen Zinsrückgangs.

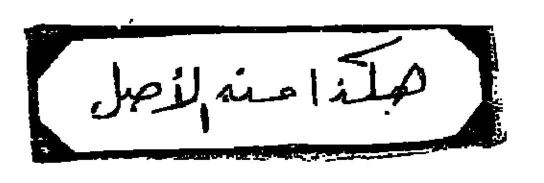
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,51/1,41	4,36/4,26	8,53/8,33
Pfund/Dollar	0,08–0,08	0,29–0,33	0,72–0,77
Pfund/DM	2,30/0,90	5,20/3,80	9,10/7,70
FF/DM	23/7	56/40	103/87

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 3. 10.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 3. 10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 3. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 7,75 (6,87) – 8,00 (7,12) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,48). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 7,25 (6,91) – 8,00 (7,18) – 8,25 (7,40) – 8,50 (7,58) – 8,50 (7,71) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,55, 2 Jahre 6,50. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100,80, Rendite 7,30.





Öffentliche Anleihen gesucht

Im Vorgriff auf die erwartete Abschaffung der Couponsteuer für Ausländer wurden bei den öffentlichen Anleihen umfangreiche Meinungskäufe vorgenommen. Deren Kurse zogen daraufhin in der Spitze bis 0,35 Prozentpunkte an. Dieser Kursschub kommt dem Bund bei der Festsetzung der Konditionen für seine neue Anleihe entgegen. Bei einem siebendreiviertelprozentigen Nominalzins könnte nunmehr ein Kurs über pari festgesetzt werden. DM-Auslandsanleihen waren kaum verändert, gleiches gilt für den Pfandbriefmarkt, wo es eine Stimmungsbesserung gab.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

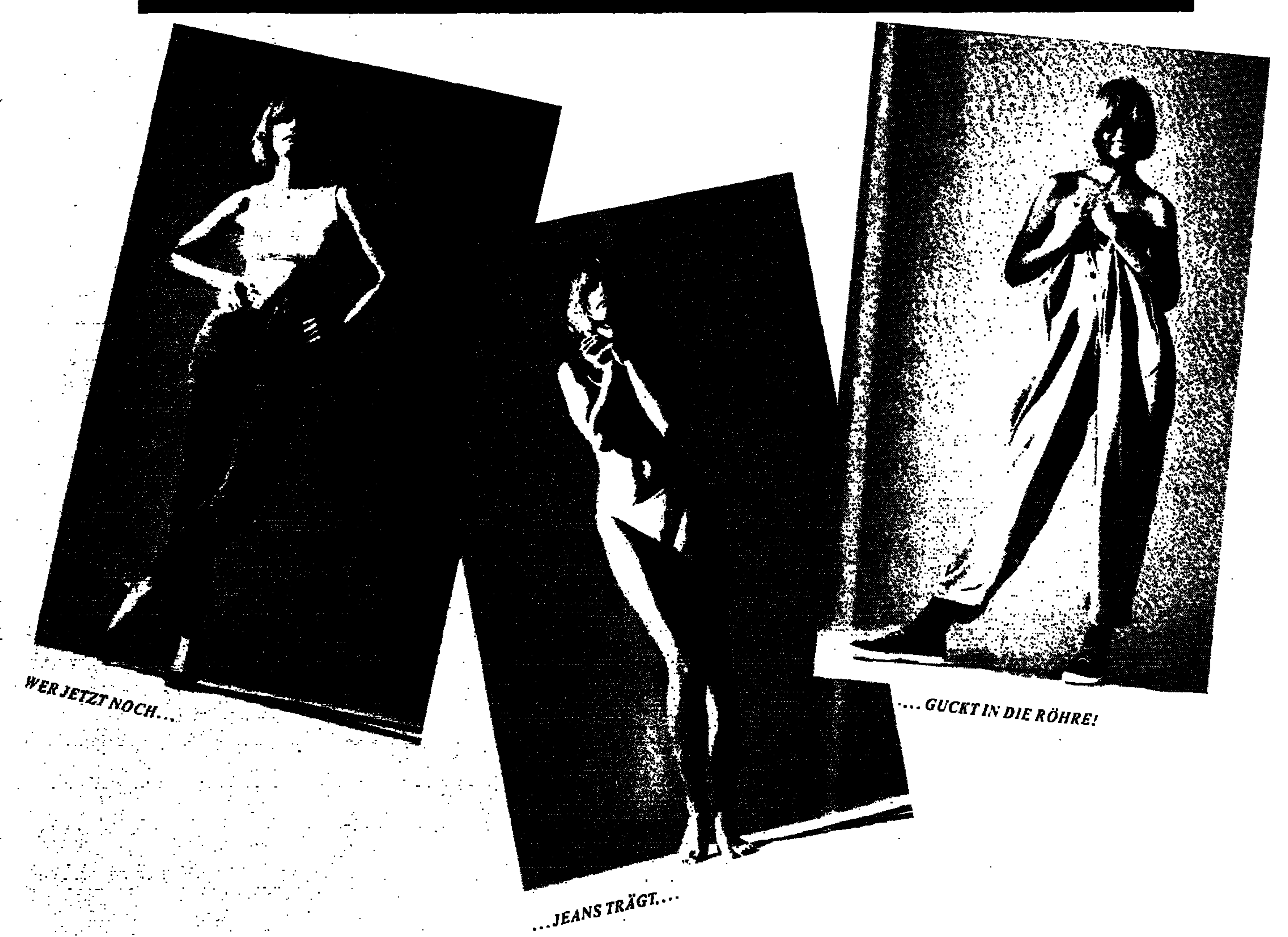
Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

EINE HOSE STEIGT AUS





WOLF THIEME (47), seit 1981 STERN-Redakteur, arbeitete bei Bild und der Freundin, war Ressortleiter „Unterhaltung" bei der Quick, stellvertretender Chefredakteur der Funkuhr und Chefredakteur des Playboy.

Schlägt der Jeans die letzte Stunde? Die etablierten Hersteller wie Levi-Strauss, die vor 100 Jahren die erste Hose an den Mann brachten, gucken buchstäblich in die Röhre. Heute machen leichte und bequeme Baumwollhosen der Mode Beine – und in den einst „Jeans-Shop" genannten Boutiquen muß man sich zu den „Altherrenhosen" im hintersten Regal erst durchfragen. Auch ihre Funktion als Protestschrittmacher gegen etablierte Bekleidungsvorschriften hat die Jeans längst eingebüßt: Wenn der Hochschullehrer mit dem blauen Beinkleid Jugendlichkeit signalisieren will, wird dies eher als peinliches Relikt der 60er Jahre belächelt.

An den endgültigen Abgang der Jeans will man noch nicht so recht glauben – vielleicht erlebt die Baumwolle eines Tages doch wieder ihr blaues Wunder.



Der Bericht von Wolf Thieme steht im STERN. Diese Woche.

stern

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Unverändert in den vorderen Sichten und gut behauptet in den entfernteren Kontrakten ging Kupfer aus dem Markt. Gewinne in allen Sichten verzeichneten Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	2. 10.	1. 10.
Dez.	350,00	347,25
März	357,75	356,00
Mai	355,25	345,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif	2. 10.	1. 10.
St. Lawrence 1 CW	238,60	238,25
Amber Durum	250,25	250,95

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	139,00	141,00
Dez.	144,40	145,90
März	150,70	152,40

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	119,80	120,00
Dez.	122,70	122,50
März	125,00	124,80

Hafer Chicago (c/bush)	2. 10.	1. 10.
Dez.	177,25	175,50
März	177,75	176,00
Mai	176,75	175,00

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	279,50	277,50
März	284,50	281,25
Mai	288,50	285,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	2. 10.	1. 10.
Okt.	130,30	127,50
Dez.	129,60	129,50
März	132,80	132,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	2. 10.	1. 10.
Terminkontr. Dez.	134,25	133,51
März	133,05	132,65
Mai	132,10	131,90

Kakao New York ($/t)	2. 10.	1. 10.
Terminkontr. Dez.	2170	2165
März	2148	2125
Mai	2160	2158
Umsatz	3118	4427

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,37	4,88
März	5,88	5,45
Mai	6,23	5,83
Juli	6,53	6,18
Sept.	6,80	6,70
Umsatz	15750	4250

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	2. 10.	1. 10.
	4,20	4,18

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	2. 10.	1. 10.
Nov.	2322–2324	2327–2331
Jan.	2240–2241	2243–2245
März	2170–2173	2172–2174
Umsatz	3895	3492

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1856–1857	– –1851
März	1823–1825	1812–
Mai	1823–1830	1813–1815
Umsatz	3705	4271

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	135,40–135,80	130,40–130,60
März	151,40–151,60	146,40
Mai	159,00–159,20	154,40–154,60
Umsatz	2270	867

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	2. 10.	1. 10.
schw. Sarawak spez.	435,00	435,00
weißer Sarawak	680,00	690,00
weißer Muntok	687,50	697,50

Orangensaft New York (c/lb)	2. 10.	1. 10.
Nov.	177,95	178,15
Jan.	180,50	180,55
März	180,90	181,60
Mai	180,80	181,60
Juli	180,55	180,80
Umsatz	1 250	1 200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	2. 10.	1. 10.
Südstaaten fob Werk	35,50	36,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,00	30,25

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	26,00	26,10
Dez.	24,65	24,70
Jan.	24,35	24,30
März	24,10	24,10
Mai	24,05	23,95
Juli	23,80	23,70
Aug.	23,50	23,60

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	28,00	28,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	28,50	28,50
Choise white hog 4% fr. F.	21,25	21,50

Talg New York (c/lb)		
top white	21,75	21,75
fancy	21,50	21,50
bleichfähig	19,75	19,75
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	44,55	44,60
Dez.	46,25	45,80
Febr.	47,90	48,37

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	63,30	63,15
März	62,70	63,00
Mai	63,92	63,85

Häute Chicago (c/lb)	2. 10.	1. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	66,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	58,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	588,00	590,50
Jan.	601,00	602,00
März	615,00	615,50
Mai	626,00	627,00
Juli	633,00	631,50
Aug.	632,00	630,50
Sept.	625,50	623,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	142,10	142,50
Dez.	148,60	148,90
Jan.	151,60	151,80
März	156,50	156,50
Mai	162,00	162,40
Juli	166,00	166,00
Aug.	165,00	164,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	2. 10.	1. 10.
Okt.	344,50	343,60
Dez.	353,00	352,20
März	366,60	365,60

Kokosöl New York (c/lb)	2. 10.	1. 10.
Westküste fob Werk	61,50	62,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	3. 10.	2. 10.
jegl. Herk. cif	875,00	875,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	630,00	630,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	645,00	655,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	237,50	242,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippines cif	1350,00	1320,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	284,00	288,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	2. 10.	1. 10.
Okt.	64,61	64,35
Dez.	64,51	64,50
März	66,38	66,32
Mai	67,62	67,60
Juli	68,73	68,65
Okt.	69,10	69,35

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	45,25	45,50

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	2. 10.	1. 10.
Okt.	490-511	494-498
Dez.	505-511	502-504
Jan.	506-512	503-504
Umsatz:	86	72

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	2. 10.	1. 10.
Dez.	unerhältl.	51,60
März	unerhältl.	51,40
Mai	unerhältl.	53,10
Juli	unerhältl.	53,40
Umsatz:	0	0
Tendenz:		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	2. 10.	1. 10.
Okt.	580,0-585,0	geschl.
Dez.	–	geschl.
März	576,0-581,0	geschl.
Umsatz:	18	–

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	2. 10.	1. 10.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	2. 10.	1. 10.
Okt.	13 230	13 238
Nov.	13 100	13 089

Kautschuk London (p/kg)	2. 10.	1. 10.
Nr. 1 RSS loco	62,00-65,50	61,00-65,00
Nov.	62,00-63,00	60,00-63,00
Dez.	62,00-64,50	60,00-63,00
Jan.	62,50-65,50	– -64,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	1. 10.	28. 9.
Okt.	212,00-213,00	–
Nov.	211,00-212,00	–
Nr. 2 RSS Okt.	199,50-200,50	198,50-199,50
Nr. 3 RSS Okt.	196,00-197,00	195,00-196,00
Nr. 4 RSS Okt.	189,00-190,00	188,00-189,00
Tendenz: etwas leichter		

Jute London (£/lgt)	2. 10.	1. 10.
BWC	810,00	810,00
BWD	795,00	795,00
BTC	810,00	810,00
BTD	795,00	795,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	3. 10.	2. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	127,66-127,85	128,64-128,83
drittfolg. Monat	128,42-128,42	129,08-129,21
Zink: Basis London		
laufend. Monat	227,75-227,94	224,79-225,17
drittfolg. Monat	227,56-227,75	226,11-226,49
Produz.-Preis	284,21	286,35
Reinzinn 99,9%	4111-4151	4150-4191

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	3. 10.	2. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	393,37-395,26	393,85-395,74
Blei in Kabeln	135,25-136,25	136,25-137,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	3. 10.	2. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	382	383
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	426-430	426-430
MS 63	411-416	411-417

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	2. 10.	1. 10.
(Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	3. 10.	2. 10.
Leg. 225	345-363	345-363
Leg. 226	347-365	347-365
Leg. 231	377-395	377-395
Leg. 233	387-405	387-405

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	3. 10.	2. 10.
Platin (DM je g)	34,55	34,45
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 100	34 200
Rücknahmepr.	33 350	33 450
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 370	34 460
Rücknahmepr.	33 510	33 600
verarbeitet	36 050	36 150
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 840	33 820
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	758,20	763,60
Rücknahmepr.	735,20	731,60
verarbeitet	791,50	786,70

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	3. 10.	2. 10.
London 10.30	347,60	344,85
15.00	348,50	345,25
Zürich mittags	347,70-348,20	345,00-345,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 950	103 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	608,90	604,20
3 Monate	624,50	619,45
6 Monate	639,40	635,10
12 Monate	671,10	667,05

Platin (£-Feinunze)	2. 10.	1. 10.
London fr. Markt	263,30	262,30
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	112,20	112,30

New Yorker Preise	2. 10.	1. 10.
Gold H & H Ankauf	345,25	345,40
Silber H & H Ankauf	756,00	750,00
Platin fr. Händlerpr.	325,00-329,00	325,00-329,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	139,00-140,00	139,00-140,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	760,70	752,80
Nov.	767,70	760,00
Dez.	774,00	766,50
Jan.	781,70	774,10
März	786,50	787,50
Mai	811,30	804,00
Juli	826,50	819,50
Umsatz:	16 000	14 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	2. 10.	1. 10.
Okt.	56,75	56,75
Nov.	57,30	57,30
Dez.	57,90	57,95
Jan.	58,55	58,55
März	59,75	59,75
Mai	60,25	60,95
Juli	62,15	62,10
Umsatz:	6 500	4 500

Londoner Metallbörse

	3. 10.	2. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	811,00-812,00	817,00-818,00
3 Monate	835,00-835,50	841,00-842,00
Blei (£/t) Kasse	338,00-338,50	339,00-340,00
3 Monate	340,00-340,50	341,00-341,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1029,0-1029,5	1029,5-1030,5
3 Monate	1050,0-1050,5	1051,5-1052,5
abends Kasse	–	1032,0-1033,0
3 Monate	–	1054,0-1055,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1030,0-1030,5	1032,0-1034,0
3 Monate	1049,0-1050,0	1052,0-1054,0
Zink (£/t) Kasse	603,00-603,50	592,0-593,0
3 Monate	602,50-603,00	595,5-596,0
Zinn (£/t) Kasse	9395-9400	9295-9300
3 Monate	9345-9350	9295-9300
Quecksilber ($/Fl.)	–	307-308
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	84-88

Canadä

Der 450. Jahrestag der ersten Expedition nach Kanada in Gold verewigt.

100 DOLLARS · 1534 · JACQUES CARTIER · 1984

Die neunte 100$ Goldmünze der Königlich Kanadischen Münze.

Vor 450 Jahren entdeckte Cartier Kanada, als er nach dem Gold der Neuen Welt suchte. Im Jahr 1534 lichtete Jacques Cartier, ein Seefahrer Franz des I., in St. Malo die Anker. Er segelte westwärts, passierte Neufundland und entdeckte die Einfahrt in den St.-Lorenz-Strom, wo es nach den Berichten der Eingeborenen "weit hinter dem großen Fluß ein Land geben soll, wo die Menschen auf Gold gehen." 1984 feiert nun die kanadische Regierung den Jahrestag dieser historischen Begebenheit und widmet diesem Ereignis die neunte 100 $ Goldmünze.

Der Gold-Mythos Kanadas wurde Wirklichkeit, denn heute ist die Königlich Kanadische Münze wegen der hohen Perfektion ihrer Münzen weltberühmt.

Diese Tradition wird jetzt mit der 100 $ Goldmünze "Jacques Cartier" fortgesetzt. Die Münze ist gesetzliches Zahlungsmittel in Kanada und enthält genau 1/2 Unze Feingold (15,551 g) und 1,414 g Feinsilber, das ergibt einen Goldanteil von 916,6/1000 fein.

Die Münzprägung wird auf die Bestellungen limitiert, die bis zum 15. Dezember 1984 vorliegen und weltweit eine Auflage von 200.000 nicht überschreiten. Jede einzelne Münze, durch eine Klarsichtkapsel geschützt und in einem echten Lederetui angeboten, erhält ein numeriertes Echtheitszertifikat. Diese neunte 100 $ Goldmünze wird zweifellos das Herz aller Sammler gewinnen, aber auch diejenigen faszinieren, die es zu würdigen wissen, daß die großen Ereignisse der Menschheitsgeschichte in Gold verewigt werden.

Ø 27 mm

Ein historisches Ereignis – in Gold verewigt.

Wegen weiterer Informationen wenden Sie sich bitte an die Bank oder Sparkasse Ihres Vertrauens oder senden Sie diesen Coupon in Deutschland an: Richard Borek - Münzhandelsgesellschaft mbH - Deutsche Münze - Theodor-Heuss-Straße 7, D-3300 Braunschweig.

Royal Canadian Mint · Monnaie royale canadienne

DMM 3183

Autorisierte Vertriebsstellen

DEUTSCHLAND - Richard Borek - Münzhandelsgesellschaft mbH - Deutsche Münze - Theodor-Heuss-Straße 7 - D-3300 Braunschweig - Tel. (0531) 8099-000

H.W. Hercher - Münzengroßhandel - 7801 Umkirch bei Freiburg (für Großhandel an Banken, Sparkassen und Münzhandel).

ÖSTERREICH - Schoeller & Co - Bankaktiengesellschaft - Renngasse 1-3 A-1010 Wien - Tel. 222/63 56 71.

SCHWEIZ - Münzkabinett Zürich AG - Strehlgasse 27, Postfach 4613 - CH - 8022 Zürich - Tel. 01/211 11 33 - Telex 813 810/MKAZ CH.

Coupon

W2

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich Ihre ausführlichen Informationen über die neunte 100-Dollar-Goldmünze der Königlich Kanadischen Münze.

Name: ...
Straße: ...
PLZ/Ort: ...
Alter: ... Beruf: ...

Ruhig und zentral wohnen in NÜRNBERG

HOTEL GARNI



Ringhotel Nürnberg

Fernflüge superbillig Skytours (07 61) 7 07 02 (0 75 31) 2 50 23

Karriere – Dynamik

Sie sind dynamisch, können verkaufen, haben technisches Verständnis und sind bere... ...ien? Vielleicht hatten Sie auf dem Sektor „technische Investitionsgüter" bereits Erfahrungen und Erfolge. Das wären gute Voraussetzungen für einen Gebietsverkaufsleiter Nord, dem ein süddeutsches Unternehmen hochwertige Produkte für Maschinen und Anlagen anvertrauen will.

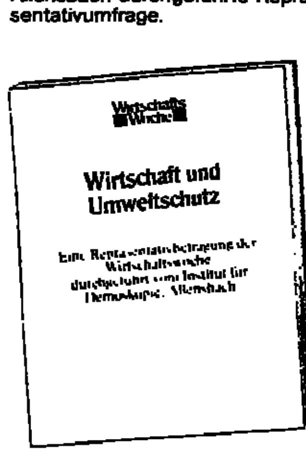
Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 6. Oktober, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Wirtschafts Woche

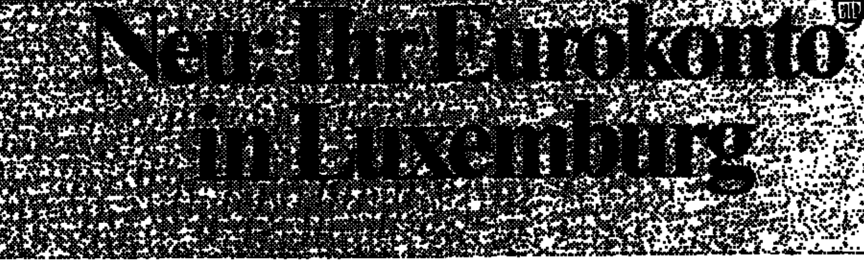
Umweltschutz: Unternehmer oder Unterlasser?

In den letzten zehn Jahren hat die bundesdeutsche Wirtschaft nach Schätzungen von Experten 90 Milliarden Mark in den Umweltschutz investiert. Dennoch glauben nur 13% der Bevölkerung, daß die Unternehmer freiwillig etwas für den Umweltschutz tun, jedoch 55%, daß die Unternehmer gegen schwarze Schafe in den eigenen Reihen nichts unternehmen, sondern „zusammenhalten". 86% der Befragten konnten kein Unternehmen nennen, „das besonders viel für den Umweltschutz tut". Dieses schlechte Image der deutschen Unternehmer belegt eine im Auftrag der WIRTSCHAFTSWOCHE vom Institut für Demoskopie in Allensbach durchgeführte Repräsentativumfrage.

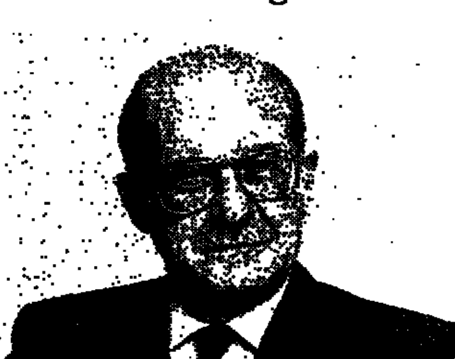


Die zwei Bände mit 342 Seiten Untersuchungsergebnissen und erläuternden Kommentaren sind zum Preis von DM 410,- inkl. MwSt. und Versandkosten erhältlich. Der Versand erfolgt in der Reihenfolge des Bestelleingangs Anfang Dezember 1984.

Die schriftliche Bestellung richten Sie bitte an:
WIRTSCHAFTSWOCHE-Leserservice „Wirtschaft und Umweltschutz" Postfach 37 34 · 4000 Düsseldorf 1



Gold hat seine eigenen Gesetze. Besonders in Luxemburg.



Nicolas Goergen,
Conseiller Général, zuständig für internationale Anlageberatung bei der Banque Internationale à Luxembourg S.A. (BIL)

„Der Erwerb von Goldbarren und Goldmünzen, wie z. B. Krügerrand in einer der vier Größen, ist am Platz Luxemburg aktueller denn je: Sie erwerben Ihr Gold mehrwertsteuerfrei und unkompliziert. Auch die Anlage in Gold-Zertifikaten oder die Eröffnung eines Goldkontos bei der BIL sollten Sie in Ihre Vermögensplanung einbeziehen. Sie wissen doch: Gold bleibt Gold.

Warum gerade Luxemburg?
Geld fühlt sich dort am wohlsten, wo es gut behandelt wird. Nicht nur vorteilhafte fiskalische Bestimmungen, sondern auch ein gesetzlich geregeltes Bankgeheimnis tragen zu einer attraktiven Gesamtrendite bei. Unsere aktuellen Zinssätze für Festgeldkonten sollten Sie noch heute abrufen.

BIL – seit 1856 in Europa
Die Banque Internationale à Luxembourg ist mit mehr als 125-jähriger Erfahrung im Firmen- und Privatkundenbereich ein traditionell gewachsenes Kreditinstitut und besitzt als ältestes luxemburgisches Institut ein noch heute gültiges Banknotenprivileg. Die Bilanzsumme erreichte zum Ende 1983 10,8 Mrd DM.

Beratung und Vermögensverwaltung bei der BIL
Sprechen Sie mit mir oder einem unserer persönlichen Kundenberater über Vermögens- und Depotverwaltung. Interessant für Sie: Wertpapierberatung auf internationaler Ebene durch unsere Fachleute, unter anderem in Eurobonds und internationalen Anleihen, Treuhandkonten oder Festgeldkonten in allen gängigen Währungen. Rufen Sie mich noch heute an oder senden Sie den Antwortschein ein. Die Kundenberatung in deutscher Sprache ist selbstverständlich.

Wir informieren Sie ausführlich
Ein detailliertes und für Sie individuelles Angebot sollten Sie Ihrem Vermögen nicht vorenthalten. An Erfahrung fehlt es uns nicht, denn mit nahezu 8 Mrd DM an Kundengeldern verwaltet die BIL das größte Einlagevolumen aller Luxemburger Banken im Privat- und Firmenkundengeschäft. Der gute Umgang mit uns anvertrautem Geld ist die beste Referenz, die wir Ihnen bieten können. Und Sie wissen doch: Luxemburg ist gleich nebenan."

Banque Internationale à Luxembourg S.A.
L-2953 Luxembourg, boulevard Royal, 2
Tel.: 00352-474794 (Nicolas Goergen)
Telex: 0402 3626 BIL LU

Coupon W3

Ja, mich interessieren die individuellen Vorteile des Eurokontos bei der BIL. Schicken Sie mir zunächst Informationsmaterial zum Thema

- O Festgeldkonto
- O Edelmetallgeschäft
- O Wertpapiere und Vermögensverwaltung
- O Holdinggesellschaften

Name:
Vorname:
Straße:
Ort:
Telefon:

BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG
Seit 1856 – mitten in Europa

Herausgeber Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.), Internationale Politik: Manfred Neuber, Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.), Meinungen: Enno von Loewenstern, Bundeswehr: Rüdiger Monlac, Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm, Zeitgeschichte: Walter Görlitz, Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.), Industriepolitik: Hans Baumann, Geld und Kredit: Claus Dertinger, Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.), Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden, Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach, Sport: Frank Quednau, Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.), Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT), WELT-Report: Heinz Klage-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer, Leserbriefe: Henk Ohnesorge, Personalien: Ingo Urban, Dokumentation: Reinhard Berger, Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje, Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klaus Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43-44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 - 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT/WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Den Ausgeschlossenen: Teilhabe



Foto: Karl Samson

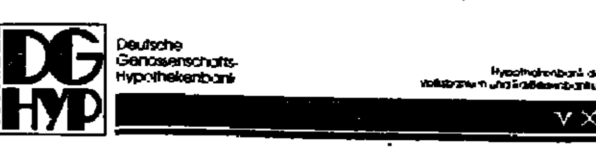


MISEREOR
Mozartstraße 9, 5100 Aachen
Spendenkonto:
556-505 Postscheckamt Köln
556 Stadtsparkasse Aachen
(BLZ: 390 500 00)





Viel ist erreicht. Viel mehr bleibt zu tun: Spendenkonto 909090 bei allen Banken, Sparkassen und Postscheckamt Köln 909090-501. Dem Leben zuliebe Deutsche Krebshilfe e.V.



Auslosung

Am 27. September 1984 wurde unter Mitwirkung unseres Treuhänders die 5. planmäßige Auslosung folgender Emission vorgenommen:

$4\frac{1}{2}$% Kommunalschuldverschreibungen Reihe 95 1. 12. gzj. – 237 291 / 237 297 –

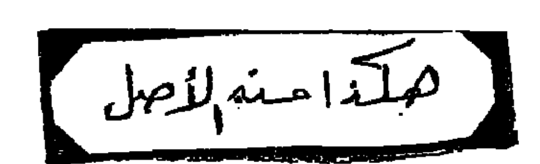
Es wurde die Gruppe 2 – 237 292 – gezogen.

Die darauf entfallenden Kapitalbeträge werden am 1. Dezember 1984 zum Nennwert über die Kassenvereine gezahlt. Stücke wurden nicht ausgegeben.

Mit Ablauf des 30. November 1984 endet die Verzinsung der ausgelosten Gruppe 2 dieser Schuldverschreibungen.

Hamburg-Berlin, im Oktober 1984

DG HYP Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank



Geläutert

Peter Schneider will seine Aussage eher als Cartoon verstanden wissen als ein Abstraktum: „Wenn nichts mehr läuft, dann kann man auch nichts mehr verleasen." Gemeint ist vom Geschäftsführer der V. A. G. Leasing der Fall, daß eh alle Spatzen vom Himmel fallen. Dann läuft natürlich nichts mehr.

Und dennoch steckt eine Portion Realismus in dieser Aussage: Sie umschreibt, was bisher durchaus nicht gängige Leasing-Philosophie in der Bundesrepublik war, die Tatsache nämlich, daß Leasing resistent sei gegen den Virus der Flaute, daß Leasing so etwas wie den Reservemotor der Konjunktur darstelle. Schneider formuliert ohne Schnörkel: „Wir sind nicht frei von wirtschaftlichen Zyklen."

Was für den größten Hersteller-Leaser der Bundesrepublik gilt, das gilt auch für die weniger potenten Wettbewerber. Sie müssen um die Aufträge ringen. Und dabei kann Leasing hilfreich sein, denn es ist für die Produzenten im Grunde nichts anderes als ein Marketing-Instrument. Daher ist es beinahe gleichgültig, ob die Hersteller-Leasinggesellschaft Gewinne macht oder nicht – die Kasse hat bei der Mutter zu stimmen, was nicht ausschließt, daß die dankbar ist, wenn ihr Marketing-Instrument seine Kosten selbst einspielt.

Aber nicht nur der Anspruch, antizyklischer Motor zu sein, hat sich – Gott sei Dank – geläutert. Auch die Kosten-Nutzen-Aussage wandelt sich in Richtung Wahrhaftigkeit. Und die läßt sich gerafft inzwischen zu der simplen Aussage bernieder: Leasen ist nicht billiger als kaufen.

Billiger ist es nur dann ein wenig, wenn es dem Leasing-Nehmer gelingt, das beim Leasen gesparte Kapital tatsächlich zinsgünstig einzusetzen – was den unerbittlichen Zwang voraussetzt, daß es überhaupt vorhanden ist. Vorteile gewährt das Leasing aber auch jenem Unternehmer, dessen Produktionsgut schnellem technologischem Wandel unterworfen ist, der also stets auf produktivste Weise produzieren kann. Es ist kein Geheimnis, daß kleine Unternehmen zum Leasing greifen, weil ihnen das Kapital etwa für die Anschaffung einer kleinen Autoflotte fehlt, sie aber mit ihrem Betrieb durchaus in der Lage sind, die Leasing-Raten zu erwirtschaften.

Hier bekommt Leasing eine neue Qualität: Es fördert den deutlichen Trend zur Selbständigkeit, der wohl schon im laufenden Jahr die Pleiteserie der letzten Jahre brechen wird. So wird Auto-Leasing zum finanziellen Startinstrument für junge Unternehmer. Die Hersteller-Leaser täten gut daran, auch diesen Gesichtspunkt künftig in ihren Aussagen mit herauszustellen.

Obwohl die Branche in der Bundesrepublik gerade 16 Jahre alt ist, wird sie doch deutlich erwachsener. An die Stelle des Arguments der Kostenwürdigkeit tritt mehr und mehr das Angebot von Leasing-Paketen, von Service also, der die Leasing-Nehmer entlastet und dem privaten Auto-Leaser ein Bündel an Bequemlichkeiten bietet.

Nicht genug, daß der „Apparat" der Leasing-Gesellschaften dem Autofahrer die Entrichtung von Steuern und Versicherungsprämien abnimmt, wer möchte, der kann auch die Reifenrechnung von der Leasing-Gesellschaft begleichen lassen, die Benzinrechnung ebenso, falls gewünscht. Reizvoll erscheint immer mehr Leasing-Nehmern die Einbeziehung von Reparaturen und die Abwicklung von Unfällen in den Leasing-Vertrag.

Es ist bekannt, daß die Verträge mit solchen Reparaturklauseln die Leasing-Geber nicht selten um ihren Gewinn bringen, denn die Leasing-Rate darf durch eine solche Klausel nicht den Magnetismus des Auto-Leasing abschalten. Aus diesem Dilemma aber wachsen die Auto-Leasinggesellschaften allmählich heraus: Je mehr Leaser die Reparaturklausel in Anspruch nehmen, um so breiter streut sich das Risiko für den Leasing-Geber.

Soviel steht aber heute schon fest: Fahrer von Leasing-Autos haben nicht mehr Reparaturen als Fahrer, denen der Wagen gehört. In der Branche gibt es für dieses Problem, das die Zeit lösen hilft, bereits eine Formel: „Vernünftige Menschen auf einem vernünftigen Auto machen gute Renditen." Und da die Vernunft beim Autofahren ungefähr mit dem 35. Lebensjahr einkehrt, sind den Leasing-Gesellschaften Kunden jenseits dieses Reifegrades am liebsten.

Geläutert hat sich auch die Aussage von Leasing-Gesellschaften, daß der, der seinen Wagenpark least, seinen Fuhrpark abschaffen kann. Daß mit solch einem Wort ein Bumerang geschleudert worden war, das haben die Leasing-Gesellschaften zu spüren bekommen. Denn wer ist von der Botschaft der Wegrationalisierung des Fuhrparks am meisten betroffen? Der Leiter des Fuhrparks natürlich. Und wenn der nicht gerade amtsmüde ist, dann wird er alle Hebel in Bewegung setzen, um kein geleastes Fahrzeug auf den Firmenhof kommen zu lassen.

Aber auch hier sollen künftig keine Eigentore mehr geschossen werden. Die Philosophie von heute schwenkt bei und verkündet, daß der Fahrdienstleiter durch einen Leasing-Vertrag Luft bekommt für seine eigentlichen Aufgaben im Bereich der Logistik. Für die Fahrzeuge, deren Anmeldung und Kosten bis hin zur Reparatur und Unfallabwicklung sorgt der Leasing-Geber, der notfalls auch ein Ersatzfahrzeug stellt.

So wird der Fahrdienstleiter zum Leasing bekehrt. Und da alles seinen Preis hat, nahmen die Leasing-Geber von der Idee Abschied, eines nahen Tages auch die Logistik eines Unternehmens mit in ihr Service-Paket aufzunehmen. Ein bescheidener und eigentlich nur ideeller Preis, wenn man bedenkt, welchen Kostenbrocken sich die Leasing-Gesellschaften mit der doch oft komplizierten Logistik aufgeladen hätten.

HANS BAUMANN



Mit entsprechendem Service-Vertrag können die Risiken rund um das Auto vom Privatmann auf die Leasinggesellschaft übertragen werden

FOTO: DIE WELT

Deutsche Verkehrsrichter fordern kundenfreundliche „Allgemeine Geschäftsbedingungen" für Auto-Leasing

Der Markt soll transparenter werden

Bm. Braunschweig

„Die Leasing-Gesellschaften wollen erreichen, daß die Diskussion über das Auto-Leasing künftig mit rationellen Argumenten geführt und so auf eine faire Basis gestellt wird." Damit reagierten Peter Schneider und Udo Schülke, Geschäftsführer der V. A. G. Leasing GmbH, Braunschweig, Tochter des Volkswagenwerks, in einem Gespräch mit der WELT auf eine Forderung des 22. Deutschen Verkehrsgerichtstages Anfang des Jahres in Goslar.

Die Juristen hatten die Schaffung eines „bundeseinheitlichen Bindungswerkes" gefordert, um allgemein gültige und kundenfreundliche „Allgemeine Geschäftsbedingungen" zu schaffen. Kurz gesagt: Der Markt des Auto-Leasing soll transparenter werden.

Diese Transparenz ist unerläßlich, wenn das Autoleasing in den kommenden Jahren maßgeblich von Privatleuten bestimmt werden soll. Daß das so sein kann, hat das Jahr 1983 gezeigt, als das private Leasen von Fahrzeugen geradezu einen Boom erlebte.

Heute beträgt der Bestand an verleasten Autos in der Bundesrepublik rund 550 000 Autos, davon 150 000, die privat geleast wurden. Auch von den Auto-Leasing-Gesellschaften wird es als sensationell empfunden, daß allein im letzten Jahr 100 000 privat geleaste Autos hinzukamen.

Wie weit der Spielraum für das Auto-Leasing noch ist, zeigt ein Blick auf die Neuzulassungen, die 1983 immerhin 2,6 Millionen Fahrzeuge betrugen und für 1984 diese Größenordnung wohl nicht ganz erreichen werden, woran nicht zuletzt der Streik Schuld trägt.

Aber auch ein Blick in die USA zeigt die Zukunftschancen des Autoleasings. Genaue Zahlen gibt es von dort nicht. Aber die Fachwelt schätzt, daß rund 20 Prozent der dort zugelassenen Fahrzeuge geleast sind.

Für einen anhaltenden Zug zum Autoleasing auch in der Bundesrepublik spricht nicht zuletzt, daß die Sparquoten auf den Konten der bundesdeutschen Bürger sinken. Das Volumen für einen Autokauf schrumpft also. Hier werden die Leasing-Gesellschaften mit allgemeinen Geschäftsbedingungen und mit umfassenden Service-Paketen einhaken.

Ziel ist, die Risiken rund um das Auto vom Privatmann auf die Leasing-Gesellschaft abzuwälzen, so wie es die gewerbliche Wirtschaft für ihre geleasten Fahrzeuge in hohem Maße schon nutzt. Dabei gilt es für die Leasing-Gesellschaften, die in manchen Bundesländern noch immer stark ausgeprägte Eigentumsmentalität abzubauen, um dem Leasing den Weg zu ebnen mit dem Slogan: Nicht kaufen, sondern nutzen.

Angelpunkt von Diskussionen zwischen Autohändlern und potentiellen Leasern war bisher immer die Festsetzung des Restwertes, der ja entscheidend ist für die Höhe der monatlichen Leasing-Raten. Der Handel darf als Ziel nicht aus dem Auge verlieren, den Restwert so zu kalkulieren, daß er am Markt bei Rückgabe des Wagens durch den Leasing-Nehmer auch erzielt wird. Hier haben Modelle, die einen relativ hohen Wiederverkaufswert haben, einen natürlichen Vorteil gegenüber Marken, deren Wert am Gebrauchtwagenmarkt schneller verfällt.

Was den privaten Leaser eines Autos reizt, ist die Entlastung, die ihm das Leasing bietet, man könnte es auch die Bequemlichkeit nennen. Mit einer einzigen Unterschrift beschafft er sich ein Auto, das dazu nötige Geld (was der Verleaser im Weg der Refinanzierung besorgt), die Entrichtung der Kraftfahrzeugsteuer und der Versicherungsprämien, er „kauft" den Fachmann bei der Leasing-Gesellschaft mit ein, der ihm die Probleme nach einem Unfall abnimmt, der mit seinem umfassenden Fachwissen eine Reparaturrechnung mit viel helleren Augen liest als ein Privatmann.

Und nach zwei oder drei Jahren steht ein „nagelneues" Auto (oder gar ein neues Modell) vor der Haustür. Bezahlt wird mit den monatlichen Raten nur der Wertverlust des Autos einschließlich der anfallenden Zinsen.

Die Zukunft des privaten Leasings für Automobile wird demnach im wesentlichen davon abhängen, in welchem Maße es den Leasing-Unternehmen gelingt, dem Autofahrer den Nutzen darzustellen, der ihm aus Zeitgewinn und aus geringerem Kapitalaufwand als für ein gekauftes Auto zuwächst.

Trotz Schulung ihrer Händler-Organisationen verstehen sich noch längst nicht alle Autohändler auf das Leasinggeschäft. Hier reifen aber mit der Zeit intern noch Früchte. Leasing hat eben eine andere Qualität als Verkaufen. Verkaufen kann der Händler mit einer Probefahrt. Auf ihr wird der Kunde von der Technik überzeugt, von der Bequemlichkeit, der Elastizität des Motors, vom sparsamen Verbrauch oder von der Automatik.

Leasen dagegen ist ein abstrakter Vorgang, der intellektuell erfaßt werden muß. Doch der Boom im Jahre 1983 läßt die Vermutung zu, daß wie im gewerblichen Bereich nun auch in zunehmendem Maße beim privaten Autofahrer die Vorteile des Leasing gesehen und genutzt werden.

Was ist eigentlich Leasing?

Auto-Leasing erfreut sich seit einigen Jahren auch bei Privatleuten steigender Beliebtheit. Die Automobilfirmen selbst oder Leasing-Firmen bieten eine ganze Reihe günstiger Angebote.

Während Autokauf oder Finanzierung die Haushaltskasse stark strapazieren, mietet der Leasing-Kunde das Auto und hat bei nur geringen „Einstiegskosten" die Möglichkeit, den Wagen nach Ablauf der vereinbarten Leasing-Zeit zu einem festgelegten Restwert zu kaufen. Also: Nicht der Gesamtpreis wird bezahlt, sondern zunächst nur die Miete. Die Automobilhersteller fördern diese Kauf-Alternative immer wieder durch befristete Sonderaktionen im Rahmen ihrer Werbung. Dazu ein Beispiel aus jüngster Zeit: Bei einer Leasing-Rate von 99 Mark monatlich für einen Passat C, 60 PS, ergeben sich in 18 Monaten 1782 Mark. Rechnet man die zu Beginn fällige Sonderzahlung in Höhe von 6329 Mark und den kalkulierten Restwert von 8914 Mark dazu, ergeben sich für den Leasing-Nehmer Kosten in Höhe von 17 025 Mark, was dem normalen Händlerverkaufspreis entspricht.

Fazit: Man zahlt keinen Pfennig mehr, als wenn man den Wagen sofort bar bezahlen würde und hat dabei den Vorteil, nur eine vergleichsweise geringe Summe monatlich berappen zu müssen.

Wo ist der Haken? Im Grunde gibt es keinen, die Automobilfirmen werben mit diesen Finanzierungsangeboten eben um Kunden. Beachten muß man allerdings, daß grundsätzlich eine Vollkaskoversicherung verlangt wird und meist regelmäßige Untersuchungen in einer Vertragswerkstätte vorgenommen werden müssen. Manche Firmen schreiben auch bestimmte Versicherungen vor.

NACHRICHTEN

Mehr Unfälle – aber weniger Tote

WR. Wiesbaden

Die Gesamtzahl der Unfälle gegenüber dem Vorjahr ist um vier Prozent auf fast 855 000 gestiegen; das teilte jetzt das Statistische Bundesamt (Wiesbaden) mit. Um 7,7 Prozent auf fast 572 000 hat dabei die Zahl der Bagatellunfälle zugenommen. Die Zahl der Unfälle mit Getöteten oder Verletzten ist jedoch um 2,5 Prozent auf 170 885 Unfälle gesunken.

Von Januar bis Juli dieses Jahres kamen 4822 Menschen bei Verkehrsunfällen ums Leben. Das sind 10,7 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Jahres 1983. Die Zahl der Verletzten ist um 2,6 Prozent auf 224 000 gesunken. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen über die beteiligten Verkehrsteilnehmer an Unfällen von Januar bis Mai ist vor allem die Zahl der getöteten Fahrradfahrer und Fußgänger zurückgegangen, nämlich um 15,5 und 17,2 Prozent.

Neue „Offensive" aus Japan

WR. Bonn

Die japanischen Autoanbieter rüsten jetzt offensichtlich zum Angriff auf die Autohersteller der oberen Klasse wie Daimler-Benz, BMW und Audi. Nachdem Mitsubishi mit einer neuen Version des „Galant" ein Fahrzeug der 30 000-Mark-Klasse präsentierte, will Mazda als nächstes japanisches Unternehmen mit einem Pkw dieser Klasse auf den deutschen Markt.

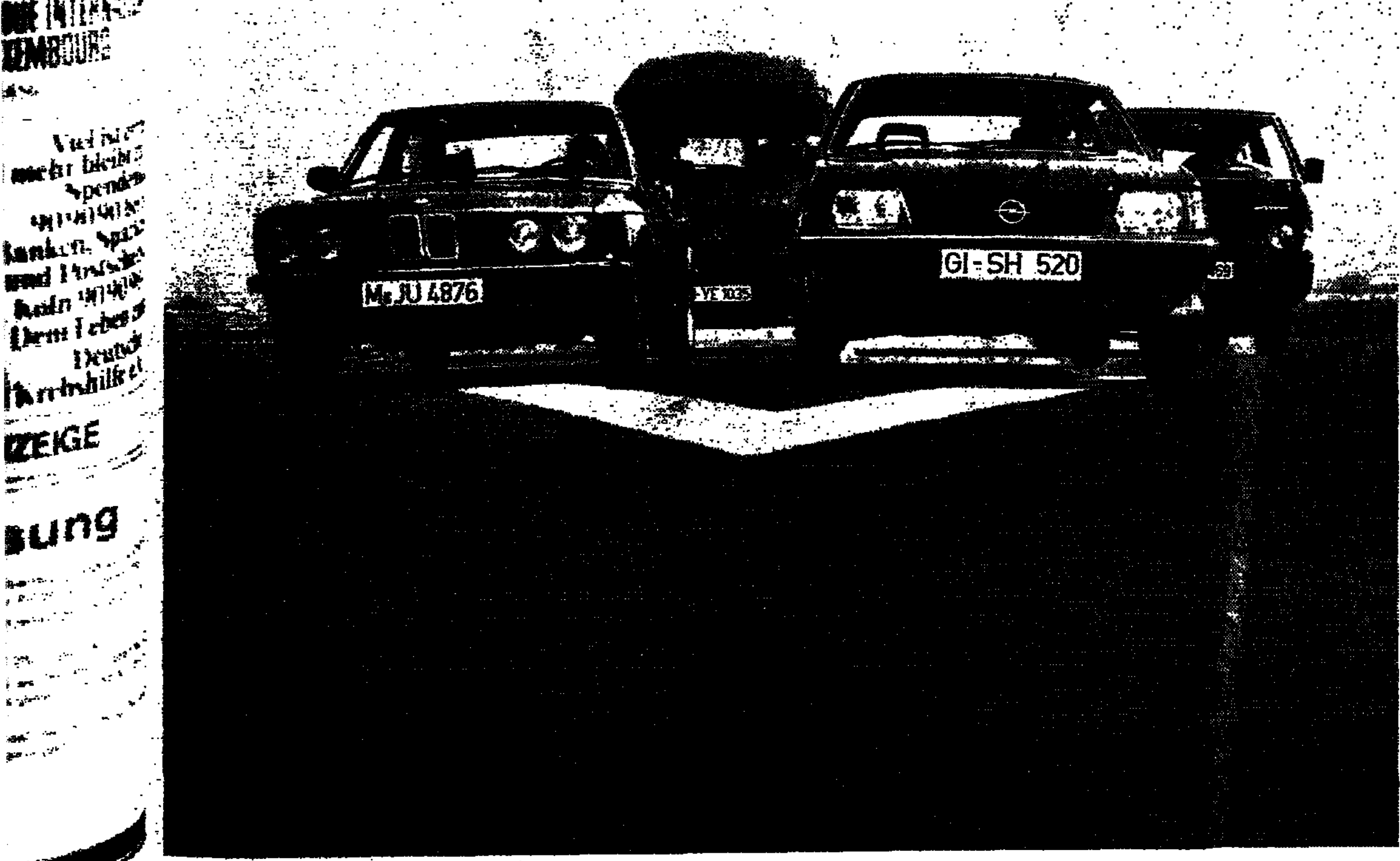
Mazda hatte nach eigenen Angaben in den letzten Monaten vor allem mit dem Mazda 626 in der Zwei-Liter-Klasse beachtliche Erfolge. Jetzt kommt das Modell 929 mit einer 120 PS starken Einspritz-Version in Komplett-Ausstattung mit Preisen von 23 000 (Limousine) und 25 000 Mark (Coupé) auf den Markt. Bereits im Frühjahr 1985 sollen weitere Autos der gehobenen Klasse aus japanischer Fertigung von Toyota und Nissan folgen.

In den ersten sieben Monaten 1984 lag der Anteil japanischer Autos bei den Neuzulassungen in der Bundesrepublik bei zwölf Prozent. Händlerkreise rechnen damit, daß in diesem Jahr 280 000 japanische Autos in der Bundesrepublik verkauft werden, nach 260 000 im letzten Jahr.

Urteil: Bremsen oder weiterfahren?

dpa, München

Autofahrer, die vor einer plötzlich auftauchenden Katze oder vor einem Hund bremsen, müssen blitzschnell den Schaden eines möglichen Auffahrunfalls kalkulieren können. Das Oberlandesgericht Frankfurt hat entschieden, daß ein solch unerwartetes Bremsmanöver dann nicht als Ordnungswidrigkeit verfolgt wird, wenn ein möglicher Sachschaden am Fahrzeug des Hintermannes unerheblich bleibt und Menschen nicht gefährdet sind (AZ: 1 Ws (B) 163/83; DAR 84/157).



Die Deutsche Auto-Leasing beschleunigt Ihren Erfolg

Schon zum Zeitpunkt Ihrer Investitionsplanung stellt sich die Frage, ob Sie den Fuhrpark kaufen oder leasen werden; das gilt auch für einzelne Automobile und den Privat-Pkw. Genau dann sprechen Sie am besten mit der Deutschen Auto-Leasing. Denn wir geben Ihnen das sichere Gefühl, die richtige Entscheidung zu treffen.

Als eines der ersten Unternehmen gründeten wir eine hersteller-unabhängige Auto-Leasing-Gesellschaft – die Deutsche Auto-Leasing. Ihr Vorteil: Wir verbinden Automobilverstand mit Leasingwissen. Dank den inzwischen jahrzehntelangen Erfahrungen können wir Sie entsprechend gründlich beraten. Die Deutsche Auto-Leasing findet die wirtschaftlichste Lösung für Sie.

Ob Sie Unternehmer sind oder Privatmann – Sie zahlen nur die bequemen Monatsbeträge, die immer konstant bleiben. Hinzu kommt: Kein Gebrauchtwagenärger, immer das neueste Modell, freie Kreditlinien und mehr Liquidität. Mit dem freigewordenen Kapital können Sie neue Ziele ansteuern.

Kommen Sie jetzt zur Deutschen Auto-Leasing. Wir bringen Sie weiter als von A nach B.

Deutsche Auto-Leasing GmbH, Schöne Aussicht 25, 6380 Bad Homburg v. d. H., Telefon (06172) 4031
Deutsche Leasing AG, Hungener Straße 6–12, 6000 Frankfurt/M. 60, Telefon (069) 15291
Geschäftsstellen: Hamburg (040) 201661, Hannover (0511) 345814, Bielefeld (0521) 68090, Düsseldorf (0211) 80434, Köln (0221) 624051, Frankfurt (069) 6664011, Nürnberg (0911) 37173, Karlsruhe (0721) 22952, Stuttgart (0711) 299681, München (089) 5027061





Ein Unternehmen der Deutschen Leasing AG

IMMOBILIEN-LEASING / Günstige Chancen am Baumarkt können schnell und unkompliziert realisiert werden

Praxisgerechter „Befund" für den Arzt

In der heutigen Zeit verändern sich Märkte sehr schnell. Informationen werden immer wichtiger, Kosten und Steuern steigen, Erträge, Liquidität und Kapitalvorsorge bereiten täglich Sorgen. Flexibilität ist das Gebot der Stunde. Darin sind sicherlich gute Gründe zu finden, warum das Immobilien-Leasing in den letzten Jahren eine derartige Bedeutung erlangen konnte.

Nicht das Eigentum, sondern ausschließlich die Nutzung einer Immobilie bringt Erfolg und Gewinn. Dies ist eine Tatsache, die jeder Arzt bei seiner Investitionsentscheidung zu berücksichtigen hat. Die immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen zwingen dazu, Finanzierungslösungen zu suchen, die kein Eigenkapital binden. Ein vorsichtig disponierender Arzt wird daher versuchen, seine finanzielle Beweglichkeit dadurch zu erhalten, daß er den Gesamtverschuldungsrahmen möglichst wenig ausnutzt, um über eine strategische Finanzierungsreserve zu verfügen. Die Finanzierungsalternative lautet: Immobilien-Leasing.

Gegenstand von Immobilien-Leasingverträgen sind Grundstücke und Gebäude, die gewerblich genutzt werden. Hierzu zählen natürlich auch Praxen, die im Teileigentum stehen oder aber auch Wohnhäuser, die teilweise gewerblich genutzt werden. Wichtig ist, daß das einzelne Leasingobjekt selbständig funktioniert und rechtlich sowie wirtschaftlich eine selbständige Einheit darstellt.

Voraussetzung für den Abschluß eines Immobilien-Leasingvertrages ist ein Eigentumsrecht der Grundstücksverwaltungsgesellschaft an dem zu bebauenden beziehungsweise bebauten Grundstück. Dies kann zum einen dadurch geschehen, daß die Grundstücksverwaltungsgesellschaft das Grundstück erwirbt, andererseits besteht die Möglichkeit, dieser Gesellschaft und dem Grundstück ein langfristiges Erbbaurecht zu bestellen. Für die Einräumung des lastenfreien Erbbaurechts zahlt die Objektgesellschaft einen einmaligen Kaufpreis an den Erbbaurechtsgeber.

Zwei Möglichkeiten des Immobilien-Leasing für den Arzt sollen hier beschrieben werden. Sie wurden von der Immobilien-Beratungs- und Betreuungsgesellschaft in Mannheim entwickelt.:

1. Neubauvorhaben – Hat der Arzt den Entschluß gefaßt, einen Praxisneubau durchzuführen oder aber eine für eine Praxis geeignete Wohneinheit zu erwerben, so setzt er sich mit seinem Leasingpartner zusammen, um die weiteren Einzelheiten zu besprechen. Soll die Praxis erst errichtet werden, so beauftragt die Leasing-Gesellschaft gemeinsam mit dem Arzt ein Unternehmen, das mit der Erstellung des geplanten Neubaus beauftragt wird.

Damit ist die Möglichkeit gegeben, das Gebäude nach den Wünschen des Arztes und den praxisgerechten Erfordernissen durch einen eigenen Architekten oder aber einen selbstgewählten Generalunternehmer erstellen zu lassen. Selbstverständlich besteht diese Möglichkeit auch dann, wenn die geplante Praxis Teileigentum in einem größeren Objekt ist.

Soll eine bereits bestehende Praxis erworben werden, so erwirbt die Leasing-Gesellschaft direkt diese Praxis, um sie dann langfristig an den Arzt zu vermieten. Eventuelle Umbaumaßnahmen können gleichzeitig eingeleitet werden.

2. Sale-and-lease-back – Der Arzt verkauft das in seinem Eigentum stehende Objekt an die Leasing-Gesellschaft und mietet es über einen langfristigen Mietvertrag gleichzeitig zurück. Auf diese Weise werden die möglicherweise zwischenzeitlich entstandenen „stillen Reserven" freigesetzt und Liquidität geschaffen, da die Grundstücksverwaltungsgesellschaft die Immobilie zum Verkehrswert erwirbt. Grundlage für die Verkehrswertermittlung ist ein Bewertungsgutachten.

Zwei Vertragsmodelle werden angeboten: das Teilamortisationsmodell mit Mieterdarlehen und das Teilamortisationsmodell mit Lebensversicherung.

Beim Teilamortisationsmodell mit Mieterdarlehen werden innerhalb der ersten Mietperiode die Gesamtinvestitionskosten durch die Leasingraten, bestehend aus Mieten und Mieterdarlehen, in voller Höhe verzinst und getilgt. Das Mieterdarlehen entsteht aus den die steuerlich zulässige AfA übersteigenden Tilgungsbeträgen und baut sich linear über die Vertragslaufzeit auf. Die Summe aller Mieterdarlehen entspricht am Ende der ersten Mietperiode dem dann gegebenen Buchrestwert des Mietobjektes in der Bilanz der Grundstücksverwaltungsgesellschaft.

Für Arztpraxen bietet sich besonders eine Koppelung von Teilamortisationsmodell mit bereits vorhandenen Kapitallebensversicherungen an. Bei diesem Modell fällt kein Mieterdarlehen an. Dies bedeutet, daß die gesamte Leasingrate betrieblicher Aufwand ist. Parallel zum Leasingvertrag wird die möglicherweise bereits vorhandene Lebensversicherung an die Objektgesellschaft abgetreten. Die Höhe der Lebensversicherung ist so gewählt, daß der Auszahlungsbetrag inklusive Gewinnanteile bei Ablauf der Versicherungszeit den Restverbindlichkeiten der Objektgesellschaft entspricht. Die Lebensversicherungsprämien werden aus versteuerten Geldern gezahlt. Steuerlich interessante Effekte ergeben sich dadurch, daß die Gewinnanteile steuerfrei zufließen, während die gegenüberstehenden Leasingraten voll abzugsfähig sind. Gleichzeitig erreicht der Arzt durch diese Konstruktion eine Zusatzsicherheit für die Erfüllung des Leasingvertrages.

In aller Regel beträgt die Mietvertragslaufzeit 30 Jahre, wobei die erste Mietperiode über 20 Jahre läuft. Am Ende der ersten Mietperiode (nach 20 Jahren) bestehen für den Arzt folgende Möglichkeiten:

1. Der Arzt erwirbt bereits am Ende der 1. Mietperiode das Objekt zum Buchrestwert aufgrund einer ihm bei Vertragsabschluß in notarieller Form eingeräumten Option. Das Mieterdarlehen wird mit dem Kaufpreis verrechnet, beziehungsweise der Kaufpreis wird aus der fälligen Lebensversicherungsleistung bezahlt.

2. Mieter und Vermieter vereinbaren neue Mietbedingungen bis zum Ende der 2. Mietperiode.

Immobilien-Leasing für den Arzt wirkt wie eine objektbezogene, langfristige und hundertprozentige Fremdfinanzierung. Die wichtigsten Merkmale sind:

- Eigene Finanzierungsmittel, Eigenkapital oder Fremdkapital werden nicht benötigt.
- Die vorhandene Liquidität steht für andere Investitionen zur Verfügung.
- Langfristig vereinbarte Leasingraten schaffen eine gesicherte Kalkulationsgrundlage.
- Leasingraten sind beim Teilamortisationsmodell mit Lebensversicherung voll absetzbar.
- Mieten sind verloren – Leasingraten führen zu späterem Eigentum.
- Bestehende Kapitallebensversicherungen führen zu reduziertem Leasingaufwand.
- Günstige Chancen am heutigen Baumarkt können schnell und unkompliziert realisiert werden – Baupreissteigerungen werden damit gestoppt.

Immobilien-Leasing ist sicherlich auch für den Arzt, der heute mehr denn je Unternehmer ist, eine ins Kalkül zu ziehende Finanzierungsalternative. Besonders steuerliche Überlegungen zwingen ihn dazu. Um aber im Einzelfall eine objektive Entscheidung für oder gegen Immobilien-Leasing für den Arzt zu treffen, bedarf es einer detaillierten Analyse des in Frage kommenden Objektes sowie der Gesamtsituation. Als Richtschnur für die Größenordnung mag festgehalten sein, daß Immobilien-Leasing bei Objekten ab einer Größenordnung von 250 000 Mark regelmäßig eine interessante Alternative ist. In jedem Fall gibt es eine Vielzahl von Einflußgrößen, die nur nach Kenntnis der Gesamtsituation in ihrer Auswirkung bewertet werden können.

R. A. HEINEMANN

Am Bankschalter wurde Auto-Leasing hoffähig

Vor rund fünfzehn Jahren konnte in der Bundesrepublik Deutschland kaum jemand mit dem Begriff „Leasing" etwas Konkretes verbinden. Allein in den USA hatte sich zu jener Zeit das Leasing als neuartige Form der Vermietung industrieller Investitionsgüter bereits auf breiter Basis durchgesetzt. In Deutschland erkannten phantasievolle Unternehmer damals die neuen Möglichkeiten, die sich ihnen hier vor allem mit dem Fahrzeugleasing eröffneten.

Daß sie damit richtig lagen, zeigt die Entwicklung, die das Autoleasing seither auf dem Markt gemacht hat: Zum Jahreswechsel 1983/84 rollten nach Schätzungen von Fachleuten schon knapp 600 000 Personenwagen mit Leasingverträgen. Das entspricht einem Marktanteil von etwa 2,4 Prozent. Das ist zwar ein erheblich geringerer Marktanteil als der, den in USA Leasingfahrzeuge halten, aber die Steigerungsraten in diesem Bereich sind beeindruckend.

Dies wird deutlich am Beispiel des markenunabhängigen Unternehmens ALD AutoLeasing D GmbH (Hamburg): 1968 vom Autohändler Hans Ravenborg in Zusammenarbeit mit Gesellschaftern aus dem Autohandel gegründet, meldete ALD per Ende 1983 einen Bestand von 33 700 Einheiten, der einen Neuwert von 570 Millionen Mark darstellte. Angefangen hatte das Unternehmen mit 342 Fahrzeugen und einem Umsatz von 1,63 Millionen Mark.

Andere Leasinggesellschaften – viele sind fabrikatabhängig – haben sich ähnlich rasch entwickelt. Wie groß das Interesse an diesem sich weiterhin entwickelnden Markt ist, zeigt, daß sich die Deutsche Bank AG im vergangenen Jahr über ihr Tochterunternehmen GEFA-Leasing mit 30 Prozent am ALD-Stammkapital beteiligte. Und dies in der erklärten Absicht, das Autoleasing „am Bankschalter" hoffähig zu machen.

Zum gleichen Zeitpunkt erhielt das Hamburger Unternehmen unter einem neuen Namen auch eine neue Struktur, die von zehn Niederlassungen im Bundesgebiet geprägt ist. Fünf der zehn Niederlassungen wurden neu eingerichtet. Sie sind die Partner des Autohandels, der durch die räumliche Nähe des Leasingunternehmens verbesserte Möglichkeiten hat.

Die Attraktion des Auto-Leasing für gewerbliche und private Kunden hat viele Gründe. Im gewerblichen Bereich sind es vor allem Handwerker und Dienstleistungsunternehmen, die eine große Kapitalbindung



Gerhard Kaiser, Geschäftsführer der ALD AutoLeasing D GmbH FOTO: DIE WELT

vermeiden wollen. Für den privaten Leasing-Kunden bietet sich eine attraktive Alternative zum Autokauf. Denn das Privat-Leasing und seine in den letzten beiden Jahren stark in den Vordergrund getretene Attraktivität hat seinen Ursprung in der Erkenntnis der Automobilunternehmen, daß sich hier ein neuer Absatzmarkt öffnet.

Gerhard Kaiser, ALD-Geschäftsführer: „Angesichts seiner großen Popularität wird das Privatleasing nicht wieder vom Markt verschwinden, auch wenn sich die Förderung durch die Hersteller ändert, denn auch aus den USA wird gemeldet, daß das Individualleasing kräftige Zuwachsraten hat."

Dieser Optimismus wird unterstrichen durch die Zahlen des ersten Halbjahres 1984. ALD konnte gegenüber dem gleichen Zeitraum 1983 im gewerblichen Bereich eine Steigerung des Auftragseinganges um 40 Prozent verzeichnen. Noch beeindruckender nehmen sich demgegenüber die Auftragseingänge des gesamten letzten Jahres aus; sie stiegen 1983 gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 125 Prozent auf 22 010 Einheiten. Die Händler als Partner des Unternehmens gaben zeitweilig an, mehr als 50 Prozent des Neuwagengeschäfts über Leasing abzuwickeln. Und hier vor allem über das Privatleasing.

Voraussetzung für die Bewältigung derartiger Zuwachsraten ist neben der Ausbildung von geschultem Personal in einem Leasingunternehmen eine gesunde Kapitalbasis und die Erstellung eines reibungslosen Systems der Datenverarbeitung. Die Leasingunternehmen konnten hier auf keinerlei Erfahrungen oder fertige Programme zurückgreifen. Sie mußten, wie das Beispiel von ALD zeigt, mit den von ihnen gesammelten Erfahrungen eigene EDV-Programme entwickeln. ALD hat sein erfolgreiches EDV-Programm innerhalb der Branche weiterverkauft.

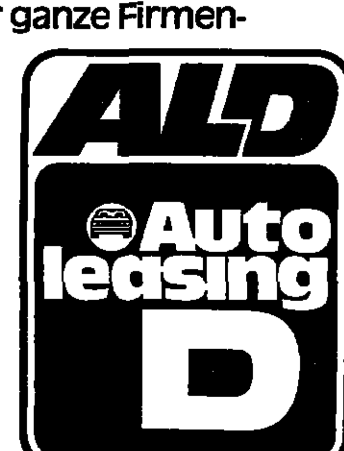
Die ersten anderthalb Jahrzehnte des Autoleasing in der Bundesrepublik Deutschland haben gezeigt, daß Handel, Dienstleistungsunternehmen, Konsum- und Investitionsgüterindustrie sowie freie Berufe und Privathaushalte dieser neuen Form der Autohaltung und Autofinanzierung mit wachsendem Interesse gegenüberstehen. Diese Chance wurde vom Automobilhandel, dem direkten Gesprächspartner des Leasingnehmers, in seiner ganzen Bedeutung bekannt und genutzt. Das Autoleasing ist deshalb vom Markt nicht mehr wegzudenken.

GEORG WEDEN

Deutschlands große Autoleasing-Gruppe mit über 15 Jahren Erfahrung und 33.000 Wagen!

ALD AutoLeasing D
- Markenunabhängig, unbürokratisch und entscheidungsfreudig.
- Dichtes Niederlassungs- und Service-Netz mit geschulten Spezialisten überall in Deutschland.
- Vom Zweitwagen über ganze Firmen-Fuhrparks bis zur LKW-Flotte.
- Vom Privat-Leasing bis zum Full-Service.
- Nahezu einmaliges Know-how durch über 15 Jahre Erfolg und Erfahrung im Autoleasing.

Sprechen Sie mit uns über Kostenreduzierung, Rationalisierung und Liquidität. Wir versprechen Ihnen interessante Neuigkeiten und „maßgeschneiderte" Angebote.



Hamburg 040/4 66 41
Berlin 030/7 92 20 99
Bremen 0421/61 30 04
Hannover 0511/80 40 01
Düsseldorf 0211/7 33 11 72
Frankfurt 0611/7 92 11
Saarbrücken 0681/815067
Stuttgart 0711/23 55 55
Augsburg 0821/79 10 11
München 089/141 00 56

Deutschlands große Autoleasing-Gruppe

ALD AutoLeasing D GmbH · Zentrale Hamburg · Nedderfeld 91 · 2000 Hamburg 54 · Telefon: 040/46 64–1

Mit dem Auto-Leasing ist es wie mit dem Steuerberater. Der eine sieht eine Schranke, der andere sieht einen Weg.



Wir konnen für Sie Berge versetzen. Große und kleine.
Albersloher Weg 54 · 4400 Münster · Telefon (02 51) 60202
Wie leistungsstark wir sind, erfahren Sie schon am Telefon.

Full-Service-Leasing

Wenn Sie Ihr Auto von uns im Full-Service-Leasing fahren, brauchen Sie wirklich nur noch zu fahren. Um alles andere kümmern wir uns. Und Sie sparen Bargeld.

Sprechen Sie mit uns!
02 11/8 48 41
Auto-Leasing GmbH & Co. KG
Berliner Allee 26
4000 Düsseldorf 1
Tx: 8 582 246



Auto-Leasing GmbH & Co. KG Düsseldorf
der Partner Ihres Vertrauens

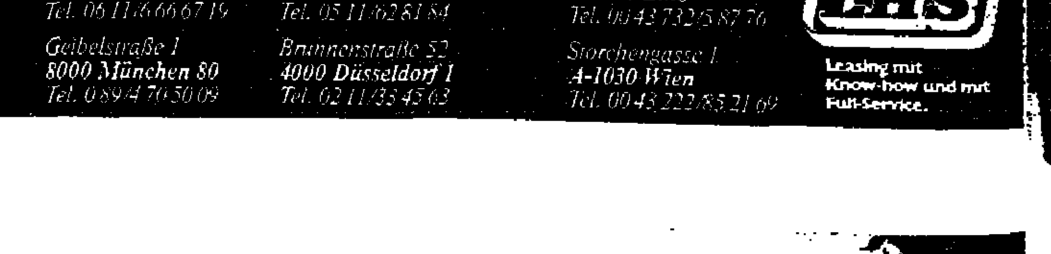
Senden Sie uns diesen Coupon zu oder rufen Sie uns direkt an – wir beraten Sie gerne.

Bitte rufen Sie Herrn/Frau ______
unter der Telefonnummer ______/______
zu einer Terminabsprache an!

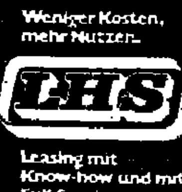
Name: ______
Straße: ______
PLZ/Ort: ______

9/84

Wenn Autoleasing dann Know-how, dann Full-Service, dann LHS.



Weniger Kosten, mehr Nutzen.



Leasing mit Know-how und mit Full-Service.

WELT-Gespräch mit Hans Kuschel, neuer Präsident der europäischen Dachorganisation Leaseurope

„Unser Leasing-System ist makellos"

Leasing ist jung, gerade zwanzig Jahre alt in der Bundesrepublik Deutschland. Die WELT nahm dieses Datum und die Wahl des Rechtsanwaltes Hans Kuschel (Hamburg) zum neuen Präsidenten der europäischen Standesorganisation der Leasing-Gesellschaften, Leaseurope, zum Anlaß eines Gesprächs. Hans Kuschel ist gleichzeitig Ehrenpräsident des Bundesverbandes Deutscher Leasinggesellschaften (Köln). Das Gespräch führte Hans Baumann.

WELT: Hat es die seriöse deutsche Leasing-Wirtschaft versäumt, rechtzeitig darauf hinzuwirken, daß das Finanzierungsinstrument Leasing die gleiche Noblesse zeigt wie die etablierte Kreditwirtschaft?

Kuschel: Die Leasing-Branche in Deutschland, deren Verbandspräsident ich viele Jahre war, hat von Anfang an eine noble und seriöse Geschäftspraxis entwickelt. Das gilt auch heute in einer konjunkturell schwierigen Landschaft. Den leider unerfreulich hochgespielten „Fall DAL" mit seinen Randerscheinungen reflektiert keine Fehler im System des Leasing in Deutschland, möglicherweise in einer einzelnen Gesellschaft. Auch die Kreditwirtschaft konnte einige recht spektakuläre Fälle nicht verhindern. Wie auch?

WELT: Das junge Leasing-Geschäft hat Leasing-Gesellschaften wie Pilze aus dem Boden schießen lassen. Rund 600 „Firmen" verleasen Mobilien und Immobilien. Ist es nicht an der Zeit, daß die Refinanzierungsinstitute hier eine Säuberungsaktion – vielleicht mit dem wirksamen Mittel der Abstinenz – einleiten?

Kuschel: Hierzu zwei Vorbemerkungen: 1. Die Leasing-Gesellschaften vermieten und finanzieren sich. Das „re" ist systematisch ungenau. 2. Eigentlich müßte diese Frage den Banken gestellt werden.

Zur Sache: Man muß die Zahl der 600 sehr exakt analysieren. Darin enthalten sind reine Objektgesellschaften, Leasing-Töchter auch kleinerer Autohändler, überhaupt zahlreiche Gesellschaften aus dem Herstellerbereich. Nur ein Bruchteil betreibt das „klassische" Leasing, mobil und immobil, bundesweit und ohne Beschränkungen nach Branchen und Objekten. Mit Recht und Pflicht – siehe das Kreditwesengesetz – prüfen die Banken streng, aber sie sind gegenüber Leasing-Gesellschaften nicht abstinent. Warum auch?



Hans Kuschel, Präsident der Leaseurope und Ehrenpräsident des Bundesverbandes Deutscher Leasing-Gesellschaften FOTO: DU VINAGE

WELT: Dollpunkt der Leasing-Finanzierung ist der „kalkulierte" Restwert, der sich für mobile Wirtschaftsgüter ebenso wie für immobile nicht sauber kalkulieren läßt. Wird es nicht Zeit, daß sich die Leasing-Wirtschaft ein Korsett schneidert, das die Restwert-Kalkulation finanz- und markttechnisch vernünftig einordnet, selbst auf die Gefahr hin, daß die Leasing-Raten etwas steigen?

Kuschel: In der Frage wird das Wort „markttechnisch" verwendet. Der Markt läßt sich nun einmal „nicht sauber kalkulieren". Der Grundsatz von „Risiko und Chance" ist mathematisch nicht faßbar. Die Leasing-Gesellschaften müssen die Restwerte sehr vorsichtig kalkulieren, gerade im Zeitalter schneller technologischer Entwicklung und daraus folgender Entwertung auch der Leasing-Objekte, selbst bei guter Pflege.

WELT: Führt zur Bereinigung des Marktes nicht auch die längst fällige Bestätigung, daß Leasing nicht „billiger" ist als der Kauf, daß es zwar die Bilanzen entlastet, die Kreditlinien und die Liquidität schont, aber seinen tatsächlichen Vorteil eigentlich nur in der nur individuell kalkulierbaren Serviceleistung hat?

Kuschel: Ich kann das nicht bestätigen. Selbst in gelegentlich aggressiver Werbung unserer Branche habe ich die generelle Behauptung, Leasing sei billiger als Kauf, nicht gefunden. Bei der Wahl der Finanzierungsart muß der Kunde bei allen Angeboten Vor- und Nachteile abwägen, auch bei Leasing-Angeboten natürlich. Das gilt für die „rechenbaren" ebenso wie für die „immateriellen". Sehr unterschiedlich gewichten die Leasing-Kunden im Einzelfall die hier genannten Vor- und Nachteile.

WELT: Unter welchen Voraussetzungen geben sie dem jungen Leasing in der Bundesrepublik eine Chance, zu „amerikanischen Verhältnissen" aufzurücken, zu Anteilen an der volkswirtschaftlichen Bruttoinvestition von rund 20 Prozent – zumindest im Auto-Leasing?

Kuschel: Die Ermittlung des Leasing-Anteils an den Gesamtinvestitionen beruht in den USA teilweise auf anderen Voraussetzungen, als sie hier zum Beispiel das Ifo-Institut in München zugrunde legt. In den 20 Prozent sind meines Wissens auch Teilzahlung und Wohnungsvermietung enthalten. Andererseits fördert die amerikanische Mentalität den Leasing-Gedanken mehr als hier in good old Europe. Unsere Zuwachsraten 1983/84 lagen deutlich über denen der Gesamtinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Trend wird sich noch fortsetzen. In diesem Sinne sind wir ja immer noch eine junge Branche. Dies gilt besonders für den Autobereich.

WELT: Kann die internationale Zusammenarbeit positive Rückwirkungen auf das Leasing-Geschäft (und deren Gesellschaften) in der Bundesrepublik haben, wenn schon nicht auf das grenzüberschreitende Geschäft, so doch vielleicht auf die Verbandsarbeit?

Kuschel: Das kann ich unumwunden bejahen. Die Leaseurope in Brüssel sammelt und wertet aus Erfahrungen und Erkenntnisse von etwa 400 Leasing-Gesellschaften in 16 Ländern. Dazu gehören Recht, Steuern, Vertragsmodelle, Finanzierung, Objektarten, Aquisition und so weiter und so weiter. Diese Erhebungen sind für die nationalen Landesverbände – das sind die Mitglieder der Leaseurope – und natürlich deren Mitgliedsfirmen generell oder auch sehr speziell von großem Nutzen. Der ständige Kontakt zu den Direktionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist eine weitere wichtige Aufgabe.



Peter Schneider

Beim Auto sind sie die Nummer eins



Udo Schülke

Achtzehn Jahre ist sie jung, und seit 18 Jahren meldet sie Jahr für Jahr Erfolge, die V. A. G. Leasing GmbH, Braunschweig, Tochter des VW-Konzerns in Wolfsburg. Allein in den vergangenen fünf Jahren erhöhte sich bei der V. A. G. der Fahrzeugbestand von 52 000 in 1978 auf 125 000 im letzten Jahr. Mitte 1984 waren es bereits 140 000 Fahrzeuge, davon 40 000, die an private Kunden verleast worden sind (Ende 1982 waren es gerade 7000). Für den betriebswirtschaftlich orientierten Leser: Die Bilanzsumme beträgt 1,7 Milliarden Mark.

Damit ist V. A. G. mit Abstand der größte Hersteller-Leaser für Automobile in der Bundesrepublik. Im vergangenen Jahr erhöhte sich der Umsatz um 23 Prozent auf über eine Milliarde Mark. Der Anteil der Verkaufserlöse für Gebrauchtwagen daran betrug 327 Millionen Mark.

Die Branche hat keine offizielle Liste der Marktanteile der Auto-Leasing-Gesellschaften. Der Interessent ist also auf Schätzungen angewiesen, die aber der Wirklichkeit wahrscheinlich sehr nahe kommen. So führt V. A. G. einsam mit etwa 32 Prozent Marktanteil, gefolgt von Autoleasing D (früher Dello), bei der sich die Gefah in Wuppertal (Tochter der Deutschen Bank) mit 30 Prozent eingekauft hat, mit rund zehn Prozent. BMW kann man bei sechs, Daimler-Benz bei vier Prozent Marktanteil ansiedeln.

Die Braunschweiger mit ihren beiden Geschäftsführern Peter Schneider und Udo Schülke bieten die gesamte Produktpalette des Konzerns an, also sämtliche Volkswagen- und Audimodelle, vom Käfer bis zum Quattro. Nur ein verschwindend kleiner Teil von knapp 2 Prozent des verleasten Autobestandes sind Fremdfahrzeuge, und davon wieder überwiegend Porsche-Modelle.

Ihr Geschäft betreibt die V. A. G. über die Händler-Organisation der Volkswagen AG. Damit steht den Braunschweigern ein Händlernetz im ganzen Bundesgebiet von 3400 Partnern zur Verfügung, die auch für die Aquisition von Kunden verantwortlich sind. Diese Organisation betreut zur Zeit über 75 000 Kunden für die V. A. G.

Fragt man nach der Struktur dieser Kunden, so erfährt man, daß 900 gewerbliche Kunden zehn und mehr Fahrzeuge bei V. A. G. geleast haben. Insgesamt addieren sie sich zu 35 000 Fahrzeugen. Bis zu zehn Fahrzeugen zählt die Gesellschaft 49 000 gewerbliche Kunden mit insgesamt 65 000 Fahrzeugen. Insgesamt umfaßt das Volumen der V. A. G. 10,8 Prozent der Auslieferungen der Händlerorganisation.

Aber auch im Ausland werden VW und Audi geleast. Diese Aufgabe übernehmen die Generalimporteure. So liegt der Leasing-Geschäftsanteil in Holland, Frankreich und Italien in etwa auf dem deutschen Niveau, in den übrigen Ländern darunter.

V. A. G. unterscheidet zwischen Geschäftsfahrzeugen und dem Privatleasing. Für beide Bereiche gibt es gesonderte Vertragsformen, den Vertrag mit und ohne Gebrauchtwagenabrechnung. Der Kunde kann entscheiden, ob er das Gebrauchtwagen-Risiko selber tragen will oder ob er es bei der V. A. G. lassen möchte. Je nach Fahrleistung im Jahr kann der Leasingnehmer zwischen einer Vertragsdauer von 12 bis 42 Monaten wählen. Dem gewerblichen Leaser wird darüber hinaus eine ganze Palette an Dienstleistungen angeboten, wodurch er weitgehend von Verwaltungsarbeiten rund um das Fahrzeug und von Kostenrisiken entlastet wird.

Dieses Dienstleistungspaket beinhaltet Verschleißreparaturen, Versicherungsschutz, Fahrzeugschaden-Abwicklung und Verauslagung unfallbedingter Reparaturkosten. Kraftfahrzeugsteuer und Reifenersatz gehören ebenfalls mit zum Paket. Als weitere Dienstleistung bietet das Team in Braunschweig die Betriebskosten-Abrechnung und sogar die Analyse für den Fuhrpark an. Bei Bedarf wird auch das Autoradio angemeldet und dessen Gebühr bezahlt.

Peter Schneider und Udo Schülke behaupten, daß V. A. G. die bestgeschulte Händler-Organisation habe. Zehn Mitarbeiter sind ständig im Außendienst, um dort zu schulen und zu beraten, im Bedarfsfall aber auch, um zu verleasen, also zu aquirieren. Wie sehr sich teilweise bei den Händlern das Verleasen eingebürgert hat, zeigt die Tatsache, daß einige Händler bereits 50 bis 60 Prozent ihres Umsatzes mit Leasing-Autos machen.

Das Leasing ist für den VW-Konzern zu einer starken Stütze geworden. Nach Meinung von Schneider und Schülke wird das Leasing weiter zunehmen, wenn auch im laufenden Jahr wohl nicht ganz so stürmisch wie 1983. Aber nicht nur die privaten Autofahrer werden mehr und mehr zum Leasing greifen, sondern auch die gewerblichen Kunden, die zum Teil auch wegen der begrenzten Investitionsmittel Personenkraftwagen und Nutzfahrzeuge im Wege des Leasing für ihr Unternehmen beschaffen.

HANS BAUMANN

Brummi vom Leasing ausgeschlossen

WR. Bonn

Was für Privatleute ohne Problem möglich ist, nämlich einen Lkw für Transportzwecke zu leasen, ist für Unternehmer nicht erlaubt. Der Gesetzgeber verbietet generell das Leasing im Güterfernverkehr. Nur im Werkverkehr ist es für kleine Lastwagen (bis 4 Tonnen Nutzlast oder bis 55 PS) erlaubt. Ausnahmen von dieser Bestimmung sind nur möglich, wenn ein Fahrzeug kurzfristig ausfällt. Das Ersatzfahrzeug darf dann auch nur bis zu 30 Tage eingesetzt werden.

Nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelstages steckt hinter dieser Ablehnung die Angst, Unternehmen könnten durch trickreiche Mietverhältnisse die staatlich vorgeschriebenen Güterverkehrstarife unterlaufen. Außerdem fürchtet man, daß immer mehr Betriebe, die bisher Speditionen mit Transportaufträgen betraut haben, eigene Lastwagen leasen und unter eigener Regie ihre Güter transportieren.

Die Unternehmer des Güterfernverkehrs sehen sich durch das Leasing-Verbot jedoch in erster Linie um eine günstige Finanzierungsmöglichkeit betrogen. Auf der einen Seite werden langfristige Kredite und Verschuldungsmodelle erlaubt, andererseits verbietet der Gesetzgeber eine mittlerweile in allen Wirtschaftsbereichen gebräuchliche Finanzierungsart, das Leasing.

FULL-SERVICE / Komplette Dienstleistungen rund um das Fahrzeug

Vom Strafzettel bis zum Parkgroschen

DW. Essen

Firmenfahrzeuge stellen einen beträchtlichen Kostenfaktor in jedem Unternehmen dar. Bereits die Beschaffung bindet erhebliche Geldmittel und geht zu Lasten der Liquidität; Liquidität, die andere betriebliche Investitionen einschränkt oder gar verhindert.

Der Dienstwagen verursacht aufwendige Verwaltungsarbeit. Das geht von den laufenden Reparaturen, Inspektionen bis zur Abrechnung mit den Mitarbeitern, vom Strafzettel bis zu den Parkgroschen. So wird neben den Geldmitteln auch Arbeitskraft gebunden. Die Administration wächst. Beides läßt sich durch Leasing vermeiden. Ist das die Lösung?

Wer Fahrzeuge least, also auf Dauer mietet, ist rechtlich nicht Eigentümer, sondern Besitzer. Den Wagen kauft ein anderer, zunächst die Leasinggesellschaft, und stellt ihn für die Dauer von 12 bis 42 Monaten dem Nutzer zur Verfügung. Eine befristete Nutzungsdauer bedeutet: optisch und technisch hochwertige Autos, wirtschaftlicher Einsatz und geringe Ausfallzeiten.

Der Nutzer bezahlt dafür nicht den vollen Kaufpreis, sondern den Wertverlust während der Nutzungsdauer plus Zinsen in Form konstanter „Leasingraten". Also: klare Kostengrundlagen, gleichbleibende und kalkulierbare monatliche Belastungen. Leasingraten bedeuten Steuererleichterungen, sie sind als Betriebsausgaben sofort in voller Höhe absetzbar.

Auch wenn der Kunde, der „Leasingnehmer", zusätzlichen Service beansprucht, bleiben die Kosten konstant und kalkulierbar. Das zeigen folgende Service-Beispiele der V.A.G. Leasing GmbH:

„Dienstleistungspaket A", das die Übernahme der Kosten für Wartung und Werkstattleistungen bei Verschleißreparaturen zum Inhalt hat. Die Arbeiten können bei jeder Vertragswerkstatt in der Bundesrepublik und in 14 weiteren europäischen Ländern ausgeführt werden – bargeldlos. Die Rechnung geht an die Leasinggesellschaft.

Mit dem „Dienstleistungspaket B" schließt der Kunde die Bezahlung der Kfz-Steuer und den kompletten Versicherungsschutz ein. Insbesondere unfallbedingte Reparaturkosten, versicherungstechnische und juristische Auseinandersetzungen werden „außer Haus" geregelt, Verwaltungsarbeiten also, die Zeit, Geld und Nerven kosten. Diese Aufgaben werden bei großen Leasinggesellschaften von Fachleuten wahrgenommen und sind damit meist rationeller und preiswerter als in der unternehmenseigenen Fuhrparkverwaltung.

Im „Dienstleistungspaket C" schließlich wird Reifenersatz einschließlich Montage übernommen.

Transparenz und betriebswirtschaftlich wertvolle Daten erhält das Unternehmen durch einen zusätzlichen Service: die Betriebskosten-Abrechnung und -Analyse. Eine Dienstleistung, die auch Unternehmen zugänglich ist, die ihren Fuhrpark nicht geleast haben. Die Leasinggesellschaft übernimmt die Abrechnung für Kraftstoff, Öl, Pflegekosten, Parkgebühren, rechnet mit dem Mitarbeiter die privat gefahrenen Kilometer und geleisteten Vorauszahlungen ab. Der Unternehmer erhält die daraus resultierenden Kostenübersichten und -analysen auf Wunsch monatlich, viertel- oder halbjährlich.

Der Fuhrparkleiter wird von mühseliger Kleinarbeit befreit. Er bleibt oder wird frei für Einsatzplanung und Rentabilitätsüberlegungen, für die innerbetriebliche Kontrolle und Steuerung.

Und wenn die Leasingzeit zu Ende ist? Dann werden die alten Wagen zurückgegeben, denn auch das Gebrauchtwagenrisiko, die Verwertung am Gebrauchtwagenmarkt übernimmt die Leasinggesellschaft. Und stellt die neuen Fahrzeuge vor die Tür.

Selbst Unternehmen, die ihren Fuhrpark gekauft haben, sollten einen Wirtschaftlichkeitsvergleich nicht scheuen: Mit dem Sale-and-Lease-Back-Verfahren kann der Fuhrpark an die Leasinggesellschaft verkauft und zurückgeleast werden. Dadurch wird Kapital freigesetzt und die Liquidität erhöht.

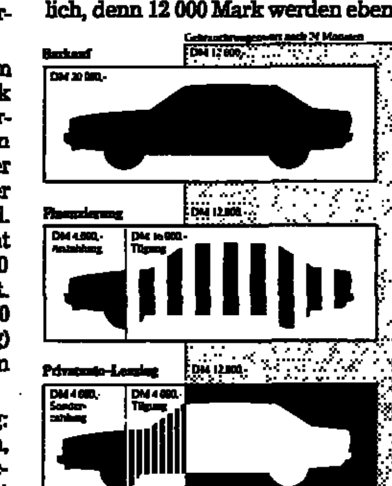
Vorteile des Privatauto-Leasing

WR. Bonn

Barkauf oder Leasing – was ist günstiger? Angenommen, ein Personenwagen kostet 20 000 Mark, nach 24 Monaten ist er noch 12 000 Mark wert. Ein Beispiel erläutert die Vorteile des Leasing.

Vorteil gegenüber Barkauf: Beim Barkauf werden sofort 20 000 Mark gezahlt. Das ist eigentlich nicht erforderlich, denn 12 000 Mark werden nur gezahlt, um sie am Ende wieder ausbezahlt zu bekommen, wenn der Gebrauchtwagen verkauft wird. Beim Leasing werden erst gar nicht diese 12 000 Mark, sondern nur 8000 Mark für den Wertverlust gezahlt. Die werden aufgeteilt in einmal 4000 Mark zu Anfang (Sonderzahlung) und jeden Monat 1/24 der restlichen 4000 Mark zuzüglich Verzinsung.

Vorteil gegenüber Finanzierung: (Um den Vorteil klar zu machen, wird von Anzahlung und Finanzierungsdauer ausgegangen, die mit der Einsatzzeit des Fahrzeuges übereinstimmt). Anzahlung 4000 Mark. Die restlichen 16 000 Mark zuzüglich Verzinsung werden in 24 Monaten gezahlt. Das ist auch nicht erforderlich, denn 12 000 Mark werden ebenfalls nur gezahlt, um sie am Ende wieder ausbezahlt zu bekommen, wenn der Gebrauchtwagen verkauft wird.



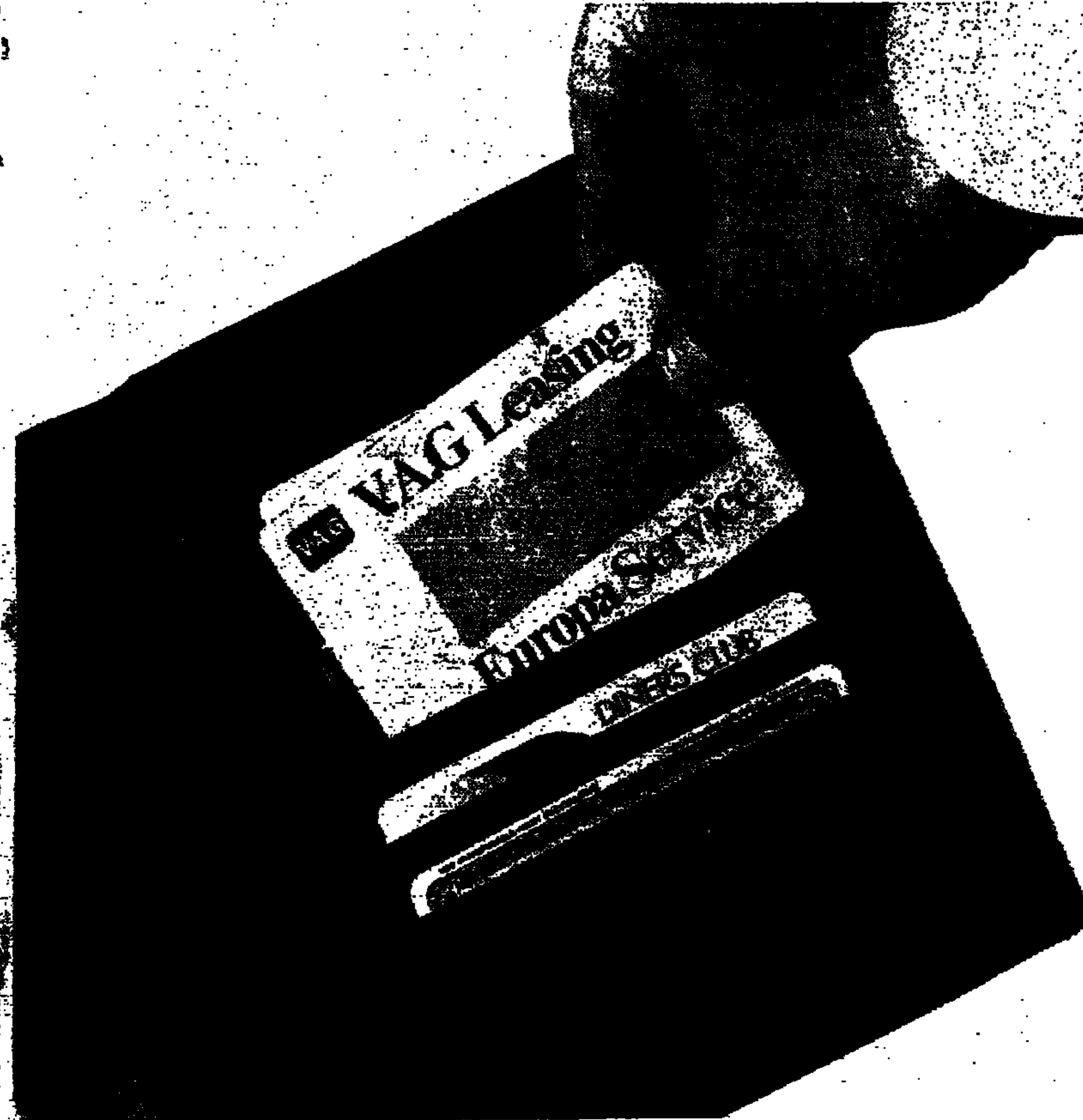
Beim Leasing werden erst gar nicht diese 12 000 Mark, sondern nur 8000 Mark für den Wertverlust gezahlt. Die werden aufgeteilt in einmal 4000 Mark zu Anfang (Sonderzahlung) und jeden Monat 1/24 der restlichen 4000 Mark zuzüglich Verzinsung. Da beim Leasing also nur 4000 Mark und nicht wie bei der Finanzierung 16 000 Mark in 24 Monaten gezahlt werden, sind die monatlichen Leasing-Beträge auch wesentlich niedriger als Finanzierungsraten.

*

- Der Kunde braucht kein Geld in Höhe des Kaufpreises festzulegen.

Vorteil gegenüber Finanzierung:

- Leasing-Raten sind niedriger als Finanzierungs-Raten, weil weniger Geldmittel gebunden werden.



Die Nr. 1 im deutschen Auto-Leasing hat einen erstklassigen Service. In 15 europäischen Ländern.

V.A.G Leasing

Mit dem Ausweis V.A.G Leasing Europa Service können unsere Kunden alle Leistungen bargeldlos in Anspruch nehmen. Bei über 7.000 Partnern für Volkswagen und Audi.

Ilse Harder

geb. Peters

geb. 9. 3. 1911 gest. 30. 9. 1984

Wir trauern um meine geliebte Frau, unsere liebe Mutter und Großmutter, Schwester und Schwägerin.

In Liebe und Dankbarkeit

Gerhard Harder
Jens Harder
Niels Harder
Stefanie Harder geb. Müller
Michaela und Kristina
Günther Engelbrecht
Ruth Engelbrecht geb. Peters
Nora Jackson geb. Peters
Gisela Mangold

Kreetkamp 15, 2 Hamburg 52

Trauerfeier am Dienstag, dem 9. Oktober 1984, um 12 Uhr in der Christuskirche zu Hamburg-Othmarschen, Roosens Weg.

Anschließend Beisetzung im Familienkreis auf dem Friedhof Bernadottestraße.

Georg Hellebrand

im 81. Lebensjahr

Dietlina Unterberg
und Klaus Unterberg
mit Enkel Hartmut
Conradin Hellebrand
und Edda Wermke

2070 Großhansdorf-Schmalenbeck, den 30. September 1984
Sieker Landstraße 173

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Oktober 1984, um 14.30 Uhr auf dem Friedhof Schmalenbeck statt.



Kommen und besuchen Sie uns auf der Frankfurter Buchmesse (Stand 909)



Annar Wannoor Publishing and Distributing Co. hat die Ehre, Ihnen die literarischen Schriften von Dr. Dahesh vorzustellen

VERLEGTE BÜCHER (in arabischer Sprache)

1. The Repose of Death
2. The Repose of Death (in verse by Mutlaq Abdulkhaleq)
3. The Words of Dr. Dahesh
4. The Song of Songs
5. The Song of Songs (translated into French by Marie Hadad)
6. The six Goddesses (second edition)
7. The six Goddesses (translated into French by Dr. Georges Khabsa)
8. Astarte and Adonis
9. Astarte and Adonis (translated into French by Marie Hadad)
10. Inferno of Dr. Dahesh
11. Lightning and Thunder
12. Memoirs of a Dinar
13. Memoirs of a Dinar (translated into French by Marie Hadad)
14. The Song of Love
15. Selections from Dr. Dahesh's Books
16. Emotions and Commotions
17. Arrows and Shafts
18. Winged Imagination, or, The Life of the Living on the Moon
19. Strange Stories and Wonderful Fables (in 3 volumes)
20. My Quaking Hand
21. Phantasmal Illusions
22. The River of Tears
23. Memoirs of Jesus, the Nazareth
24. The Secrets of the Gods
25. Melancholy Songs
26. The Lyre of Sorrows, or, A Spirit Mourns
27. Correspondence between Dr. Dahesh and Dr. Mohammed Hussein Haykal
28. The Lyre of the Gods (in 2 volumes)
29. The Knell of Sorrows, or The Lamentations of Jeremiah
30. Humble Supplications
31. A Prose Writer and a Poet (in 3 volumes)
32. The Crushed Heart
33. A Hell of Memories
34. The Lyre of Orpheus
35. My Songs
36. The Attraction of Poetry

SERIEN

37. The Gardens of the Gods Adorned by the Paradisical Roses (in 10 volumes)
38. The Paradises of the Goddesses Studded with the Sacred Lotus (in 10 volumes)
39. The Daheshist Travels around the World (20 volumes)

Und jetzt auch in deutscher Sprache erhältlich

1. Die Wunder des Dr. Dahesh und die Einheit der Religionen
2. Daheshismus – eine geistige Wahrheit, von Wundern beglaubigt

Annar Wannoor
Publishing and Distributing Co.
P.O. Box 3939, Beirut/Libanon
P.O. Box 2567, Grand Central Station, New York, N. Y. 10163, USA



Studienplatzbörse

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Humanmedizin
Erstsemester

von	nach
1 Aachen	Erlangen
2 Aachen	Frankfurt
3 Aachen	Freiburg
4 Aachen	Köln
5 Aachen	Marburg
6 Aachen	Würzburg
7 Bochum	Erlangen
8 Bochum	Frankfurt
9 Bochum	Freiburg
10 Bochum	Gießen
11 Bochum	Köln
12 Bochum	Marburg
13 Bochum	TU München
14 Bochum	Mainz
15 Bochum	Regensburg
16 Bochum	Saarbrücken
17 Bochum	Tübingen
18 Bochum	Würzburg
19 Düsseldorf	Erlangen
20 Düsseldorf	Frankfurt
21 Düsseldorf	Köln
22 Düsseldorf	Regensburg
23 Essen	Aachen
24 Essen	Bochum
25 Essen	Düsseldorf
26 Essen	Erlangen
27 Essen	Frankfurt
28 Essen	Göttingen
29 Essen	Köln
30 Essen	Uni Kiel
31 Essen	TU München
32 Essen	Mainz
33 Essen	Regensburg
34 Essen	Würzburg
35 Frankfurt	Mainz
36 Gießen	Frankfurt
37 Gießen	Göttingen
38 Gießen	Köln
39 Gießen	Mainz
40 Gießen	Tübingen
41 Gießen	Würzburg
42 Uni Kiel	Frankfurt
43 Uni Kiel	Gießen
44 Uni Kiel	Göttingen
45 Uni Kiel	Marburg
46 Uni Kiel	Würzburg
47 Marburg	Freiburg
48 Marburg	Göttingen
49 Marburg	Köln
50 Marburg	Tübingen
51 Mainz	Köln
52 Mainz	Würzburg
53 Regensburg	Erlangen
54 Regensburg	TU München
55 Regensburg	Würzburg
56 Saarbrücken	Erlangen
57 Saarbrücken	Freiburg
58 Saarbrücken	Köln
59 Saarbrücken	Marburg
60 Saarbrücken	Mainz
61 Saarbrücken	Tübingen
62 Saarbrücken	Würzburg

Biologie
Erstsemester

von	nach
1 Bielefeld	Aachen
2 Bielefeld	Bonn
3 Bielefeld	Hamburg
4 Bielefeld	Köln
5 Bielefeld	Uni Kiel
6 Bonn	Göttingen
7 Bochum	Aachen
8 Bochum	Frankfurt
9 Bochum	Hannover
10 Bochum	Münster
11 Bayreuth	TU München
12 Bayreuth	Uni München
13 Düsseldorf	Aachen
14 Düsseldorf	Hannover
15 Düsseldorf	Hamburg
16 Düsseldorf	Köln
17 Düsseldorf	Uni Kiel
18 Düsseldorf	Münster
19 Frankfurt	Bonn
20 Frankfurt	FU Berlin
21 Frankfurt	Göttingen
22 Frankfurt	Heidelberg
23 Frankfurt	Köln
24 Frankfurt	Marburg
25 Frankfurt	Uni München
26 Gießen	Bonn
27 Gießen	FU Berlin
28 Gießen	Hannover
29 Gießen	Bremen
30 Gießen	Hamburg
31 Gießen	Köln
32 Gießen	Uni Kiel
33 Göttingen	Hamburg
34 Göttingen	Uni Kiel
35 Köln	Saarbrücken
36 Karlsruhe	Braunschweig
37 Karlsruhe	Freiburg
38 Karlsruhe	Heidelberg
39 Karlsruhe	Hamburg
40 Karlsruhe	Uni Kiel
41 Kaiserslaut.	Braunschw.
42 Kaiserslautern	Heidelberg
43 Kaiserslautern	Uni Kiel
44 Konstanz	Freiburg
45 Konstanz	Bremen
46 Konstanz	Heidelberg
47 Konstanz	Karlsruhe
48 Konstanz	Stuttgart
49 Konstanz	S-Hohenheim
50 Konstanz	Tübingen
51 Marburg	Bonn
52 Marburg	FU Berlin
53 Marburg	Hannover
54 Marburg	Heidelberg
55 Marburg	Hamburg
56 Marburg	Uni Kiel
57 Marburg	Uni München
58 Marburg	Tübingen
59 Mainz	Düsseldorf
60 Mainz	Köln
61 Regensburg	Uni München
62 Tübingen	Freiburg
63 Würzburg	Hannover
64 Würzburg	Bremen
65 Würzburg	Heidelberg
66 Würzburg	Hamburg
67 Würzburg	Uni Kiel
68 Würzburg	TU München
69 Würzburg	Uni München



Präzision – Ihr Job?

Hochwertige Präzisionsteile für Autos und Maschinen herzustellen erfordert großes technisches Know-how. Der neue Abteilungsleiter für die Qualitätssicherung sollte dafür eine mindestens fünfjährige Facherfahrung mitbringen.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 6. Oktober, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Die Welt ist klein

WENN DAS WICHTIGSTE VON IHR INS HAUS KOMMT. WOCHE FÜR WOCHE.

Jeden Freitag neu

DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT

Politik
Wirtschaft
Kultur
Aktuelles
Gott und die Welt
Sport
Reise
Auto und Verkehr

Neue Medien
Das Mobile der Macher

Der liberale

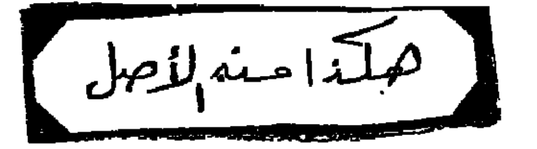
Das DEUTSCHE ALLGEMEINE SONNTAGSBLATT erhalten Sie jeden Freitag im gut sortierten Zeitungs- und Zeitschriftenfachhandel und an ausgewählten Kiosken. Oder: Fordern Sie ein aktuelles Probeexemplar an.

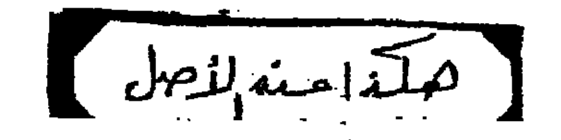
DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT
Mittelweg 111, 2000 Hamburg 13
Tel. 0 40/44 70 11

W 5/84

Eine Woche Weltgeschehen – kritisch, christlich, kreativ

1/8/84/PROMAR HAMBURG





Was für ein Jahr?

mar – Wann war das nur, das „Jahr des Kindes“, das „Jahr der Frau“, das „Jahr der Behinderten“? So lange kann das doch eigentlich gar nicht her sein. Auch wenn nun im – allerdings nicht offiziell mit UNO-Mehrheit proklamierten – Orwell-Jahr eine Gedächtnislücke in Sachen Vergangenheit dem Motto konform wäre. Solche „Jahre des ...“ müssen sein. Sie sind Anlaß zu papierträchtigen Kampagnen und schönen Reden, sie nützen kaum, aber sie schaden auch nicht. Und vor allem eignen sie sich gut als Alibi für unterbliebene gute Taten. Deshalb packte uns schon die Angst, daß wir im kommenden Jahr auf diesen edlen Brauch verzichten müßten.

Aber diese Furcht war nicht berechtigt. Europa, einig wie immer, hat inzwischen das Jahr 1985 zum „Europäischen Jahr der Musik“ erklärt. Grund sind der 400. Geburtstag von Heinrich Schütz, der 300. Geburtstag von Johann Sebastian Bach, Georg Friedrich Händel, Domenico Scarlatti sowie der 100. Geburtstag von Alban Berg. Und damit diese Feiern auch trefflich gelingen, wurde gleich noch ein Europäisches Organisationskomitee gegründet, das die Veranstaltungen in den einzelnen Ländern koordinieren und die Programme auf europäischer Ebene abwickeln und durchführen soll – unterstützt von den Nationalkomitees in den einzelnen Ländern.

Doch damit noch nicht genug. Was Europa kann, können die Vereinten Nationen allemal. Deshalb machten sie 1985 auch zum „Internationalen Jahr der Jugend“ unter dem faszinierenden Motto „Mitwirkung, Entwicklung, Frieden“. Und weil das alles nicht unadministriert ablaufen darf, gibt es auch schon eine „Nationale Kommission der Bundesrepublik Deutschland“, die in ihrer ersten Pressemitteilung gleich verspricht: „Die Nationale Kommission beginnt nach der Sommerpause mit der Publikation eines regelmäßigen Informationsdienstes, der Ihnen ohne besondere Aufforderung zugehen wird.“

Die ersten Erfolge sind bereits zu registrieren. Das Nationalkomitee für das „Jahr der Musik“ ließ uns wissen: „Das Jahr 1985 wurde von den Vereinten Nationen zum Jahr der Jugend erklärt. Deshalb sollen vor allem auch Kinder und Jugendliche an das aktive Musizieren herangeführt werden.“ Was für ein Glück, daß 1985 nicht zum „Jahr der Katze“ oder zum „Jahr der Krähe“ erhoben wurde.

Warschauer Herbst: Musik aus Ost und West, aber ohne Estlands „Fratres“

Ragtime auf dem U-Boot

„Il ritorno degli snovidenia“ – die Rückkehr der Träume, hieß das Werk des Italieners Luciano Berio, das die Nationalphilharmonie Warschau letzten Sonntag im Schlußkonzert des Warschauer Herbstes unter Leitung von Mario di Bonaventura aus den USA mit dem Cellosolisten Ivan Moninghetti aus der UdSSR darbrachte. Und die Träume waren wirklich in die Musik zurückgekehrt, spielte doch der Franzose Claude Risset in seinem Computerstück „Songes“, das der Amerikaner Roger Reynolds in einem Nachtprogramm vorstellte, unermüdlich auf die Diskontinuität von Traumabläufen an.

Aber der Warschauer Herbst, der dieses Jahr zehn Tage dauerte und mit ca. 120 Werkaufführungen in 30 Konzerten nie vor nachts ein Uhr zu Ende war, stellt selbst so einen Traum von der Harmonie der Welt dar. An diesem nun 27 Jahre bestehenden Denkmal kultureller europäischer Zusammenarbeit und wohl nicht zuletzt auch polnischer Identität haben auch die Ereignisse der letzten Jahre nicht rütteln können. In Warschau sollen sich auch weiterhin Musiken und Musiker aus Ost und West frei begegnen können. Manchmal freilich erleidet die schöne Eintracht Kälteeinbrüche, und zwar immer dann, wenn sich der Große Bruder aus dem Osten einmischt. In diesem Jahr traf es das Werk „Fratres“ des estnischen Emigranten Arvo Pärt, das rücksichtslos aus dem Programm gefegt wurde (gefegt werden mußte).

Auch sonst galt es, etliche Kompromisse zu schließen, etliche Verbeugungen auszuführen, damit dieser Warschauer Herbst mit seiner enzyklopädischen Idee und Weltoffenheit erhalten werden konnte. Immerhin ist es ein erfreulicher Umstand, daß sich Polens Staats- und Parteiführung fest hinter dieses repräsentativste Musikfestival ihres Landes stellt, so daß denn auch diesmal wieder mit allen offiziellen Ritualen (Nationalhymne, Flaggen der beteiligten Länder) eröffnet werden konnte.

Argwöhnisch genug wird das Unternehmen aus den Nachbarländern ohnehin betrachtet; noch können die Musikfreunde aus Leipzig oder Kiew, Leningrad oder Brünn nur davon träumen, hier wieder einmal zuhören zu dürfen. Das Solidarność-Land ist und bleibt tabu. Bislang können nur westliche Besucher in ihrer Unschuld fassungslos vor der Fülle des Gebotenen stehen, die kaum ein einzelner Mensch verkraften kann. Sie können hier so manches Unbekannte entdekken, das ihnen auf heimischen Musikfestivals verborgen blieb, denn die zwölfköpfige Programmkommission ist ein waches und rühriges Team, das sich mit diesem Festival seinerseits einen Traum verwirklicht.

Tatsächlich war der diesjährige „Herbst“ ungewöhnlich reich an traumhaften Ereignissen. Nach chronologischer Reihenfolge würde ich zuerst das Stockholmer „New Culture Quartet“ um den Komponisten Folke Rabe nennen, das in seiner Multimediashow „The Ship of Fools“ nach Sebastian Brants „Narrenschiff“ von 1494 höchst aktuelle Narrenkritik zu Ragtimeklängen realisierte: unter Anspielung auf U-Boot-Probleme werden Verhaltensweisen einer Gesellschaft gezeigt, die auf Bedrohungen von außen nur noch mit Desinteresse oder Unterwerfungsbereitschaft zu reagieren weiß.

Faszinierend sind immer wieder die Auftritte der polnischen, in Frankreich lebenden Cembalistin Elzbieta Chojnacka, die hier zusammen mit ihrem Pariser Schlagzeug-Kollegen Sylvio Gualda auftrat und besonders mit „Anaphores“ von François Bernard Mâche beeindruckte, einem auf Bachsche Manier dichtgeknüpften Stück Kontrapunkt aus Skalenbewegungen. Zu rühmen auch Alban Bergs „Wozzeck“ in der polnischen Version von Bohdan Ostromecki und Henryk Czyz: eine Leistung deutsch-polnischer Kulturvermittlung und übrigens in Warschau nicht unumstritten. Alban Berg auf deutsch ist ein klassisches Denkmal – auf polnisch wirkt er interessanterweise über Strecken außerordentlich vulgär.

Als einziger Künstler aus Ost-Berlin dirigierte Paul-Heinz Dittrich die Uraufführung seines vierten „Concert avec plusieurs instruments“ – ein hochdramatisches Stück von persönlicher Konsequenz, stachlig, in den Mitteln vielleicht hier und da ein wenig verbraucht. Sein Titel suggerierte zudem immer wieder die Messung an den „Brandenburgischen Konzerten“.

Einen Höhepunkt an hintergründiger musikalischer Pantomime markierte die Krakauer Sopranistin Olga Szwajgier mit „La testa d'Adriane“ des Kanadiers Murray Schafer, und mit zwei weiteren Auftritten wurde dieses stimmtechnische und komödiantische Hochtalent zum eigentlichen Star des diesjähriges Herbstes. Zu den Stars gehörten außerdem unbezweifelbar der Argentiniers Alejandro Iglesias Rossi mit seinen „Ancestral Rites of a Forgotten Culture“ im Programm der Warschauer Schlagzeuggruppe. Drama, Beschwörung und Musik flossen hier auf faszinierende Weise ineinander.

Im selben Konzert erklang „Misterioso“ der vielumkämpften Moskauer Neutönerin Sofia Gubaidulina, die natürlich nicht dabeisein konnte. Es wurde wieder einmal deutlich, daß sich der Moskauer Komponistenverband selbst den größten Gefallen tun könnte, wenn er diese Künstlerin international förderte, statt sie zu behindern.

Ein Höhepunkt auch das Gastspiel der Jungen Deutschen Philharmonie unter Heinz Holliger mit Werken von Lutoslawski, Messiaen, Holliger und Bernd Alois Zimmermann. Dies festzustellen, entspringt keineswegs der Überheblichkeit des deutschen Kritikers, denn auch die polnischen Stimmen überschlugen sich schier vor Begeisterung über die Präzision und Lebendigkeit des Spiels der Jungen Philharmoniker, und das Auditorium blieb die ganze Zeit über hellwach, obwohl es sich um ein schwieriges, fast dreistündiges Programm handelte, das auch dem Aufgeschlossensten einiges abforderte.

Das dänische Vestjysk Kammerensemble stellte mit Hans Abrahamsen und seinem einsamen, traurigen Stück „Walden“ (nach Thoreau) einen jungen Komponisten von Persönlichkeit vor. Überhaupt lag diesmal ein starker Akzent auf dem bisher in Warschau vernachlässigten Musiktheater. Neben dem polnischen „Wozzeck“ gab es die Posener Inszenierung von Prokofiews „Feurigem Engel“, wesentlich romantischer als neulich in Bonn, sowie eine Reihe von Kammeropern, in denen polnische Zeitgenossen an literarische Stoffe der Vorkriegszeit anknüpfen: Jan Astriab an Maeterlinck, Edward Boguslawski an Witkiewicz.

Einen besonderen Glanzpunkt setzte zum Schluß das Krakauer Theater STU mit Krzysztof Szwajgiers „Barefoot Joe/Pro bosaka“ nach Motiven von Witold Gombrowicz. Das begann scheinbar als Anarchisten-Verklärungsstück, um bald voller Übermut und auf dadaistische Art in eine Peepshow zweier Herren einzumünden, von weiteren eher politischen Respektlosigkeiten zu schweigen.

Jede Szene – um ein hölzernes trojanisches Pferd – wurde genüßlich ausgespielt und mit Gegenspäßen vollgestopft. Beste Traditionen polnischer Pantomimen, Krakauer Studentenbühnen und futuristischer Minidramen sind da zusammengeflossen. Star des Abends war aber auch hier das Stimm- und Spielwunder der Olga Szwajgier, die man so schnell wie möglich auch für die westliche Szene „entdecken“ sollte. Aber lassen sich Träume exportieren?

DETLEF GOJOWY



Königin Genever als Nonne: Illustration zu Malorys „Morte Darthur“ FOTO: KATALOG

Ein Fest der Kalligraphie: Beardsley in München

Raffinierte Paradiese

Spleenig, seelisch morbide durchbebte er das unruhige Lebensgefühl der Jahrhundertwende, ließ zeichnerisch-raffiniert im anhebenden Maschinenzeitalter noch einmal sein exzentrisches Arkadien erstehen und skandalisierte die viktorianischen Engländer mit seinen gewagten erotischen Darstellungen: der Antibürger und geniale Zeichner Aubrey Beardsley (1872–1897). Mit 500 seiner Zeichnungen und Graphiken huldigt ihm mit der Villa Stuck in München nun erstmals ein wichtiges Museum auf dem europäischen Kontinent. Nur 1966 in London und danach in Japan wurde das Werk Beardsleys umfangreich gezeigt.

Mit Leihgaben aus dem Victoria & Albert-Museum und aus Privatbesitz – Zeichnungen, Tuscheblättern, Strichätzungen, illustrierten Büchern, dem intimen Schriftwechsel sowie einigen Fotos – wird das intensive Schaffen in der schrecklichen Hast eines kurzen Lebens vorgeführt. Der Titel „Aubrey Beardsley in den Yellow Nineties – Dekadenz oder Modernität“ verweist auf den immensen Einfluß, den dieser Künstler, der 1898 in Südfrankreich starb, ganze 25 Jahre alt, auf seine Epoche ausübte. Denn seit Hogarth hat kein englischer Graphiker zu seinen Lebzeiten eine größere Wirkung im Ausland gehabt als Beardsley. Und auch heute hat dieser hervorragende englische Vertreter des Art Nouveau noch sein weltweites Publikum, inspiriert er noch immer andere Künstler.

Die künstlerische Laufbahn Beardsleys erscheint tragisch und phänomenal zugleich. Von Kindheit an durch Krankheit geschwächt, schien es zuerst ungewiß, ob er als Pianist, als Zeichner oder gar als kapriziöser Poet größeren Ruhm gewinnen würde. Er bildete sich dann autodidaktisch zum Graphiker und Illustrator aus. Mit 20 Jahren war er schon berühmt, führte in London ein exzentrisches Leben, wurde unschuldig in den Prozeß von Oscar Wilde verstrickt, verlor seine gesellschaftliche Position, ging nach Belgien und Frankreich ins Exil, wo er einen Zusammenbruch erlitt. Er bekehrte sich zum Katholizismus und hinterließ ein gewaltiges Werk.

Auf dem Totenbett bat Beardsley seinen Verleger in einem hastig hingekritzelten Brief, doch ja alle seine „unsittlichen“ Zeichnungen zu vernichten, was zum Glück ignoriert wurde. Da physisch zu schwach für die Malerei, beschränkte sich Beardsley nur auf Graphik, auf Zeichnungen, die dann meistens in Strichätzung gedruckt wurden. Der Vorbilder, denen dieser Künstler nacheiferte, gibt es viele: von den Präraffaeliten mit Burne-Jones bis zu den alten Italienern, von der antiken Vasenmalerei über die japanische Kunst bis hin zum Symbolismus.

Seine herausragendsten Werke allerdings schuf Beardsley als Buch-Illustrator: So entstanden 1892 die Vignetten, Initialen und ganzseitigen Illustrationen zu „The Morte Darthur“ von Sir Thomas Malory. Doch trotz der ornamentalen Fülle bleiben diese Figuren eher statuarisch-schwer. Ausgelöst wird diese Wirkung durch die konsequente Beschränkung auf reines Schwarz-Weiß und die kräftig durchgezogenen, geschlossenen Konturlinien.

Dies änderte sich, als Beardsley dann die Illustrationen zu Oscar Wildes „Salomé“ ausführte. Hier schien er in seinem Element. Sie sind schönste Beispiele einer ausgefeilt snobistischen Ästhetik. Mit elegantem Schwung, hauchzarten, punktierten Linien bestechen diese Zeichnungen durch ihre ebenso intensive wie sensible Kalligraphie. Es war wohl auch die Überreizung eines Lungenkranken, der sich in die Lage eines Voyeurs versetzte und nun seine künstlerisch-raffinierten „Paradiese“ linear erstehen ließ.

Neben zahlreichen Buchillustrationen gab Beardsley 1894 auch das „Yellow Book“ mit heraus. Gelb war damals die Lieblingsfarbe des britischen Prinzregenten, und gelb war die Broschur französischer Romane, die unter Verschluß kursierten. In diesen „Yellow Books“ und im „Savoy“ fand Beardsley das Terrain für seine wuchernden Phantasien. In diesen Zeitschriften offenbarte sich seine Vorliebe für das Verderbte und Verspielte, für Maskeraden, Toiletten- und Kostümszenen.

Hier veröffentlichte er seine gewagten erotischen Darstellungen, die in England einen wilden Entrüstungssturm entfachten. Aus heutiger Sicht wirken sie allerdings weder sinnlich noch wollüstig, sondern manieriert und blutarm. Die geniale Handschrift eines großen Künstlers ist aber auch hier nicht zu verkennen. (Bis 25. November, Katalog 30 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Deutscher Historikertag in Berlin eröffnet

Schü. Berlin

Der 35. Deutsche Historikertag ist in Berlin eröffnet worden. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen setzte sich in seiner Begrüßungsansprache mit Nachdruck dafür ein, die Stadt zu einem zentralen Ort für eine intensive und dauerhafte Beschäftigung mit deutscher Geschichte zu machen. Berlin sei der Konzentrationspunkt der deutschen Nation. „Ich will ein deutsches historisches Museum in Berlin“, erklärte Diepgen. Der Historikertag befaßt sich bis Samstag mit den Lebensverhältnissen, Mentalitäten und Handlungsformen in der Geschichte.

Berliner Philharmoniker billigen Karajan-Gespräche

AP, Berlin

Die Mitglieder des Berliner Philharmonischen Orchesters haben die am 29. September mit ihrem Chefdirigenten Herbert von Karajan geführten Gespräche gebilligt. Dies teilte Rainer Zepperitz vom Orchestervorstand in Berlin mit. Die Orchestergremien waren übereingekommen, „auf partnerschaftlicher Basis einen künstlerischen Neuanfang zu unternehmen“.

Kunstausstellung als Chronik der „DDR“

dpa, Berlin

Im Ostberliner „Alten Museum“ ist die Ausstellung „Alltag und Epoche – Werke bildender Kunst der DDR aus 35 Jahren“ eröffnet worden. Die Schau vereint mehr als 300 Werke von über 200 Künstlern; sie will „die großen gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR“ dokumentieren. In der Ausstellung sind u. a. die Künstler Hans und Lea Grundig, Karl Hofer, Werner Tübke, Willi Sitte, Bernhard Heisig, Wolfgang Mattheuer, Otto Nagel, Waldemar Grzimek, Sighard Gille und Volker Stelzmann vertreten.

Deutsch-chinesischer Literatur-Dialog

DW. Bochum

Ein „Förderkreis Deutsch-chinesischer Literatur-Dialog e. V.“ wurde in Bochum gegründet. Sein Ziel ist es, Übersetzungen chinesischer Gegenwartsliteratur ins Deutsche und umgekehrt zu fördern. Außerdem soll regelmäßig ein Preis an einen deutschen und einen chinesischen Übersetzer verliehen werden. Vorsitzender des Förderkreises ist Dr. Helmut Martin, Professor für chinesische Literatur an der Ruhr-Universität Bochum.

Strehler Berater des Pariser Kulturzentrums

AFP, Paris

Der italienische Regisseur Giorgio Strehler ist in den beratenden Ausschuß des Pariser Kulturzentrums Georges Pompidou berufen worden. Strehler ist Gründer des „Piccolo Teatro“ in Mailand und Leiter des Europa-Theaters im Pariser Odéon. Dem beratenden Ausschuß (CNAC) gehören Persönlichkeiten aus Frankreich und dem Ausland an, die von der französischen Regierung eingesetzt werden.

Symposion zur Keramik der Sowjetunion

DW. Montabaur

Im Rahmen der Ausstellung „Zeitgenössische sowjetische Keramik“, die am Wochenende im Keramikmuseum Westerwald in Höhr-Grenzhausen eröffnet wird, findet vom 8. bis 12. Oktober ein Symposion über „Sowjetische und deutsche Keramik“ statt. Kunsthistoriker und Keramiker aus Moskau und aus Deutschland wurden dafür als Referenten gewonnen.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Marbacher Magazin“

Pathos und Schönheit

Stellt man sich in Gedanken die wenigen bundesrepublikanischen Kulturzeitschriften zusammen, die einem Ungewohntes, Unkonventionelles, Überraschendes ins Hause bringen, so ist mit an erster Stelle das „Marbacher Magazin“ (herausgegeben von der Deutschen Schillergesellschaft, 7142 Marbach am Neckar) darunter. Nicht zufällig zeichnet als persönlicher Herausgeber Bernhard Zeller, der Chef des Schiller-Nationalmuseums in Marbach: fast alle Hefte des Magazins befassen sich mit Beständen dieser Schatztruhe deutscher Dichtung oder mit dort veranstalteten Ausstellungen.

Die Nummer 30, diesen Sommer 112 Seiten stark und reich illustriert erschienen (sie ist die 15,50 Mark reichlich wert), war eine solche Überraschung. Sie tut etwas, was eine Lieblingsbeschäftigung der „Marbacher“ ist: unbekannte, verkannte oder nach zeitweiliger Berühmtheit wieder vergessene Dichter auszugraben. Das letztere tut dieses Heft: Unter der Federführung von Friedhelm Kemp und Magazin-Redakteur Friedrich Pfäfflin läßt sie Theodor Däubler (1876–1934) wiederauferstehen. Es ist erstaunlich, was die beiden an seltenen Fotos, an gemalten, gezeichneten und bildhauerischen Bildnissen des bärtigen Kolosses aufgetrieben haben – dessen Tragödie es war, mit seinem pittoresken Äußeren bekannter zu sein als mit den hermetischen Versen seines Epos „Das Nordlicht“ von 1910. Für solche Fälle ist jedoch Kemp der richtige Doktor. Wie schon bei Konrad Weiß (in einem früheren Magazin) stellt er aus aufschlußreichen Briefen und Kritiken, einer Zeittafel mit witzigen Zitaten und einer mustikulösen Bibliographie eine Wundermedizin zusammen, welche die Verkrampfungen im Aufnahmeapparat des Lesers sanft zu lösen vermag.

Die Marbacher sind übrigens für ihren Mut zum Pathos zu loben. Man hat uns ja beigebracht, pathetische Kost zu meiden. Wir möchten diese Regel mit den folgenden Versen (die freilich nicht von Däubler sind) ein wenig in Frage stellen. „Adoption“ ist der Titel des achtzeiligen Gedichtes: „Da wir begruben unser einzig Kind, / Da kinderlose Gatten wir nun sind, / So nehmen wir auf der noch kurzen Bahn, / Ich dich, du mich an Kindesstatt nun an. // Du, theure Gattin, seiest nun dafür / Jetzt eine liebe fromme Tochter mir! / Nimm, theure Gattin, mich dafür als Sohn, / Für diesen an, der dir so früh entflohn.“

Da ich, wie alle Leser zeitgenössischer Literatur, an zur Routine gewordener Coolness übersättigt bin, scheue ich mich nicht, das ein nicht nur inhaltlich ungewöhnliches, sondern auch ausgesprochen schönes Gedicht zu nennen. (Ich weiß: auch „schön“ darf man nicht mehr sagen ...) Ich habe es dem schönsten Heft des Jahrgangs 1983 des „Marbacher Magazins“ entnommen: der Nr. 28, 80 Seiten stark, die dem Andenken eines dichtenden Bauern aus dem Schwäbischen gewidmet ist – Christian Wagner (1835–1918) aus Warmbronn bei Leonberg. Dieses Heft (es kostet nur 5 Mark) enthielt eine andere Medizin als die des Dr. Kemp: damit das Heft nicht zu teuer wurde, mußte der Leser die nostalgisch gebräunten Fotos des alten Bauern selber in die dazu vorgedruckten Rahmen des Büchleins einkleben. Noch bevor ich damit fertig war, hatte mich die Neugier gepackt, was denn dieser Greis mit den listigen Äuglein geschrieben haben könnte.

ANTON MADLER

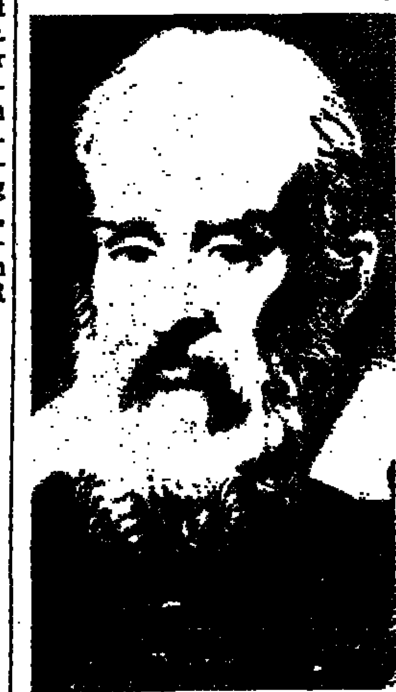
Dokumenten-Veröffentlichung des Vatikans

Galileis Fall erledigt?

Vor einiger Zeit machte eine Meldung Schlagzeilen: Neue Funde zum Prozeß Galileis und das gesamte Material wurden von der Päpstlichen Wissenschaftlichen Akademie im Vatikan gesammelt und treulich ediert. Kommentatoren, denen vorderhand nur die siebensprachige Vorrede vorlag, waren hie und da der Meinung, die Geschichte Galileis müsse neu geschrieben werden. Jetzt ist der Band erschienen, mit genauso sorgfältig edierten Texten wie in der 20-bändigen Ausgabe Antonio Favaros „Opere di Galileo Galilei“.

Der Titel der Vatikanischen Ausgabe lautet: „I Documenti del Processo di Galileo Galilei“ (Die Dokumente des Prozesses Galileo Galileis). Man erwartet also alles, was mit dem Prozeß zu tun hat. Aber beim Durchblättern glaubt man seinen Augen nicht zu trauen: Es fehlt das ausführliche Urteil mit Begründung, es fehlt der Text der Abschwörung, es fehlt ein höchst wichtiger Brief des Untersuchungsrichters, nämlich des Generalkommissars der Inquisition an den Kardinalnepoten Francesco Barberini während des Prozesses.

Der Titel des Bandes ist irreführend. Er müßte lauten: „Die Dokumente des Prozesses Galilei, die sich im Besitz des Vatikans befinden“. Die fehlenden Dokumente nämlich, die für den Kenner der großen Ausgabe Favaros das neue Buch überflüssig und für einen Nicht-Kenner wertlos machen, befinden sich anderswo. Doch werden das Fehlen der Dokumente und ihr Verbleib mit keiner Silbe auch nur erwähnt.



Die Akte seines Prozesses ist noch immer nicht geschlossen: Galileo Galilei FOTO: AP

Das Original des Urteils und der Abschwörung sind nicht erhalten. Unter den vielen verstreuten Kopien ist die aus dem Staatsarchiv in Modena die einzige, die direkt vom Sant' Uffizio nach dort geschickt wurde, sofort nach Abschluß des Prozesses. Diese Kopie hat Favaro in sein Material inkorporiert. Der Brief des Generalkommissars der Inquisition, Maculanos da Firenzuola, an den Kardinalnepoten liegt dagegen als Originalhandschrift in der Vatikanischen Bibliothek (lat. 6468). Gehört diese Bibliothek nicht zum Vatikan? Dieser Brief von eminenter Bedeutung, da der Untersuchungsrichter sich von den Kardinälen die Erlaubnis erkämpfte, während des Prozesses mit Galilei privat (!) verhandeln zu dürfen, um sowohl Galileis als auch der Inquisiton Gesicht zu retten. Außerdem wird in diesem Brief der genaue Ablauf der Prozedur lückenlos dokumentiert.

Die einzige neue Entdeckung von Gewicht, die aber zum Prozeß nichts beiträgt, ist eine anonyme Abhandlung von 1624 gegen Galileis „Saggiatore“, die der Interpret P. Redondi („Galileo eretico“, 1983) dem Jesuiten Scheiner zuschreibt, was die vatikanischen Herausgeber mit guten Gründen bestreiten; zwei Faksimileblätter, eins aus der anonymen Abhandlung, eins mit Scheiners Handschrift aus derselben Zeit, zeugen für die Beurteilung durch die Herausgeber der vatikanischen Sammlung. Aber die anonyme Abhandlung haben sie dann gar nicht mit abgedruckt, offenbar weil sie sie (mit Recht) für unwichtig halten. Außerdem haben die Herausgeber entdeckt, wer drei fehlende „Dekrete“, die Favaro aus einer Publikation Gherardis übernehmen mußte, im Vatikan entwendet hat: ein ministerieller Freund Gherardis.

Mit einem Wort: Statt diesen Band herauszugeben, hätte der Vatikan lapidar mitteilen können: Favaros Material ist komplett. Es enthält zudem die Gespräche Urbans, die vielen entlarvenden Winkelzüge dieses Papstes. Da die neue Publikation dem nichts hinzufügt, ist sie wertlos.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Trier holt die Oper „Enoch Arden“ von Ottmar Gerster wieder ans Licht

Musikalisches Dreieck à la Ibsen

Ottmar Gerster galt einmal als Versprechen für die Zukunft. Seine musikalische Anpassungsbereitschaft wurde von der Reichsmusikkammer wie nach dem Krieg auch in der „DDR“, wo Gerster 1969 starb, durchaus honoriert. Es waren allerdings mehr die kleineren und mittleren Häuser, die dem „Enoch Arden“, der 1936 uraufgeführt worden war, zu neuem Ansehen verhalfen. Dem Versuch Gersters, mit der vertonten Raimund-Posse vom „Verzauberten Ich“ (die Uraufführung fand 1949 in Wuppertal statt) im Westen zu reüssieren, war kein Erfolg beschieden. Und kein Theater in der Bundesrepublik hatte sich wieder an den „Enoch Arden“ herangewagt, so daß ihn die Trierer jetzt als Erstaufführung für die Bundesrepublik anpriesen, obwohl er dort vor 1945 bereits zu hören war.

Gersters Musik ist unseziererisch, unverdächtig und direkt verständlich, fast so wie die von Wilhelm Kienzl. Die Struktur des Klangapparats bleibt stets übersichtlich, hält weder rhythmische noch kontrapunktische Rätselaufgaben bereit und erlaubt den Sängern extremes Aussingen der Textwerte. Natürlich kommen Diatonik und naturalistische Klangmalereien, erst recht die effektvoll gesetzten Chöre und deftigen Tanznummern dem Vereinfachungsgebot der Entstehungszeit entgegen. Doch die Bescheidenheit der musikalischen Substanz und der plausible Duktus dieser Musik führen nie zur Monotonie. Die unentwegten Versuche, eine deutsche Volksoper der dreißiger Jahre herbeizuzwingen, waren mit dem „Enoch Arden“ sogar bis zu einem gewissen Grad gelungen.

Und die Rehabilitierung eigentlich auch. Die Trierer boten ihr Bestes. Lutz Herbig hatte das kleine Orchester zu einer bemerkenswerten Leistung inspiriert und traf genau die Balance zwischen grammatischem Impetus, balladesker Eintrübung und folkloristischem Aufputz. Doch auf der Szene droht das Stück immer wieder in einer vordergründigen Wiedergabe zu versinken.

Die auf den ersten Blick simple Dreiecksgeschichte – sie basiert auf einer Verserzählung von Alfred Lord Tennyson – erinnert am Ende doch ein wenig an Ibsen: Als Enoch Arden, der Totgeglaubte (Urs Markus singt ihn mit ausladend-expressionistischem Ton) vor seiner Frau (Susan Godwine) steht und auf erneute Gefolgschaft hofft, erkennt sie ihn nicht mehr, kann ihn nach zwölfjähriger Abwesenheit nicht mehr erkennen, weil sie sich nicht aus ihrer neuen Abhängigkeit mit dem Windmüller (Hans-Jürgen Schmidt) entlassen will. Sie überantwortet den Heimgekehrten dem Meer.

In der Regie von Friedhelm Ortmann wird das alles ein wenig vordergründig abgehandelt, bleibt das Geschehen selbst dort noch kommentarlos arrangiert, wo die Musik – in den beiden letzten Bildern vor allem – bei der Zustandsbeschreibung einer tristen, verhangenen Welt verweilt.

Ein Spitzenwerk der Gattung Oper ist der „Enoch Arden“ gewiß nicht. Aber als Zeitdokument, auch als Beweis dafür, daß wir es seitdem gar nicht so herrlich weit gebracht haben, verdient er es, wieder diskutiert zu werden. Wir haben weit Schlimmeres erleiden müssen.

HEINZ LUDWIG

KULTURNOTIZEN

Einen verstärkten Schutz des Kinos vor zusätzlichen Fernsehprogrammen forderte die Arbeitsgemeinschaft der Filmjournalisten in einem offenen Brief an die Ministerpräsidenten der Länder.

Das Schmuckmuseum Pforzheim zeigt bis zum 18. November die Ausstellung „Email 1921–1984, Richard Anke und sein Kreis“.

„Bildwelten des Symbolismus“ nennt sich ein Symposium, das am 19. und 20. Oktober vom Clemens-Sels-Museum in Neuss ausgerichtet wird.

Besitzer von Werken des surrealistischen Malers Edgar Ende (1901-65) werden gebeten, für eine wissenschaftliche Darstellung Angaben über seine Arbeiten an Dr. Helmut Rauhut, Zollernstr. 25, 7750 Konstanz, zu senden.

Die Stadt Marl vergibt neben dem Adolf-Grimme-Fernsehpreis künftig auch einen „Marler Video-Kunst-Preis“.

Schwerste Schiffskollision im Hamburger Hafen seit Ende des Zweiten Weltkriegs / Wahrscheinlich 23 Opfer

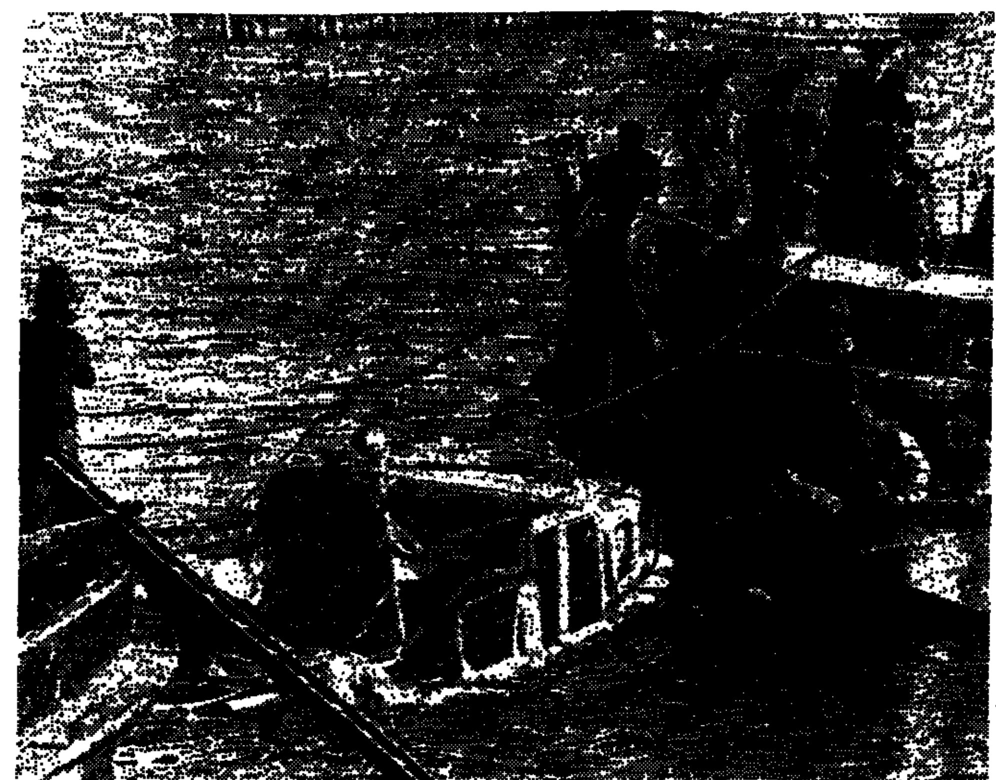
Ein Rest von Unwägbarkeit und Versagen

Der Hamburger Hafen ist Umschlagplatz für Güter aus der ganzen Welt, und er liegt, was sein Verkehrsaufkommen betrifft, noch immer an dritter Stelle in Europa. 16 500 Hochseeschiffe sind im vergangenen Jahr hier ein- und ausgelaufen. Mit den Verholungen, den Verlegungen innerhalb des Hafens, verzeichnete das Oberhafenamt nicht weniger als 30 000 Bewegungen von Hochseeschiffen. Dazu kommen noch mehr als 21 000 Binnenschiffe, 8000 Sportboote und der Durchgangsverkehr zwischen Ober- und Unterelbe sowie der eigentliche Hafenverkehr mit 240 Barkassen, 140 Schleppern und 1000 Schuten (Lastkähnen). Diese Verkehrsströme leitet die Nautische Zentrale im Oberhafenamt durch mehrere Überwachungssysteme, darunter das rechnergestützte „Infonaut". Nicht zuletzt deshalb ist die Zahl der Unfälle im Hafen trotz der jüngsten Katastrophe verschwindend gering: Sie liegt unter 0,02 Prozent des Verkehrsaufkommens: ein Rest von Unwägbarkeit und Versagen aber bleibt. „Auch Schiffe werden von Menschen geführt", meint dazu Hafenkapitän Gerhart Paschburg.

So sind auch in den vergangenen Jahren mehrmals bei Schiffsunfällen im Hafen Menschenleben und Verletzte zu beklagen gewesen:

- 8. April 1968: Die Barkasse „Ingrid" rammt das Motorschiff „Freya". 27 Menschen werden verletzt.
- 20. Mai 1970: Bei der Kollision zwischen der Barkasse „Wride III" und dem Schiff „Othmarschen" werden 14 Gäste einer Hafenrundfahrt verletzt.
- 15. Februar 1972: Die Barkasse „Caesar II" stößt mit der Hafenfähre „Eppendorf" zusammen. 17 Schauerleute ertrinken.
- 6. Mai 1980: Die Fähre „Eppendorf" stößt mit der Senatsbarkasse „Hafenkapitän" zusammen. Ein Mann ertrinkt.

R.Z.





Aus 11,3 Meter Tiefe hochgeholt: die Barkasse „Martina", die mit sechs Menschen unterging. Polizisten bergen gerade ein Opfer. FOTOS: DPA/AP

Das schreckliche Ende einer gutgelaunten Hafenrundfahrt

PETER ZERBE, Hamburg

Bei dem bisher schwersten Schiffsunglück nach dem Zweiten Weltkrieg im Hamburger Hafen sind in der Nacht zum Mittwoch vermutlich 23 Menschen ums Leben gekommen. Eine mit 43 Personen besetzte Hafenbarkasse ist mit einem Schleppzug auf der Elbe kollidiert und innerhalb von Sekunden gesunken. 24 Menschen konnten gerettet werden. Sieben Tote wurden bisher geborgen. Für die restlichen zwölf Vermißten – darunter den 58jährigen Barkassenfahrer – besteht kaum noch Hoffnung.

Gegen 19.24 Uhr lief bei der Hamburger Feuerwehr die erste Alarmmeldung ein: „Schiffskollision auf der Elbe." Sofort wurde Großalarm ausgelöst. Innerhalb von zwei Stunden konnten 24 Frauen, Männer und Kinder, die sich an Bord der Barkasse „Martina" befunden hatten, gerettet werden.

Das Schiffchen war von dem Hamburger Meteorologen Wolfgang Rosenhagen gechartert worden. Er wollte mit Freunden und Verwandten seinen 40. Geburtstag auf der Elbe feiern. Vier Stunden lang sollte die Tour dauern. Rosenhagen und seine Frau überlebten; ihre beiden Söhne ertranken. Auf der Rückfahrt, kurz vor dem Ende der fröhlichen Feier, geschah es dann...

Gegen 19.15 Uhr rammte die Barkasse, von Ewerführer Ulrich Wrock gesteuert, einen elbaufwärts fahrenden Schleppzug. Dabei geriet die Barkasse vermutlich zwischen Schlepper und Lastkahn, der Hafenschlick geladen hatte. Fachleute vermuten, daß die Barkasse unter das Schleppseil geriet und von der Schute überlaufen wurde. Das würde den blitzschnellen Untergang erklären. Augenzeugen sprachen von einem Sekundenaugenblick, in dem alles geschah. Zur Zeit des Unglücks war es bereits dunkel. Es gab einen großen Krach, dann war die Barkasse schon untergegangen. Auch die Schute sank.

Der Kapitän des kleinen Hafenschleppers „Therese", Günther Heinemann, gab über Funk sofort Alarm und beteiligte sich mit seiner Mannschaft umgehend an den Rettungsarbeiten. Zur Zeit des Unglücks herrschte gute Sicht und ruhiges Wasser mit Temperaturen von elf Grad Celsius bei auflaufender Flut.

Die nächtliche Elbe wurde von den Suchscheinwerfern an beiden Ufern und von den eingesetzten Fahrzeugen von Feuerwehr, Polizei, Zoll, Bundeswehr und privaten Fahrzeugen taghell erleuchtet. Das Fahrwasser und auch der Köhlbrand, der Seitenarm der Elbe, aus dem die Barkasse in das Hauptfahrwasser einbog, wurde für den gesamten Schiffsverkehr gesperrt. Auch an den Ufern suchten Beamte nach Überlebenden – bisher vergeblich.

Gestern vormittag kurz nach 10 Uhr wurde die gesunkene Barkasse von einem Bergungsunternehmen aus 11,3 Meter Tiefe gehoben. Nachdem das Schiff gelenzt worden war, fanden Polizeibeamte sechs Tote in dem Schiffsrumpf, unter anderem einen Mann, eine Frau und zwei Kinder. Das Schiff bot ein Bild der Verwüstung. Die Aufbauten waren von der Backbordseite her eingedrückt worden. Das Dach war zerbrochen.

Die Geretteten waren in der Nacht zuvor auf die beiden Krankenhäuser Altona und das Hafenkrankenhaus verteilt worden. Mehr als 300 Helfer waren zwischen der alten Fischauktionshalle und den Landungsbrücken die Nacht über im Einsatz. Das Ganze spielte sich in einer gespenstischen Atmosphäre ab: Die Sirenen der Krankenwagen, Polizeikommandos, laute Rufe, dazwischen schluchzende Menschen, die nach ihren Angehörigen fragten, und alles unter dem unentwegten Auf- und Abblinken unzähliger blauer und roter Warnlichter der Einsatzfahrzeuge und -boote. Zahlreiche Schaulustige säumten die Ufer, um die Rettungsaktion „hautnah mitzuerleben".

Kurz vor Mitternacht – inzwischen hatte die Ebbe eingesetzt – wurde die Suchaktion abgebrochen und erst gestern früh wiederaufgenommen. Der Senat ordnete für die öffentlichen Gebäude Trauerbeflaggung an. Zum Gedenken an die Opfer läuteten gestern von 12.00 bis 12.10 Uhr die Glocken der Hamburger Innenstadt-Kirchen und die Glocken der Gotteshäuser am Hafen. Bundespräsident Richard von Weizsäcker kondolierte dem Bürgermeister der Stadt und ließ den Angehörigen der Opfer sein „tiefstes Mitgefühl" übermitteln.

Erkenntnisse über Radioaktivität der Paranüsse

gur. Wiesbaden

Der Deutsche Verbraucherschutzverband (DVS) in Wiesbaden hat vor dem Verzehr von Paranüssen gewarnt. Nach Untersuchungen in verschiedenen staatlichen Einrichtungen enthielten die Nüsse einen so hohen Radiumgehalt, daß die für Menschen in einem Jahr zuträgliche Zufuhr von Radioaktivität über die Nahrung bereits mit dem Verzehr von etwa 750 Gramm Paranußkernen erreicht werde. Der Gehalt der Nüsse an Strontium übertreffe den anderer Lebensmittel um das 20- bis 30fache. Ungewöhnlich sei ferner der hohe Bariumgehalt. Als Ursache für die hohe Kontamination der Paranußkerne gibt der DVS die Eigenart des Paranußbaumes an, diese Substanzen durch die Wurzeln aus dem Boden aufzunehmen.

In einer gleichzeitig verbreiteten Erklärung fordert der Verband eine schärfere Überwachung der Mineralwasser in der Bundesrepublik. Die Warnungen der letzten Zeit vor überhöhten Nitratgehalten dieser „Brunnen" seien zu begrüßen, dürften aber nicht davon ablenken, daß gerade gering mit Nitrat belastete Wässer zum Teil „gefährlich hohe Kochsalzgehalte" aufwiesen.

Drei Apotheker verhaftet

dpa, Klagenfurt

In Zusammenhang mit der tödlichen Verwechslung von Medikamenten, durch die im Landeskrankenhaus von Villach (Kärnten) fünf Babys ums Leben kamen, sind der Leiter der Krankenhaus-Apotheke und zwei Mitarbeiter verhaftet worden. Aus falsch etikettierten Fläschchen wurde sieben auf der Intensivstation liegenden Kleinkindern anstelle von Traubenzucker eine Kochsalzlösung verabreicht.

War Kollege der Mörder?

SAD, Athen

Die griechische Polizei hat „erdrückende Beweise", daß der Schriftsteller Thanassis Diamandopoulos (73) von einem Kollegen umgebracht wurde, dem Vorsitzenden des griechischen Schriftstellerverbandes, Thanassis Nassioutzik. Der 62jährige, der für die Tatzeit kein Alibi vorlegen kann, bestritt bisher jede Schuld.

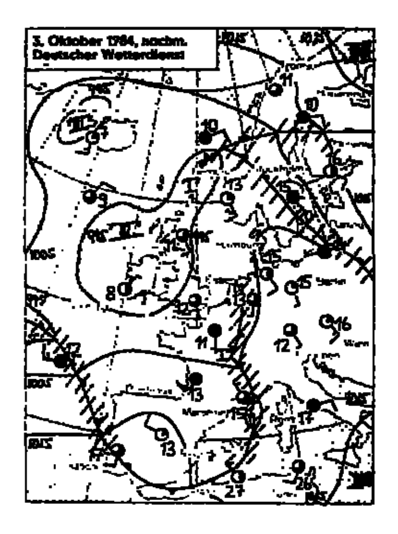
LEUTE HEUTE

Alte Liebe

Jahrelang hatte **Jack Nethercutt** gesucht, jetzt erst war ihm das Glück hold. Auf einer Auktion in Sparks, im US-Bundesstaat Nevada, konnte der Eigentümer einer Kosmetik-Firma und Oldtimer-Sammler für umgerechnet 2,4 Millionen Mark das Luxus-Cabriolet der Marke Duesenberg, Baujahr 1936, zurückersteigern, das er vor 23 Jahren für 5000 Dollar oder damals ganze 20 000 Mark verkauft hatte. Einmal bei der Sache, ließ er nicht mehr locker: Für 19 antike Autos blätterte er exakt sechs Millionen Mark auf den Tisch. Die große Auktion, auf der jetzt 335 Autos des verstorbenen millionenschweren Spielkasinobesitzers **Bill Harrah** versteigert wurden, brachte einen Umsatz von mehr als 30 Millionen Mark.

WETTER: Mild

Wetterlage: Ein Sturmtief über der Biskaya führt milde Meeresluft nach Deutschland.



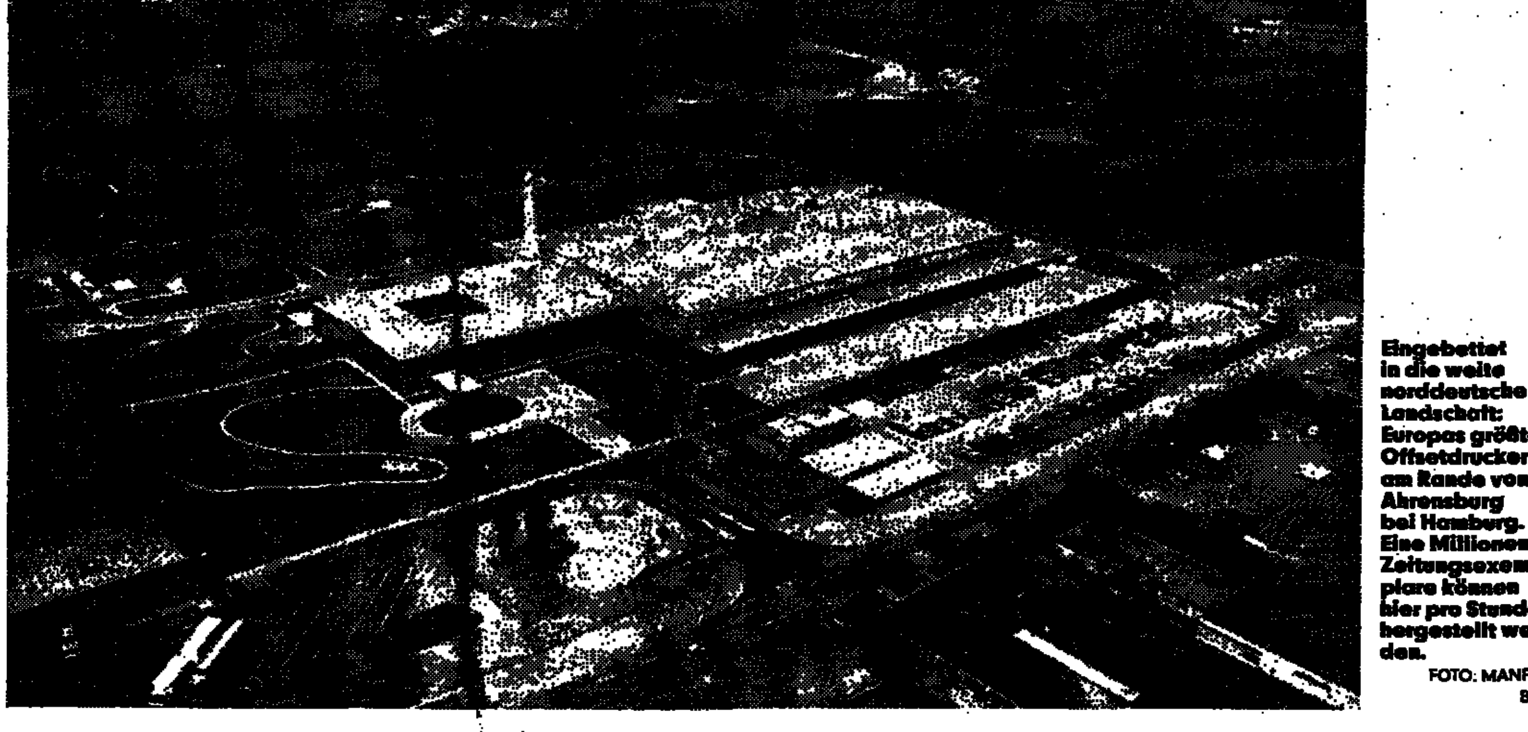
Vorhersage für Donnerstag:
Wolkig, im Westen auch aufgeheitert und weitgehend niederschlagsfrei. Nur im Süden und Südosten anfangs noch bedeckt und Regen. Höchste Temperaturen 15 bis 20 Grad. Zum Abend und in der nacht von Westen her Bewölkungsverdichtung und nachfolgend im Westen Regen. Tiefste Temperaturen um 12 Grad. Mäßiger Wind um Süd.

Weitere Aussichten:
Unbeständig bei etwas zurückgehenden Temperaturen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	31°
Bonn	14°	Kopenh.	16°
Dresden	16°	Las Palmas	15°
Essen	13°	London	12°
Frankfurt	13°	Madrid	13°
Hamburg	15°	Mailand	12°
List/Sylt	13°	Mallorca	21°
München	13°	Moskau	16°
Stuttgart	13°	Nizza	12°
Algier	27°	Oslo	12°
Amsterdam	13°	Paris	11°
Athen	27°	Prag	14°
Barcelona	18°	Rom	17°
Brüssel	13°	Stockholm	15°
Budapest	17°	Tel Aviv	27°
Bukarest	19°	Tunis	26°
Helsinki	16°	Wien	16°
Istanbul	25°	Zürich	9°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.29 Uhr, Untergang: 17.51 Uhr; **Mondaufgang:** 16.58 Uhr, Untergang: 1.00 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Eingebettet in die weite norddeutsche Landschaft: Europas größte Offsetdruckerei am Rande von Ahrensburg bei Hamburg. Eine Millionen Zeitungsexemplare können hier pro Stunde hergestellt werden. FOTO: MANFRED BECK

Europas größte Offset-Druckerei wurde eingeweiht

PETER ZERBE, Ahrensburg

Europas größte und modernste Offset-Druckerei steht in der schleswig-holsteinischen Stadt Ahrensburg. Mehr als 800 Gäste des Axel Springer Verlages feierten im festlich geschmückten Papierlager des Druckhauses mit einer Offset-Party die Inbetriebnahme. Rasantes Tempo, bunte Farben, Informationen und Unterhaltung bestimmten den Ablauf.

Fernsehmoderatorin Hanni Vanhaiden führte durch das Programm. Chris Barber und Hazy Osterwald mit ihren Orchestern sorgten für den musikalischen Schwung. Zwischen den Auftritten der Artisten vom Cirkus Roncalli spielten auf einer Drehbühne in der Mitte des Papierlagers Gottfried Böttger und Joe Pentzlin auf ihren Pianos.

Höhepunkt der Offset-Party war das eigens für diesen Tag einstudierte Ballett „Collorrotation" in der Choreographie von Buenaventura Braunstein aus New York. Es tanzten die International Movers. Verbunden mit einer Laser-Show zeigten die Tänzer Szenen aus der Entwicklung der Druckgeschichte bis zur Farbwiedergabe, also den Wandel vom Rotationshochdruck zum modernen Offset-Verfahren.

In seiner Ansprache wies Christian Herfurth, Vorstandsmitglied des Axel Springer Verlages, auf die neuen Möglichkeiten für die Werbewirtschaft hin, die sich aus dem Offset-Druck für die Zeitungen des Verlagshauses ergeben. Wenn alle 102 Druckwerke arbeiten, können pro Stunde eine Million Exemplare einer 12seitigen Zeitung gedruckt werden. In der Anlage werden unter anderem die norddeutschen Ausgaben von „Bild", „Bild am Sonntag", WELT am SONNTAG und dieser Zeitung gedruckt, außerdem die Gesamtauflage des „Hamburger Abendblatt". Die Papierbahngeschwindigkeit in der Maschine beträgt 8,70 Sekunden für 100 Meter – ein Tempo, bei dem der 100-Meter-Weltrekordler Calvin Smith (9,93 Sek.) „blaß" aussehen würde.

Doch nicht nur die neuen Druckwerke, sondern auch die technische Herstellung der Zeitungen erreicht in Ahrensburg eine neue Dimension. So dauert die Herstellung einer Druckplatte für eine Seite der WELT ganze 5,5 Minuten.

Die neue Offset-Druckerei ist die bisher größte Einzelinvestition des Axel Springer Verlages. Sie wurde in zweieinhalb Jahren für 300 Millionen Mark errichtet. Vor den Augen der Gäste lief das jüngste Druckwerk an, die Festzeitung „Offset Extra": blitzschnell sowie von hoher Farb- und Druckqualität.

Höchststrafen beantragt

ej, Den Haag

Im Amsterdamer Heineken-Prozeß beantragt der Staatsanwalt die Höchststrafen für Freiheitsberaubung: 16 Jahre Freiheitsentzug für die beiden Angeklagten Jan Boellaard und Frans Meijer, zehn Jahre für den erst 21jährigen Handlanger Martin Erskamp.

Kater fand milde Richter

rtr, Augsburg

Das traurige Schicksal des Katers „Mucki", dem das Amtsgericht Augsburg im Mai wegen ständiger Vogeljagd beim Nachbarn das freie Umherstreifen verboten hatte, ist jetzt vom Landgericht dieser Stadt zum Besseren gewendet worden: Die gefiederten Sänger seien „herrenlose Sache im Sinne des Gesetzes". Nun darf „Mucki" jagen.

Fahrgemeinschaften

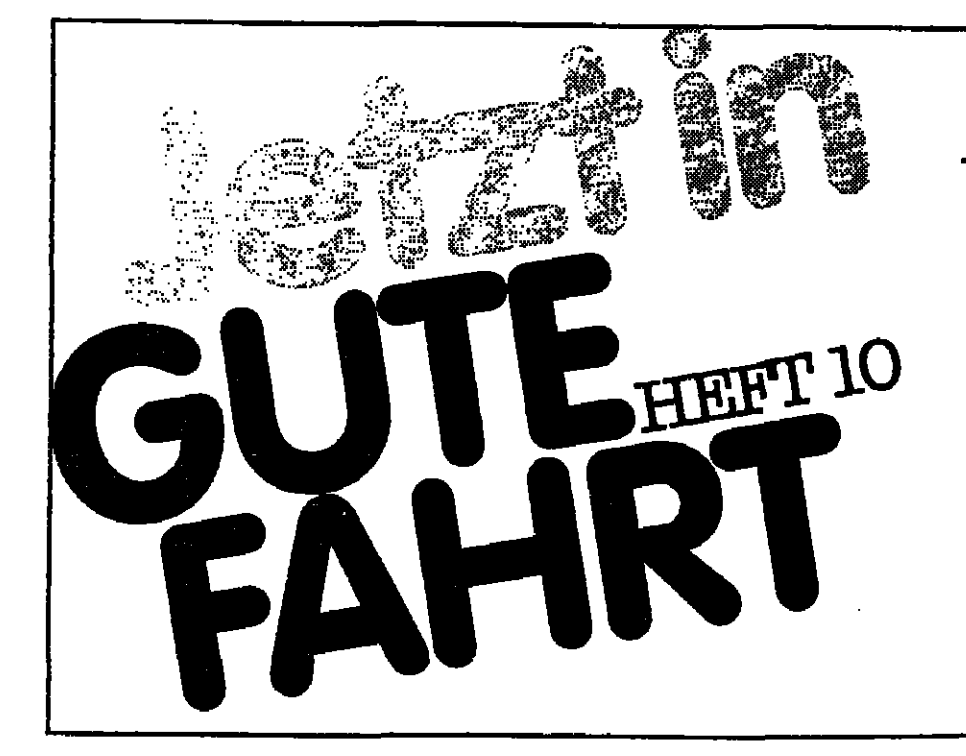
AP, Kassel

Fahrgemeinschaften von Arbeitskollegen nach Feierabend stehen nur dann unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung, wenn die Heimfahrt von der Arbeit Hauptzweck für die gemeinsame Fahrt ist. Das hat das Bundessozialgericht in Kassel entschieden (AZ 9 RU 28/83).

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Franklin Porzellan GmbH, Ottobrunn, bei.

ZU GUTER LETZT

„Die beste Lösung des Abfallproblems ist, überhaupt erst keinen Abfall entstehen zu lassen." Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in der Bundes-Pressekonferenz zur gestern vom Kabinett verabschiedeten 4. Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz.



Allrad-Technik
Quattro und Syncro
Der neue Audi 90
Audi 200 Quattro
Test Passat-Reihe
Tuning-Technik
Tips, Reise, Recht
und vieles mehr . . .



